



**REGIONALPOLITISCHE WALLONISCHE ERKLÄRUNG  
„DEN MUT HABEN, SICH ZU VERÄNDERN,  
DAMIT DIE ZUKUNFT HELLER WIRD“**

JULI 2024

## Inhaltsverzeichnis

Einführung .....	6
Regierungsführung .....	9
Eine Stärkung der Beziehungen zwischen den Verwaltungsebenen .....	9
Mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung .....	10
Eine Verbesserung der partizipativen Demokratie .....	10
Eine Rationalisierung der Strukturen und eine Klärung ihrer Aufgaben.....	11
Ein Schock der Vereinfachung für einen effizienteren öffentlichen Dienst.....	11
Eine Optimierung und Harmonisierung der Mechanismen in Bezug auf Subventionen .....	12
Eine wahre Kultur der Evaluierung der öffentlichen Politik .....	12
Eine bessere demokratische Repräsentativität .....	13
Fokus auf Risikoprävention und -management .....	13
Budget .....	13
Wirtschaft .....	15
Eine ehrgeizige Industriepolitik.....	15
Ein ehrgeiziges und straffes Konjunkturprogramm.....	16
Eine Aufwertung und Unterstützung des Unternehmertums .....	17
Wiederhergestelltes Vertrauen durch administrative Vereinfachung.....	18
Eine Rationalisierung der Akteure der Unternehmensförderung für eine stärkere Wirkung .....	19
Unterstützung der Kreislaufwirtschaft und des Übergangs von Unternehmen.....	21
Land für wirtschaftliche und produktive Zwecke .....	22
Unterstützung von Export und Auslandsinvestitionen.....	22
Innovation und Forschung als Motoren der Entwicklung .....	23
Händler und Handwerker - wichtige Akteure der lokalen Dynamik.....	24
Öffentliche Investitionen, die private Investitionen fördern .....	25
Ein gut unterstützter Sektor der Sozialwirtschaft.....	25
Die Rennstrecke von Spa Francorchamps, ein weltweites Schaufenster für die Wallonie .....	25
Eine Wallonie, die ihre Rolle in der europäischen Verteidigung spielt.....	26

Flughäfen als Motor für eine ehrgeizige, innovative und ausgewogene Entwicklung...	26
Tourismus und Kulturerbe - Vektor von Stolz und Attraktivität .....	29
Die digitale Transformation im Dienste der Wallonie, ihrer Einwohner und ihrer Unternehmen .....	32
Beschäftigung und Ausbildung .....	36
Intensivere, schnellere und maßgeschneiderte Unterstützung für Arbeitsuchende ...	37
Eine Vereinfachung der Beschäftigungslandschaft zum Vorteil der Begünstigten .....	38
Vereinfachte und optimierte Beschäftigungshilfen zur Steigerung der Beschäftigungsquote .....	39
Fokus auf Mangelberufe .....	41
Spezifische Antworten auf Veränderungen des Arbeitsmarktes.....	42
Eine Optimierung der Berufsausbildungslandschaft .....	43
Regionen, Föderation, Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereint für Beschäftigung und Ausbildung .....	44
Steuerwesen .....	47
Eine Besteuerung, die den Zugang zu Wohneigentum fördert.....	47
Eine Modernisierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer .....	48
Anpassung der Kfz-Steuer.....	49
Eine Umweltsteuer, die Anreize schafft und auf dem Verursacherprinzip beruht .....	50
Effiziente, transparente und zugängliche Steuerregeln .....	50
Eine bessere Steuererhebung .....	51
Gesundheit .....	51
Familie.....	55
Mehr Unterstützung für Betreuungssektoren.....	55
Optimierung des Kindergeldes .....	58
Soziale Maßnahmen .....	58
Ein neues Führungssystem für eine wirksame Sozialarbeit .....	58
Mehr Zusammenhalt, weniger Armut.....	60
Soziale Eingliederung durch Arbeit .....	62
Erfolgreiche Eingliederung.....	63
Häusliche Pflege von Menschen mit eingeschränkter Selbstständigkeit .....	64
Die Person vor ihrer Behinderung .....	65

Ältere Menschen können frei über ihr Leben entscheiden .....	67
Gleichstellung, Frauenrechte und Bekämpfung von Diskriminierung.....	69
Wohnraum .....	72
Ein stimuliertes Angebot, das den Zugang zu Wohnraum erleichtert .....	72
Ein effizienterer Wohnungssektor im Dienste der Nutzer .....	73
Eine Anregung zur Renovierung von Häusern .....	74
Ein öffentlicher Wohnungsbau, der seine Rolle als sozialer Fahrstuhl wiedererlangt .	75
Ein Recht auf hochwertigen Wohnraum .....	77
Solidarisches und inklusives Wohnen .....	77
Klima .....	78
Energie.....	80
Unterstützung für den Abschluss eines neuen Energiepakts .....	80
Leistungsfähige und moderne Verteilungsnetze .....	80
Eine Energierechnung unter Kontrolle.....	81
Entwicklung erneuerbarer Wirtschaftszweige .....	82
Neue Träger der Dekarbonisierung .....	83
Eine lösungsorientierte Renovierung der Bausubstanz .....	83
Mobilität.....	84
Effiziente öffentliche Verkehrsmittel.....	84
Intelligente Multimodalität zum Nutzen aller Nutzerinnen und Nutzer .....	86
Ein Rahmen für die Mobilität der Zukunft .....	86
Sichere aktive Modi für eine nachhaltige und gesunde Mobilität .....	87
Qualitativ hochwertige und sichere Straßeninfrastrukturen .....	87
Eine Verdichtung des Netzes von Ladestationen .....	88
Straßenverkehrssicherheit „Vision Zero“ bis 2050 .....	88
Wasserwege und Güterverkehr im Dienste des Übergangs und der wirtschaftlichen Entwicklung .....	89
Die Entwicklung eines agilen, attraktiven und resilienten Territoriums .....	90
Umwelt .....	94
Ein verstärkter Kampf gegen PFAS und neu auftretende Schadstoffe.....	94
Moderne Umweltgenehmigungen .....	95
Böden, die das Naturkapital erhöhen .....	95

Verbesserung der Luftqualität .....	96
Ein Kampf gegen Licht- und Lärmbelästigung .....	96
Eine moderne und leistungsfähige Wasserwirtschaft .....	96
Optimierte Bewirtschaftung von Abfällen .....	97
Bekämpfung der Umweltkriminalität .....	98
Ein Kampf gegen jede Art von Verschwendung .....	98
Landwirtschaft .....	98
Faire Rentabilität und Einkommen für unsere Landwirte.....	99
Eine Landwirtschaft, die die Gesundheit bewahrt .....	100
Eine auf Junglandwirte zugeschnittene Bodenpolitik .....	101
Eine Unterstützung für kurze Wege, lokale Wertschöpfungsketten und Bio- Landwirtschaft.....	102
Ein Anreiz für Weiterbildung, Forschung und Innovation in der Landwirtschaft.....	102
Eine Landwirtschaft, die den Übergang mitgestaltet und die Biodiversität schützt ..	103
Natur, Jagd, Fischerei und Biodiversität.....	104
Ländlicher Raum .....	107
Städte und Gemeinden im Zentrum des wallonischen Projekts .....	108
Effiziente Institutionen, die den heutigen Erwartungen entsprechen .....	108
Für eine strenge, gesunde und nachhaltige Verwaltung der lokalen Finanzen .....	110
Sportanlagen .....	112
Projekte, die den Bedürfnissen entsprechen .....	112
Investitionen für den Spitzensport .....	112
Zugängliche Sporteinrichtungen .....	112
Unterstützung für die Entstehung neuer Schwimminfrastrukturen .....	113
Tierschutz .....	113
Öffentlicher Dienst .....	114
Eine harmonische politisch-administrative Beziehung und eine gestärkte Verwaltung .....	114
Eine moderne, effiziente, harmonisierte und attraktive Verwaltung .....	115
Ein Management, das Verantwortung übernimmt.....	116
Ein neutraler, inklusiver und vorbildlicher öffentlicher Dienst.....	117
Internationale Beziehungen.....	117

Eine ehrgeizige und einflussreiche EU-Politik .....	117
Verstärkte Synergien zwischen den Akteuren, um die Wallonie im Ausland besser zur Geltung zu bringen .....	120

## Einführung

Viel mehr als die Addition unserer jeweiligen Wahlkampf slogans fasst der Titel unserer regionalpolitischen Erklärung unsere Geisteshaltung, unseren Willen, ein eingespieltes Team zu bilden, und die Ambitionen, die wir für die Wallonie haben, perfekt zusammen.

Die Wahlen vom 9. Juni 2024 führten zu einem historischen Umschwung in der politischen Landschaft der Wallonie. Die Wählerinnen und Wähler haben ihren Willen zum Wandel und ihren Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Arbeit viel besser belohnt und gewürdigt wird, mit einer modernen, gerechten und mit öffentlichen Geldern respektvoll umgehenden Staatsführung, die die Entfaltung fördert und das Gemeinwohl sichert, deutlich zum Ausdruck gebracht.

Diese optimistische und hoffnungsvolle Botschaft bringt auch eine große Verantwortung mit sich: Wir müssen schon heute arbeiten, innovativ sein und etwas wagen, um auf diesen Aufruf zu reagieren. Wir haben die Verpflichtung, alle notwendigen Reformen durchzuführen und schnell Ergebnisse zu erzielen, und zwar mit Ehrgeiz, Überzeugung und Effizienz. Wir wollen die Wallonie entschieden modernisieren, ohne sie roh zu behandeln.

Veränderungen sind in der Tat eine Chance, wenn sie es uns ermöglichen, ohne Ängste, mit Entschlossenheit und Fantasie eine neue Gesellschaft des gemeinsamen Wohlbefindens aufzubauen. Es bedeutet auch einen Mentalitätswandel, bei dem wir darauf achten werden, dass niemand am Wegesrand zurückbleibt, indem wir jedem die Möglichkeit eröffnen, seinen Weg und sein Leben frei zu wählen und sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Um den sich häufenden gesellschaftlichen Herausforderungen und den sich überlagernden Spannungen - nicht zuletzt der angespannten Haushaltslage der öffentlichen Hand - zu begegnen, müssen wir unbedingt unser Denkprogramm und unsere Handlungsweise anpassen. Die Verbesserung der Lebensqualität unserer Bevölkerung und die wirtschaftliche Gesundheit unserer Region sind der Preis dafür.

Wir müssen einen authentischen und aufrichtigen Diskurs über die zu korrigierenden Ungerechtigkeiten, die finanziellen Zwänge, unter denen die Abwägungen getroffen werden müssen, und die langfristig angestrebten Wohlfahrtseffekte, die schnelle Reformen rechtfertigen, führen.

Wir müssen entschieden den Mut haben, uns zu ändern und die sterile Haltung der Verteidigung ohne Nuancen oder Flexibilität der Errungenschaften und Privilegien zu verlassen.

Um Michel Rocard zu paraphrasieren, müssen wir weit denken, wahr sprechen und gerecht handeln. Nur dann können heutige und zukünftige Generationen wieder Raum für Glück und erfolgreiche Initiativen sehen. Auf diese Weise kann ihre Zukunft nachhaltig erhellt werden.

\* \*

Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder und jede die Mittel hat, um seine/ihre Projekte zu verwirklichen, in der diejenigen, die Initiativen ergreifen, unterstützt werden und in der unsere Mitbürger nicht in Fatalismus gefangen gehalten werden. Wir brauchen einen neuen Sozialpakt. Dies bedeutet, die Lust am Bauen und den Unternehmergeist aufzuwerten, Anstrengung und Arbeit, die dem Leben einen Sinn verleihen, besser zu belohnen, sich von übertriebenen Regeln zu befreien, die allesamt Hemmnisse darstellen, und eine Beschäftigungsquote von 80 % in der Wallonie zu erreichen, damit morgen sozialer Zusammenhalt, Wohlstand und Solidarität gewährleistet sind. Dieser neue Sozialpakt muss auch die Bürgerbeteiligung und -verantwortung fördern und die notwendige Unterstützung und Begleitung bieten, um alle Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Es ist auch wichtig, die in unserem Land zu erdrückende Steuerlast zu senken, denn es gibt keine Freiheit ohne eine gerechte Verteilung der Ressourcen und solange wir nicht über ausreichende persönliche und materielle Mittel für die Umsetzung unserer Projekte verfügen.

Wir sehnen uns nach einer menschlichen Gesellschaft, die sich um sich kümmert. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die körperliche und geistige Gesundheit ist. Sie zeigte die täglichen Schwierigkeiten auf, mit denen das Personal im Gesundheitswesen zu kämpfen hat. Sie hat gezeigt, dass es notwendig ist, die Art und Weise, wie wir mit älteren Menschen umgehen, zu reformieren. Unser Bestreben ist es, heute die psychische und physische Gesundheit von den Jüngsten bis zu den Ältesten zu erhalten, die Prävention effizienter zu organisieren, jedem die gleiche Pflege und die gleichen Betreuungsmöglichkeiten zu bieten, denn Gesundheit ist die elementare Voraussetzung für Ruhe und Wohlbefinden. Die Gesundheit der Wallonen und Walloninnen wird im Mittelpunkt unseres Handelns stehen.

Wir streben eine Gesellschaft an, die dem Klimawandel begegnet und die Artenvielfalt mit Klarheit und Pragmatismus schützt, wobei die Wirksamkeit und der Realismus der Lösungen im Vordergrund stehen, die mit Entschlossenheit umgesetzt werden sollen. Wir werden uns auf Wissenschaft und Innovation stützen, insbesondere um den Einsatz erneuerbarer Energien weiter voranzutreiben, und wir werden eine Politik der Anreize umsetzen, die die Industrie, die Landwirtschaft und die wallonische Bevölkerung im Allgemeinen dazu ermutigt, positive Entscheidungen in den Bereichen Investitionen, Mobilität, Wohnen oder Ernährung zu treffen. Dieser optimistische und realistische Ansatz wird dazu beitragen, von einem Klima der Angst zu einem Klima des Vertrauens zu gelangen.

Wir streben auch eine effektivere Regierungsführung in der Wallonie an. Der Wunsch der Gesellschaft nach Veränderung bezieht sich auch auf die Vereinfachung der öffentlichen Strukturen, die Verschlinkung unseres Gesetzeswerks und die Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienste, die jeder und jede täglich in Anspruch nehmen kann. Es ist Aufgabe der Regierung, die Leitlinien für diese Politik vorzugeben, und Aufgabe der Verwaltung, sie loyal sowie effizient umzusetzen. Die Regierung kann sich in diesem Rahmen auf Akteure stützen, die aus der Zivilgesellschaft stammen und nahe am Geschehen sind und die aufgrund ihrer Fähigkeit, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen, ausgewählt werden, um zur Verwirklichung des Gemeinwohls beizutragen, indem sie auf eine optimale Verteilung der öffentlichen Mittel achten.

Die Regierung, die mit einer geringeren Anzahl von Ministern arbeiten und die Größe der Ministerkabinette schrittweise verringern wird, wird die Synergien mit der Föderation Wallonie-Brüssel, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft erheblich verstärken, um wirksamere und gemeinsame politische Maßnahmen zu entfalten, insbesondere in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Kleinkindbetreuung oder Sport. Zu diesem Zweck werden Kompetenzübertragungen auf die am besten geeignete Ebene vorgenommen. Wir möchten auch eine neue Ära in den Beziehungen zwischen der Wallonie und Flandern einleiten, dank einer verstärkten Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung und

Ausbildung. Schließlich wollen wir unser politisches Handeln in Übereinstimmung mit dem Handeln auf föderaler Ebene gestalten, z. B. in Bezug auf die Haushaltsführung oder die Nachhaltigkeit unseres Sozialversicherungs- und Rentensystems.

\* \*

Den Mut zur Veränderung zu haben bedeutet, anzuerkennen, dass eine strukturelle Sanierung unserer öffentlichen Finanzen unerlässlich ist. Nicht nur, weil dies angesichts der Anforderungen Europas, das nun ein Defizitverfahren gegen Belgien eingeleitet hat und die Wallonie ihren Teil der Verantwortung übernehmen muss, notwendig ist, sondern auch und vor allem, weil es die Schlüsselbedingung ist, um unseren Kindern im Laufe der Zeit ein Niveau des Wohlstands und der Qualität der öffentlichen Leistungen zu garantieren. Diese müssen gewissenhaft analysiert werden, um Dubletten zu reduzieren, zu messen, was effektiv und effizient ist, und den Kurs zu korrigieren, wenn Misswirtschaft festgestellt wird oder öffentliche Gelder ungerechtfertigt verschwendet werden. Die Einsparungen der letzten Jahre waren vor allem eine Zusammenstellung von Konjunktur- oder Mitnahmeeffekten und viel zu selten strukturelle Maßnahmen. Wir sind am Ende dieses Bezugsjahres angelangt. Es geht keineswegs darum, irgendeine Art von Sparpolitik umzusetzen, die für unsere Mitbürger und KMU schwer zu tragen ist, sondern darum, sich auf einen Pfad der Verantwortung zu begeben, der das Gewissen von Volksvertretern leitet, die sich mehr um ihre Bevölkerung als um ihre Wiederwahl sorgen.

Den Mut zur Veränderung zu haben, bedeutet definitiv, die klimatische und digitale Revolution als strukturierende Elemente der Politik von morgen zu integrieren, zu einer Zeit, in der die Entwicklung der künstlichen Intelligenz all unsere Gewissheiten über den Haufen wirft, unsere Berufspraktiken hinterfragt, unsere menschlichen Interaktionen in Frage stellt und unsere Wirtschaftsmodelle durchdringt. Die Dringlichkeit des Klimaschutzes kann jedoch nur dann von allen verstanden werden, wenn sie von einer Politik begleitet wird, die die Akzeptanz der Bevölkerung fördert, fernab von dogmatischen Haltungen, die zur Ablehnung von Veränderungen führen können, die jedoch unerlässlich sind.

Den Mut zur Veränderung zu haben, bedeutet zu erkennen, dass die Suche nach Schuldigen für all unsere Übel die Wallonie nicht stärker machen wird. Es geht darum, Schuldgefühle zu vermeiden und durch Taten und Überzeugungen wieder Stolz zu gewinnen. Das bedeutet zu verstehen, dass es heute keine Rechtfertigung mehr dafür gibt, dass wir ein Wohlstands- oder Entwicklungsniveau beibehalten, das in mancher Hinsicht unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Es bedeutet auch, zu akzeptieren, dass Anpassungen dessen, was „schon immer so gemacht wurde“, eine langfristige Aussicht auf Erholung bieten können. Mit ineffizienten Gewohnheiten zu brechen und effiziente Methoden einzuführen, die ständig evaluiert werden. Denn die Ambitionen dieser Regierung gehen über die Legislaturperiode hinaus; sie möchte die Weichen für eine strukturelle sozioökonomische und ökologische Erholung unserer Region stellen, die weit über das Jahr 2029 hinausreicht.

Die Zukunft kann für die Wallonen und Walloninnen heller werden, wenn wir es gemeinsam wagen, disruptiv zu sein. Nicht um des Änderns willen. Nicht, um aus Prinzip etwas anders zu machen als andere. Sondern um zu versuchen, es besser zu machen als die anderen. Jede Wallonische Regierung war zweifellos von dem Willen beseelt, das Richtige zu tun. Sie konnte jedoch nicht immer die erhoffte Bilanz liefern, was teils auf endogene, teils auf exogene Gründe zurückzuführen war. Wir sollten nicht urteilen und nach vorne blicken. Getragen von einem positiven und entschlossenen Geist. „Es gibt eine Wallonie, die gewinnt“, wurde einst gesagt; wir können das beweisen.

Die Zukunft kann für die Bürger und die Akteure in unseren Gebieten heller werden, wenn die Regierung einen kraftvollen Schock der Vereinfachung umsetzt. Dies war eine der übergreifenden Botschaften, die sich aus den Konsultationen der Zivilgesellschaft ergaben. Zu viel Papierkram

tötet die Initiative. Zu viel Berichterstattung mit unterschiedlichem Nutzen erstickt schließlich die Kreativität. Es muss ein neues Vertrauensverhältnis herrschen, zwischen den Verwaltungen und den Akteuren vor Ort einerseits und zwischen den Verwaltungen und den politischen Entscheidungsträgern andererseits. Als Zeichen dieses gestärkten Vertrauens gegenüber der regionalen Verwaltung und den lokalen Behörden werden wir das Halsband mit kleineren Ministerkabinetten und erweiterten Ziehungsrechten lockern. Der öffentliche Dienst wird flexibler gestaltet, damit die Schutzregeln von gestern letztlich nicht zu Regeln werden, die heute zu beruflichen Nachteilen führen (Einstellung, Attraktivität, Beförderung, Verdienste, neues Gleichgewicht zwischen Privat- und Berufsleben, ...).

Die Zukunft kann sich erhellen, wenn die Regierung auf eine Politik des Herzens und der Großzügigkeit achtet, die jedoch von einer Politik des Sinns und der Verantwortung begleitet wird. Fernab von jeglicher Sozialhilfe werden die Werte Arbeit, Selbstverwirklichung und Aufmerksamkeit für das Kollektiv angemessener miteinander verbunden. Das Vereins- und Non-Profit-Gefüge wird respektiert und die verschiedenen Akteure des Gebiets werden regelmäßig konsultiert, im Sinne der sozialen Konzertierung und des territorialen Zusammenhalts.

Die Zukunft wird für alle heller werden, wenn man sich darauf verlassen kann, dass jeder eine angemessene Anstrengung unternimmt.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Mut und Ehrgeiz aufbringen, um unsere schöne Region endgültig wieder aufzurichten.

\* \* \*

Das vorliegende Dokument lässt die Ambitionen der neuen Wallonischen Regierung für die Legislaturperiode 2024-2029 erkennen, auch wenn viele der unerlässlichen Initiativen mit einer langfristigen Perspektive konzipiert werden. Wir haben bewusst darauf verzichtet, die Initiativen, die ergriffen werden sollen, zu detailliert aufzuschreiben. Denn die Welt wird sich weiterentwickelt haben und es ist sinnlos - wie die letzten Jahre hinreichend bewiesen haben - zu glauben, dass politisches Handeln in der Zeit der Verhandlungen für Perioden, die von Natur aus durch aktuelle Ereignisse belebt werden, eingefroren werden kann.

Und diese schnelle Entwicklung der Welt wird die Wallonie zu einem Trumpf machen, der den Wallonen und Walloninnen zugutekommt und wirtschaftlichen, technischen und menschlichen Fortschritt fördert.

## Regierungsführung

Die Regierung verpflichtet sich, eine beispielhafte Regierungsführung einzuführen, die auf Transparenz, Effizienz und Verantwortung beruht. Um das Vertrauen der Bürger zu stärken, ist es von entscheidender Bedeutung, die Grundsätze der Integrität und Effizienz zu verkörpern.

## Eine Stärkung der Beziehungen zwischen den Verwaltungsebenen

Die Synergien zwischen der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel werden durch eine verstärkte Koordination, Minister mit mehreren Funktionen und gemeinsame Regierungen in regelmäßigen Abständen ab Beginn der Legislaturperiode gestärkt.

In Absprache mit dem Kollegium der Französischen Gemeinschaftskommission werden die Wallonische und die Gemeinschaftsregierung mögliche Kompetenzübertragungen prüfen, um das System verständlicher und effizienter zu gestalten. Der frankophone institutionelle Raum kann sich nicht mehr mit dem Status quo zufrieden geben und muss sich in Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel und der ständigen Suche nach mehr Effektivität und Effizienz durch

entsprechende Übertragungen weiterentwickeln können. Hierzu wird eine gründliche Arbeit geleistet, bei der darauf geachtet wird, dass die parlamentarische Minderheit und die Brüsseler Behörden einbezogen werden. Unbeschadet dieser Arbeiten und ohne Anspruch auf Vollständigkeit werden die Sport- und Kinderbetreuungseinrichtungen an die Föderation Wallonie-Brüssel übertragen, um sie wirksam mit den jeweiligen Zuständigkeiten der Gemeinschaft für Sport und Kinderbetreuung zu verknüpfen. Das Kulturerbe wiederum würde regionalisiert und in die Zuständigkeit des Kulturerbes übergehen. Die duale Ausbildung muss auf jeden Fall Gegenstand eines Mitbestimmungsmechanismus zwischen der Föderation und den Regionen sein.

Die Regierung wird der Flämischen Regierung, der Deutschsprachigen Regierung und der Brüsseler Regierung vorschlagen, regelmäßig gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um insbesondere die Entscheidungen über die Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Beschäftigungsfragen zu verfolgen. Außerdem wird die Regierung zu Beginn der Amtszeit eine Mitteilung an die betroffenen Regierungen weiterleiten, in der sie ihre verschiedenen Forderungen im Bereich der interföderalen Zusammenarbeit auflistet.

Die Regierung wird eng mit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusammenarbeiten, um Synergien zu verbessern und die Möglichkeit weiterer Kompetenzübertragungen mit dem Ziel der Effizienzsteigerung zu prüfen.

## Mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung

Im Hinblick auf die Transparenz wird die Regierung unter Einhaltung der Allgemeinen Datenschutzverordnung und des Dekrets vom 30. März 1995 über die Öffentlichkeit der Verwaltung die Bekanntgabe ihrer Entscheidungen aktiv veröffentlichen.

Um das Dekret vom 30. März 1995 über die Öffentlichkeit der Verwaltung voll wirksam werden zu lassen, wird eine Abstufung von Sanktionen - darunter letztlich und wenn nötig auch finanzielle - eingeführt.

Um das mittel- und langfristige Handeln der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel zu stärken und die Effizienz ihres Handelns zu erhöhen, werden darüber hinaus die verschiedenen strukturierenden Aktionspläne mit einer Laufzeit von mehr als einer Legislaturperiode im Parlament vorgestellt und diskutiert und den Abgeordneten mittels eines Antrags zur Abstimmung vorgelegt.

Schließlich wird die Regierung im Rahmen der langfristigen politischen Überlegungen zu bestimmten Themen einen Konsultationsprozess einführen, der sich an den Weißbüchern der Europäischen Kommission orientiert. Dieser Prozess wird nur für Überlegungen im Zusammenhang mit langfristigen politischen Reformen eingesetzt, die den Reformprozess begleiten, aber nicht behindern.

## Eine Verbesserung der partizipativen Demokratie

Auf der Grundlage der Empfehlungen des beratenden Ausschusses des Wallonischen Parlaments über die Einbeziehung der Bürger wird das Zurückgreifen auf Volksbefragungen bei bestimmten Herausforderungen, wie zum Beispiel der Reform der Provinzen, operationalisiert.

## Eine Rationalisierung der Strukturen und eine Klärung ihrer Aufgaben

Die Regierung wird die Anzahl der Strukturen, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Ausbildung, Wirtschaft, Tourismus und Wohnungswesen (siehe die jeweiligen Kapitel), rationalisieren und ihre Aufgaben klarstellen, um die Qualität der Dienstleistungen für die Nutzer zu verbessern; die Verstreuung von Ressourcen zu vermeiden; die Effizienz zu steigern und die Rollen und Zuständigkeiten verständlicher zu machen.

Wenn Rationalisierungen erforderlich sind, wird die Regierung darauf achten, dass je nach behandelten Themen und zu erreichenden Zielen ganze und kohärente Verwaltungsstrukturen neu zusammengestellt werden, anstatt sie auf verschiedene Entitäten zu verteilen. Diese Umstrukturierungen werden von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen Organisation in Betracht gezogen.

Zusätzlich zur Verringerung der Anzahl der Minister aus dem französischsprachigen Raum und damit ihrer Kabinette wird die Regierung die Gesamtzahl der Mitglieder der verbleibenden Ministerkabinette um 10 % reduzieren, um die Zusammenarbeit und das Vertrauen in die Verwaltung zu stärken. Darüber hinaus und auf lange Sicht wird sie die Verkleinerung der Kabinette fortsetzen, sobald der öffentliche Dienst reformiert ist.

In Absprache mit den Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpartnern wird die beratende Funktion reformiert, um sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren und ihre Zentren zu rationalisieren.

## Ein Schock der Vereinfachung für einen effizienteren öffentlichen Dienst

Bereits in den ersten Monaten nach Amtsantritt der Regierung wird vorgeschlagen, den Verwaltungsaufwand für die Nutzer drastisch zu reduzieren, um insbesondere die Bearbeitungszeiten zu verkürzen.

Übergreifend werden überholte Gesetze aufgehoben, um die Lesbarkeit zu verbessern. Das Parlament wird durch parlamentarische Berichte in diese Arbeit einbezogen, damit es selbst Vorschläge für administrative und legislative Vereinfachungen machen kann.

Um die Dienstleistungen für die Bürger zu verbessern und den Verwaltungsaufwand zu verringern, stützt sich die Regierung auf:

- Die Verallgemeinerung des Vertrauensprinzips. Der Aufbau einer solchen Beziehung muss mit einer gut durchdachten Kontrollstrategie einhergehen und sollte mit einer verschärften Sanktionskomponente bei nachweislichem Missbrauch konzipiert werden, unbeschadet des Rechts auf Irrtum;
- Die allgemeine Umsetzung des „Only-once“-Prinzips, d. h. die einmalige Übermittlung der Daten durch den Nutzer;
- Die Entwicklung der Automatisierung von Rechten;
- Eine nutzerorientierte Kommunikation, die sich auf die Multikanalstrategie stützt. Die Aufrechterhaltung von physischen Schaltern wird gewährleistet, um den menschlichen Kontakt zu wahren und eine persönliche und aufmerksame Beziehung zu jedem Bürger zu garantieren, insbesondere zu den schwächeren Bevölkerungsgruppen, die von der digitalen Kluft betroffen oder geografisch weit entfernt sind;

- Die Integration von Instrumenten zu Feedback über die Zufriedenheit, die Beteiligung der Nutzer und der Einsatz von Erfahrungsexperten, um sicherzustellen, dass die angebotenen Dienstleistungen den Erwartungen der Nutzer entsprechen;
- Ein Beschwerdemanagement innerhalb angemessener Fristen;
- Eine Beschleunigung des digitalen Übergangs, intern und extern, die vernetzt und interoperabel sein muss. Eine Datenstrategie und der Einsatz von KI zur Vereinfachung der Verfahren sind Schlüsselemente;
- Grundsätze der verantwortungsvollen Staatsführung (Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung, Verhältnismäßigkeit, angemessene Fristen, Begründung...).

## Eine Optimierung und Harmonisierung der Mechanismen in Bezug auf Subventionen

Die Handlungs- und Überzeugungsautonomie des gemeinnützigen Sektors wird in vollem Umfang gewährleistet. Es wird jedoch darauf geachtet, dass es VoG nicht mehr gestattet wird, öffentliche Gelder für die Förderung politischer Parteien zu missbrauchen.

Die Regierung wird die Abhängigkeit der Vereine von jährlichen freiwilligen Finanzierungen verringern, die die Dynamik dieser Strukturen und ihre Fähigkeit, Personal zu halten, schwächen. Nach einer Analyse jedes dieser thematischen Mittel, ihres Zwecks und ihrer möglichen Überschneidungen wird der Übergang zu einer dauerhaften Fünfjahresfinanzierung gefördert, die eine klare und beruhigende mehrjährige Perspektive für die gewährten Mittel bietet. Der Saldo der fakultativen Mittel wird aufgeteilt zwischen der Beibehaltung eines Betrags zur Unterstützung innovativer Initiativen und dem Betrag, der an den Haushaltsanstrengungen teilnimmt. Die Zeit ist vorbei, in der Minister hier und da Zuschüsse von manchmal einigen hundert oder tausend Euro vergeben, um sehr lokalen Initiativen nach dem Prinzip der hoheitlichen Maßnahme eine Freude zu machen.

Unter Einhaltung der Allgemeinen Datenschutzverordnung und der geltenden europäischen Vorschriften wird ein Kataster aller gewährten Zuschüsse erstellt, um nach dem Vorbild der Föderation Wallonie-Brüssel vollständige Transparenz darüber zu ermöglichen, wie öffentliche Gelder verwendet werden.

## Eine wahre Kultur der Evaluierung der öffentlichen Politik

Die öffentliche Politik wird langfristig angelegt, anpassungsfähig, transparent und objektiviert sein.

Die Regierung beabsichtigt, eine echte Strategie zur Bewertung der öffentlichen Politik (*ex ante, in itinere und ex post*) einzuführen. Die Evaluierung der öffentlichen Politik sollte systematisch eingesetzt werden, und zwar über eine von allen Beteiligten angewandte Methode zur kontinuierlichen Evaluierung der Maßnahmen, z. B. in Verbindung mit der „Spending Review“-Maßnahme (Ausgabenüberprüfung).

Die Evaluierungsinstrumente, die von den verschiedenen auf die Bewertung öffentlicher Politiken spezialisierten Organisationen entwickelt wurden, werden zusammengefasst und rationalisiert. Darüber hinaus muss die Transversalität der Aufgaben des IWEPS sichergestellt werden, das in jeder Regierungskompetenz und in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den pararegionalen Einrichtungen tätig werden soll.

Die Ergebnisse von Evaluierungen bei der Entwicklung und Reform von Politiken sollten in einer Dynamik der ständigen Verbesserung genutzt werden. Die Begünstigten öffentlicher Maßnahmen müssen an deren Evaluierung beteiligt werden.

## Eine bessere demokratische Repräsentativität

Eine kürzlich durchgeführte Studie hat gezeigt, dass es in der Wallonie im Vergleich zum bevölkerungsreicheren Flandern überproportional viele öffentliche Mandatsträger gibt. Die Regierung wird daher versuchen, die Zahl der lokalen Mandatsträger (vor allem in Großstädten und Provinzen) zu reduzieren, um eine stärker integrierte und kostengünstigere Politik und einen besseren Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen zu fördern.

Die Regierung beabsichtigt außerdem, die Wahlmöglichkeiten der Wähler zu stärken, indem sie Mechanismen abschafft, die die Repräsentativität unseres demokratischen Modells behindern, wie den Devolutiveffekt des Kopffeldes und die Liste der Stellvertreter. Um den Lotteriefekt des Wahlbündnismechanismus zu annullieren, werden alle regionalen Wahlkreise auf die Provinzebene übertragen.

Die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Ausgaben für Kommunalwahlen werden dem Rat für Kommunalwahlen übertragen, wodurch die für diese Aufgabe notwendige Neutralität gewährleistet wird.

Der Validierungsmechanismus der Wahlen und die Prüfung der Mandate wird reformiert, um die derzeitige Situation von Kontrolleuren-Kontrollierten im Parlament zu vermeiden, gegebenenfalls in Absprache mit der Föderalregierung.

Die Regierung wird prüfen, ob es sinnvoll ist, die elektronische Stimmabgabe wieder einzuführen.

Schließlich wird sich die Wallonische Regierung gemeinsam für das Wahlrecht für Auslandsbelgier und das Wahlrecht für EU-Bürger, die seit mehr als zehn Jahren in Belgien leben, bei Regionalwahlen einsetzen, um in einer Zeit des Rückzugs von Extremisten in ganz Europa die Unionsbürgerschaft zu stärken.

## Fokus auf Risikoprävention und -management

Gemäß den Empfehlungen der parlamentarischen Untersuchungskommission zur Untersuchung der Ursachen und Bewertung der Bewältigung der Überschwemmungen vom Juli 2021 in der Wallonie werden spezifische Maßnahmen ergriffen, um das wallonische Gebiet an den Klimawandel anzupassen und insbesondere Überschwemmungen vorzubeugen und zu bewältigen sowie eine Risikokultur für strategische Infrastrukturen zu entwickeln, wobei die Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen verbessert werden soll.

Da ein proaktives Management von entscheidender Bedeutung ist, wird die Risikoanalyse, die in Kürze vom Zentrum für die Koordinierung von Risiken und die Weitergabe von Fachwissen veröffentlicht wird, spürbar weiterverfolgt.

## Budget

Die neue Regierungsmehrheit der Wallonischen Region verpflichtet sich zu einer rigorosen und proaktiven Haushaltspolitik. Unser Ziel ist es, ein dynamisches und nachhaltiges Wirtschaftsumfeld zu schaffen (insbesondere im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel), Innovationen und Arbeitsplätze zu fördern und gleichzeitig ein verantwortungsvolles Finanzmanagement zu gewährleisten.

Die Regierung verpflichtet sich, die ihr obliegenden Haushaltsziele im Rahmen der innerbelgischen Vereinbarungen und unter Beachtung der neuen europäischen Haushaltsregeln einzuhalten. Darüber hinaus muss sie die Tragfähigkeit des Unternehmens gewährleisten, indem sie sowohl seinen Schuldenstand als auch seinen Liquiditätsbedarf berücksichtigt.

Zu diesem Zweck wird die Regierung der Wallonischen Region gemeinsam mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel dafür sorgen, dass eine goldene Haushaltsregel im Rahmen eines gemeinsamen Gesetzes- und Regelwerks über einen Zeithorizont von zehn Jahren integriert wird. In diesem Rahmen wird die Wallonische Regierung darauf achten, dass das Verhältnis von Schulden zu Einnahmen auf ein Niveau von 180 % konvergiert, das anschließend nicht mehr überschritten werden darf, ohne dass ein Aufholverfahren in Gang gesetzt wird. Eine vorübergehende Ausnahme von der Obergrenze für die Schuldenquote wird im Mechanismus für den Fall einer schweren wirtschaftlichen Rezession, einer Naturkatastrophe oder anderer außergewöhnlicher und unvorhersehbarer Ereignisse, die eine dringende haushaltspolitische Reaktion erfordern, vorgesehen.

Um die Verwaltung zu vereinfachen und die Haushalts- und Finanzverwaltung der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel zu rationalisieren, werden die externe wallonische Schuldenkommission, der Wallonische Finanz- und Fiskalrat (CFFW), der regionale Finanzrat (CORET) und der gemeinschaftliche Finanzrat (COCOT) in einem Organ zusammengefasst. Unter Berücksichtigung der mit der goldenen Haushaltsregel verbundenen Ziele wird diese neue Einheit die Wallonische Regierung bei der Festlegung eines Nachhaltigkeitspfades unterstützen und Initiativstellungen zur Einhaltung dieses Pfades abgeben.

Die Bemühungen werden hauptsächlich durch Maßnahmen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben unterstützt. Die Verringerung des Gewichts des öffentlichen Apparats wird ein Teil der Gleichung sein, wobei der Effizienz der öffentlichen Ausgaben besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Darüber hinaus wird der Mechanismus zur Überprüfung der Ausgaben intensiviert und mehrjährig geplant.

Im Rahmen der Modernisierung des Haushaltsprozesses wird die Regierung auf eine stärkere Digitalisierung der Prozesse, schnellere Anpassungen und eine stärkere Nutzung des vorhandenen Fachwissens (Finanzinspektion, Wallonie Finances Expertise,...) achten. Das diesen Maßnahmen zugrunde liegende Ziel wird auch darin bestehen, die Lesbarkeit des Haushalts für die breite Öffentlichkeit zu erhöhen und transparenter zu machen, um das Verständnis für die gesellschaftlichen Herausforderungen zu fördern, denen sich die Regierung bei der Aufstellung ihrer aufeinanderfolgenden Haushalte stellen muss.

Im Übrigen beabsichtigt die Regierung, innerhalb eines verantwortlichen Haushaltsrahmens neue politische Maßnahmen zu ergreifen und produktive Investitionen zu fördern. Diese Flexibilität ist entscheidend, um auf die sich ändernden Bedürfnisse des Unternehmens zu reagieren und gleichzeitig ein striktes Finanzmanagement aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus wird das wallonische Wiederaufbauprogramm einer gründlichen Begutachtung unterzogen, die auf eine Neuausrichtung oder die Streichung ineffizienter Initiativen abzielt.

Es werden keine neuen Steuern eingeführt, es sei denn, sie ersetzen bestehende Steuern.

Die Regierung wird zwar die Finanzierung der von ihr priorisierten Politikbereiche aufrechterhalten, aber gleichzeitig auf eine gute Versorgung der von ihr finanzierten Einrichtungen achten, ohne dabei ihre eigene Liquiditätslage zu gefährden. In diesem Zusammenhang wird sie darauf achten, noch mehr regionale Einrichtungen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, im

Rahmen des Dekrets über die Zentralisierung von Kassenmitteln einzubeziehen. Sie wird auch prüfen, wie eine größere Flexibilität bei der Abwicklung von Zuwendungen an diese Organisationen sichergestellt werden kann.

Schließlich wird sich die Wallonische Regierung für die Einführung eines interföderalen Solidaritätsmechanismus im Falle einer ähnlichen Naturkatastrophe, wie sie im Zusammenhang mit den Überschwemmungen von 2021 bekannt wurde, einsetzen.

## Wirtschaft

### Eine ehrgeizige Industriepolitik

Die Regierung beabsichtigt, eine ehrgeizige und ungehemmte Industriepolitik einzuführen, die an der industriellen Neuausrichtung Europas und seiner strategischen Autonomie teilnimmt, um zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft beizutragen und sich gleichzeitig voll und ganz in den doppelten Übergang zur digitalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft einzugliedern.

Zu diesem Zweck wird die Regierung dafür sorgen, dass günstige Rahmenbedingungen für die Aufnahme, den Erhalt und die Entwicklung der Industrie auf ihrem Staatsgebiet entwickelt werden.

Die sich verändernden geopolitischen Rahmenbedingungen und die Dynamik der Weltwirtschaft bieten Chancen, die die Wallonie in vollem Umfang nutzen muss. Innerhalb komplexer und globalisierter Wertschöpfungsketten ist es notwendig, die Wallonie in die Glieder einzubinden, die ihre Stärken zur Geltung bringen, was die langfristige Erhaltung und Entwicklung des Industriesektors sicherstellt.

Die Regierung wird bei der Unterstützung von Forschungsprogrammen, einschließlich der Grundlagenforschung, in Zusammenarbeit mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel auf geopolitische Herausforderungen achten, um globale Herausforderungen besser antizipieren und auf sie reagieren zu können. Die Regierung wird sich bei der föderalen Behörde dafür einsetzen, dass die beim Staatssicherheitsdienst erbetenen Stellungnahmen innerhalb nützlicher Fristen abgegeben werden.

Die Regierung wird ihre Unterstützung für die Industrie auf strategische Schlüsselsektoren konzentrieren, die sich aus ihrer Strategie der intelligenten Spezialisierung (S3) ergeben, die den Rahmen für die Forschungs- und Innovationspolitik und die Industriepolitik der Wallonie bildet. Diese Strategie muss eine Antwort in den strategischen Innovationsbereichen der Wallonie bieten (zirkuläre Materialien, Gesundheit, agiles Design und Produktion, Agrar- und Ernährungswirtschaft und Umwelt, Wohnen und Energie). Die Regierung wird auch aus den Sektoren Kapital schlagen, in denen die Wallonie ein wichtiger Akteur ist, wie z. B. Biotech- und Pharmaindustrie, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, (Öko-)Bauwesen, verarbeitende Industrie und Bergbau, Lebensmittelindustrie usw. Die Regierung beabsichtigt, die Position der Wallonie in anderen strategischen und prioritären Sektoren zu entwickeln und zu stärken, z. B. im Bereich der Technologien des ökologischen Wandels, einschließlich der Kernenergie und der Abfallbehandlung, der Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, der Wasserstofftechnologie und der Cybersicherheit.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung von Kompetenzen im Bereich der künstlichen Intelligenz gewidmet, um diese industrielle Revolution, die große Produktivitätssteigerungen für

alle Wirtschaftssektoren und Unternehmen jeder Größe mit sich bringt, in vollem Umfang zu erfassen.

Die Regierung wird einen kontinuierlichen Dialog zwischen der Wirtschaft und den regionalen Behörden einrichten und einen Rahmen schaffen, der diese Plattform für direkte und kontinuierliche Kommunikation formalisiert. Die Regierung wird sich bei der Ko-Konstruktion eines Aktionsplans für die Industrie auf diese Dialogplattform stützen und sie in die Folgemaßnahmen einbeziehen.

Ganz allgemein ist die digitale Transformation von Fertigungsunternehmen der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit auf einem globalisierten Markt. Zu diesem Zweck will die Regierung Unternehmen, die sich an das Modell der Industrie 4.0 anpassen, weiterhin unterstützen.

## Ein ehrgeiziges und straffes Konjunkturprogramm

In der Wallonie gibt es derzeit 125 Pläne. Bei diesen Plänen handelt es sich manchmal um gemeinsame, oft aber auch um ministerspezifische Initiativen mit Redundanzen, Überschneidungen und sogar Inkohärenzen. Dies hat zur Folge, dass es nicht mehr möglich ist, diese zu verstehen, zu verfolgen oder zu verwalten, insbesondere im Hinblick auf Transversalität und potenzielle Synergien.

Die Regierung wird daher eine Bestandsaufnahme dieser Pläne vornehmen, die sich auf den Fortschritt, die Ausgaben und die gebundenen Budgets bezieht und vor allem eine Beurteilung der Auswirkungen und der Effizienz im Hinblick auf mögliche Leistungsindikatoren enthält.

Insbesondere wird die Regierung dem Wallonischen Wiederaufbauprogramm große Aufmerksamkeit widmen. Tatsächlich waren nicht alle Projekte des Wallonischen Wiederaufbauprogramms systematisch Gegenstand einer dauerhaften Finanzierung über den 31. Dezember 2024 hinaus. Darüber hinaus sind einige dieser Projekte nicht geeignet, zur strukturellen Erholung der wallonischen Wirtschaft beizutragen, was der ursprünglichen Bestimmung dieser europäischen Kredite widerspricht.

Das derzeitige Führungssystem des Wiederaufbauprogramms \_ermöglicht keinen klaren Überblick über die künftigen Wartungs- und Personalkosten, die erforderlich sind, um bestimmte Maßnahmen des Programms dauerhaft zu sichern. Der Verwaltung fehlt es an Klarheit über die Gesamtvision des Programms, was eine effektive und vorausschauende Verwaltung der Human- und Materialressourcen behindert.

In diesem Zusammenhang werden die prioritären Aktionsprogramme, deren positive Auswirkungen anerkannt sind, beibehalten, jedoch einer Neubeurteilung und gegebenenfalls einer Größenanpassung unterzogen. Auch Projekte „außerhalb des Abkommens“ werden neu beurteilt, um die Anstrengungen und Ressourcen auf Initiativen zu konzentrieren, die die wirtschaftliche Erholung direkt fördern.

So werden die Segel dieser Projekte auf eine Weise gestellt, die eine optimale Nutzung der wallonischen Ressourcen gewährleistet und den Erfolg der Konjunkturziele sicherstellt. Die Abstimmung mit den Sozialpartnern wird von entscheidender Bedeutung sein, um sicherzustellen, dass die getroffenen Entscheidungen den aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht werden und gleichzeitig die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen gewährleisten.

## Eine Aufwertung und Unterstützung des Unternehmertums

Die Regierung wird die Förderung, Unterstützung und Entwicklung des Unternehmertums zu einem Eckpfeiler des Aufschwungs in der Wallonie machen. Sie wird einen unterstützenden Ansatz für angehende Unternehmer entwickeln und für Erfolgsgeschichten werben.

So wird im Rahmen der Wirtschaftsförderungsaktivitäten die Sensibilisierung für den Unternehmergeist bei jungen Menschen (wie „Générations entrepreneurs“) in allen Bildungszweigen ab dem jüngsten Alter und in Partnerschaft mit der Föderation Wallonie-Brüssel verstärkt, verallgemeinert und kontextualisiert. Darüber hinaus sollen in Zusammenarbeit mit der Föderation Wallonie-Brüssel Praktika in Unternehmen in den Lehrplänen der Sekundarstufe und der Hochschulen systematisiert werden, sodass die Studierenden punktuell oder strukturell in das Unternehmensleben eintauchen und dessen Herausforderungen und Chancen besser einschätzen können.

Initiativen, die auf das Unternehmertum von Studierenden abzielen, werden fortgesetzt, und die Regierung wird sich bei der föderalen Behörde für eine Verbesserung des Status Student & Unternehmer einsetzen, um junge Selbstständige beim Übergang von einem Status zum anderen besser unterstützen zu können.

Im Bereich des *Scaling-up* (Größenänderung eines Start-ups) wird die Regierung die vorhandenen Instrumente und Mittel ausbauen, um diese wichtige Wachstumsphase besser abzudecken. Um die Durchschnittsgröße der wallonischen KMU zu erhöhen, werden die Programme zur Wachstumsförderung auf der Grundlage des Feedbacks der Unternehmen analysiert, an ihre Bedürfnisse angepasst und ausgebaut.

Alle oben entwickelten Initiativen werden dauerhaft unterstützt, um sie nicht von Projektausschreibungen, Sponsoring und Mäzenatentum abhängig zu machen.

Die Zahl der Unternehmerinnen in der Wallonie soll bis 2029 steigen, indem die Sensibilisierung für das Unternehmertum verstärkt und ihnen der Zugang zu Finanzierungsquellen erleichtert wird, aber auch indem Lösungen und Instrumente entwickelt werden, die die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben erleichtern. Die Regierung wird das Unternehmertum von Frauen fördern und dafür sorgen, dass Unparteilichkeit gewährleistet ist und Frauen bei Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen ausreichend vertreten sind.

Die Regierung wird darauf achten, dass die in ihren verschiedenen Zuständigkeiten gewährten regionalen Finanzmittel nicht zur Schaffung oder Aufrechterhaltung eines unlauteren Wettbewerbs mit privaten Unternehmen beitragen. Die Regierung wird sich beim Föderalstaat dafür einsetzen, dass die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen zwischen VoG und privaten Anbietern, die sich aus den Unterschieden bei der Mehrwertsteuerpflicht ergeben, so weit wie möglich abgemildert werden können.

Die Formalitäten für die Aufnahme einer Tätigkeit werden reduziert. Wie in Flandern und Brüssel wird die Regierung insbesondere die Anforderung an die erforderlichen grundlegenden Managementfähigkeiten abschaffen, während die technischen Fähigkeiten für den Zugang zum Beruf beibehalten werden. Sie wird einen begleitenden Ansatz fördern und gleichzeitig eine ausführliche Beurteilung der vielfältigen Parameter, die den Zugang zum Beruf betreffen, in Absprache mit den verschiedenen Sektoren integrieren.

Die Regierung wird bei den wallonischen Unternehmern eine starke Präventionspolitik einführen, um jeglichen Risiken für die psychische und/oder physische Gesundheit vorzubeugen. Das

Wohlergehen der Arbeitnehmer, einschließlich der Selbstständigen, wird im Mittelpunkt der öffentlichen Politik stehen. Die Regierung wird insbesondere darauf achten, dass Unternehmereltern Plätze für die Betreuung von Kleinkindern zur Verfügung stehen können.

Die Regierung wird Unternehmensgründungen und Umschulungen fördern, um das Unternehmertum zu erleichtern. Ebenso wird sie das Airbag-System (Finanzierungsquelle für eine selbständige Tätigkeit in der Startphase, die als Luftpolster dient, um den Übergang zur hauptberuflichen Selbständigkeit abzufedern) und alle ähnlichen Mechanismen verstärken, die es Arbeitssuchenden ermöglichen, ihre selbständige Tätigkeit zu beginnen.

Darüber hinaus stellt die Übertragung von Unternehmen eine wichtige Herausforderung dar, die die Regierung unterstützen will. In diesem Zusammenhang sind die Sensibilisierung und Begleitung von zukünftigen Unternehmern, Kaufinteressenten und Überlassern von entscheidender Bedeutung. Besondere Aufmerksamkeit wird KMU, KU und Einzelhändlern bei der Vorbereitung der Übertragung gewidmet.

Schließlich wird sich die Regierung daran beteiligen, die Mentalität in Bezug auf unternehmerisches Scheitern zu ändern. Zu diesem Zweck wird neben der Betreuung im Vorfeld von Schwierigkeiten (Rebound-Maßnahmen wie Re-Action) auch die Betreuung nach der Insolvenz verstärkt, um aus diesen Erfahrungen Kapital zu schlagen und sie nicht zu stigmatisieren.

## Wiederhergestelltes Vertrauen durch administrative Vereinfachung

Die Beziehung zwischen der Verwaltung und den Unternehmen wird auf einem Vertrauensprinzip mit maximaler „Nutzerorientierung“ basieren, mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand, der durch die Inanspruchnahme der regionalen Programme entsteht, zu minimieren. Der Aufbau eines solchen Vertrauensverhältnisses muss mit einer Strategie der Rechenschaftspflicht verbunden sein, die auf einem Vertrauensprinzip beruht und mit einer gut durchdachten Kontrollpolitik einhergeht, die eine Bestrafung im Falle eines Fehlers der Person verhindert, es sei denn, der öffentliche Bedienstete weist nach, dass der Fehler nicht in gutem Glauben begangen wurde.

Unternehmen sollten eine zentrale Kontaktstelle in einem öffentlichen Dienst haben. Diese zentrale Kontaktstelle kann alle Elemente ihres Projekts in eine einzige bereichsübergreifende, umfassende und integrierte Antwort in Bezug auf unternehmensbezogene Themen integrieren. Die Silos zwischen den verschiedenen Ansprechpartnern in den Unternehmen müssen fallen.

Die Fristen in Bezug auf Ordnung und Strenge in Verwaltungsverfahren werden so kurz wie möglich gehalten und für alle Genehmigungs- oder Erlaubnisverfahren festgelegt, für die es noch keine solchen Fristen gibt. Um die administrativen Schritte zu vereinfachen, aber auch um die Auswirkungen der regionalen Unterstützung besser zu überwachen und zu beurteilen, wird eine echte Datenstrategie mit einem *Data Centric*-Ansatz umgesetzt, indem systematisch auf authentische Quellen zurückgegriffen wird (*Only-Once*-Prinzip), Daten innerhalb der Verwaltung allgemein geteilt werden und Partnerschaften eingegangen werden, um authentische Quellen außerhalb der Region zu nutzen.

Die Regierung wird eine weitgehende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen und Verwaltungseinheiten (öVE) unterstützen. Die Regierung wird jedoch darauf achten, dass die Möglichkeit eines menschlichen Kontakts erhalten bleibt, wodurch eine persönliche und aufmerksame Beziehung zur Begleitung der Unternehmen bewahrt wird.

Die Regierung wird das Fast-Track-Projekt, das allen Behörden und öVE, die mit Unternehmen in Kontakt stehen, gemeinsam ist, dauerhaft fortführen. Er wird die Zugangskriterien bewerten und dabei besonders auf Projekte in prioritären Sektoren achten. Letztendlich sollte jeder Verwaltungsvorgang eines Unternehmens Fast-Track sein.

Um die Verwaltung weiterhin näher an die Unternehmen heranzuführen, werden außerdem für alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes Praktika in Unternehmen oder in jedem der Sektoren, die von der Aufsicht eines öffentlichen Bediensteten betroffen sind, eingeführt, um die praktischen Erfahrungen vor Ort besser einschätzen zu können.

Um Mitnahmeeffekte und regulatorische Disruption zu begrenzen, wird sich die Regierung verpflichten, für Stabilität bei Gesetzen und Verordnungen zu sorgen, indem sie häufige und unvorhergesehene Änderungen von Gesetzen und Verordnungen einschränkt, insbesondere um Inkohärenzen zwischen den Gesetzen, auf jeder Verwaltungsebene und zwischen den Verwaltungsebenen zu vermeiden. Dies erfordert eine regelmäßige Abstimmung mit den Wirtschaftsakteuren, um sicherzustellen, dass neue Gesetze den Bedürfnissen des Marktes entsprechen und gleichzeitig vorhersehbar und verständlich sind.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Bewertung der Auswirkungen von Rechtsvorschriften und Dekreten auf KMU/KU gewidmet, insbesondere den Auswirkungen auf die Finanzen und den Verwaltungsaufwand.

Um die Liquidität der wallonischen Unternehmen nicht zu verschlechtern, müssen schließlich unbedingt konkrete und wirksame Maßnahmen bezüglich der Bezahlung von Rechnungen für öffentliche Aufträge sowie für gewährte regionale Unterstützungen (Investitionen, F&E...) innerhalb der gesetzlich und durch europäische Regulierungen festgelegten Fristen ergriffen werden.

## Eine Rationalisierung der Akteure der Unternehmensförderung für eine stärkere Wirkung

Die Regierung wird sich dafür einsetzen, dass sämtliche Hilfen und Dienstleistungen für Wirtschaftsakteure rationalisiert werden, damit sie gezielter auf die aktuellen Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet sind, Mitnahmeeffekte korrigiert und vermieden werden und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Wallonie verstärkt werden.

Auf der Grundlage einer Evaluierung und in Verbindung mit den Zielen der Regierung wird die Relevanz des Systems der Beihilfen der ersten Stufe (Unternehmenschecks) bewertet und dieses System gegebenenfalls überarbeitet, um seine Relevanz und seine Wirkung auf seine Zielgruppe (in erster Linie KU und Selbstständige) zu erhöhen.

Die Regierung wird eine Bewertung der Relevanz, der Lesbarkeit und der Auswirkungen der Forschungs- und Innovationsbeihilfen in Bezug auf die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Wallonie durchführen.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung, einschließlich der Sensibilisierung und Begleitung von Unternehmen, wird die Regierung die Kartierung des Ökosystems der Wirtschaftsbeteiligten fortsetzen und diese neu positionieren, um die Bemühungen um eine Rationalisierung der Landschaft zu verstärken. Durch die Konsolidierung der Betreiber, aber auch durch die Neuausrichtung der Aktivitäten auf die Kernaufgaben jedes Betreibers soll eine kritische Größe erreicht werden, die ausreicht, um den Unternehmern einen qualitativ hochwertigen Service und eine bessere Übersichtlichkeit zu bieten. Diese Neupositionierung wird auf der Grundlage der

Prioritäten der Regierung durchgeführt und die regionale Unterstützung wird systematisch mit den Ergebnissen verknüpft.

Ebenfalls mit dem Ziel der Rationalisierung und in Fortsetzung der Reform der regionalen Wirtschafts- und Finanzinstrumente werden redundante Tochtergesellschaften und Strukturen oder solche ohne echten Mehrwert abgeschafft. Darüber hinaus wird daran gearbeitet, die Anzahl der wallonischen Invests zu rationalisieren und gleichzeitig ihre Verbindung zu Wallonie Entrepreneurs zu stärken.

In diesem Konzept der Lesbarkeit und Effizienz muss eine Logik des „Nutzerparcours“ verfolgt werden, indem die verschiedenen Akteure intelligent miteinander verknüpft werden.

Da Innovation einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet, müssen die Unternehmen ein klares Angebot erkennen können. In diesem Zusammenhang muss die Landschaft umstrukturiert werden, um sie übersichtlicher zu machen, aber auch, um neu aufkommende Innovationsthemen besser aufzugreifen (z. B. Wasserstoff, künstliche Intelligenz...).

Die Regierung wird eine Begutachtung der Politik der Kompetenzzentren vornehmen, ohne den Mechanismus in Frage zu stellen, um ihre Aufgaben und ihre Positionierung zu klären, damit ihre Aktionen besser mit den strategischen Prioritäten der Wallonie verknüpft werden können, wobei das Endziel weiterhin die Entstehung von kollaborativen Forschungsprojekten ist. Eine ähnlich gelagerte Überlegung wird in Bezug auf Cluster angestellt.

Darüber hinaus wird die Regierung die Organisation der Betreuung der Akteure im Bereich Forschung und Innovation auf internationaler Ebene optimieren, um die Beteiligung von Unternehmen an europäischen Forschungsprogrammen zu maximieren. Auch in diesem Bereich wird die Verknüpfung der verschiedenen regionalen Instrumente verstärkt.

Die weitere Massifizierung der zugelassenen Forschungszentren nach thematischen Gruppierungen ist eine Priorität der Regierung, um ihre Wirkung auf das wallonische Wirtschaftsgefüge zu maximieren und ihre Präsenz in den europäischen Rahmenprogrammen für Forschung und Innovation (Horizon Europe) zu stärken.

Die Regierung wird eine Bewertung der Strategie der intelligenten Spezialisierung (S3) und der laufenden strategischen Innovationsinitiativen (SII) vornehmen, um eventuelle Anpassungen vorzunehmen, die es ermöglichen, die S3 zu stärken und ihre Implementierung in das sozioökonomische Gefüge der Wallonie zu gewährleisten. Besondere Anstrengungen werden unternommen, um die Strategie für alle Wirtschaftsakteure verständlich zu machen, da dies die Grundlage für eine breitere allgemeine Akzeptanz und damit für eine stärkere wirtschaftliche Dynamik ist.

In den identifizierten strategischen Sektoren wird die Regierung in Zusammenarbeit mit den Instrumenten der anderen Regionen, der föderalen Einrichtungen und der EU die von den Unternehmen durchgeführten umfangreichen Operationen finanziell unterstützen.

Darüber hinaus wird die Regierung eine Überprüfung aller Beteiligungen, die sie direkt oder indirekt an Handelsgesellschaften hält, vorschlagen, um die Strategie dieser Gesellschaften und den Umfang, in dem sie zur Erreichung der strategischen Ziele der Regierung beitragen, zu ermitteln. Diese Überprüfung führt zu Schlussfolgerungen, die von der Aufrechterhaltung der Mitbestimmung bis hin zu ihrer Veräußerung oder ihrer Konsolidierung mit anderen Unternehmen

reichen können. Darüber hinaus wird unter anderem vorgeschlagen, die Möglichkeit einer Fusion zwischen Ethias und Belfius zu prüfen.

Darüber hinaus wird Wallonie Entrepreneurs mit aller gebotenen Vorsicht eine aktive Verwaltung seines Beteiligungsportfolios vornehmen, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu entwickeln und die wirtschaftliche Neuausrichtung der Wallonie zu unterstützen.

## Unterstützung der Kreislaufwirtschaft und des Übergangs von Unternehmen

Die Herausforderungen des kohlenstoffarmen und zirkulären Übergangs für Unternehmen sind vielfältig und werden in der Unternehmensstrategie keineswegs mehr als „nebensächlich“ betrachtet (Auswirkungen auf Kosten und Wettbewerbsfähigkeit, Preisvolatilität, technologische Entwicklungen, rechtlicher Rahmen...). Die Regierung wird Initiativen für die Kreislaufwirtschaft sowie den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und die Einbeziehung von ESG-Kriterien ausbauen.

Sie wird die Einhaltung der ESG-Kriterien stärken, ohne auf Gold-Plating zurückzugreifen (Überregulierung, die konkrete negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition unseres Landes in vielen Sektoren haben kann), indem sie sicherstellt, dass Unternehmen nicht nur die ESG-Standards einhalten, sondern sich in diesen Bereichen auch auszeichnen können, wodurch eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und eine kontinuierliche Verbesserung ihrer sozialen und ökologischen Leistung gewährleistet werden. Dies wird eine Analyse der Zertifizierungsmethoden und der Mittel zur Begleitung und Schulung der Unternehmen beinhalten.

Auf der Grundlage der im Rahmen von Circular Wallonia durchgeführten Beurteilungen wird die Regierung ihre Strategie für die Kreislaufwirtschaft fortsetzen, auf dem Erreichten aufbauen und die Maßnahmen der Wallonie gezielt darauf ausrichten, ihre Position als führende Region für Kreislauffinnovationen zu behaupten. Sie wird die Mittel auf die Maßnahmen konzentrieren, die die größten Auswirkungen auf das Wirtschaftsgefüge, die Beschäftigung und die Resilienz der wallonischen Wirtschaft in Hinblick auf kritische und strategische Materialien haben, insbesondere durch die Entwicklung einer Strategie zur nachhaltigen Aufwertung und Wiederverwendung von natürlichen Ressourcen.

Die Regierung wird sich bei ihren Maßnahmen auf die großen Sektoren mit Umweltauswirkungen konzentrieren, nämlich Metallurgie und Batterien, Chemie und Polymere, Bauwesen und Mineralien, Cleantech, Wasserwirtschaft und Biomasse.

Die Abfallvorschriften und Strategien im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit der Wirtschaft werden integriert, um die wallonischen Maßnahmen zu klären und zu vereinfachen.

Die Regierung wird die Unternehmen dabei unterstützen, die Anforderungen an die Dauerhaftigkeit zu erfüllen, indem sie die Ansätze der Kreislaufwirtschaft, des kohlenstoffarmen Übergangs und der Wiederverwendungs- und Reparaturbemühungen miteinander koppelt.

Ein großes Augenmerk wird auf die finanzielle Unterstützung und Begleitung von Unternehmen bei ihren Projekten für einen kohlenstoffarmen Übergang gelegt (Energieeffizienz von Prozessen und Gebäuden, Erzeugung erneuerbarer Energien, Elektrifizierung von Industrieprozessen und Mobilität, rationelle Nutzung natürlicher Ressourcen...).

Die Regierung wird auch ihre Unterstützung für Unternehmen durch die Kohlenstoffvereinbarungen fortsetzen. Besondere Aufmerksamkeit wird Unternehmen gewidmet, bei denen das Risiko einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen (Carbon Leakage) besteht.

Um diese Herausforderungen zu einer Quelle der Schaffung von Aktivität und Wert für die Wallonie zu machen, wird die Regierung darauf achten, die Kompetenzen des wallonischen Privatsektors in diesen Bereichen zu stärken und zu entwickeln.

## Land für wirtschaftliche und produktive Zwecke

Die Wallonie muss ein attraktiver und entscheidender Akteur für Unternehmensinvestitionen auf ihrem Gebiet sein.

Die Regierung muss die Verfügbarkeit von Grundstücken erhöhen, indem sie an der Aufwertung großer Brachflächen arbeitet, insbesondere durch öffentlich-private Partnerschaften, wobei sie sich auch auf die Grundstücksreserven der verschiedenen öffentlichen Akteure (autonome Häfen, interkommunale Einrichtungen, öVE...) im Rahmen einer Strategie stützen muss, die logistische und intermodale Herausforderungen berücksichtigt, und hierzu einen Plan zur Aktivierung neuer Wirtschaftsparks entfaltet und die Ausstattung und Konnektivität der Gewerbegebiete stärkt. Darüber hinaus wird die Regierung einen Gesamtüberblick über die Verfügbarkeit von Grundstücken aller öffentlichen Akteure und den Bedarf der Unternehmen entwickeln und gleichzeitig eine strategische Reserve bilden.

Außerdem werden die Genehmigungsverfahren von der Erstellung der Antragsunterlagen bis zur möglichen Berufungsphase beschleunigt. Die Entmaterialisierung der Genehmigungsverfahren ist ein zwingendes Projekt für dieses Ziel, ebenso wie die Arbeit an der inhaltlichen Rahmung der Akten sowie die Arbeit an der Vorhersehbarkeit der angewandten Normen. Das Dekret vom 2. Februar 2017 über Wirtschaftszonen wird evaluiert und bei Bedarf angepasst.

## Unterstützung von Export und Auslandsinvestitionen

Die derzeitigen Ergebnisse der Export- und Auslandsinvestitionspolitik können noch erheblich verbessert werden, zumal der Export für eine kleine, offene Wirtschaft wie die Wallonie von entscheidender Bedeutung ist und Auslandsinvestitionen für die Reindustrialisierung der Wallonie zusätzlich zu den lokalen Investitionen benötigt werden.

Die Regierung beabsichtigt, eine robuste Handelspolitik und eine proaktive Anziehung ausländischer Investitionen zu entwickeln und so zu einer dynamischen und wohlhabenden Wallonie beizutragen. In diesem Rahmen verpflichtet sie sich, die Effektivität und Effizienz der verschiedenen öffentlichen Akteure, die derzeit über entsprechende Aufgaben verfügen, zu erhöhen.

Zu diesem Zweck werden die Rollen aller Beteiligten bewertet und überarbeitet, um Synergien zu verstärken und Doppelarbeit zu vermeiden. Die Aufgaben und Rollen der AWEX werden bewertet und ggf. angepasst. Das Dekret der Wallonischen Agentur für Export und Auslandsinvestitionen (AWEX) wird überarbeitet, um ihre Aufgaben an die neuen wirtschaftlichen und handelspolitischen Herausforderungen unserer Region anzupassen.

Um eine optimierte Begleitung der Unternehmen auf internationaler Ebene zu gewährleisten, werden die Organisation des Netzes der Wirtschafts- und Handelsberater im Ausland und die Standorte der Agentur verbessert.

Die Regierung wird die Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie AWEX und WBI arbeiten und verwaltet werden, auf ihre Relevanz und Effizienz hin überprüfen. Die Region wird eine proaktive Politik der Wirtschaftsdiplomatie betreiben, insbesondere mit Hilfe der Außenhandelsagentur gemäß dem Kooperationsabkommen vom 24. Mai 2002.

Die Attraktivität für ausländische Investitionen wird bewertet und muss Gegenstand einer klaren und koordinierten Strategie sein.

Schließlich werden auch Überlegungen zum Status und zur Organisationsstruktur der AWEX angestellt.

Die Regierung beabsichtigt, die wirtschaftliche Sicherheit unter anderem durch eine Verbesserung des Filterprozesses für ausländische Investitionen, einen koordinierteren europäischen Ansatz für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, eine Risikoanalyse bestimmter EU-Investitionen im Ausland und die Umsetzung der EU-Empfehlung zur Sicherheit der Forschung zu überwachen.

Die belgischen Gesetzgeber auf föderaler und regionaler Ebene neigen häufig dazu, europäische und internationale Standards vorwegzunehmen oder zu übertreffen, sei es im Wirtschafts-, Steuer- oder Sozialbereich. Diese als „Gold-Plating“ oder „Überregulierung“ bekannte Praxis kann konkrete negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition unseres Landes in zahlreichen Sektoren haben. Um solche Situationen unlauteren Wettbewerbs für wallonische Unternehmen zu vermeiden, verpflichtet sich die Regierung, keine Überumsetzung von europäischen Normen vorzunehmen, und wird sich beim Föderalstaat für diese Position einsetzen.

## Innovation und Forschung als Motoren der Entwicklung

Das Dekret vom 3. Juli 2008 über die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation wird modernisiert, um den aktuellen Bedürfnissen der Wallonie, ihren Ambitionen und Prioritäten zu entsprechen, wobei die Umsetzung klarer und einfacher gestaltet wird.

In Absprache mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel wird die Regierung darauf achten, dass ein Kontinuum zwischen den von der Föderation Wallonie-Brüssel und der Wallonischen Region finanzierten Forschungsaktivitäten gewährleistet wird. Durch die Verknüpfung der Dekrete der einzelnen Einheiten und eine enge Zusammenarbeit können die Forschungsaktivitäten besser koordiniert werden, wobei das Endziel eine bessere Verwertung der Ergebnisse zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung der Region ist und ein positiver Kreislauf der Forschungsfinanzierung im frankophonen Raum geschaffen wird.

Ein großes Augenmerk muss nämlich auf den Transfer von Forschungsergebnissen in die Unternehmen gelegt werden, insbesondere im Hinblick auf den Transfer von geistigem Eigentum. Es ist notwendig, die Effizienz der Systeme zur wirtschaftlichen Verwertung zu steigern, insbesondere innerhalb der Universitäten. Jede Maßnahme zur Annäherung der akademischen Welt und der Forschung an die Wirtschaft kann zu diesem Kulturwandel beitragen. Die Regierung wird Forschungsakteure und Unternehmen aktiv auf die Bedeutung des geistigen Eigentums aufmerksam machen.

Innovation stellt einen echten Motor für die Entwicklung dar. Es werden Forschungsprojekte auf sektorieller Ebene durchgeführt, die auf den treibenden Unternehmen aufbauen und der gesamten damit verbundenen Wertschöpfungskette zugutekommen. Die Regierung wird sich beim Föderalstaat dafür einsetzen, dass die in ihre Zuständigkeit fallenden Forschungsanreize wie die Befreiung von der Abführung des Steuervorabzugs für Personen, die in Forschungstätigkeiten

eingesetzt werden, und der Abzug für Innovationseinkommen beibehalten und ausgebaut werden.

Eine zukunftsorientierte Vision, die die Spezialisierung voll unterstützt, wird entwickelt, indem die Akteure der Industrie regelmäßig in ihre Entscheidungen einbezogen werden.

Die jährlichen Mittel, die Wallonie Entrepreneurs und den Investitionsfonds gewährt werden, werden insbesondere auf die identifizierten strategischen Sektoren ausgerichtet, unbeschadet der Aufrechterhaltung der Interventionskapazitäten in allen Sektoren und Unternehmen jeglicher Größe, an die sich die Instrumente richten.

Die ehrgeizige Industriestrategie der Regierung wird die Unterstützung von Investitionen in der vorindustriellen Entwicklungsphase (Technology readiness levels - TRL - marktnah) beinhalten und so die Finanzierung von Industriepiloten mit attraktiven Investitionspaketen, die Finanzierungen und Forschungsförderung kombinieren, ermöglichen.

Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, ein „Level playing field“ (gleiche Ausgangsbedingungen) für wallonische Unternehmen zu gewährleisten und die Möglichkeiten, die die europäischen Regulierungen für staatliche Beihilfen bieten, so weit wie möglich zu nutzen, um die Entwicklung industrieller Kapazitäten zu unterstützen, insbesondere in strategischen Bereichen und im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit im Energiebereich.

Schließlich muss im Hinblick auf Lesbarkeit und Effizienz das Angebot der Strukturen, die derzeit über Aufgaben verfügen, die die Wallonie in strategischen Sektoren positionieren oder Verbindungen zur europäischen Ebene aufweisen, bewertet und überarbeitet werden. Insbesondere werden in diesem Rahmen die Wallonie-EU übertragenen Aufgaben bewertet und neu ausgerichtet.

## Händler und Handwerker - wichtige Akteure der lokalen Dynamik

In Anerkennung der entscheidenden Rolle, die lokale Geschäfte für die Dynamik von Stadt- und Dorfzentren und die Aufrechterhaltung der damit verbundenen sozialen Bindungen spielen, wird die Regierung weiterhin den lokalen Handel und die Wiederbelebung von städtischen und ländlichen Zentren unterstützen.

Die Regierung wird die Bemühungen um den Aufbau von Kompetenzen fortsetzen, insbesondere in der strategischen Begleitung und der Verbreitung digitaler Praktiken. Sie wird weiterhin die Händler unterstützen, die von den Arbeiten auf öffentlichen Straßen betroffen sind.

Mit dem Ziel, das Fachwissen zu bündeln, wird das System der Agenturen für lokale Entwicklung reformiert, um es mit dem neuen System der Agenturen für Stadtzentrentwicklung in Einklang zu bringen.

Die Regierung wird dafür sorgen, dass innerhalb des ÖDW Wirtschaft, Beschäftigung und Forschung die Kompetenzen in Bezug auf den Handel gestärkt werden.

Die Regierung verpflichtet sich, sich beim Föderalstaat für flexiblere Ladenöffnungszeiten am Abend und am Sonntag einzusetzen.

Schließlich wird die Professionalisierung der Akteure der kurzen Vertriebswege mit dem Ziel unterstützt, ihnen das Erreichen eines finanziellen Gleichgewichts zu ermöglichen.

## Öffentliche Investitionen, die private Investitionen fördern

Die Regierung wird die Mobilisierung privater Gelder in der wirtschaftlichen Entwicklung fördern. Um Synergien mit dem Privatsektor zu stärken und die Effizienz des Einsatzes regionaler Mittel zu verbessern, müssen die öffentlichen Finanzpartner dafür sorgen, dass die geförderten Unternehmen den Rückgriff auf private Finanzierungsquellen voll ausschöpfen.

Die Regierung wird weiterhin Anreize für die Mobilisierung privater Ersparnisse zum Zwecke der regionalen Wirtschaftsentwicklung schaffen. Die Initiative des Darlehens Coup de Pouce wird beibehalten und sogar ausgeweitet, und die Regierung wird sich auf föderaler Ebene für eine Ausweitung der Bedingungen des Tax Shelter einsetzen.

Die öffentlichen Mittel werden intensiver auf die Schlüsselphasen des Lebens eines Unternehmens ausgerichtet.

Für das Geschäft mit Kleinst- und Kleinkrediten wird die Regierung die Möglichkeit prüfen, die Obergrenzen für Kredite zu erhöhen, die online und „automatisch“ als Kofinanzierung von Banken über zweckgebundene Finanzierungsinstrumente zugänglich sind. Initiativen für private Mikrokredite werden unterstützt und ausgeweitet, um die verfügbaren Beträge zu erhöhen und so Selbstständigen und Unternehmern den Start ins Berufsleben zu erleichtern.

## Ein gut unterstützter Sektor der Sozialwirtschaft

Die Wallonie wird die Sozialwirtschaft über die Umsetzung einer konzertierten Strategie zur Entwicklung, Unterstützung und Aufwertung der Sozialwirtschaft fördern.

Um die Entstehung neuer unternehmerischer Projekte zu erleichtern, wird die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln auf angepassten Auswahlkriterien und erweiterten Indikatoren basieren. Der Zugang zu Informationen wird über zentrale Anlaufstellen erfolgen, die in der ganzen Wallonie präsent sind.

Die Regierung wird insbesondere die Entwicklung kurzer Wertschöpfungsketten unterstützen, die somit zur lokalen Entwicklung (Wirtschaft und Arbeitsplätze) in der Wallonie beitragen, aber auch die Gründung und das Wachstum von Sozialunternehmen, die auf die Herausforderungen des Übergangs reagieren.

Die Regierung wird die Zusammenarbeit und den Brückenschlag zwischen den Akteuren der Sozialwirtschaft und der klassischen Wirtschaft fördern.

In dieser Hinsicht bieten Arbeitsgenossenschaften und Gemeinschaftsunternehmen Unternehmern eine wirtschaftliche und soziale Begleitung mit administrativer Unterstützung bei der Niederlassung. Die Regierung beabsichtigt, den rechtlichen Rahmen für diese Unternehmen flexibler zu gestalten, um insbesondere den Zugang zu wirtschaftlichen Hilfen und Finanzierungen sowie die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren zu ermöglichen.

## Die Rennstrecke von Spa Francorchamps, ein weltweites Schaufenster für die Wallonie

Die Rennstrecke von Spa-Francorchamps ist ein wichtiger sportlicher, touristischer und wirtschaftlicher Schwerpunkt der Wallonie. Sie trägt in bemerkenswerter Weise zur internationalen Ausstrahlung der Wallonie bei. Die Regierung wird die Investitionsprojekte der

Rennstrecke unterstützen, indem sie sich vorrangig auf deren Selbstfinanzierungskraft und die Finanzierung durch Banken stützt.

Bei Abschluss des Verwaltungsvertrags werden alle Möglichkeiten zur Steigerung der kommerziellen Einnahmen der Rennstrecke in Betracht gezogen, um die direkte Subventionierung schrittweise zu reduzieren und gleichzeitig die Fähigkeit des Unternehmens zu erhalten, den laufenden mehrjährigen Investitionsplan zu erfüllen.

Die Regierung wird alles tun, um die jährliche Austragung des Grand Prix der Formel 1 in den kommenden Jahren zu sichern und gleichzeitig die Veranstaltergesellschaft für die Verbesserung ihres Nettoergebnisses verantwortlich zu machen.

## Eine Wallonie, die ihre Rolle in der europäischen Verteidigung spielt

In Bezug auf den Verteidigungssektor und angesichts der weltweiten geopolitischen Lage und der massiven Investitionen, die viele Länder in diesem Sektor tätigen werden, wird die Regierung das Dekret vom 21. Juni 2012 über den In- und Export sowie den Transit und Transfer von zivilen Waffen und Verteidigungsgütern überarbeiten. Heute gehört diese Regelung zu den restriktivsten der Welt, und es ist angebracht, die wallonischen Industriellen bei ihren Exporten angesichts des auf innerbelgischer und europäischer Ebene angewandten Rahmens nicht mehr zu bestrafen und sich strikt an diesen zu halten. In ihrem Bestreben, an der Stärkung der strategischen Autonomie Europas mitzuwirken, wird die Regierung die innerbelgischen Gespräche über die Umsetzung eines Kooperationsabkommens bezüglich der Teilnahme an nationalen und internationalen Kooperationsprogrammen im Verteidigungssektor (DIRS, DIANA, ...) fortsetzen.

## Flughäfen als Motor für eine ehrgeizige, innovative und ausgewogene Entwicklung

Die beiden wallonischen Flughäfen sind strategische Tore der Wallonie zur Welt und tragen zur Attraktivität des wallonischen Territoriums bei.

Die Regierung wird die Betreibergesellschaften der Flughäfen bei ihren Entwicklungsprojekten unterstützen, die gleichbedeutend mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und Mehrwert für die Wallonie sind.

Sie wird daran arbeiten, die Rolle der Flughäfen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung zu stärken, indem sie auf ihrer jeweiligen Spezialisierung aufbaut und gleichzeitig Synergien fördert, und zwar in einem vorhersehbaren, transparenten Rahmen, der das Lebensumfeld der Anwohner respektiert.

Die Regierung wird darauf achten, die Entwicklung und die Wachstumsaussichten des Flughafens Charleroi im Rahmen der Erneuerung seiner Genehmigung zu unterstützen und zu bestätigen. Dabei werden die Grenzen eingehalten, die im langfristigen Entwicklungsplan festgelegt sind, der das Gleichgewicht zwischen sozioökonomischer Entwicklung und dem Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Anwohner gewährleistet.

Sie wird die Umsetzung der Gewerbegebiete rund um den Flughafen Lüttich fortsetzen.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Mobilität und der Entwicklung multimodaler Lösungen rund um die beiden Flughäfen gewidmet werden, um ihre Wachstums- und Beschäftigungsaussichten zu stärken, aber auch um den Zielen der Dekarbonisierung und der Achtung des Lebensumfelds der Anwohner gerecht zu werden. Die Regierung wird vorrangige Maßnahmen vorschlagen, um

den Verkehr flüssiger zu gestalten, die Mobilität von Reisenden und Arbeitnehmern zu erleichtern und multimodale Lösungen für die beiden Flughäfen in Absprache mit den anderen betroffenen Regierungsebenen zu entwickeln. Sie wird darauf achten, das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln zu verstärken, die Verbindungen zwischen den großen Kommunikationsinfrastrukturen (Eisenbahn, Autobahnen) und den Flughafenplattformen zu gewährleisten und die Vernetzung der Fahrradnetze in der Umgebung der Flughäfen zu vervollständigen.

Die Regierung wird Flughäfen in ihren Investitionsprogrammen als Schlüsselinfrastruktur betrachten.

Das Selbstverwaltungsschema der beiden Flughäfen muss weiterentwickelt werden, um die Effizienz zu steigern und den Betreibergesellschaften eine größere Autonomie zu ermöglichen, damit sie die Flughafeninstrumente entwickeln, die Synergien und die Rentabilität der Instrumente erhöhen und die Prozesse innerhalb der Entscheidungs- und Betriebsstrukturen optimieren können.

In diesem Rahmen wird die Regierung daran arbeiten, die Verankerung der privaten Aktionäre in den Verwaltungsgesellschaften der wallonischen Flughäfen eventuell zu verstärken, wobei sie darauf achten wird, die Kontrolle über die strategischen Entscheidungen und Interessen zu behalten und die Regulierungsmechanismen beizubehalten, die die Beschäftigung, die Umwelt und die Achtung des Lebensraums der Anwohner garantieren.

Eine mögliche höhere Beteiligung privater Aktionäre soll es BSCA und Liège Airport ermöglichen, sich weiter zu professionalisieren und zu entwickeln. Die Rolle der Regierung als Regulierer und die Eigentumsanteile müssen sich somit unter Berücksichtigung der Ergebnisse und Aussichten der Instrumente weiterentwickeln können.

Diese Perspektive sollte analysiert werden, indem eine Neuverhandlung der Verträge zwischen der Wallonie und den Flughafenbetreibergesellschaften ermöglicht wird, insbesondere im Hinblick auf die Höhe der Subventionen, die für die Übernahme der hoheitlichen Ausgaben gewährt werden, und unter Berücksichtigung der haushaltspolitischen und finanziellen Interessen der Region.

Die Regierung wird den Abschluss von öffentlich-privaten Partnerschaften zur Finanzierung und Entwicklung großer Investitionsprojekte unterstützen.

Die Wallonie wird für eine stärkere Abstimmung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen sorgen, um sicherzustellen, dass die Besonderheiten der Regionalflughäfen bei jeder Entscheidung, die den Sektor beeinflussen könnte, angemessen berücksichtigt werden.

Sie wird einen „Nichtangriffspakt“ bei den öffentlichen Aktionären der wichtigsten belgischen Flughafenplattformen initiieren, der darauf abzielt, ihre Position gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu stärken, indem sie auf ihre jeweiligen Stärken und ihre Komplementarität setzt.

Die Regierung wird darauf achten, in den Genuss einer leistungsfähigen Flugsicherung zu kommen, und ihre Interessen bei den zuständigen Behörden geltend machen. Sie wird die Umsetzung des Projekts „Digitale Türme“ fortsetzen.

Die Regierung wird darauf achten, das Verwaltungsmodell der Flugplätze Cerfontaine und Spa gegenüber der lokalen Gemeinschaft zu öffnen, um dort die Entwicklung einer Aktivität zu fördern, die mit der Nachbarschaft vereinbar ist.

Die Wallonie wird die Rahmenmaßnahmen und die Ziele für die Dekarbonisierung des Sektors auf europäischer Ebene unterstützen und mittragen. Die Einführung des einheitlichen europäischen Luftraums, der Besteuerung von Kerosin, von Flugtickets, des ETS-Systems sowie die Regulierung von Kurzstreckenflügen werden somit von der Wallonie auf europäischer Ebene unterstützt.

Generell wird das angestrebte Gleichgewicht zwischen der Entwicklung der Flughafentätigkeit, den Umwelterfordernissen und der Erhaltung des Lebensraums den Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors Rechnung tragen. So wäre es nicht effizient, den wallonischen Flughäfen und ihren Partnern regionale (oder sogar nationale) Maßnahmen aufzuerlegen, die nur geringe Umweltgewinne generieren, während die Umweltbelastungen aufgrund einer Verlagerung von Aktivitäten auf benachbarte Flughäfen im Land bleiben.

Die Wallonie bekräftigt ihr Ziel, die Flughafeninfrastruktur bis 2030 CO<sub>2</sub>-neutral zu gestalten, und wird Projekte zur Energieerzeugung und zum Energieverbrauch in der Gemeinschaft rund um die Flughäfen unterstützen.

Die Regierung wird ihre Unterstützung für die Akteure des Luftfahrt- und Flughafensektors im Bereich Forschung und Entwicklung fortsetzen und ausweiten, da deren neue technologische Entwicklungen zur Verringerung der Umweltauswirkungen des Sektors beitragen. Es wird die Entwicklung eines wallonischen Sektors untersucht, der auf die verstärkte Nutzung von Sustainable Aviation Fuels durch die Fluggesellschaften unter Einhaltung des europäischen Kurses abzielt.

Die Regierung wird darauf achten, in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern einen Ausbildungsweg zu entfalten, der den Berufen im Flughafen- und Luftfahrtsektor gewidmet ist.

Die Wallonie wird die Umsetzung der Begleitmaßnahmen für Anwohner gemäß dem Rahmen fortsetzen, der die Pläne zur langfristigen Entwicklung (PDLT) und die Lärmexpositionspläne (PEB) definiert. Zu diesem Zweck wird die 6. Revision der PEB verabschiedet, um die aktuellen und geplanten Aktivitäten der beiden Flughäfen bestmöglich zu berücksichtigen.

Die Wallonie wird gemeinsam mit der Föderalregierung darauf achten, dass die Flugverfahren von und zu ihren Flughäfen optimiert werden, um die Lärm- und Umweltbelastung zu verringern.

Das Netz der fest installierten Schallpegelmesser wird auf der Grundlage der laufenden Bewertung und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Anzahl der Flüge in umgekehrter Richtung angepasst.

Um die Umweltauswirkungen von Flughäfen auf die Gesundheit der Bürger zu objektivieren, wird die Regierung die ständige Überwachung der Messstationen (Lärm, Luftemissionen, Kohlenwasserstoffniederschlag) fortsetzen und die Instrumente zur Umweltinformation verstärken, wobei sie sich gezielt an die wirklich betroffenen Anwohner wenden wird.

Die Wallonie wird die Betreibergesellschaften in ihrem Bestreben unterstützen, durch Anreizgebühren den Ersatz der lautesten und umweltschädlichsten Flugzeuge zugunsten einer moderneren Flotte zu fördern.

Die Regierung wird darauf achten, die gesellschaftliche Verankerung der Flughäfen zu stärken, indem sie Räume für Dialog und Begegnung zwischen dem Flughafensektor und der lokalen Gemeinschaft schafft und der breiten Öffentlichkeit die Innovation und das Know-how der Wallonie in den Bereichen der Luftfahrt vorstellt.

## Tourismus und Kulturerbe - Vektor von Stolz und Attraktivität

Der Tourismus ist ein zentraler Hebel für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, er schafft Arbeitsplätze und unterstützt zahlreiche Unternehmen. Es ist wichtig, die Umsetzung der Strategie 2030 fortzusetzen, die den Schwerpunkt auf die Achsen Natur/Erlebnis und Kulturerbe/Kultur/Authentizität legt, und dabei auf der Marke [visitwallonia.be](http://visitwallonia.be) aufzubauen. Der Geschäftstourismus wird ebenfalls ein Schwerpunkt für die Entwicklung des Sektors sein. Die Regierung wird die strategischen Überlegungen zur langfristigen Entwicklung des Sektors fortsetzen.

Die Wallonie muss ihre unternehmerische Dynamik stärken, strukturierende Projekte unterstützen und aus einer Veranstaltungspolitik mit regionaler oder internationaler Reichweite Kapital schlagen. Die Nutzung der regionalen Liegenschaften wird durch die Optimierung ihrer Verwaltung, die Diversifizierung ihrer Einnahmequellen und die Steigerung ihrer Attraktivität gestärkt. Die Investitionsförderung muss die Stärken der projektbasierten Strategie 2030 ausbauen, wobei über ein System von Ziehungsrechten nachgedacht werden sollte.

Die Regierung wird eine zentrale Anlaufstelle für den Tourismus einrichten und bei den Tourismusunternehmen die bestehende Begleitung und Unterstützung für die Wirtschaftsakteure aufwerten. Eine Vereinfachung der Verfahren wird umgesetzt.

Die Zugänglichkeit von Sehenswürdigkeiten muss verbessert werden, insbesondere durch öffentliche Verkehrsmittel und aktive Fortbewegungsarten sowie durch die vorrangige Einrichtung von Elektroladestationen an Sehenswürdigkeiten in Absprache mit den Versorgungsnetzbetreibern (VNB). Die Mobilität zwischen Tourismusorten wird analysiert und gestärkt. Die Regierung wird sich beim Föderalstaat dafür einsetzen, dass die Zugverbindungen in der Wallonie ausgebaut und die Angebote vor allem in der Ferienzeit verstärkt werden.

Die Regierung wird die Entwicklung eines qualitativ hochwertigen Wanderangebots fortsetzen, das unseren Reichtum aufwertet und die biologische Vielfalt bewahrt. Es sollten Produkte entwickelt werden, um die verschiedenen touristischen Komponenten miteinander zu verbinden, die andere Wirtschaftsakteure, einschließlich lokaler Geschäfte, Handwerker und Akteure der kurzen Wege, in die touristischen Kreisläufe integrieren, um einen Multiplikatoreffekt auf das Wirtschaftsgefüge zu bewirken und den Aufenthalt zu fördern.

Die Eigentümer von Unterkünften müssen in die Lage versetzt werden, von der Sichtbarkeit zu profitieren, die Online-Buchungsplattformen und Tourismusorganisationen bieten, während gleichzeitig ein Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung von Unterkünften auf lokaler Ebene geschaffen werden muss. Um den Realitäten der Betreiber Rechnung zu tragen, wird sich die Regierung beim Föderalstaat dafür einsetzen, dass die Betreiber von Unterkünften die Mehrwertsteuerbefreiung in Anspruch nehmen können.

Die Regierung wird außerdem darauf achten, die Vermarktung des Tourismusangebots mit Reiseveranstaltern zu verstärken und ein geeignetes Angebot zu entwickeln, um die Dichte an *MICE*-Kunden (Meetings, Incentive, Conferences, Exhibitions) aus nahe gelegenen Geschäftszentren zu erfassen. Eine Unterstützung bei der Einrichtung eines wallonischen *Convention Bureau* innerhalb von VISITWallonia wird den Empfang dieser Zielgruppe verstärken.

Es ist auch von grundlegender Bedeutung, den Zugang zu touristischen Stätten und Infrastrukturen im Rahmen einer echten Politik des Tourismus für alle zu gewährleisten, die

Modelle der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit (Diversifizierung des Angebots, Mäzenatentum ...) einbezieht.

Die Wallonie muss ihr einzigartiges Image weiter fördern und verstärkt für ihre Stärken werben: architektonisches, natürliches und kulturelles Erbe, einschließlich ihrer Folklore, Gastronomie, ihres Know-hows und ihrer menschlichen Qualitäten. Dazu müssen die Lockprodukte jedes Tourismusgebiets gefördert werden, indem sie in Erfahrungen eingebunden werden, die auf andere Tourismus- und Wirtschaftsakteure in der Region ausstrahlen, und die Synergien zwischen den regionalen und gemeinschaftlichen Verwaltungen verstärkt werden, um unsere Stärken innerhalb von VISITWallonia touristisch aufzuwerten.

Wichtig ist auch die weitere Professionalisierung der Tourismusakteure mit Unterstützung für die Stärkung der digitalen Reife der Akteure. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse eines unter Druck stehenden Sektors erfüllt werden, der mit Knappheit zu kämpfen hat. Dies erfordert eine koordinierte Aktivierung mehrerer Hebel: Aufwertung dieser Berufe, Entwicklung der dualen Ausbildung und der Weiterbildung auf der Grundlage bestehender Instrumente (4S-Fonds), Stärkung der Synergien zwischen den Akteuren im Ausbildungsbereich (IFAPME, Kompetenzzentren, Job Days usw.) und im Tourismus, um ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot zu entwickeln, wobei der Schwerpunkt auf Mangelberufen liegt. Außerdem muss die Erstausbildung in Zusammenarbeit mit der Föderation Wallonie-Brüssel an die Entwicklung der Berufe und der Nachfrage angepasst werden.

Die Regierung wird auch alle zweckdienlichen Initiativen ergreifen, um den unlauteren Wettbewerb, der durch die Vermietung von Unterkünften über Plattformen wie Airbnb begünstigt wird, gegenüber anderen registrierten Tourismusakteuren zu unterbinden.

Die Regierung wird darauf achten, dass die Aufgaben der Akteure im Tourismusbereich koordiniert werden, um die Entwicklung des Sektors und die Effizienz der öffentlichen Mittel zu stärken. In diesem Zusammenhang wird die Regierung darauf achten, die Unterstützung für die im Tourismussektor tätigen Strukturen zu objektivieren und zu rationalisieren.

Die Verwaltung von Tourisme Wallonie wird sich wieder auf ihre Aufgaben als Dienstleister und Begleiter der Veranstalter konzentrieren. Eine wichtige Arbeit zur Vereinfachung, Abstimmung, Digitalisierung und Nutzerorientierung ist bereits im Gange und muss fortgesetzt werden. Diese Legislaturperiode muss eine Stabilität bringen, die die Operationalisierung des neuen Tourismusgesetzes mit einer Bewertung und den daraus resultierenden Korrekturmaßnahmen ermöglicht.

Die Regierung wird sich mit dem Sektor über die Umsetzung des Verordnungsteils des neuen Wallonischen Tourismusgesetzbuches abstimmen.

Dieser Ansatz wird das Vertrauen und die Zuversicht der verschiedenen beteiligten Akteure stärken und gleichzeitig eine effektive und transparente Regierungsführung unterstützen, die sich auf die Vereinfachung und Effizienz von Verwaltungsprozessen konzentriert.

Die Wallonie verfügt außerdem über ein reiches und vielfältiges Kulturerbe, das ein lebendiges Zeugnis ihrer Geschichte und Kultur ist. Das Kulturerbe ist ein generationenübergreifendes Erbe und trägt zum Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung bei. Es trägt auch zur Ausstrahlung der Wallonie und zu ihrer Attraktivität bei, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft, darunter der Bausektor und der Tourismus.

Seine Erhaltung, Weitergabe an alle und Aufwertung sind Herausforderungen, die nicht isoliert betrachtet werden können. Das Kulturerbe ist Teil eines Ökosystems. Um die Zeit zu überdauern,

muss es mit der Zeit gehen und Begriffe wie nachhaltige Entwicklung, Klimawandel, Immobiliendruck, Mangel an Berufen, Zugänglichkeit auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität und besonderen Bedürfnissen etc. berücksichtigen.

Le Gouvernement veillera à :

- die Aufwertung von Kulturgütern, insbesondere diejenige, die sich im Besitz der Region befinden, sowie das Know-how;
- die Fortsetzung der Dynamik der thematischen Erfassung und ihre Implementierung in die Schutz- und Vermittlungsinstrumente des AWaP (kleines wallonisches Volkskulturerbe, Industrienerbe und 20. Jahrhundert...);
- die Neubewertung des Korpus der geschützten Güter und je nach Ergebnis einer Anpassung der Schutzmaßnahmen;
- die Unterstützung der Instandhaltung, Restaurierung und Rehabilitation von denkmalgeschützten Gütern;
- eine verstärkte Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden (Ausbildung, Referenten für Kulturerbe ...);
- die Begleitung und Erleichterung (Hinweise auf Kulturerbe) der Umnutzung von wichtigen Kulturgütern, insbesondere Industriebrachen und religiöse Gebäude;
- die Bewertung und Verbesserung der Arbeitsweise der Archäologie;
- die Erleichterung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten und Steuerregelungen, die die Erhaltung des Kulturerbes fördern;
- die Verstärkung der Synergien mit der Föderation Wallonie-Brüssel, damit die Wallonie langfristig das Erbe (immaterielles, bewegliches und unbewegliches) auf ihrem Gebiet koordinierter verwaltet;
- die Stärkung der Synergien zwischen den wallonischen Akteuren und die Umsetzung in einen gemeinsamen Aktionsplan, um die Werbung für die Region und ihr Kulturerbe unter Berücksichtigung der Besonderheiten jedes Einzelnen zu optimieren;
- die Fortsetzung und Optimierung der Maßnahmen zur Vermittlung des Kulturerbes zugunsten aller Zielgruppen, insbesondere der Schulen, in Verbindung mit der Föderation Wallonie-Brüssel (PECA, Kultur etc.);
- die Fortsetzung und Optimierung der Zusammenarbeit mit der Vereinswelt;
- dass die online verfügbaren AWaP-Ressourcen auf attraktive und kohärentere Weise zugänglich gemacht werden;
- die Entwicklung und Förderung innovativer technischer und technologischer Lösungen, die an das kulturelle Erbe angepasst sind.

Die Regierung wird die Beschäftigung in den mit dem Kulturerbe verbundenen Wirtschaftszweigen ausbauen. Zu diesem Zweck wird sie Synergien durch strategische Allianzen zwischen den Bereichen Bauwesen, Bildung, Kultur und Tourismus verstärken.

Der Sektor des Kulturerbes wurde mit der Gründung der Wallonischen Agentur für das Kulturerbe und zwei aufeinanderfolgenden Regulierungsreformen grundlegend umgestaltet. Die Struktur und die Arbeitsweise der Agentur werden bewertet, um ihre Effizienz, ihre Organisation und ihre Nutzerorientierung zu verbessern. Eine wichtige Arbeit zur Vereinfachung, Abstimmung, Digitalisierung und Nutzerorientierung ist bereits im Gange und muss fortgesetzt werden. Die Regierung wird innerhalb der Agentur ein ruhiges und anregendes Arbeitsklima im Rahmen einer kooperativen Unternehmenskultur fördern.

Unbeschadet der Stabilität des Rechtsrahmens wird bis zum Ende der Legislaturperiode eine Evaluierung des Gesetzes über das Kulturerbe durchgeführt. Einige einmalige Revisionen könnten in diesem Rahmen vorgenommen werden.

# Die digitale Transformation im Dienste der Wallonie, ihrer Einwohner und ihrer Unternehmen

Die digitale Transformation ist zu einem entscheidenden Hebel für die wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung der Wallonie geworden und bietet somit eine Chance für alle Bereiche der öffentlichen Politik.

Um die digitale Transformation der Wallonie erfolgreich zu gestalten, bedarf es eines echten Bruchs: Die Regierung wird aus der Strategie Digital Wallonia, die von der Agence du Numérique geleitet wird, Kapital schlagen und sie erweitern. Sie wird in Übereinstimmung mit den europäischen Regulierungen, Entscheidungen und Zielen handeln, ohne unlauteren Wettbewerb für wallonische Unternehmen zu schaffen.

Als unverzichtbarer Hebel für einen erfolgreichen Energie- und Umweltwandel muss die digitale Wirtschaft wie andere Sektoren auch die Kohlenstoffneutralität anstreben, indem sie ihre Anstrengungen zur Reduzierung ihrer Emissionen maximiert. Die Regierung verpflichtet sich, einen integrierten Ansatz zu entwickeln, der Green IT und IT for green miteinander verbindet, insbesondere durch kohlenstofffreie Technologien *by design*, um die Auswirkungen der Technologien auf die Umwelt zu minimieren. Sie stellt die öffentliche Expertise und die Maßnahmen der Region im Bereich der Komplementaritäten zwischen digitaler Transformation und Umwelttransformation sicher, die die Entwicklung hin zu einer verantwortungsbewussten Digitalisierung unterstützen.

## **Governance**

Die Regierung will sich bei der Entfaltung all ihrer politischen Maßnahmen auf die digitale Welt stützen. Zu diesem Zweck und um die Wallonie an der Spitze der Innovation zu positionieren, wird die transversale Dimension der Digitalisierung ein starker Marker sein. Jeder Politikbereich wird auf seine Auswirkungen auf die Digitalisierung hin untersucht, und die Regierung wird ihrer digitalen Strategie zwei spezifische Sitzungen pro Jahr widmen. Die Regierung wird sich für die Einführung einer effektiven und dauerhaften Abstimmung mit allen Einheiten des Landes einsetzen.

## **Digitalisierung der Verwaltung**

Die Digitalisierung ist eine Quelle der Innovation für qualitativ hochwertige und krisenresistente öffentliche Dienste. Die Regierung wird die digitale Transformation durch die Einführung geeigneter Technologien beschleunigen, die eine vereinfachte, lösungsorientierte und nutzerorientierte Verwaltung (Unternehmen, Bürger) durch die Optimierung von Prozessen, Transparenz, Effektivität und Effizienz stärken werden. Eine allgemeine Einführung des Vertrauensprinzips, des „*Only Once*“-Prinzips und des „*Fast Track*“-Prinzips wird umgesetzt.

Gemeinsam genutzte und offene Daten werden in den Mittelpunkt der öffentlichen Politik gestellt, indem ihre Erhebung und Analyse systematisiert wird, um öffentliche Maßnahmen auf allen Ebenen zu steuern und zu bewerten.

Schließlich werden die digitalen Dienste der Verwaltungen und öVE in ihren Strategien einen kohärenten, dezentralen Ansatz entwickeln, der die gemeinsame Nutzung und Harmonisierung digitaler Plattformen, Infrastrukturen und Ressourcen einschließt. Sie werden eine Politik zur Bewältigung des mit der Digitalisierung verbundenen Wandels und von Schulungen entwickeln, um die Mitarbeiter des ÖDW und der öVE zu befähigen. Parallel dazu werden sie eine Politik der Attraktivität betreiben, um die für diesen Wandel erforderlichen Talente einzustellen und zu

halten. Um dies zu erreichen, wird die Regierung insbesondere eine Reform des Gesetzes über den öffentlichen Dienst in Gang setzen, um mehr Flexibilität in Bezug auf Dauer und Erfahrung für Profile, an denen es mangelt, zu bieten. Um diese Modernisierung zu ermöglichen, wird die Regierung schließlich im Rahmen einer vernünftigen Risikokultur (insbesondere im Bereich der Cybersicherheit) die notwendigen Investitionen in IT-Ausrüstung, -Technologien, -Systeme und -Infrastruktur tätigen, um die technologische Schuld abzubauen, d. h. die Anhäufung von Rückständen bei der IT-Infrastruktur und den technologischen Systemen, die auf unzureichende Investitionen in der Vergangenheit zurückzuführen sind.

### **Inklusivität**

Der digitale Wandel muss sich in den Dienst des Menschen stellen, indem er es jedem ermöglicht, von den durch die Digitalisierung gebotenen Vorteilen zu profitieren. Die Regierung muss eine Politik umsetzen, um Bürgern, die von digitaler Ausgrenzung betroffen sind, die Möglichkeit zu geben, auf digitale Tools zuzugreifen und diese zu nutzen, wodurch der digitale Zugang letztendlich Wirklichkeit wird.

Ungeachtet der Digitalisierung der Verwaltung und um der Entmenschlichung der Verwaltung entgegenzuwirken, muss jedoch jeder Bürger in seiner Beziehung zum Staat das Recht auf persönliche Anhörung und Empfang in Anspruch nehmen können. Dieses Recht wurde vom Verwaltungsgericht Luxemburg in einem Urteil vom 3. Mai 2022 festgeschrieben.

Die Regierungen der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel werden dieses „Recht, persönlich angehört und empfangen zu werden“ per Dekret verankern. Sie werden dafür sorgen, dass dieses Recht zugunsten jedes Bürgers in seiner Beziehung zu den öffentlichen Diensten, die von der Region oder der Föderation Wallonie-Brüssel abhängen, tatsächlich angewandt wird.

Die Regierung will die Aufgabe der digitalen öffentlichen Räume stärken. Dazu muss dieses System unbedingt evaluiert und weiterentwickelt werden, um seine Wirksamkeit zu stärken und seine Qualität zu erhöhen, insbesondere durch die Entwicklung von öffentlich-privaten Partnerschaften, generationsübergreifenden Tutorien, „Online-Banking“-Workshops, Kooperationen zwischen Nachbargemeinden, Suprakommunalität und durch die Förderung der Ansiedlung an Orten, die von Leben und Durchgangsverkehr geprägt sind. Lokale Initiativen zur Überwindung der digitalen Kluft werden ebenfalls verstärkt unterstützt. Die Regierung wird auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen ausbauen, um überholte Geräte zu reduzierten Preisen oder kostenlos für benachteiligte Bevölkerungsgruppen anzubieten. In Anbetracht der anhaltenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der digitalen Kluft wird die Digitalisierung der Verwaltung die Gewährleistung einer nicht-digitalen Alternative vorsehen, wodurch die Einbeziehung aller Bürger sichergestellt wird. Parallel dazu wird die Regierung die Zugänglichkeit von öffentlichen und halböffentlichen Websites, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, verbessern und Unternehmen dafür sensibilisieren, dies ebenfalls zu tun.

### **Digitale Kompetenzen entwickeln**

Es ist unerlässlich, allen Bürgern die Fähigkeit und die Mittel zum Handeln zu geben, um sich in einer zunehmend digitalen Welt zu bewegen. Das Programm École Numérique wird in völliger Übereinstimmung zwischen der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel fortgesetzt und ausgeweitet, mit dem Ziel, die Bildung den Erwartungen des Arbeitsmarktes anzunähern und die digitale Bürgerschaft zu stärken. Diese Kohärenz wird in einem neuen Kooperationsabkommen verankert, das die folgenden gemeinsamen Ziele verfolgt: Stärkung der digitalen Kompetenzen des Bildungspersonals und der Schüler ab der Grundschule; Fortsetzung der Maßnahmen zur individuellen digitalen Ausstattung (Schüler und Bildungspersonal) und Gruppen; Beschleunigung des Ausbaus der externen und internen Konnektivität.

Parallel dazu verpflichtet sich die Regierung auch, die STEAM-Studiengänge (Science, Technology, Engineering, Arts and Mathematics) zu fördern und zu unterstützen, mit dem Ziel, mehr Frauen und junge Menschen für wissenschaftliche und technologische Optionen und Wirtschaftszweige zu gewinnen. Die Regierung wird eine auf künstlicher Intelligenz basierende Anwendung entwickeln, die jungen Menschen, die sich über ihre Zukunft Gedanken machen, eine transparente und informative Orientierungshilfe bietet. Diese Anwendung, die mit ständig aktualisierten sozioökonomischen Daten gespeist wird, wird genaue Informationen über Berufsmöglichkeiten, Unternehmen, Beschäftigungsfähigkeit, Gehälter und Entwicklungsperspektiven liefern.

### **Digitale Kompetenzen entwickeln: lebenslang lernen**

Alle Wirtschaftssektoren sind von der digitalen Transformation betroffen. Die Stärkung der digitalen Kompetenzen in der Wallonie ist für die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung von entscheidender Bedeutung. Die Regierung wird die Zusammenarbeit zwischen dem Bildungswesen und öffentlichen und privaten Anbietern von Ausbildungen optimieren, um das Angebot an digitalen Ausbildungsangeboten zu erweitern, die auf die Bedürfnisse des Marktes zugeschnitten sind. Im Bereich der Weiterbildung und Kompetenzentwicklung (Upskilling-Reskilling) wird die Regierung die Weiterbildung, insbesondere in Unternehmen, mit privaten Partnern unterstützen, indem sie kurze, berufsbildende, modulare und zertifizierende Ausbildungen fördert, z. B. Badge-Kompetenzen, die den Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen und die Eingliederung arbeitsmarktferner Gruppen erleichtern.

### **Unsere Unternehmen umgestalten**

Die Digitalisierung ist für alle Unternehmen zu einem Muss geworden. Indem sie Aktionen der Sensibilisierung vorzieht, verpflichtet sich die Regierung, diese digitale Revolution zu unterstützen und die digitale Reife der Unternehmen zu fördern, und zwar durch Maßnahmen zur Unterstützung des Einsatzes von Technologien und zur Begleitung der Digitalisierung von Unternehmen, insbesondere von KMU, KU und Selbstständigen.

Digitale Technologien sind auch ein Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Regierung sorgt für einen Ansatz der digitalen Exzellenz, insbesondere durch den Ausbau von Partnerschaften mit privaten Akteuren und die Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen belgischen Stellen und internationalen Partnern, um ein robustes digitales Ökosystem zu schaffen, bahnbrechende Technologien zu identifizieren, die einen Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit darstellen, und die Entwicklung dieser Technologien und ihren Einsatz in strategischen Sektoren vorrangig zu fördern. Um dies zu erreichen, wird die Regierung insbesondere die Einführung von *Proof Of Concept* fördern, die es Unternehmen ermöglichen, neue technologische Ideen zu testen und zu validieren.

### **Konnektivität**

Die Regierung setzt sich entschieden dafür ein, die Einführung von 5G zu beschleunigen und damit den Weg für eine starke Transformation in allen Bereichen zu ebnen: von der intelligenten Industrie über das vernetzte Gesundheitswesen bis hin zur autonomen Mobilität und dem Bildungswesen. Entscheidend ist auch die Gewährleistung von Ultrahochgeschwindigkeitskonnektivität im gesamten Land, einschließlich ländlicher und weißer Flecken, wichtiger Verkehrsachsen und Gebiete mit wirtschaftlicher Aktivität. Diese Einführung wird nicht nur die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unterstützen, sondern auch den Zugang der Bürger zu digitalen Diensten gewährleisten. Schließlich wird die Regierung im Rahmen einer vernünftigen Risikokultur und unter Beachtung des Vorsorgeprinzips, wie es auf europäischer Ebene angewandt wird, eine schnelle Übernahme neuer technologischer

Entwicklungen im Bereich der Konnektivität sicherstellen, um zu gewährleisten, dass die Wallonie an der Spitze des Fortschritts steht, der die Wettbewerbsfähigkeit des Landes steigern kann.

### **Cybersicherheit**

Die Regierung will die Cybersicherheit durch einen umfassenden und integrierten Ansatz stärken. Neben der Sicherheitsfrage geht es auch um die wirtschaftliche Entwicklung und den Datenschutz. Eine massive Sensibilisierung der Bürger und Organisationen für Sicherheitsrisiken und bewährte Praktiken ist für die Vertrauensbildung von entscheidender Bedeutung. Die Ausbildung wird einen zentralen Platz einnehmen, mit speziellen Programmen zur Ausbildung von Talenten, die das gesamte Spektrum des Bedarfs abdecken. Gleichzeitig erhalten Unternehmen und öffentliche Einrichtungen eine angemessene Unterstützung, die Audits, Beratung und angepasste Lösungen umfasst.

Die Regierung wird dem Schutz strategischer Strukturen besondere Aufmerksamkeit widmen, indem sie im Rahmen von NIS2 eng mit den föderalen Behörden zusammenarbeitet, um eine robuste und koordinierte Verteidigung kritischer Infrastrukturen, darunter Krankenhäuser, zu gewährleisten. Die Forschung im Bereich Cybersicherheit wird durch Partnerschaften mit Unternehmen gefördert und ermöglicht so die Entwicklung eines Kompetenzzentrums, das innovative Lösungen hervorbringt, die auf die aktuellen Herausforderungen zugeschnitten sind. Diese kombinierten Maßnahmen werden dazu beitragen, ein souveränes, widerstandsfähiges und sicheres digitales Umfeld für alle zu schaffen.

### **Künstliche Intelligenz**

Die Wallonie strebt an, ein Hauptakteur im digitalen Sektor zu werden. Im Sinne einer Bündelung wird die Regierung eng mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, um die Effizienz und die Auswirkungen der Forschungsförderung, insbesondere in den Bereichen KI und Cybersicherheit, auf das Wirtschaftsgefüge zu maximieren.

Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz (KI) ist ein wesentlicher Hebel für die sozioökonomische Entwicklung. Der durch KI ermöglichte technologische Fortschritt verspricht erhebliche Verbesserungen in Hinblick auf das Wohlbefinden am Arbeitsplatz, auf die Mobilität oder auch auf die Gesundheitsfürsorge. Die KI wirft auch eine Reihe von ethischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen auf, die eine durchdachte Regierungsführung erfordern. Die Regierung verpflichtet sich, angesichts der damit verbundenen Herausforderungen eine ehrgeizige Politik zur Förderung der raschen Einführung neuer Technologien insbesondere im öffentlichen Dienst und in den Unternehmen zu verfolgen. Die Regierung wird die Einführung von Pilotprojekten unterstützen und die Spitzenforschung fördern. Indem sie die akademische Forschung näher an die industrielle Realität heranbringt, wird die Regierung sicherstellen, dass wissenschaftliche Fortschritte verantwortungsvoll genutzt werden und in praktische Lösungen für die wirtschaftliche und öffentliche Entwicklung münden.

Ein besonderer Schwerpunkt wird auf KMU gelegt, wodurch die konkrete Entwicklung neuer innovativer Produkte und Dienstleistungen erleichtert wird. Die Integration von KI in den öffentlichen Dienst wird beschleunigt, um Kosten zu senken, den Service für die Nutzer zu optimieren und die Arbeit der Beamten zu erleichtern. Für Arbeitssuchende werden Ausbildungsprogramme entwickelt, um ihre schnelle und dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu fördern und gleichzeitig den aktuellen Bedarf der Unternehmen zu decken. Die Regierung wird auch die Annäherung zwischen Forschung und Wirtschaft verstärken, damit wissenschaftliche Fortschritte direkt in konkrete Lösungen für die heutigen sozioökonomischen Herausforderungen umgesetzt werden können.

### **Entwicklung des digitalen Sektors und der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW)**

Das französischsprachige Belgien muss den *Gaming*-Sektor weiter ausbauen, um ein Kompetenzzentrum für Videospiele zu werden. Die Unterstützung und Strukturierung des Sektors wird intensiviert und ein spezieller Status in Bezug auf den eSport, insbesondere für Studenten, eingeführt.

Die Regierung setzt eine Politik des Wachstums des Sektors und der Innovation durch digitale Technologien um, die der regionalen Wirtschaft und deren digitalem Wandel zugutekommt. Die Branche der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) ist ein bedeutender Wirtschaftssektor, der lokale Arbeitsplätze schafft, zum Wirtschaftswachstum beiträgt und Innovation vorantreibt. Die Regierung wird das Ökosystem der KKW weiter strukturieren, um die Begleitung und Unterstützung der Wirtschaftsakteure in den Sektoren zu verstärken. Unter diesen ist die Videospieleindustrie die weltweit führende Kulturindustrie.

## Beschäftigung und Ausbildung

Die Wallonie befindet sich in einer paradoxen Situation, in der sich unsere Region im Vergleich zu anderen europäischen Regionen sowohl durch eine hohe Rate an offenen Stellen (39.000) auszeichnet, die uns auf europäischer Ebene unter die Top 3 bringt, als auch durch die höchste Rate an unbesetzten Stellen (3,6 % unbesetzte Stellen), die mit einer Beschäftigungsquote (66,2 % im 1. Quartal 2024) korreliert, die zu den niedrigsten in Europa gehört und immer noch weit von dem für 2030 festgelegten föderalen Ziel von 80 % entfernt ist. Dieses Paradox hat seinen Ursprung insbesondere im Anteil der inaktiven Bevölkerung sowie in der derzeit nicht mobilisierten „Arbeitskraftreserve“, darunter ein Anteil von Langzeitarbeitslosen, der zu den höchsten zählt (43 % der Arbeitslosen in der Wallonie sind Langzeitarbeitslose). Die Wallonie zeichnet sich auch durch eine hohe Anzahl an öffentlichen Arbeitsplätzen aus, wenn man sie in Relation zur Bevölkerung oder zu anderen vergleichbaren belgischen oder ausländischen Entitäten setzt. Darüber hinaus stellt die Wallonie ein Budget von über 3 Milliarden für ihre Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik zur Verfügung.

Die Regierung wird gemeinsam mit allen Akteuren alles daran setzen, das Ziel von 80 % zu erreichen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der privaten Beschäftigung und dem Unternehmertum liegt. Sie wird darauf achten, sowohl bestehende freie Stellen zu besetzen als auch die Voraussetzungen für die Schaffung angemessener Arbeitsplätze zu schaffen. Ein bereichsübergreifender Ansatz zur Bekämpfung von Beschäftigungsfallen wird die Maßnahmen der Regierung leiten (Krippenplätze, Mobilität, Wohnraum...).

Die Regierung wird mit den Regierungen der anderen betroffenen Entitäten zusammenarbeiten, um eine echte Strategie zur Förderung von beschäftigungswirksamen Studiengängen und STEAM-Berufen (Sciences, Technology, Engineering, Arts and Mathematics) unter der Koordination einer Kuppel einzuführen, in der die verschiedenen Beteiligten und Betroffenen zusammenkommen.

Sie möchte in diesem Bereich mit den Schlagworten Effizienz, Kohärenz und Verantwortlichkeit aller Akteure handeln.

Der Regierung wird es ein Anliegen sein, allen Menschen die nützlichen Instrumente zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um schnell wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen oder dort zu bleiben. Dies geschieht durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der beruflichen Fähigkeiten. Ziel ist es, jeden zu einem Akteur seines Lebens und seiner Entscheidungen zu machen, der sich seiner Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft bewusst ist.

Um dies zu erreichen, wird sie auf die administrative Vereinfachung der Verfahren, die Straffung der Prozeduren und die Nutzerlogik abzielen. Sie wird dies auch von ihren Diensten verlangen.

In diesem Rahmen wird sie den Weg des Arbeitssuchenden, des Lernenden, der Arbeitgeber und des Bürgers durch einen einzigen Zugang erleichtern.

Die Abstimmung zwischen den Sozialpartnern und der Regierung ist im Bereich der Beschäftigung nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Insgesamt wird die Regierung bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Reformen auf einen Dialog und eine Koordination mit den Partnern im Bereich der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und den Ausbildungsanbietern sowie mit anderen Entitäten achten.

Die Politik wird messbare, kalibrierte und erreichbare Ziele festlegen und die Regierung wird dafür sorgen, dass alle auf die Erreichung der Ziele und Ergebnisse hinarbeiten. Sie wird auch darauf achten, die Auswirkungen der durchgeführten Maßnahmen zu messen, um auf der Grundlage objektiver Elemente den Kurs beizubehalten oder zu ändern.

In einer Logik der kontinuierlichen Verbesserung wird sie die Agilität öffentlicher und halböffentlicher Strukturen fördern.

Als Befürworter der Vereinfachung und des Vertrauensprinzips wird sie dennoch ihre Kontrollmöglichkeiten verstärken, um gezielt und sachgerecht handeln zu können, um unerwünschtes Verhalten zu bestrafen.

## Intensivere, schnellere und maßgeschneiderte Unterstützung für Arbeitssuchende

Die Regierungspartner machten keinen Hehl aus ihrem Wunsch nach einer Überarbeitung des Mechanismus für die Gewährung von Arbeitslosengeld (insbesondere die zeitliche Begrenzung auf zwei Jahre). In Antizipation der auf föderaler Ebene gewünschten und erwarteten Dynamik wird die Regierung die Perspektive einer schnelleren und konstanteren Aktivierung von Arbeitssuchenden verfolgen.

Um die Dienstleistungen für die Öffentlichkeit zu verbessern, wird die operative Priorität von Forem darin bestehen, die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und die Kompetenzen der verfügbaren und mobilisierbaren Arbeitskräfte in optimierter Weise aufeinander abzustimmen. Um dieses Ziel anzustreben, wird die Verstärkung des Personals an vorderster Front eine Priorität bei der Entscheidung über die Neuverteilung der Ressourcen des Forem darstellen.

Im Rahmen eines neuen Verwaltungsvertrags, der so bald wie möglich abgeschlossen werden soll und auf quantifizierten Zielen und Ergebnisindikatoren beruht, sowie einer Überarbeitung des Dekrets und des Regierungserlasses über die coaching- und lösungsorientierte Betreuung verpflichtet sich die Regierung, die Verfahren und Fristen, die dem Forem obliegen, zu überarbeiten, um die Betreuung der Arbeitssuchenden ab den ersten Tagen ihrer Registrierung dynamischer zu gestalten.

Die Betreuung findet innerhalb eines Monats nach der Anmeldung statt und zielt in erster Linie darauf ab, das Profil des Arbeitssuchenden zu erstellen, seine direkt mobilisierbaren Kompetenzen zu bewerten und so seine Beschäftigungsfähigkeit zu definieren. Ziel wird es sein, jeder betroffenen Person spätestens innerhalb eines Monats eine Kompetenzbilanz und bei Bedarf einen Ausbildungsplan anzubieten.

Innerhalb von vier Monaten nach der Registrierung des Arbeitsuchenden und auf der Grundlage der durchgeführten Kompetenzbilanz werden ihm konkrete Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen, d. h. ein Vorschlag für eine angemessene Beschäftigung oder gegebenenfalls entweder ein Vorschlag für ein Praktikum oder ein Einstieg in eine Ausbildung, die auf Mangelberufe ausgerichtet ist oder nach einer Analyse eine schnelle und dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Überwachung des Betreuungsprozesses wird die Relevanz und den Erfolg des Weges des Arbeitsuchenden und des Zugangs zur Beschäftigung auf der Grundlage der von allen Beteiligten (FOREM, Partner, Arbeitsuchender) im Rahmen der einheitlichen Akte gesammelten Daten sicherstellen.

Um die Betreuung der mobilisierbaren Arbeitsuchenden zu intensivieren, wird Forem aufgefordert werden, Partnerschaften mit dem (kommerziellen und nicht-kommerziellen) Sektor zu mobilisieren. Diese Partner werden auf die am besten geeignete Weise angesprochen (öffentliche Aufträge, Zulassungen, ...) und anhand der erzielten Ergebnisse bewertet. Die Wallonische Regierung wird darauf achten, in Abstimmung mit der Föderalregierung zu arbeiten, um insbesondere steuerliche Hindernisse zu beseitigen, damit alle Akteure miteinander konkurrieren können.

Die am weitesten von der Beschäftigung entfernten Personen, insbesondere die NEETS (Jugendliche, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung oder Studium sind), können eine spezifische und multidisziplinäre Betreuung durch den am besten geeigneten Drittanbieter erhalten, um die festgestellten sozialen und beruflichen Hindernisse für ihre soziale und berufliche Eingliederung vorab zu beseitigen und sie gegebenenfalls aufzufordern, wieder Fuß zu fassen und auf andere Weise zur Vitalität der Gesellschaft beizutragen.

Diese Intensivierung der Betreuung wird Hand in Hand gehen mit einer größeren Verantwortung der Arbeitssuchenden für ihre Verpflichtungen, dem Arbeitsmarkt aktiv oder passiv zur Verfügung zu stehen. Die Mobilisierungshebel in Bezug auf die Kontrolle dieser Verfügbarkeiten müssen vollständig operationalisiert werden können. Das Fernbleiben von Vorladungen, die Ablehnung oder der Abbruch einer Ausbildung oder das Nichterscheinen zu einem Vorstellungsgespräch ohne objektive Rechtfertigung durch den Arbeitsuchenden muss systematisch Gegenstand der Aktivierung einer Verwarnung oder einer Sanktion sein können, wie sie im gesetzlichen Rahmen vorgesehen ist.

Die jüngsten Darstellungen der Belgischen Nationalbank haben deutlich gemacht, wie schwierig es für unser Land im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist, über 55-Jährige und Jugendliche unter 25 Jahren wieder im Arbeitsmarkt unterzubringen. Aus diesem Grund wird die Wallonische Regierung diese Zielgruppen auch im Rahmen der Ausübung ihrer Zuständigkeiten als Priorität behandeln. Um die Phänomene der sozialen Reproduktion einzudämmen, kann die Beschäftigungspolitik auch stärker zwischen unseren wallonischen Gebieten differenziert werden.

## Eine Vereinfachung der Beschäftigungslandschaft zum Vorteil der Begünstigten

Heute muss man feststellen, dass die Beschäftigungslandschaft in der Wallonie auf eine Vielzahl von Akteuren und Einrichtungen zersplittert ist, die auf nicht abgestimmte, überflüssige oder sogar konkurrierende Weise agieren können. Diese Streuung der Ressourcen ist sowohl für die betroffenen Akteure als auch für die Arbeitsuchenden und Arbeitgeber wenig effizient.

Die Regierung wird in erster Linie darauf achten, ein Kataster der Forem-Partnerschaften zu erstellen und deren Wirksamkeit zu bewerten. Sie wird die Steuerung dieser Maßnahmen durch die effektivere Rolle des FOREM als Gesamtverwalter stärken. Die Regierungsführung und deren

Aufgaben werden sich daher in diesem Sinne weiterentwickeln, um ihre operative Effizienz zu verbessern. Was den Verwaltungsausschuss betrifft, so wird seine Rolle wieder auf seine Aufgabe der strategischen Steuerung und Entscheidungsfindung konzentriert. Die gesamte Governance des Forem wird im Übrigen überarbeitet, um seine Agilität, Flexibilität und Effizienz zu verbessern. Die unerlässlichen Mechanismen für die Konsultation mit den Sozialpartnern werden überarbeitet, um sie strategischer zu gestalten und eine Vervielfachung von Orten und Treffpunkten zu vermeiden (Forem, CESE Wallonie, GPSW). Gegebenenfalls wird das organische Dekret des Forem in diesem Sinne überarbeitet.

Für zugelassene Akteure wird der Leitfaden für förderfähige Ausgaben vereinfacht und stärker an Leistungs- und Qualitätsindikatoren geknüpft.

Diese Dynamik wird im Rahmen der Evaluierung des Verwaltungsmandats, das dem Forem erteilt wurde, regelmäßig überwacht, um ihre Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote, die Arbeitslosenquote und die Quote der offenen Stellen zu messen.

Das Forem wird die Rationalisierung aller Akteure der sozio-professionellen Eingliederung, die in der Wallonie tätig sind (Zentren für sozio-professionelle Eingliederung (CISP), regionale Beschäftigungsmissionen (MIRE) usw.), fördern und anregen, und zwar nach dem Prinzip der Lesbarkeit des Weges für die Nutzer, der Kohärenz der Maßnahmen dieser Akteure in ihrer Arbeitsmarktregion, der perfekten Verknüpfung mit den Maßnahmen der territorialen Dienste des Forem und der Effizienz der eingesetzten öffentlichen Mittel. Es wird eine Überarbeitung des Zulassungs- und Finanzierungsmechanismus festgelegt, um diese Konsolidierung auf territorialer Basis umzusetzen und so die Kohärenz des Dienstleistungsangebots in einem Einzugsgebiet zu gewährleisten. Insbesondere wird ein globaler Ansatz zwischen den CISP und den regionalen Beschäftigungsmissionen (MIRE) entwickelt, um für alle diese Maßnahmen eine Finanzierung zu integrieren, die an die Leistung der durchgeführten Aktivitäten geknüpft ist, sowohl in Bezug auf die Anerkennung der erworbenen Kompetenzen als auch in Bezug auf die Eingliederung in eine dauerhafte und qualitativ hochwertige Beschäftigung.

Des Weiteren wird eine Reform der lokalen Beschäftigungsagenturen (ALE) durchgeführt, um ihre Funktionsweise und Effizienz zu verbessern.

Was die interregionale Mobilität betrifft, so wird die Wallonische Regierung so bald wie möglich das mit Flandern geschlossene Kooperationsabkommen verabschieden, um die interregionale Mobilität von Arbeitssuchenden zu stärken und zu fördern. Sie wird das Forem beauftragen, mit dem VDAB eine Kooperationsvereinbarung zu schließen, in der quantifizierte Ziele und messbare Ergebnisindikatoren festgelegt werden, die mindestens die Mobilisierung von Arbeitssuchenden aus einer Region zu Beschäftigungsmöglichkeiten in der anderen Region, die Verwaltung von Stellenangeboten, Sprachkurse und die Einführung operativer Maßnahmen zwischen den territorialen Direktionen des Forem und den Provinzdirektionen des VDAB in der Nähe der Sprachgrenze betreffen. Ein ähnlicher Ansatz wird nicht nur mit der Region Brüssel-Hauptstadt und Actiris, sondern auch mit den angrenzenden Ländern verfolgt.

## Vereinfachte und optimierte Beschäftigungshilfen zur Steigerung der Beschäftigungsquote

Um die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern und die Beschäftigungsquote zu fördern, benötigen Arbeitgeber qualifizierte Arbeitskräfte zu kontrollierten Kosten. Um dies zu erreichen, sind Beschäftigungsbeihilfen ein unverzichtbares Instrument, doch werden sie häufig als zu komplex und aufgrund der zahlreichen Bedingungen für die Gewährung und

Verwaltungsverfahren als potenziell ineffizient angesehen oder können zu Mitnahmeeffekten oder Arbeitslosigkeitsfällen führen.

Die Wallonische Regierung verpflichtet sich daher, die Beschäftigungshilfen zu vereinfachen und zu optimieren, und zwar in einer aktiven Logik der Lesbarkeit, der Unterstützung der Eingliederung in die Beschäftigung, der Reduzierung oder Abschaffung ineffizienter Mechanismen und der Neuausrichtung der öffentlichen Haushalte auf Maßnahmen mit der besten Wirkung auf die tatsächliche Wiederaufnahme einer Beschäftigung. Beschäftigungsbeihilfen, die Mitnahmeeffekte für die Begünstigten mit sich bringen oder eine Arbeitslosigkeitsfalle darstellen, müssen abgeschafft werden. Die Beträge, die Empfänger und die Verfahren zur Erlangung dieser Beträge werden überprüft, um den Bedürfnissen der Betroffenen besser gerecht zu werden. Der Zugang zu diesen Hilfen wird unabhängig von der Art des Vertrags ausgeweitet, sofern die Beschäftigungsdauer ausreichend ist, und wird an das Profil der Unternehmen angepasst.

Die Vereinfachung der Anspruchsvoraussetzungen durch die Digitalisierung und Automatisierung der Verfahren für den Zugang zu diesen Hilfen wird die Bearbeitungszeiten verkürzen. Die Förderung dieser Beihilfen wird transparent und wirksam bei potenziellen Begünstigten, vor allem KMU, durchgeführt, um ihre Inanspruchnahme zu maximieren.

Ebenfalls im Sinne einer Vereinfachung und besseren Lesbarkeit des Weges von Arbeitsuchenden und Unternehmen wird die Regierung eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge oder die direkte Auszahlung an die Arbeitgeber bevorzugen.

Durch die Verabschiedung dieser Maßnahmen wird die Wallonische Regierung darauf abzielen, die Einstellungsbeihilfen zugänglicher und effizienter zu gestalten und so das Unternehmenswachstum und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu fördern.

Die zu Ende des 20. Jahrhunderts in einer ungünstigeren Wirtschaftsperiode (Arbeitslosenquote in der Wallonie von 12,7 % gegenüber 7,7 % im ersten Quartal 2024) als Beschäftigungs- und Wiedereinstellungspolitik konzipierten TCT, die später zu PRIME und APE wurden, haben sich als die Budgets zur Unterstützung der Beschäftigung in delegierten Dienstleistungssektoren, in Kommunen oder ÖSHZ herausgestellt.

Während dies in einigen Bereichen mit sektoriellen Politiken verknüpft wurde (z. B. Kleinkinderbetreuung), litt ihre Verteilung in einem Teil der Bereiche unter dem Mangel an einer kohärenten Politik oder Gleichbehandlung.

Darüber hinaus müssen in der aktuellen Wirtschaftslage, in der wir von einem Mangel an Arbeitsplätzen zu einem immer größeren Mangel an Arbeitskräften übergegangen sind, die Beschäftigungsbeihilfen gestrafft und auf die Beschäftigung von Menschen ausgerichtet werden, die ohne diese Beihilfe keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hätten.

Die Regierung beabsichtigt, auf der Grundlage der Prinzipien Transparenz, Subsidiarität, Gleichbehandlung und Effizienz die Funktionsweise zu überprüfen und eine echte Gleichbehandlung in den verschiedenen Sektoren anzustreben.

Dazu müssen die sektoriellen Politiken mit der Politik zur Förderung der Beschäftigung in denselben Sektoren in Einklang gebracht werden.

Die notwendige Kohärenz in der funktionalen Politik erfordert daher, dass Dekrete und Maßnahmen unter Einbeziehung einer Politik zur Unterstützung der Beschäftigung erlassen werden.

Zu diesem Zweck wird das APE-Budget auf die funktionellen Minister übertragen, ebenso wie die Mittel, die mit ihrer Politik verbunden sind. Dieser Transfer erfolgt unter Gewährleistung der Indexierung der Mittel für den nicht-erwerbswirtschaftlichen Sektor.

Die Regierung wird jeden funktionellen Minister damit beauftragen, die Beschäftigungspolitik in seinem Zuständigkeitsbereich zu bewerten. Auf der Grundlage dieser Bewertungen wird der Minister mit dem betroffenen Sektor ein „Beschäftigungs“-Dekret und die dazugehörigen Erlasse aushandeln. Nach Verabschiedung des Dekrets und seiner Erlasse wird das auf der Grundlage des APE-Beschäftigungskatasters objektivierte Budget in die sektoriellen Budgets übertragen und der Beschäftigung in diesem Sektor gewidmet. Die Dekrete werden sicherstellen, dass die sektoriellen Aufgaben im Interesse der Zielgruppen und der ermittelten Bedürfnisse erfüllt werden und der vorrangige nicht marktbezogene Charakter der angebotenen Antworten erhalten bleibt.

Bei Akteuren, die von mehreren sektoriellen Politiken abhängig sind, muss die Abstimmung zwischen den zuständigen Ministern eine vereinfachte und kohärente Beschäftigungspolitik ermöglichen.

Für die Sektoren, die in den Zuständigkeitsbereich der Föderation Wallonie-Brüssel fallen, werden die Regierungen der Wallonie und der FWB Kooperationsvereinbarungen treffen, die es ermöglichen, die für die Beschäftigung vorgesehenen Budgets der FWB-Sektoren auf die Budgets des funktionellen Ministers zu übertragen. Diese Vereinbarungen werden umgesetzt, sobald die Nutzungsregeln mit den Sektoren ausgehandelt wurden.

Die Maßnahme Artikel 60/61 wird innerhalb von zwei Jahren bewertet und gegebenenfalls angepasst, um ihre Rolle als Sprungbrett in die Beschäftigung zu stärken und die kontraproduktiven Auswirkungen des derzeitigen Systems sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber zu bekämpfen.

## Fokus auf Mangelberufe

Die Regierung wird darauf achten, dass das Forem seine Methodik zur Definition und Überwachung der Liste der kritischen Funktionen und Mangelberufe anpasst. Sie wird handeln, um sie besser mit den Realitäten des Arbeitsmarktes in Einklang zu bringen.

Die Regierung wird alle Anreize in Bezug auf die Ausbildung in kritischen und Mangelberufen evaluieren. Auf dieser Grundlage wird eine Reform dafür sorgen, dass die derzeitigen Maßnahmen harmonisiert werden, die Hindernisse für Ausbildung und Beschäftigung beseitigt werden und gleichzeitig Mitnahmeeffekte unterbunden werden.

Sie soll insbesondere darauf abzielen, einen Anreiz auf der Grundlage objektiver Kriterien zu gewähren, darunter die Ausstellung einer Zertifizierung und die Eingliederung des Begünstigten in den Arbeitsmarkt.

Die Regierung wird die Leitlinien und den Haushaltsrahmen festlegen, die in erster Instanz den Berufssektoren sowie den Anbietern von Berufsbildung und alternierender Ausbildung die Möglichkeit bieten, eine Vereinbarung zu schließen, in der die Verpflichtungen jeder Partei mindestens zu den folgenden Themen enthalten sind:

- Förderung von Berufen und ihres Images, insbesondere von Berufen, die als kritisch erkannt werden und an denen ein Mangel herrscht;
- Förderung der dualen Ausbildung in den Sektoren, in den Unternehmen (ausreichende duale Ausbildungsplätze und Aufwertung des Studiengangs);

- Tutoring (Qualität der Integration und Begleitung von Unternehmen) und Mentoring.

Die Finanzierung muss die Erreichung klarer und im Voraus in der Vereinbarung festgelegter Ziele ermöglichen.

Zeitgleich mit einer verstärkten Aktivierung der Arbeitssuchenden und um den Bedarf in Mangelberufen zu decken, wird die Regierung in Absprache mit den föderalen Behörden die Erteilung von befristeten Beschäftigungsgenehmigungen für Migranten flexibilisieren, um Schwarzarbeit und Menschenhandel zu bekämpfen und eine Integration der Migranten durch Arbeit zu ermöglichen. Diese Politik kann nicht als Ersatz für eine Regularisierungspolitik dienen.

## Spezifische Antworten auf Veränderungen des Arbeitsmarktes

Im Hinblick auf lebenslanges Lernen, den beruflichen Übergang von Arbeitnehmern und die für die wirtschaftliche Dynamik unerlässlichen technologischen Entwicklungen werden die Beihilfemaßnahmen für die Ausbildung reformiert, um ihre Wirksamkeit und ihre Übereinstimmung mit den vorrangigen Qualifikationsanforderungen zu gewährleisten. Die Gewährung dieser Beihilfen wird auf der Grundlage von Leitlinien, die von der Regierung festgelegt werden, vereinfacht.

Im Rahmen von Unternehmensumstrukturierungen wird die Regierung das derzeitige System bewerten und gegebenenfalls gemischte Zellen in Partnerschaft mit der Privatwirtschaft (Outplacement) zur Umschulung ihrer Arbeitnehmer einrichten. Die Arbeitgeber werden in diesem Rahmen in die Verantwortung genommen. Es wird ein Begleitfonds eingerichtet, um Konkursituationen zu berücksichtigen.

Die Region wird mit der Föderalregierung zusammenarbeiten, damit jeder Arbeitnehmer, der von der Arbeitsmedizin endgültig für untauglich erklärt wird, in ein Programm aufgenommen wird, das von einem Akteur des Beschäftigungssektors begleitet wird, um ihn wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Dieser Vorschlag verfolgt das Ziel, die Zahl der arbeitsunfähigen Arbeitnehmer zu verringern, und steht im Lichte der Pilotstudie, die zwischen Mensura, Idewe (Externe Dienste für Prävention und Schutz am Arbeitsplatz) und dem VDAB durchgeführt wurde, die eine Wiederaufnahme der Arbeit um 20 % dank dieser Art von Betreuung belegt.

Die Wallonische Regierung wird sich die Priorität der Eingliederung von Langzeitkranken zu eigen machen, mit dem Ziel ihrer Inklusion und der Anerkennung ihres auf andere Weise aufgewerteten Fachwissens. Diese Arbeit geschieht in Abstimmung mit den anderen zuständigen staatlichen Ebenen. Sie wird über die Ärzteschaft hinaus alle beteiligten Akteure mobilisieren, d. h. Arbeitgeber, Akteure der Beschäftigung und der sozio-professionellen Ausbildung, aber auch der sozialfördernden Bildung, der Werkstätten für behinderte Menschen (ETA) und der Zentren für Ausbildung und sozio-professioneller Eingliederung für behinderte Menschen (CFISPA) sowie der Krankenkassen. Die Herausforderung wird darin bestehen, die unmittelbaren und langfristigen Restfähigkeiten zu bewerten, die Personen haben, die sich in einem Krankheitsstatus befinden, aber noch über Arbeitsfähigkeiten verfügen. Ein Schwerpunkt wird auf die Problematik der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens am Arbeitsplatz gelegt.

Die Regierung wird darauf achten, einen gesetzlichen Rahmen zu entwickeln, der sich an den europäischen Qualitätsstandards in Bezug auf Auswahl, Ausbildung, Komplementarität, Überwachung und Begleitung orientiert, um die Finanzierung von Expertenverbänden für Mentoring zur Beschäftigung zu stärken und strukturell zu verankern, um deren Einsatz in der Wallonie zu unterstützen.

Der Mechanismus der Dienstleistungsschecks wird reformiert, indem die sozialen Rechte der Beschäftigten in diesem Sektor gesichert und die Haushaltskontrolle des Mechanismus sowie sein bürgernaher Ansatz gewährleistet werden. Zuvor wird die Finanzierung der zugelassenen Unternehmen überprüft, um ihre Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Das föderale Programmgesetz vom 29. Dezember 2023 sieht eine Ausweitung des Anwendungsbereichs von Flexi-Jobs auf eine Reihe neuer Sektoren vor. Dieses Gesetz räumt den förderierten Entitäten (Gemeinschaften und Regionen) außerdem die Möglichkeit ein, für eine Reihe von Bereichen, die in ihre Zuständigkeit fallen, ein Opt-in zu beantragen. Dieses Opt-in ermöglicht es den betrachteten Branchen, Flexi-Jobs ganz oder teilweise anzuwenden. Angesichts der Bedeutung der Saisonabhängigkeit wird die Wallonische Regierung beantragen, dass der Tourismussektor von dieser Erweiterung profitieren kann, und analysieren, ob es sinnvoll ist, auch andere Sektoren zu berücksichtigen, ohne dass diese Flexibilität dazu führt, dass diese Arbeitsplätze auf Kosten von hochwertigen Arbeitsplätzen mit klassischeren Arbeitsverträgen bevorzugt werden.

## Eine Optimierung der Berufsausbildungslandschaft

Wie die Beschäftigungslandschaft ist auch die Bildungslandschaft besonders komplex. Hinzu kommt, dass die Kompetenzen innerhalb der frankophonen Landschaft zersplittert sind.

Daraus ergibt sich allzu oft eine institutionelle Logik, die verhindert, dass der Lernende im Mittelpunkt steht.

Die Regierung wird sich gemeinsam mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel für die Optimierung der Landschaft des lebenslangen Lernens auf ihrem Gebiet einsetzen. Diese gemeinsame Vision wird darauf achten, den Umfang der bestehenden Strukturen zu klären, die individuellen Wege flüssiger zu gestalten und einen qualitativ hochwertigen Rahmen für alle beteiligten Akteure zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang werden die verschiedenen Kooperationsvereinbarungen auf frankophoner Ebene zu diesem Thema im Hinblick auf die Effizienz der übergreifenden Politik bewertet.

Eine der Hauptachsen dieser Vision wird der Aufbau einer gemeinsamen Berufsbildungsstrategie sein, die von einem klaren Steuerungsmodell und einer effektiven Führung begleitet wird. Dies wird auch die Neupositionierung der regionalen öffentlichen und subventionierten Ausbildungsanbieter einschließen. Die Regierung wird die Berufswelt in die Führung der Ausbildung einbeziehen. Zu diesem Zweck wird ein verstärkter partnerschaftlicher Rahmen zwischen den Ausbildungsstrukturen und den Berufssektoren rund um strategische Branchen geschaffen.

Um auf der Ebene der verschiedenen wallonischen Lebensräume eine bessere Übereinstimmung zwischen dem Ausbildungsangebot, der Realität der Berufe und dem Bedarf der Unternehmen, insbesondere in den vorrangigen Sektoren, zu gewährleisten, verpflichtet sich die Regierung zu Folgendem:

- allen Lernenden eine objektive und qualitativ hochwertige Beratung sowie Zugang zu umfassenden und objektiven Informationen über die Welt der Berufe und Ausbildungen, insbesondere der technischen und handwerklichen Berufe, zu gewährleisten und das Image dieser Berufe zu verbessern, indem die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Bereich der Beratung im Rahmen des Systems der lebenslangen Beratung (OTLAV) rationalisiert und verstärkt wird;

- ein effizientes Bildungsangebots gewährleisten, das den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen der Arbeitswelt entspricht und eine Ausbildung garantiert, die den Realitäten der Berufe und der Gebiete entspricht;
- die Organisation des Ökosystems in Bezug auf hochmoderne Ausrüstung und Infrastrukturen überprüfen, wobei darauf zu achten ist, dass diese gemeinsam genutzt werden, insbesondere innerhalb der Berufsausbildungsanbieter, der FOREM-Zentren und der Kompetenzzentren (KZ). In Zusammenarbeit mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel sollen die Überlegungen auf die Zentren für fortgeschrittene Technologien (CTA) ausgeweitet werden.

## Regionen, Föderation, Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereint für Beschäftigung und Ausbildung

Die Entwicklung der berufsqualifizierenden, alternierenden und berufsbildenden Ausbildung erfordert eine übergreifende Politik. Dies ist seit 15 Jahren ein Ziel, das jedoch noch nicht erreicht wurde. Einige dieser Studiengänge haben Schwierigkeiten, Lernende anzuziehen, und behalten ein negatives Image. Sie erfüllen die Erwartungen der Unternehmen nicht ausreichend, sind mit einer im Vergleich zu den anderen Regionen zu geringen Beschäftigungsquote nach Ausbildungsabschluss sowie einer hohen Abbruchquote während der Ausbildung konfrontiert.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden eine Bestandsaufnahme und Reformszenarien für die Bereiche duale Ausbildung, berufsqualifizierende Ausbildung, Unterricht für Erwachsene und Berufsausbildung erstellt. Auf dieser Grundlage möchten die Regierungen der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel in Absprache mit der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt eine systemische Reform innerhalb des frankophonen Raums mit folgenden Zielen umsetzen:

- einen qualifizierenden Unterricht, der wirklich für einen Beruf ausbildet und von den Schülern positiv gewählt wird;
- eine schnelle und wirksame Betreuung aller Schüler, die die Schule abbrechen, und die Bekämpfung des Schulabbruchs;
- eine Verdoppelung der Beteiligung an der Berufsausbildung in der Wallonie;
- eine effektivere Berufsausbildung, die zu einer Beschäftigung führt;
- qualitativ hochwertige Abschlüsse, die auf dem Arbeitsmarkt bekannt und anerkannt sind.

Um diese Ziele zu erreichen, möchten die Regierungen das Ökosystem durch eine Reform seiner Organisation und seines Angebots im frankophonen Raum effizienter gestalten. Konkret wollen sie gemeinsam an Folgendem arbeiten:

- einer positiven Orientierung der Jugendlichen und Lernenden, die vor allem zu Studiengängen führt, die in erster Linie zu einem Mangelberuf führen, oder innerhalb der STEAM-Studiengänge (Sciences, Technology, Engineering, Arts and Mathematics);
- reibungslosere und verständlichere Wege für junge Menschen, ihre Eltern und Arbeitgeber;
- eine deutliche Steigerung der Abschlussquote von Ausbildungs- und Unterrichtsprogrammen für Erwachsene;
- einer stärkeren Beteiligung von Arbeitslosen an Ausbildungen;
- einer Erhöhung der Eingliederungsquote in stabile und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für junge Menschen aus berufsqualifizierenden und alternierenden Bildungsgängen sowie für Erwachsene nach Abschluss der Berufsausbildung und des Unterrichts für Erwachsene (und damit eine Verringerung der Zahl der offenen Stellen).

Dazu müssen die Aufgaben und die Organisation der Strukturen überdacht werden, und zwar nicht aus der Perspektive der Verteidigung oder Stärkung einer Institution gegen eine andere, sondern aus der Perspektive der Verbesserung des erbrachten öffentlichen Dienstes und der Lesbarkeit für die Lernenden.

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme und der ermittelten Szenarien werden die Regierungen der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel in Abstimmung mit der Region Brüssel-Hauptstadt gleich zu Beginn der Legislaturperiode einen systemischen, ehrgeizigen und langfristig angelegten Fahrplan beschließen. Gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sowie Anbietern von Unterricht und Ausbildungen wird ein Aktionsplan erstellt, der ein Maßnahmenpaket rund um drei Herausforderungen vorsieht: Koordination zwischen frankophonen Akteuren, dualer Ausbildung und Berufsbildung.

**1. Für die Koordination zwischen Frankophonen verpflichten sich die Regierungen:**

- das Ökosystem zu vereinfachen, indem erwogen wird, die bereichsübergreifenden Koordinierungs-, Regulierungs- und Steuerungsinstanzen in einer gemeinsamen Kuppel für Ausbildung und Unterricht zusammenzufassen. Diese Instanz würde die Ressourcen und Kompetenzen zumindest der Mehrheit der bestehenden Koordinierungsinstanzen, einschließlich des Office Francophone de la Formation en Alternance (Frankophones Amt für duale Ausbildung), in sich vereinen und zusammenführen;
- eine qualitativ hochwertige Sensibilisierung und Orientierung für alle Lernenden sicherzustellen, die äquidistant zu den Anbietern sind, sowie den Zugang zu umfassenden und objektiven Informationen über die Welt der Berufe und Ausbildungen, insbesondere über STEAM-Studiengänge und Mangelberufe; Maßnahmen zur Stärkung und Vereinfachung des Rahmens für die Zertifizierung und Qualitätskontrolle aller Bildungs- und Qualifizierungsprogramme einzuführen, um das Recht auf eine auf dem Arbeitsmarkt anerkannte Qualifikation zu gewährleisten und die Wege des lebenslangen Lernens flüssiger zu gestalten (Beispiel: Zertifizierungswettbewerb zwischen CEFA und IFAPME);
- ein qualifizierendes Bildungs- und Ausbildungsangebot zu gewährleisten, das den aktuellen und künftigen Bedürfnissen der Arbeitswelt entspricht und eine kontinuierliche Weiterbildung und ein Eintauchen der Ausbilder in die Unternehmen garantiert;
- die Koordination zwischen der Föderation Wallonie-Brüssel und den Regionen zu verbessern, um den Schulabbruch und das Verlassen der Ausbildung zu bekämpfen;
- jeden Schüler oder Lernenden am Ende seiner Ausbildung zu begleiten, um seine Chancen auf eine berufliche Eingliederung in einen hochwertigen Arbeitsplatz zu maximieren;
- die Organisation des Ökosystems in Bezug auf die Ausstattung zu überprüfen, sowohl in den Schulen als auch bei den Berufsausbildungsanbietern und den CTA/CDC;
- innerhalb von fünf Jahren eine Aktualisierung aller qualifizierenden Ausbildungsprofile in Bezug auf die Realität der Berufe anzustreben.

**2. Hinsichtlich der dualen Ausbildung verpflichten sich die Regierungen, die duale Ausbildung und/oder das Lernen am Arbeitsplatz in der berufsqualifizierenden Ausbildung, der Ausbildung zur sozialen Förderung, der Berufsausbildung und der Hochschulbildung deutlich auszubauen. Letztendlich wird jeder Schüler in der berufsqualifizierenden Ausbildung einen Teil seines Lehrplans im dualen System absolvieren.**

Die duale Ausbildung wird als eine pädagogische Modalität betrachtet, die nicht nur dem einen oder anderen Anbieter eigen sein sollte: Jeder Anbieter von Unterricht und Ausbildung sollte die Möglichkeit haben, sie einzuführen. Zu diesem Zweck wollen sie die duale Ausbildung als

wichtigste pädagogische Modalität für einen Teil der Berufe entwickeln und das Gewicht und die Qualität des Lernens am Arbeitsplatz für die anderen Berufe über folgende Maßnahmen stärken:

- Der Umfang der dualen Ausbildung für Jugendliche wird zwischen Anbietern von Ausbildungen und Unterricht auf der Grundlage des Alters der Lernenden geklärt. Für Schüler im schulpflichtigen Alter wird die duale Ausbildung dem Bildungswesen anvertraut, wobei das Fachwissen der regionalen Ausbildungsanbieter und der Arbeitgeber für die Beziehungen zur Arbeitswelt berücksichtigt wird. Alle volljährigen Schülerinnen und Schüler bis 21 Jahre, die weniger als 2 Schuljahre von der Zertifizierung entfernt sind, können sich ebenfalls für den Unterricht anmelden;
- Eine Entwicklung von der Ausbildung in einem Teil der Berufe hin zu gemischten dualen/trialen Ausbildungswegen (Schule - Betrieb - Spitzenausbildungszentrum) oder zu „reinen“ dualen Ausbildungswegen für Schüler, die diese Abteilungen innerhalb der berufsqualifizierenden Ausbildung besuchen. Daher wird die Regierung prüfen, ob es sinnvoll ist, die CEFA wieder in die Schulen zu integrieren;
- Die Auswahl der Berufe, die auf duale Ausbildung umgestellt werden sollen, erfolgt durch eine Einzelfallanalyse auf der Grundlage der Eignung der dualen Ausbildung als pädagogische Modalität und der Verpflichtung der Sektoren, genügend Praktikumsplätze für alle Schüler zu eröffnen. Gegebenenfalls werden Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitgeber dazu zu bewegen, genügend Praktikumsplätze zu eröffnen. Die Umsetzung erfolgt schrittweise über mehrere Legislaturperioden, beginnend mit den Berufen, in denen ein Mangel herrscht und/oder für die sich der Sektor stark macht;
- Für Berufe, die nicht auf das duale System umgestellt wurden, werden verschiedene Initiativen ergriffen, um das Lernen am Arbeitsplatz über verstärkte Praktika in allen qualifizierenden Ausbildungsgängen zu entwickeln;
- Schließlich wird die soziale Dimension des Wandels durch ein schrittweises, berufsbezogenes Inkrafttreten und Übergangsmaßnahmen gewährleistet.

Um einen Förderrahmen für Arbeitgeber zu schaffen und damit die Bereitstellung von qualitativ hochwertigen betrieblichen Ausbildungsplätzen deutlich zu erhöhen, werden die Regierungen an Folgendem arbeiten:

- einen gemeinsamen Rahmen für die duale Ausbildung und einen Mindestsockel an Betreuungsbedingungen festzulegen, um die Ausbildungsqualität der Praktikumsorte zu gewährleisten;
- die Rolle des Kontaktlehrers und des Unternehmens bei allen alternativen Berufsbildungssystemen zu stärken und aufzuwerten und die Information, Ausbildung und Begleitung der Kontaktlehrer zu verbessern;
- die Unternehmen, die sich insbesondere auf die Branchen und Berufsnetzwerke stützen, durch die Bereitstellung einer einheitlichen Informations- und Matching-Plattform zu informieren, die die Sichtbarkeit und Vollständigkeit der Branchen ermöglicht;
- eine zentrale Steuerung aller Verträge für duale Studiengänge sicherzustellen.

Für Erwachsene wird ein quantitativer und qualitativer Aktionsplan zur Förderung der dualen Ausbildung durchgeführt. Eine stärkere Gewichtung dieser Lernmodalität für diese Zielgruppe wird auf der Grundlage des Fachwissens der regionalen Berufsausbildungsanbieter und der Arbeitgeber gefördert.

3. In Bezug auf Berufsausbildung und Unterricht für Erwachsene verpflichten sich die Regierungen, die Beteiligung von Arbeitslosen zu erhöhen und integrierte Betreuungs- und Ausbildungswege für arbeitsmarktferne Zielgruppen zu entwickeln.

Zu diesem Zweck wollen die Regierungen insbesondere:

- die Behörden mit Kapazitäten zur systemischen Steuerung der Berufsausbildung und des Unterrichts für Erwachsene ausstatten;
- die Arbeitswelt besser in die Steuerung der berufsqualifizierenden Ausbildung einbeziehen;
- eine modernisierte, gerechte und anreizorientierte Finanzierung der Berufs- und Erwachsenenbildung beschließen, um Kostenunterschiede aufgrund der Art der Zielgruppe und/oder der Ausstattung besser zu berücksichtigen und um bessere Anreize für die Aufnahme von Ausbildungsgängen zu schaffen, die zu Mangelberufen führen. Zu diesem Zweck wird ein variabler Finanzierungsanteil auf der Grundlage von Leistungs- und/oder Ergebnisindikatoren in die Finanzierung aller Ausbildungen eingeführt;
- Überlegungen anstellen, um die Lesbarkeit, Kohärenz und Effizienz des Ökosystems der Berufsausbildung und des Unterrichts für Erwachsene zu verbessern. In diesem Rahmen werden die Annäherung und der Zusammenschluss von Anbietern bevorzugt.

Angesichts des Ausmaßes der systemischen Veränderung ist eine parallele Implementierung aller Maßnahmen nicht möglich, was das Budget und vor allem die Fähigkeit zur Bewältigung der Veränderung betrifft. Eine große Organisation kann nicht zu viele Transformationsprojekte gleichzeitig durchführen und daher wird es wichtig sein, das Tempo der Annahme und des Inkrafttretens der verschiedenen Reformen in den nächsten Legislaturperioden zeitlich anzupassen.

Dabei muss nicht nur die Fähigkeit zur Verabschiedung von Reformen auf zentraler Ebene (Parlament, Regierung und Verwaltung) berücksichtigt werden, sondern auch und vor allem die Aufnahme- und Mobilisierungsfähigkeit der Akteure. Zumindest wird dies erfordern, dass es zu einer der Hauptprioritäten der frankophonen Regierungen in den nächsten beiden Legislaturperioden gemacht wird. Schließlich wird die Förderung des Lernens am Arbeitsplatz und die Annäherung des qualifizierenden Unterrichts und der Berufsausbildung an die Arbeitswelt nicht ohne die aktive Beteiligung der Akteure, Sektoren und Arbeitgeber möglich sein.

Außerdem kann aufgrund von Haushaltszwängen keine massive Refinanzierung dieser Politik in Betracht gezogen werden. In diesem Zusammenhang ist jedoch hervorzuheben, dass das Finanzierungsniveau von qualifizierenden Unterrichts- und Berufsausbildungsprogrammen in der Wallonie und in Brüssel vergleichsweise hoch ist: Sie weisen im internationalen Vergleich hohe Kosten pro Schüler im qualifizierenden Sekundunterricht auf (die über dem europäischen Durchschnitt liegen) und Belgien gehört zu den Top 5 der Länder, die die meisten öffentlichen Mittel in die Berufsausbildung für Erwachsene investieren. Daher wird die Optimierung der Ressourcen und/oder die Selbstfinanzierung der Maßnahmen bevorzugt.

## Steuerwesen

Der Wille der Wallonischen Regierung wird darin bestehen, der Mittelschicht durch administrative Vereinfachung und Steuererleichterungen wieder mehr Sauerstoff zuzuführen. Die Steuer muss gerecht sein und einen Beitrag zur Finanzierung der Solidarität leisten, aber sie darf auf keinen Fall ein Hindernis für die Emanzipation der Mittel- und Unterschicht sein. Aus diesem Grund beschließt die Regierung eine beispiellose Steuersenkung von kumuliert über 700 Millionen € während dieser Legislaturperiode. Diese Steuersenkung wird durch das proaktive Handeln der Regierung ermöglicht, indem die übermäßigen Staatsausgaben gekürzt werden.

### Eine Besteuerung, die den Zugang zu Wohneigentum fördert

Der Erwerb einer ersten Bleibe ist ein wichtiger Schritt im Leben der Wallonen und Walloninnen, stellt aber oft eine beträchtliche Investition dar. Die Wallonische Regierung macht den Zugang zu

Wohneigentum zu einer absoluten Priorität. Sie ist ein wesentlicher Hebel der öffentlichen Politik, um es den Bürgern zu ermöglichen, ihre Lebenspläne zu verwirklichen und ihre Kaufkraft zu erhöhen. Immobilienbesitz bietet Einzelpersonen und Familien wertvolle Stabilität, trägt wesentlich zum Abbau von Ungleichheiten bei und verbessert die Lebensqualität. Angesichts der Herausforderungen, die sich aus den hohen Immobilienpreisen in einigen Regionen oder der Schwierigkeit, einen ausreichenden Betrag per Bankkredit zu finanzieren, ergeben, verpflichtet sich die Wallonische Regierung, den Erwerb einer ersten Wohnung für Wallonen und Walloninnen zu erleichtern.

So plant die Regierung, ab dem 01.01.2025 den Steuersatz, der beim Erwerb einer eigenen und einzigen Bleibe gilt, auf 3 % zu senken. Diese Regelung wird es ermöglichen, die Eintragungsgebühren für eigenes und einziges Wohneigentum an den in Flandern geltenden Satz anzupassen. Sie stellt einen einfachen und verständlichen Anreiz dar, um den Zugang junger Menschen zu Wohneigentum zu stärken. Diese Reform ersetzt auf günstigere Weise bestehende Ermäßigungen, Abschläge und Vergünstigungen, darunter auch den „Chèque-habitat“ (zu Deutsch Wohnscheck).

Mit demselben Ziel wird sich die Regierung auf föderaler Ebene für die Annahme eines Mehrwertsteuersystems einsetzen, das den Erwerb von eigenem und einzigem Wohneigentum begünstigt.

Außerdem wird es erlaubt sein, den Vorteil direkt in Anspruch zu nehmen, wenn die eigene und einzige Wohnstätte innerhalb einer angemessenen Frist weiterverkauft und angekauft wird, um die Eigentümer bei der Entwicklung ihres Lebens zu unterstützen und den Immobilienmarkt flüssiger zu gestalten.

Die Maßnahme wird die bestehenden Begünstigten der verschiedenen Steuervergünstigungen nicht in Frage stellen. Für Mehrfacheigentümer gelten weiterhin die derzeitigen Eintragungsgebühren.

Die Regierung wird umfassendere Überlegungen zu steuerlichen Unterstützungsmaßnahmen für Eigentümer anstellen, die ihre Immobilie von einer Sozialen Immobilienagentur (SIA) verwalten lassen wollen.

Die Regierung möchte auch eine maximale Automatisierung aller Ermäßigungen auf den Immobiliensteuervorabzug prüfen und umsetzen, im Sinne der Vereinfachung und der Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen. Dies alles kommt Steuerzahlern mit unterhaltsberechtigten Kindern oder Personen mit Behinderungen oder anderen Bedürfnissen zugute.

Das System des Immobiliensteuervorabzugs wird geändert, um im Falle von Naturkatastrophen, wie der Flut im Juli 2021, größere Ermäßigungen zu gewähren.

Die Regierung wird für SIA im Steuerbescheid des Immobiliensteuervorabzugs werben, indem sie die damit verbundenen Vorteile beim Immobiliensteuervorabzug hervorhebt.

## Eine Modernisierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Erbschaftssteuer beruht auf historischen Familienkonzepten, die nicht immer den Reichtum und die Vielfältigkeit der emotionalen Bindungen widerspiegeln. Sie beruht außerdem auf schwer verständlichen Gebührenordnungen und Steuersätzen, die heute als konfiskatorisch erscheinen. Diese Steuersätze fördern Vermögensplanungen, die vor allem von den wohlhabendsten Familien

durchgeführt werden, indem sie die Steuerlast ungerechtfertigterweise auf die am wenigsten gut vorbereiteten und am wenigsten wohlhabenden Steuerzahler und die Mittelschicht abwälzen.

Die Regierung verpflichtet sich, die Erbschaftssteuer durch eine Vereinfachung und phasenweise Reduzierungen radikal zu senken, wobei einerseits die notwendige Übernahme des Dienstes zur Erhebung der Schenkungs- und Erbschaftssteuer durch die Wallonische Region und andererseits das Gebot der Haushaltskontrolle berücksichtigt werden.

In einem ersten Schritt wird die Regierung der föderalen Behörde unverzüglich ihren Willen zur Wiederaufnahme der Erhebung dieser Steuer und der Schenkungssteuer ab dem 01.01.2025 mitteilen. Die Steuerbehörden auf föderaler und regionaler Ebene haben selbst zugegeben, dass es zwei bis drei Jahre dauern wird, bis diese Übertragung von der föderalen auf die regionale Ebene angesichts der komplexen administrativen, rechtlichen und IT-technischen Zwänge und Beschränkungen umgesetzt ist. Sobald diese Übernahme der Zuständigkeit für die direkte Verwaltung dieser Steuer und Steuerabgaben erfolgt ist, wird die Regierung alle Erbschaftssteuersätze halbieren, mit einem Mindestsatz von 5 % für alle Erbschaften in direkter Linie (Ehegatten, Eltern, Kinder, ohne Zuschlag für niedrigere Sätze), 7 % für Erbschaften in indirekter Linie (Geschwister, Neffen, Nichten, Onkel und Tanten) und 15 % für Erbschaften an Dritte ohne familiäre Bindung. Diese massive Senkung der Erbschaftssteuer wird im Kontext einer seriösen Verwaltung unseres Haushaltspfades einen beispiellosen Steuerschock zugunsten der wallonischen Familien darstellen. Sobald die Aussichten auf eine Haushaltskonsolidierung dank der proaktiven und verantwortungsbewussten Maßnahmen der Regierung erfüllt sind, werden weitere zusätzliche Kürzungsphasen möglich sein.

Da sich die Zusammensetzung der Familien in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat, möchte die Regierung außerdem, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer mit diesen gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt hält, um angesichts der emotionalen Realität der Menschen gerecht zu bleiben.

Sowohl bei der Erbschafts- als auch bei der Schenkungssteuer wird die Gleichstellung der Kinder von gesetzlich Zusammenlebenden mit den biologischen Kindern des Verstorbenen auf alle Grade ausgeweitet, damit die Enkelkinder der Zusammenlebenden von den Vorzugstarifen der direkten Linie bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer profitieren können. Kinder in Pflegefamilien werden in gleicher Weise den leiblichen Kindern des Verstorbenen gleichgestellt. Schließlich wird die Regierung eine mögliche Gleichstellung von gesetzlich und faktisch zusammenlebenden Personen prüfen.

Im Interesse der administrativen Vereinfachung wird der Mindestbetrag für einen Nachlass, unterhalb dessen er nicht gemeldet werden muss und keine Abgaben fällig werden, überarbeitet. Die Regierung wird in ähnlicher Weise eine Pauschale für Kosten im Zusammenhang mit dem Tod einführen.

Schließlich wird die Bedingung, dass der Verstorbene fünf Jahre lang seinen Hauptwohnsitz bewohnt haben muss, um in den Genuss von Vergünstigungen für diese Immobilie zu kommen, abgeschafft, um Situationen zu berücksichtigen, in denen der Verstorbene am Ende seines Lebens aus medizinischen oder familiären Gründen umziehen musste.

## Anpassung der Kfz-Steuer

Die Regierung wird die in der letzten Legislaturperiode verabschiedete Reform der Zulassungssteuer anpassen, um insbesondere die Besteuerung von Elektroautos, die wegen ihrer

Schwere benachteiligt sind, und kohlenstoffneutralen Autos zu erleichtern sowie den Koeffizienten für die Unterstützung kinderreicher Familien zu verbessern.

Parallel dazu beschließt die Regierung, ein seit vielen Jahren bestehendes Thema aufzugreifen, für das bislang keine Lösung gefunden wurde, nämlich den Wunsch, die Nutzer, sowohl die belgischen als auch die ausländischen, an der Qualität des von ihnen genutzten wallonischen Straßennetzes teilhaben zu lassen. So wird die Einführung einer Nutzungsgebühr (Vignette) unter Einhaltung der EU-Regeln bis zum Ende der Legislaturperiode umgesetzt.

Diese beiden Maßnahmen werden weder die derzeitige Steuerlast erhöhen noch negative Auswirkungen auf den Haushalt haben.

## Eine Umweltsteuer, die Anreize schafft und auf dem Verursacherprinzip beruht

Die Regierung wird ihre Steuerpolitik in Einklang mit den Zielen der Energiewende und der Reduzierung der Treibhausgasemissionen bringen. Im speziellen Bereich der Umweltbesteuerung wird die Regierung ihre Maßnahmen auf drei Prinzipien stützen: die Umsetzung der europäischen Richtlinien im Umweltbereich, das Verursacherprinzip und die Anwendung von Anreiz- statt Strafmechanismen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Festlegung und Erhebung wallonischer Umweltsteuern gewidmet, einschließlich der Wasser- und Abfallbesteuerung. Die Regierung wird die Zweckmäßigkeit prüfen, Steueranreize zur Förderung von Energieeinsparungen in Wohngebäuden als Ergänzung zu anderen politischen Maßnahmen (zinslose Darlehen, Zuschüsse...) einzuführen oder zu verstärken.

Die Regierung wird Möglichkeiten zur Mobilisierung von Bürgerspareinlagen (z. B. eine Steuergutschrift für Investitionen oder einen wallonischen Staatsbon) zur Finanzierung von Projekten im Bereich Klima- und Energiewandel prüfen.

Die Regierung wird so bald wie möglich das interregionale Kooperationsabkommen über den Rahmen für die erweiterte Herstellerverantwortung für bestimmte Abfallströme und für wilde Abfälle, einschließlich wilder Abfälle von Tabakprodukten, genehmigen. Die Produzenten müssen die gesamten Kosten für die Vermeidung und Beseitigung von wilden Abfällen finanzieren.

## Effiziente, transparente und zugängliche Steuerregeln

In Bezug auf die Transparenz und die Bewertung der Steuerpolitik wird ein Jahresbericht über den Zustand der wallonischen Finanzen vom Rat für das Steuer- und Finanzwesen der Wallonie (CFFW) und von Wallonie Finances Expertises (WFE) erstellt. Dieser Bericht wird der Regierung und dem Parlament jährlich übermittelt. Er wird unter anderem eine Analyse der Bücher der Region, eine Bestandsaufnahme der Steuereinnahmen und eine Überprüfung der Wirksamkeit der regionalen Steueranreize enthalten. Zu diesem Zweck wird die Rolle des Rates für das Steuer- und Finanzwesen der Wallonie (CFFW) und von WFE neu definiert. Im Interesse der Transparenz wird die Regierung die Umsetzung der Open-Data-Politik in den Bereichen Steuern und Haushalt fortsetzen und intensivieren.

Steuervorschriften müssen effizient, transparent, zugänglich und regelmäßig an wirtschaftliche und soziale Entwicklungen angepasst sein. Die belgischen Gesetzgeber auf föderaler und regionaler Ebene neigen häufig dazu, europäische und internationale Standards

vorwegzunehmen oder zu übertreffen, sei es im Wirtschafts-, Steuer- oder Sozialbereich. Diese als „Gold-Plating“ oder „Überregulierung“ bekannte Praxis kann konkrete negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition unseres Landes in zahlreichen Sektoren haben. Die Regierung verpflichtet sich insbesondere, Gerichtsurteile nicht unbeachtet zu lassen und die Umsetzung der EU-Richtlinien im Steuerbereich ordnungsgemäß zu überwachen, ohne dabei über das hinauszugehen, was in der Richtlinie vorgesehen ist. Um die Beziehungen zwischen der Steuerverwaltung und den Steuerzahlern zu verbessern, wird die Verwaltung eine transparente und proaktive Kommunikationspolitik gegenüber den Bürgern fortsetzen und verstärken, indem sie effiziente und direkte Kontakte zu den Kontrolldiensten und ihren Beamten herstellt, den Betroffenen die getroffenen Entscheidungen unverzüglich mitteilt und Rundschreiben und Verwaltungskommentare veröffentlicht, die regelmäßig auf dem neuesten Stand gehalten werden.

## Eine bessere Steuererhebung

Nach der Regionalisierung der Erbschafts- und Eintragssteuer wird die Regierung die Übernahme des Dienstes dieser Steuergruppe, die derzeit vom FÖD Finanzen erbracht wird, veranlassen. Die Wallonische Region wird somit für die Festlegung und Erhebung dieser Steuern verantwortlich sein. In diesem Rahmen wird für Steuern, die von der Region betreut werden, ein Dienst für Vorausentscheidungen eingerichtet.

Die Qualität und Berechenbarkeit der Steuervorschriften wird ebenfalls eine Priorität der Regierung sein. In diesem Sinne verpflichtet sich die Regierung insbesondere, Gerichtsurteile nicht unbeachtet zu lassen, damit die Steuerzahler nicht gezwungen sind, vor Gericht das einzufordern, was sie eigentlich von der Verwaltung bekommen sollten. In diesem Zusammenhang wird ein besonderes Augenmerk auf die Überwachung der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs und die Umsetzung der durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs notwendig gewordenen Anpassungen gelegt, unabhängig davon, ob die getroffenen Entscheidungen die regionale Steuerpolitik direkt oder indirekt beeinflussen können. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Steuerbehörden und den Steuerzahlern wird ein vorrangiges Ziel der Regierung sein. Die Regierung möchte jedem Steuerpflichtigen den Zugang zu allen nützlichen Informationen garantieren, die ihm ein besseres Verständnis aller seiner steuerlichen Rechte und Pflichten erleichtern. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung im Hinblick auf den Bürgerservice die Fortsetzung und Betonung einer transparenten und proaktiven Kommunikationspolitik gegenüber den Bürgern sicherstellen, was beispielsweise durch effiziente und direkte Kontakte mit den Steuerprüfdiensten und ihren Beamten geschehen wird.

Darüber hinaus wird der Öffentliche Dienst der Wallonie Finanzen durch die Erstellung von Rundschreiben und Verwaltungskommentaren, die regelmäßig auf dem neuesten Stand gehalten werden, für eine angemessene Bekanntmachung der ihn betreffenden Entscheidungen und Stellungnahmen sorgen.

Die Regierung verpflichtet sich, den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung unter Wahrung der Grundrechte der Bürger zu verstärken.

## Gesundheit

Die Wallonische Regierung wird eine Gesundheitspolitik entwickeln, die auf klar definierten Zielen beruht. Diese Politik wird auch die Kohärenz mit der Föderation Wallonie-Brüssel und der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie mit anderen Verwaltungsebenen sicherstellen.

Die Gesundheitsbedürfnisse der Bevölkerung beschränken sich nicht mehr nur auf die

Gesundheitsversorgung. Es ist heute allgemein anerkannt, dass Beschäftigung, Wohnsituation, Umwelt, Mobilität oder Raumplanung einen erheblichen Einfluss auf die Gesundheit jedes Einzelnen haben. Morgen werden in die Entscheidungen, die in diesen regionalen Angelegenheiten getroffen werden, Kriterien für die Auswirkungen auf die Gesundheit einfließen.

Auch die Präventionsstrategien sollen verstärkt werden, sowohl durch eine Aufstockung der Mittel als auch durch eine Überprüfung der bestehenden Systeme, um Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und anderen chronischen Krankheiten, einschließlich Sucht und Abhängigkeit, besser vorbeugen zu können.

Die Entwicklung und Zugänglichkeit der ersten Versorgungslinie wird eine Priorität bleiben, ebenso wie die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit, deren System vereinfacht und besser koordiniert werden soll, während gleichzeitig die außerklinische Versorgung unterstützt wird.

Sowohl auf Seiten des stationären als auch des ambulanten Angebots wird die Regierung auf eine gute Koordinierung der Behandlungspfade achten.

Die Verwaltung der AViQ trägt zu diesen Gesundheitszielen bei. Um dies zu gewährleisten, wird ihre Organisation evaluiert und gegebenenfalls reformiert, sowohl in Bezug auf die Art der Leitung als auch auf die Organisation, um den gesundheitspolitischen Zielen, den Bedürfnissen vor Ort und den Erfordernissen der Ressourcenrationalisierung besser gerecht zu werden.

Im Rahmen von Wallonie Entreprendre muss der Gesellschaftszweck von Wallonie Santé, dem einzigen öffentlichen wallonischen Fonds im Gesundheitssektor, angepasst und erweitert werden, um seiner derzeitigen Tätigkeit Rechnung zu tragen, die bereits weit über die reine Finanzierung von Infrastrukturen hinausgeht, aber auch um die Akzente der vorliegenden Erklärung zur Regionalpolitik 2024-2029 zu berücksichtigen, damit seine Rolle als Hebel für Wachstum, Beschäftigung und Entwicklung des Gesundheitssektors verstärkt wird. Daher wird Wallonie Santé refinanziert und mit zusätzlichen Mitteln innerhalb des Budgets von Wallonie Entreprendre ausgestattet.

### **Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden im Mittelpunkt der Politik**

Die Wallonische Regierung wird einen „Health in all policies“-Ansatz verfolgen. Um ihr Ziel zu erreichen, den Gesundheitszustand der wallonischen Bevölkerung im Sinne der WHO zu verbessern, wird die Wallonische Regierung darauf achten, dass ihre Entscheidungen und die von ihr vorgeschlagenen Dekrettexte die Auswirkungen berücksichtigen, die sie auf die körperliche und geistige Gesundheit unserer Mitbürger haben können.

Die Regierung wird in Partnerschaft mit den Sektoren, die an der Gesundheitsförderung beteiligt sind und davon profitieren, eine Bestandsaufnahme der Aufgaben und Mittel erstellen, die der Gesundheitsförderung gewidmet sind. Diese Bestandsaufnahme wird mit einer Anpassung des WAPPS (Wallonischer Plan für Prävention und Gesundheitsförderung) fortgesetzt, um eine konkrete und messbare Strategie und einen Aktionsplan umzusetzen. Diese Arbeit wird mit den Akteuren vor Ort durchgeführt.

Um die Gesundheit unserer Mitbürger zu verbessern und den Anstieg der Gesundheitsausgaben besser in den Griff zu bekommen, wird das Budget für Prävention im Einklang mit den verschiedenen betroffenen Regierungsebenen verdoppelt.

Die Regierung wird auf der Grundlage von Expertenwissen ihre Ziele zur Verbesserung der Gesundheit festlegen, die mit den interföderalen Gesundheitszielen übereinstimmen,

insbesondere in Bezug auf:

- Früherkennung von verschiedenen Krankheiten (Herz-Kreislauf, Krebs, Diabetes, ...) und Impfungen;
- Erhöhung der Teilnahmequote an Präventionsmaßnahmen durch Prüfung der Möglichkeit eines automatisierten Termins;
- Bekämpfung von Sucht und Abhängigkeit durch die Entwicklung von Mechanismen für einen multidisziplinären Ansatz zur Verringerung der Sucht und der damit verbundenen Risiken, insbesondere für Drogenabhängige. Diese Ansätze werden in Zusammenarbeit mit dem Sektor vorbereitet;
- Prävention von Krankheiten, die durch Alkohol, Tabak und Fettleibigkeit verursacht werden.

In Zusammenarbeit mit der Föderalregierung und den Akteuren des grundlegenden Gesundheitswesens (Allgemeinmediziner, Apotheker, Krankenpfleger, Physiotherapeuten, Zahnärzte, ...) wird die Regierung Überlegungen und Maßnahmen zu deren aktiver Rolle bei der Einführung von Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten zur besseren Prävention von Gesundheitsrisiken einleiten. In diesem Zusammenhang wird sich die Regierung bei der Föderalregierung dafür einsetzen, dass das Prinzip der gerechten Entlohnung der Angehörigen der Gesundheitsberufe eingeführt wird, indem auch die notwendige Zeit und die Finanzierung für die Ausübung der Prävention gewährt werden.

Die Regierung wird die Mittel, die den verschiedenen Sektoren gewährt werden, dauerhaft sichern, indem sie von One-Shot-Finanzierungen abrückt und stattdessen verschiedene Formen der Vertragsgestaltung (Dekret, Mehrjahresvereinbarung usw.) einsetzt, die langfristig angelegt sind, um die zuvor abgestimmten und festgelegten Ziele zu erreichen.

### **Ein Arzt und ein Zahnarzt für jeden Patienten**

Die Regierung wird gegebenenfalls das Dekret „ProxiSanté“ überarbeiten, um eine flächendeckend zugängliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, indem sie für eine echte Klärung und Vereinfachung der und für die Akteure vor Ort sorgt. Der Patient ist dabei der zentrale Akteur. Die Regierung wird zu Beginn der Gesundheitsziele das System der Koordination und Abstimmung zwischen den Akteuren der Betreuung und der Erstversorgung auf lokaler, lokal-regionaler und regionaler Ebene stärken.

Die Regierung wird die notwendigen Schritte unternehmen, um die föderalen Mittel im Rahmen des New Deal zu aktivieren.

Die Regierung wird auf die ungleiche Verteilung im ganzen Land reagieren, indem sie die Unterstützung für die Niederlassung durch Anreize verstärkt, die die Gemeinden und die Kreise für Allgemeinmedizin einbeziehen, speziell in den am stärksten vom Mangel betroffenen Gebieten, auf der Grundlage:

- einer dynamischen Kartografie, die tatsächlich die Orte identifiziert, an denen ein Mangel herrscht oder ein Mangel droht (auf der Grundlage von Kriterien, die auf einen drohenden Mangel hinweisen: Alter des Arztes, Veränderung der Bevölkerungsdichte, Stand der Nachsorge der Bevölkerung usw.).
- einer Überarbeitung der Mechanismen von Impulsen für mehr Effizienz;
- der Verstärkung von Hilfen zur Finanzierung von Sekretariaten;
- der Ausweitung von Investitionen zur Unterstützung von Zusammenschlüssen von Allgemeinmedizinern, multidisziplinären Zusammenschlüssen und sonstigen Gesundheitsfachkräften, insbesondere durch die Krankenkassen;

### **Eine Verbesserung des Zugangs zu geistiger Gesundheitspflege**

Die Regierung wird die geistige Gesundheit zu einer interföderalen Angelegenheit machen und dabei die Bedürfnisse und Besonderheiten der verschiedenen Altersgruppen berücksichtigen.

Sie wird das Dekret zur geistigen Gesundheit bewerten und überarbeiten, um unter anderem den Verwaltungsaufwand zu verringern. Sie wird die Koordination der psychosozialen Dienste auf der Grundlage einer territorialen Studie verbessern, die Finanzierung der „psy107“-Reform in Zusammenarbeit mit dem Föderalstaat vereinfachen und sowohl ambulante als auch außerklinische und stationäre Unterbringungen unterstützen. Darüber hinaus wird die Regierung Alternativen zur herkömmlichen Gesundheitsversorgung prüfen, wie z. B. die grüne Pflege (soziale Landwirtschaft) bei der Begleitung der geistigen Gesundheit.

Sie wird eine Bewertung der durch das wallonische Wiederaufbauprogramm (MUSM) geschaffenen Arbeitsplätze und ihrer möglichen Art der Verstetigung durchführen.

### **Solide Krankenhausinfrastrukturen**

Die Regierung wird den konsolidierten Regionalplan für Krankenhausbauten fortsetzen und das System, wie es im Dekret vorgesehen ist, bewerten.

Die Regierung wird den Föderalstaat dazu anregen, in die Cybersicherheit von Krankenhäusern zu investieren, insbesondere über aktivierbare Finanzierungen durch Wallonie Santé oder sonstige.

Die Regierung wird die Zulassungsnormen für wallonische Krankenhäuser in Absprache mit dem Föderalstaat vereinfachen, um eine globale Kohärenz zu wahren.

Die Regierung wird die Möglichkeit prüfen, die Unterstützungsmechanismen für krankenhausexterne Infrastrukturen auf der Grundlage des für Krankenhäuser angewandten Mechanismus transversal zu überprüfen. Zu diesem Zweck kann der Interventionsrahmen von Wallonie Santé erweitert werden.

### **Stärkung der Rekonvaleszenz- und Revalidierungszentren**

Um die Kontinuität der Versorgung und einen ganzheitlichen Gesundheitsansatz zu gewährleisten, wird die Regierung jedem Menschen eine Versorgung durch multidisziplinäre Teams anbieten.

Die Regierung wird den gesetzlichen Rahmen für Erholungszentren fertigstellen, der die Standards für die Zulassung und Finanzierung festlegt, und sicherstellen, dass diese Dienste erschwinglich sind. Dieser Rahmen soll sowohl eine geografische Verteilung des Rekonvaleszenzangebots gewährleisten als auch das bereits bestehende Angebot in der Region anerkennen und finanzieren. Die Regierung wird es auch anerkannten Rekonvaleszenzzentren ermöglichen, bei Investitionen in die Infrastruktur unterstützt zu werden.

Sie wird die Eröffnung von Plätzen in Zentren für funktionelle und ambulante Rehabilitation fortsetzen.

### **Eine Anerkennung der Besonderheiten des medizinisch-sanitären Transports**

Die Regierung wird das Dekret über medizinisch-sanitäre Transporte überarbeiten, um die derzeitige Gesetzeslücke zu schließen und die Unterscheidung zwischen Personen- und Patiententransport zu verstärken. Dabei wird sie sich auf die Arbeit mit dem Sektor stützen.

### **Reform der Leitung von AVIQ**

Sich Ziele zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit auf wallonischer Ebene zu setzen, bedeutet auch, dafür zu sorgen, dass die Organe, die die Politik verwalten, eine angemessene

Rolle als Regulierer, Kontrolleur und Vorschlagsgeber von und durch die Akteure vor Ort spielen können, die diese Politik täglich umsetzen.

Die Übertragung von Verantwortung auf die einzelnen Akteure (Verwaltung, Sozial- und Gesundheitspartner, Regierung) erfordert auch eine echte Steuerung der durchgeführten Maßnahmen auf der Grundlage aggregierter und effizienter Maßnahmen, die auf den wallonischen Gesundheitszielen basieren und mit den Zielen des Föderalstaats im Einklang stehen.

Sie verlangt außerdem, dass die Kontrollfunktion auf dem Prinzip des Vertrauens und der Transparenz beruht.

In diesem Rahmen wird die Arbeitsweise der Verwaltungsorgane der AVIQ nach einer Evaluierung effizienter und einfacher gestaltet.

Die AVIQ wird ein Screening ihrer Materialien durchführen, um Konvergenzpunkte mit anderen potenziellen Partnern zu identifizieren und um die Aktivitäten kohärenter und effektiver zu gestalten. Gegebenenfalls werden bestimmte Angelegenheiten an andere Behörden oder Betreiber übertragen.

Die AVIQ wird sich an der Logik der administrativen Vereinfachung, der Automatisierung von Prozessen und der integrativen Digitalisierung orientieren. Da die Regierung auf Effizienz bedacht ist, wird sie auch auf die Herausforderung der Vereinfachung der Organe und der administrativen Vereinfachung, der Größenvorteile, der Kohärenz und der Zusammenlegung von Ressourcen reagieren und die Lösungen und Angebote für die Bürger verbessern (IT-Korpus und regionales Audit).

Die Regierung wird den derzeitigen organischen Rahmen der AVIQ umgestalten, um ihr zum Teil zu ermöglichen, die Herausforderungen ihrer Kompetenzen mit einer klaren und zugänglichen Kommunikation zu bewältigen, in der Kontrolle, aber mit Vertrauen. Die Gründe für die Personalinflation der letzten Jahre in der AVIQ werden analysiert und behandelt.

### **Eine bessere Nutzung von Gesundheitsdaten**

Ausgehend von der Feststellung, dass die derzeitige Datenverknüpfung nicht optimal ist, wird die Wallonische Regierung alle erforderlichen Maßnahmen umsetzen, um die Verwaltung der medizinischen Daten zu sichern und ihre Verwendung für die Ausarbeitung von Gesundheitspolitiken sowie für Forschung und Entwicklung zu erleichtern.

In Absprache wird sie die Entwicklung von Gesundheitspolitiken auf der Grundlage der zugänglichen Daten fortsetzen, die u. a. vom intermutualistischen Kollegen und von Plasma ausgehen. Dadurch soll eine bessere Qualität der Versorgung gewährleistet, Innovation unterstützt und die Verwaltung der Gesundheitsressourcen in der Wallonie optimiert werden.

## **Familie**

### **Mehr Unterstützung für Betreuungssektoren**

Die Sozialisierung von Kleinkindern in der Kindertagesstätte trägt zu ihrer kindlichen Entwicklung bei. Der Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Betreuungsumfeld kann einen Teil der Ungleichheiten beseitigen und den Teufelskreis der Armut durchbrechen. Einige Studien haben gezeigt, wie stark sich die ersten 1000 Tage eines Kindes auf seine Entwicklung auswirken. Beispiel: Im Durchschnitt spricht ein Kind, das nach dem Besuch einer Kindertagesstätte in den

Kindergarten kommt, 4000 Wörter, während ein Kind, das keine Kindertagesstätte besucht hat, 400 Wörter spricht. Diese Differenz ist nur schwer aufzuholen, erst recht in einkommensschwachen und/oder nicht-einheimischen Familien. Im Interesse des Kindeswohls geht es also darum, jeder Familie den Zugang zu einem qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz zu ermöglichen, wenn sie dies wünscht.

Die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen ist ebenfalls ein wesentlicher Faktor für die Aufrechterhaltung des Arbeitsplatzes, aber auch für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung, wobei es sich in der überwiegenden Mehrheit um Frauen handelt. Dadurch trägt sie zu ihrer Work-Life-Balance bei. Für alleinerziehende Frauen oder Männer gibt es eine doppelte Schwierigkeit: die Kombination der Rollen und eine geringe Arbeitsintensität. 54 % alleinerziehender Eltern haben einen Arbeitsplatz, jedoch nur 42 % einen Vollzeitjob.

Schließlich sorgt der Ausbau von Kindertagesstätten darüber hinaus für direkte und indirekte Arbeitsplätze.

Der derzeitige Versorgungsgrad entspricht jedoch nicht in ausreichendem Maße den Anforderungen der Eltern, insbesondere in Zonen mit hoher Beschäftigungsquote. Diese Situation zwingt viele Familien dazu, sich anders zu organisieren oder umzuorganisieren, oder zwingt sogar einen der beiden (werdenden) Elternteile (statistisch gesehen überwiegend die werdende Mutter) zu einer Arbeitsunterbrechung, manchmal mehrere Monate vor der Geburt oder der Ankunft eines Kindes. In einigen Regionen mit hohem Siedlungsdruck zwingt dieser Lohnverlust einige Familien zum Umzug, weil sie sich die Miete oder Rückzahlung ihrer Hypothek mit einem einzigen Gehalt nicht leisten können.

Die verschiedenen Krisen, die der Sektor in der letzten Legislaturperiode durchlaufen hat, haben ihn geschwächt; einige Akteure mussten ihre Türen schließen, sodass seit 2019 fast 1000 Plätze verloren gegangen sind. Die Regierung ist gewillt, diesen Kurs zu stoppen und den Sektor wieder in eine positive Spirale zu bringen, indem sie diese Grundprinzipien als Richtlinie für ihr Handeln beibehält:

- Die Betreuungsstätten sollen in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung wahrzunehmen und sich angemessen um die Kinder zu kümmern, da diese aufgrund ihrer starken Abhängigkeit „fragil“ sind;
- Die internationale Konvention über die Rechte des Kindes im Auge behalten, die allen Kindern unabhängig von ihrem Lebensumfeld oder ihren Besonderheiten den gleichen menschlichen Wert zuspricht und das allgemeine und unveräußerliche Recht auf Bildung für jedes Kind anerkennt.

Die Regierung wird ihre Maßnahmen auf die Konsolidierung der bestehenden Plätze und die Entwicklung neuer Plätze konzentrieren, um die Zahl der Plätze bis zum Ende der Legislaturperiode deutlich zu erhöhen.

Um die bestehenden Plätze zu konsolidieren und ihnen Perspektiven für einen weiteren Ausbau zu bieten, gewähren die Regierungen der Wallonischen Region und der Föderation Wallonie-Brüssel den Betreuungsstätten, die die freie finanzielle Beteiligung der Eltern (FBE) praktizieren, eine Unterstützung in Form einer zusätzlichen Pauschale pro Platz, insbesondere unter Berücksichtigung der tatsächlichen Belegungsquoten dieser Betreuungsstätten. In Absprache mit den lokalen Behörden prüfen sie die Einführung einer strukturellen Zusammenarbeit mit den Betreuungsstätten, die sich auf dem Gemeindegebiet befinden oder sich dort niederlassen möchten, eventuell über die Einrichtung einer Zelle zur Unterstützung der Niederlassung, die Bereitstellung renovierter, öffentlicher oder privater Gebäude, die in Verwaltung genommen

werden oder über städtebauliche Auflagen geschaffen werden, die gegebenenfalls eine Senkung der FBE ermöglichen.

Die Regierung will Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Plätze in Kindertagesstätten reservieren, weiter unterstützen. Sie wird die Dauer des Pilotprojekts zur Unterstützung von Unternehmen, die Unterstützung für Betreuungsstätten anbieten, verlängern, es fördern und bewerten. Die Einrichtung von Kindertagesstätten in Unternehmen oder auf der Ebene von Gewerbegebieten wird gefördert. Die Regierung wird ein Einsatzprogramm organisieren.

Die Regierung wird die erste Fünfjahresplanung in Angriff nehmen, die die Renovierung von Kindertagesstätten ermöglicht. Durch diese Renovierung werden Schließungen aus Sicherheits- oder Gesundheitsgründen vermieden. Außerdem können die Betreuungsstätten ihre Betriebskosten (Energierrechnung) nach der Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudes senken.

Die Regierung wird die Dauer des Projekts zur Unterstützung von Unternehmen, die Unterstützung für Betreuungsstätten anbieten, verlängern, es fördern und bewerten.

Sie wird die mobilen Unterstützungssysteme für die Inklusion (DSI) stärken, die in einem Umfeld aktiv sind, in denen Kinder mit besonderen Bedürfnissen betreut werden.

Die Regierungen der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel wünschen sich ebenfalls die effektive Umsetzung der im Rahmen des Plans „Equilibre“ ausgewählten Projekte. Dazu werden sie angesichts der gestiegenen Materialpreise und der Probleme bei der Verfügbarkeit von Arbeitskräften die ursprünglichen Subventionsmodalitäten analysieren und ergänzen, indem sie eine ausreichende Frist für die Konkretisierung von Komponente 2 einräumen und bei der Europäischen Kommission eine Fristverlängerung für die Projekte von Komponente 1 beantragen, die im Rahmen des Nationalen Aufbau- und Resilienzplans finanziert werden. Die Regierungen werden die administrative Unterstützung von Projektträgern optimieren.

Schließlich werden sie die Schaffung neuer zusätzlicher Plätze entsprechend dem durch die einheitliche Liste objektivierte Bedarf organisieren, die über die 33 % der Plätze in Betreuungsstätten, die die FBE praktizieren, und die 50 % in allen Sektoren hinausgehen. Zu diesem Zweck wird sie untersuchen, ob die Einführung eines Ziehungsrechts umsetzbar ist und sämtliche Hebel für nicht-marktbestimmte Betreuungsmöglichkeiten (Kinderkrippen, Betreuung zu Hause, kranke Kinder, Treffpunkte für Kinder und Eltern...) umgelegt werden können, die es ermöglichen, jegliche Bedürfnisse der Familien (Beschäftigung, Ausbildung der Eltern, Sozialisierung des Kindes etc.) zu erfüllen, und die Kooperationsvereinbarung „Kindheit“ entsprechend ändern.

Sie werden innovative Modelle fördern, die Partnerschaften zwischen der Betreuungsstätte und dem öffentlichen Sektor, Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und der Sozialwirtschaft miteinander verbinden.

Die Regierungen werden eine Vereinfachung der Normen für Betreuungsstätten prüfen und dabei ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Qualität der Betreuung, dem Komfort des Arbeitsplatzes und den Kosten, die den Projektträgern dadurch entstehen, im Auge behalten.

Die Regierung wird die Bedingungen für den Anspruch auf eine Finanzierung durch Wallonie-Santé für Projekte des Plans „Equilibre“ ausweiten.

Die Regierung wird eine faire Indexierung der Zuschüsse für Beschäftigungsförderung (APE) garantieren, um den Fortbestand der Vereine zu unterstützen, sowie eine echte Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Im Rahmen der Aufwertung von Fachkräften im Kleinkindbereich verpflichten sich die Regierungen, Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Office de la Naissance et de l'Enfance (Amt für Geburt und Kindheit), dem Institut wallon de Formation en Alternance et des indépendants et Petites et Moyennes Entreprises (Wallonisches Institut für duale Ausbildung und Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen), l'Enseignement en alternance (Dualer Unterricht) (CEFA) zu fördern, um Praktika in Betreuungsstätten und die duale Ausbildung zu erleichtern.

## Optimierung des Kindergeldes

Das Kindergeldsystem ist nach dem Alter der Kinder strukturiert.

Bis zu ihrem 18. Lebensjahr haben Kinder automatisch Anspruch auf Kindergeld.

Für die Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen möchte die Regierung ab dem 1. September des Jahres, in dem sie 18 Jahre alt werden, von einem halbautomatischen Anspruch auf Familienleistungen zu einem bedingten Anspruch übergehen, d. h. der Jugendliche muss einen Status innehaben, der es ihm ermöglicht, diesen Anspruch geltend zu machen (Beispiel: Student sein, in Ausbildung usw.). Dazu wird sie sich auf die Digitalisierung der von der Forschungs- und Hochschulakademie und der Sekundarschule ausgehenden Datenströme stützen. Diese Digitalisierung wird eine erhebliche Vereinfachung sowohl für die Familien als auch für die Hochschulen und Kindergeldkassen darstellen.

Für die Altersgruppe 21-25 Jahre wird im Rahmen des bedingten Anspruchs der Anspruch auf Familienleistungen für Jugendliche, die ihr Studium oder ihre Ausbildung fortsetzen oder sich in einem Zeitraum von insgesamt 12 Monaten nach Abschluss ihres Studiums oder ihrer Ausbildung befinden, nach dem Vorbild der anderen Regionen aufrechterhalten. Dieser Zwölfmonatszeitraum wird ausgesetzt, wenn der Anspruch durch ein Studium oder eine Ausbildung begründet werden kann, die die Voraussetzungen dafür erfüllen. Die Regierung will damit junge Menschen ermutigen, einer Dynamik von Bildung und Ausbildung zu folgen, und ihnen gleichzeitig Verantwortung übertragen. Dadurch wird der derzeitige Anspruch auf Kindergeld während der Verlängerungsperioden des Berufseingliederungspraktikums aufgrund des Nichterreichens von zwei positiven Beurteilungen durch das Forem beendet.

Darüber hinaus wird die Regierung darauf achten, die Funktionsweise der Kindergeldkassen durch die Zusammenlegung der Zahlungsanwendung zu optimieren.

Die Regierung wird die Skala in Bezug auf den Zuschlag für Alleinerziehende von 31.000 € auf 45.000 € anheben und prüfen, ob es sinnvoll ist, eine Zwischenobergrenze einzuführen.

## Soziale Maßnahmen

### Ein neues Führungssystem für eine wirksame Sozialarbeit

Die Regierung wird besonderen Wert auf die Entwicklung einer übergreifenden Strategie legen, die einen echten sozialen Zusammenhalt ermöglicht, indem sie sich auf ein effizientes und solidarisches Netz von Hilfs- und Betreuungsangeboten stützt und auch auf soziale Innovationen zurückgreift. Der Wille der Regierung ist es, eine Antwort auf die sozialen und gesellschaftlichen

Herausforderungen zu gewährleisten, wie die Verbesserung des Wohlbefindens, eine Gesundheit, die wieder in den Mittelpunkt der Prioritäten gerückt wird, die Emanzipation des Einzelnen und die Ausübung der Grundrechte.

Brücken bauen, um die Kohärenz der Politik gegenüber den Frankophonen zu gewährleisten, den öffentlichen Maßnahmen wieder Sinn und Konsistenz zu verleihen, wobei eine effiziente und für alle glaubwürdige politische Führung als Leitlinie dient.

Die Regierung wird in Partnerschaft mit den betroffenen Sektoren Anforderungen an die Qualität und die Bewertung der öffentlichen Politik stellen, um einen modernisierten Ansatz in der Sozialpolitik zu erreichen. Sie wird ihre Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung anhand von kombinierten und vordefinierten Indikatoren messen.

Die Regierung wird ihre Ziele auf der Grundlage einer objektiven und faktenbasierten Bewertung des Angebots und des Bedarfs festlegen - auf der Grundlage dynamischer Bestandsaufnahmen und Kartierungen, der Expertise vor Ort und aller Maßnahmen, die bereits im Rahmen der öffentlichen Finanzrahmen finanziert werden oder nicht.

Um diese Ziele zu erreichen, werden unter anderem folgende Maßnahmen eingesetzt:

- Eine positive Politik der Begleitung und Kontrolle von Anerkennungen. Die Fortsetzung oder Erneuerung dieser wird davon abhängig gemacht, dass die vordefinierten Ziele sicher erreicht werden;
- Sich den Schwierigkeiten bewusst, mit denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den betroffenen Sektoren konfrontiert sind, werden die Sozialpartner in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode beauftragt, ein neues Abkommen für den nicht-kommerziellen Sektor auszuhandeln, das auf einem von der Regierung festgelegten Rahmen und auf definierten Zielen basiert, einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Attraktivität der Berufe. Dabei wird der administrativen Vereinfachung und der Verständlichkeit der Maßnahmen des Abkommens Rechnung getragen;
- Eine Vereinscharta wird in Form eines Rahmendekrets verabschiedet. Dieses Dekret wird die Grundsätze für die Steuerung der Beziehungen zwischen öffentlichen Behörden und Vereinen festlegen. Folgende Prinzipien werden befolgt:
  - o Die Behörden werden die Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, die Gleichbehandlung und die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen (u. a. durch den Erlass von Dekreten oder durch vertragliche Vereinbarungen), die administrative Vereinfachung oder den Grundsatz des Vertrauens in die Umsetzung der Ziele respektieren;
  - o Die Vereine werden den Grundsatz der Bewertung und Kontrolle, die Transparenz ihrer Maßnahmen und Mittel, den universellen Zugang, das Verbot, eine militante Haltung gegenüber politischen Parteien einzunehmen, und die Achtung der Grundrechte und universalistischen Werte respektieren;
- Die Regierung wird die vertraglichen Festlegungen fortsetzen und neue entwickeln, die auf klar definierten Zielen basieren, den Bedürfnissen bestmöglich entsprechen und Synergien und Vertrauen mit den Sektoren schaffen.

Die Regierung wird dafür sorgen, dass die Sozialpolitik die Akteure in die Verantwortung nimmt und gleichzeitig Handlungsfreiheit gewährleistet, die einen multidisziplinären Ansatz und die Kontinuität der Maßnahmen ermöglicht.

Die Regierung wird darauf achten, die Effektivität und Effizienz der Zuschüsse zu verbessern, insbesondere durch eine klarere Definition der festgelegten Ziele und eine Klärung der Art und Weise, wie über die Zuweisung und Verwendung der Zuschüsse berichtet wird.

Die Regierung wird außerdem in Zusammenarbeit mit den Sektoren eine grundlegende Arbeit einleiten, um Verfahren und Verwaltungslasten zu identifizieren, die sowohl für Nutzer als auch für Professionelle als überflüssig oder zu komplex angesehen werden. Bei den notwendigen Überprüfungen, die sich an internationalen Best Practices und der Lebenswirklichkeit orientieren werden, werden sie nicht vergessen, die administrative Vereinfachung unter den Gesichtspunkten der digitalen Zugänglichkeit, des Vertrauensprinzips und des angemessenen Verhältnisses der Kontrollen zu konzipieren.

Damit die Informationen für die gesamte Bevölkerung klar und verständlich sind, werden die Regierung und die Verwaltungen eine klare Sprache verwenden ((d. h. Leichte Sprache (Facile à lire et à comprendre - FALC)).

Ganz allgemein wird die Regierung die Koordination zwischen den Diensten der Verwaltungen fördern, um mehr Effizienz, ein besseres Management und eine angemessene Steuerung der Politik zu erreichen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen wird in die Kontrolle und Bewertung der Verwaltungen einfließen.

Auf diese Weise wird die Regierung das Prinzip des „Only Once“ angemessen umsetzen und die zentrale Bereitstellung von Informationen über soziale Hilfs- und Aktionsmechanismen verbessern.

Die Regierung wird auch darauf achten, die Nutzung von Datenbanken und den Datentransfer zwischen Verwaltungen wie auch zwischen Verwaltungen verschiedener Regierungsebenen, zwischen ihnen und den betroffenen Akteuren, zu optimieren, um die potenziellen Begünstigten eines Rechts zu identifizieren und, falls relevant, den Zugang zu diesem Recht zu automatisieren.

Angesichts der Zunahme der Anfragen und ihrer Komplexität durch ihre territoriale Reichweite und ihr Fachwissen in diesem Bereich wird die Regierung die Sozialdienstzentren unterstützen, indem sie ihren Finanzierungsbedarf für ihre allgemeinen Aufgaben bewertet.

## Mehr Zusammenhalt, weniger Armut

Einer von fünf Belgiern ist von Armut betroffen, und diese Zahl geht kaum zurück. Eine Bewertung der beschlossenen und umgesetzten Politik ist notwendig, um sicherzustellen, dass ihre Wirksamkeit verbessert wird.

Mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, bleibt der Kampf gegen die Armut eine Priorität der Regierungsarbeit und geht mit der Entwicklung der Lebensqualität einher.

Die Regierungen der Wallonie, von Brüssel und der Föderation Wallonie-Brüssel) werden in Zusammenarbeit mit den Akteuren Kindern und Jugendlichen besondere Aufmerksamkeit schenken. Sie verpflichten sich, die Koordination zwischen den föderalen und föderierten Einheiten zu verbessern und die Trennwände zwischen verschiedenen Problematiken wie Kinderarmut und prekäre Lebensumstände von jungen Menschen, Studenten oder Nicht-Studenten, die unterkunftslos sind oder nicht, unter Einbeziehung aller Verwaltungsebenen zu beseitigen. Beispiel: Der Beitrag der Arbeit von Hausaufgabenschulen und ihr Mehrwert für die Sozialpolitik.

Ganz allgemein wird es darum gehen, eine Handlungs- und Begleitstrategie zu definieren, die mehrere Dimensionen und Ebenen umfasst und auf Emanzipation abzielt.

Die Regierung wird sich in Zusammenarbeit mit den Sektoren eine klare Diagnose auf der Grundlage der Arbeit der öffentlichen statistischen Ämter, der zahlreichen Beobachtungsstellen und interdisziplinären Organe verschaffen, um Dokumentation und Indikatoren für die praktische Nutzung der Daten durch die Behörde und die Professionellen vor Ort zu entwickeln. Diese Diagnose umfasst unter anderem eine Untersuchung der Auswirkungen der finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Armut und der Pläne für den sozialen Zusammenhalt. Ziel ist es, einen Plan zur Armutsbekämpfung vorzuschlagen, der einfache Handlungshebel und eine bessere Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren umfasst, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, indem unter anderem auf die entscheidenden Faktoren für den Eintritt in die Armut und den Ausstieg aus der Armut eingewirkt wird. Dieser Plan wird die bestehenden Rechte und den Zugang in den Bereichen Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Mobilität usw. fördern.

Um Armut zu bekämpfen, ist die Wohnung ein stabilisierendes Element im Leben und insbesondere für Menschen mit großen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Obdachlosigkeit, die ein Problem vor Ort darstellt, wird in ihrer Gesamtheit Priorität eingeräumt, insbesondere mit einer angemessenen territorialen Verteilung von zugänglichen und qualitativ hochwertigen temporären Aufnahmeeinrichtungen.

Die Umsetzung des Rechts auf Wohnen für Obdachlose wird verbessert, wobei der Wiedereingliederung dieser Personen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Zu diesem Zweck wird sie die Präventionsmaßnahmen gegen Obdachlosigkeit durch eine multidisziplinäre Betreuung (soziale, medizinische und psychologische Unterstützung) von Obdachlosen verstärken.

Die Regierung wird die Inklusion von Obdachlosen fördern, wobei Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Hierzu:

- Wird sie die Housing-First-Programme und die Arbeit mit den Begünstigten verstetigen und verstärken, um sie in eine langfristige Begleitung einzubinden;
- Wird sie die Housing-First-Programme in den Zonen ausbauen, die derzeit nicht abgedeckt sind;
- Bei der Betreuungsarbeit werden Synergien zwischen den verschiedenen Akteuren im Wohnungswesen gefördert.

Die Regierung wird das wallonische Dekret vom 28. April 2016 zur Schaffung von mehr Nachtunterkünften auf wallonischem Gebiet überarbeiten, um insbesondere:

- eine breitere territoriale Solidarität bei der Bewältigung sozialer Notlagen zu gewährleisten;
- das Dekret ergänzen, um einen Zwangsmechanismus für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern und für die von dem Dekret betroffenen Gebiete vorzusehen, damit sie ihren Anteil an der notwendigen territorialen Solidarität bei der Unterbringung von Obdachlosen übernehmen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Berücksichtigung der psychischen Gesundheit der Menschen und der Achtung von LGBTQIA+-Personen gewidmet, die sich auf der Straße oder in Notunterkünften wiederfinden. Darüber hinaus wird auch die Berücksichtigung von Haustieren nicht vergessen.

Die Regierung wird die Zahl der Übergangs- und Notunterkünfte zur Unterbringung von Obdachlosen erhöhen, insbesondere durch Projekte für Mobilheime oder „Tiny houses“.

Darüber hinaus wird die Regierung über bessere Regelungen und Kooperationen im Bereich der Nahrungsmittelhilfe nachdenken, einschließlich für und mit Lebensmittelbanken, sozialen Lebensmittelläden und sozialen Restaurants.

Im Kampf gegen die Überschuldung wird die Regierung mit den anerkannten Schuldenvermittlungsstellen und der Beobachtungsstelle zusammenarbeiten, um die Wirksamkeit der bestehenden Mechanismen zu verbessern.

Armut ist sehr häufig durch eine zunehmende soziale Isolierung gekennzeichnet. Um diese zu bekämpfen, bieten die Sozialen Eingliederungsdienste Unterstützung an, die es den Menschen ermöglicht, den Weg zurück in die Gesellschaft zu finden. Ihre Arbeit wird verstetigt und weiterentwickelt, um den Bedürfnissen, die in der von der Regierung und den Sektoren durchgeführten Bestandsaufnahme ermittelt wurden, bestmöglich gerecht zu werden.

## Soziale Eingliederung durch Arbeit

Eine feste Beschäftigung - in der die Person eindeutig aufblüht - ist eine Garantie für die Eingliederung in die Gesellschaft und ein besserer Schutz gegen Armut. Arbeit ist eine Quelle der persönlichen Emanzipation, die einen Beitrag zur Gesellschaft leistet. Arbeiten ist nicht nur eine Quelle der persönlichen Entfaltung, sondern auch ein Akt der Solidarität, der zur Finanzierung unserer Sozialversicherung beiträgt, die diejenigen schützt, die mit einem Unfall im Leben konfrontiert sind (Verlust des Arbeitsplatzes, Krankheit usw.).

Durch die Entwicklung von Arbeitsplätzen wird sich die Wallonie für die Verringerung der Armut einsetzen. Ganz besonders wird sich die Regierung für eine ressortübergreifende Strategie zur Überwindung der Armut einsetzen, die die Eingliederungs- und Beschäftigungspolitik miteinander verbindet.

In diesem Zusammenhang wird sich die Wallonische Regierung auch auf die Rolle der ÖSHZ bei der beruflichen Wiedereingliederung stützen, um die Leistungsempfänger auf dem Weg zurück zur Arbeit und ins soziale Leben zu begleiten. Diese Ausrichtung wird komplementär geführt, insbesondere mit:

- Eine Stärkung der Ausbildung und der beruflichen Eingliederung der ÖSHZ;
- Eine echte individuelle Begleitung, da jede Realität einzigartig ist;
- Eine Antwort auf die Herausforderungen der Mutualisierung.

In Zusammenarbeit mit der Föderalregierung wird die Wallonische Regierung auch die Betreuung von Arbeitssuchenden, die ein Einkommen zur sozialen Eingliederung beziehen, über einen individuellen Weg zur sozio-professionellen Eingliederung (PIIS) verstärken. Denn diese persönliche Betreuung wird allen Personen zugutekommen, die vom Arbeitsmarkt weit entfernt sind. Diese Überwachung wird vom ÖSHZ in guter Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten (Sozialarbeitern, Anbietern von Beschäftigung und Ausbildung, dem kommerziellen und dem nicht-kommerziellen Sektor) durchgeführt. Die Wallonische Regierung wird sich ebenfalls für eine Überarbeitung der Modalitäten einsetzen:

- Die Umsetzung der von den ÖSHZ betreuten Gemeinschaftsdienste;
- Die Vergabe von Sozialhilfe, um Betrug und Missbrauch besser bekämpfen zu können.

In Belgien ist mindestens einer von zehn Haushalten eine Einelternfamilie. 80 % von ihnen sind Haushalte von „alleinstehenden Müttern“. Diese Familien haben ein höheres Risiko, von Armut betroffen zu sein:

- Die Regierung wird sich dafür einsetzen, ihre Eingliederung zu verbessern, indem sie sicherstellt, dass die ihnen zugedachten Sozialleistungen tatsächlich zu ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zu einer hochwertigen Beschäftigung führen können. Da der Zugang zu Ausbildung oft das Kernproblem ist, muss dieser zugänglich und bestmöglich an die familiären Verpflichtungen angepasst sein.
- Die Regierung wird einen ganzheitlichen und kollaborativen Ansatz zwischen dem öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Sektor einsetzen, um bedeutende Veränderungen herbeizuführen und eine integrativere und familienfreundlichere Gesellschaft zu schaffen:
  - o In Absprache mit dem Föderalstaat wird die Regierung flexiblere Arbeitspraktiken fördern, wie Telearbeit, Coworking oder anpassbare Arbeitszeiten, wo dies möglich ist.
  - o In Absprache mit der Föderation Wallonie-Brüssel wird die Regierung dafür sorgen, dass das Leben junger Eltern, die wieder in den Arbeitsmarkt eintreten, über die Priorisierung von Kindertagesstätten erleichtert wird. Die Verfügbarkeit von Plätzen in Kindertagesstätten ist ein entscheidender Faktor für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung, insbesondere für Frauen. Es muss sichergestellt werden, dass Erwerbstätige bei der Vergabe von Plätzen in Kindertagesstätten ein vorrangiges Profil bilden können, insbesondere im Bereich der subventionierten Kinderbetreuung.

Dies wird durch die Schaffung eines Status „Einelternfamilie“ erleichtert, der sich auf die Familienzusammensetzung, aber auch auf die sozio-ökonomische Situation der Haushalte stützt. Die verschiedenen Verwaltungsebenen werden somit verpflichtet, eine umfassende und bereichsübergreifende Strategie für Einelternfamilien zu verfolgen, die sich auf die Faktoren der Prekarität konzentriert.

## Erfolgreiche Eingliederung

Vielfalt ist ein Reichtum für eine Gesellschaft, der auch ein gemeinsames Wertefundament erfordert. Es ist von entscheidender Bedeutung, Maßnahmen umzusetzen, die voll und ganz auf die Eingliederung und Emanzipation der Menschen abzielen, die sich der Wallonie niederlassen.

Die Wallonische Regierung wird den obligatorischen Eingliederungspfad stärken, seine Bekanntmachung und seinen Inhalt verbessern und ihn um zuverlässige Daten und Ergebnisse herum aufbauen, damit er zu einem echten Sprungbrett für die soziale Inklusion von Neuzuwanderern wird. Diese Stärkung erfolgt insbesondere durch:

- Die Einführung eines standardisierten Französischtests und Eingliederungstests am Ende dieses Prozesses;
- Die Einführung des schwedischen „Fast-Track“-Modells, das darauf abzielt, die Zeiten der Arbeitslosigkeit von Neuankömmlingen zu verkürzen, indem ihre Kompetenzen schnell validiert werden, insbesondere in Berufen, in denen Mangel herrscht;
- Ergreifen aller notwendigen Maßnahmen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen, um die Nichtbefolgung des Eingliederungskurses mit einer Geldstrafe zu belegen;
- Die Erteilung einer Beschäftigungsgenehmigung (die die Verpflichtung, den Eingliederungskurs zu absolvieren, nicht in Frage stellen kann) nach agilen Modalitäten;
- Die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zur Mobilität zu den Orten, an denen die Module stattfinden.

Im Rahmen der Eingliederung ausländischer Personen wird die Regierung in Zusammenarbeit mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel die Anerkennung von Diplomen und die Aufwertung von im Ausland erworbenen Kompetenzen verbessern.

Unter den Mitteln zur Inklusion von Menschen ausländischer Herkunft wird die Wallonie insbesondere die Regionalen Integrationszentren (CRI) und die Lokalen Eingliederungsinitiativen (ILI) bewerten und prüfen, ob sie den Zielen und Bedürfnissen der Menschen und der lokalen Realität entsprechen.

## Häusliche Pflege von Menschen mit eingeschränkter Selbstständigkeit

Der demografische und sozio-gesundheitliche Kontext ist eindeutig, aber auch voller Chancen: Die Bevölkerung wird immer älter, chronische Krankheiten nehmen zu und die psychische Gesundheit wird immer mehr Menschen mit Problemen konfrontieren, die mit dem Verlust der Selbstständigkeit zusammenhängen.

Mehr denn je ist es notwendig, eine umfassende Vision davon zu entwickeln, wie die künftige Regionalpolitik im Hinblick auf den Verlust von Autonomie aussehen sollte, unabhängig davon, ob dieser uns bei der Geburt oder im Laufe des Lebens trifft. Diese Vision muss diese im weitesten Sinne definieren und physische, psychische, aber auch soziale Probleme umfassen.

Während es wichtig ist, weiterhin in bestehende Systeme zu investieren und sie zu stärken, die die Autonomie insbesondere zuhause fördern können, ist die Einrichtung eines neuen regionalen Versicherungsmechanismus, der die mit dem Verlust der Autonomie verbundenen Risiken abdeckt (wie es in Flandern bereits seit zwanzig Jahren der Fall ist), ein wichtiger Hebel, um auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen in diesem Bereich zu reagieren. Dieser versicherungsbasierte Ansatz, der für das Wohlergehen unserer Mitbürger von grundlegender Bedeutung ist, sollte vorzugsweise von der öffentlichen Hand organisiert werden, um Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Während der Legislaturperiode 2014-2019 wurden umfangreiche Vorarbeiten geleistet, um die Umsetzung dieser Autonomiegarantie zu ermöglichen, was jedoch aufgrund des Verlusts der parlamentarischen Mehrheit am Ende der Legislaturperiode nicht gelang. Die Regierung beabsichtigt, diese konsequente Arbeit, die mehrere Jahre ernsthafter Untersuchungen und zahlreiche Beratungen mit den betroffenen Sektoren erfordert, wieder aufzunehmen, sie zu aktualisieren und bis zum Ende der Legislaturperiode einen robusten Mechanismus vorzubereiten, mit dem diese Herausforderungen bewältigt werden können. Der Text, in dem die Regelung verankert wird, soll noch vor Ende der Legislaturperiode verabschiedet werden.

Angesichts der Vielfalt der häuslichen Hilfsdienste und der Anzahl der Hilfen für Menschen mit Verlust ihrer Selbstständigkeit, wird die Regierung diese verschiedenen Dienste auflisten und kartografieren, um ihre Relevanz zu bewerten und eine bessere Verteilung in den wallonischen Gebieten zu gewährleisten.

Angehörige zu pflegen sollte nicht zu einer doppelten oder sogar dreifachen Vollbeschäftigung führen. Die Regierung wird sich an die anderen Verwaltungsebenen wenden, um ihnen einen föderalen Plan „Pfleger Angehörige“ für eine gerechtere Anerkennung, eine stärkere Unterstützung und Begleitung vorzuschlagen, unabhängig vom sozio-professionellen Status des Helfers.

## Die Person vor ihrer Behinderung

Etwa 15 % der Bevölkerung sind von einer Behinderung betroffen. Sie hat Auswirkungen sowohl auf die Person selbst als auch auf ihre Familie und ihr Umfeld. Es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderungen ihre Stimme erheben können und dass ihre gesellschaftliche Rolle anerkannt wird, insbesondere durch die Beiräte für Menschen mit Behinderungen (CCPSH).

Die Regierung ist sich der systemischen Wirkung bewusst, die Maßnahmen für diese Bürgerinnen und Bürger haben können. Daher verpflichtet sie sich, dies zu einem bereichsübergreifenden Anliegen zu machen und die bereichsübergreifende Anwendung des Prinzips des Handstreaming zu bewerten. Sobald das Prinzip „Health in all policies“ angewandt wird, wird eine Integration aller „Streamings“ erfolgen.

Um eine qualitativ hochwertige Begleitung von Beginn des Lebens an zu gewährleisten, wird die Regierung die Frage der Verbesserung der Möglichkeiten und des Zugangs zu einer Frühdiagnose für alle Formen von Behinderungen mit besonderem Augenmerk auf Autismus auf die Tagesordnung der Interministeriellen Konferenz (CIM) Behinderung und der CIM Gesundheit setzen. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Referenzzentren für Autismus zu stärken und ihre Zugänglichkeit in der gesamten Wallonie zu gewährleisten.

Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen Menschen auch das Recht auf ein erfülltes Intim-, Gefühls- und Sexualleben. Die Begleitung zu diesem Intim-, Gefühls- und Sexualleben wird in einen Rahmen gefasst, um klare Bedingungen für diese Begleitung und den Schutz sowohl des Begleiters/der Begleiterin als auch des Menschen mit Behinderung unabhängig von seinem/ihrer Lebensort festzulegen. Auch die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit und der Zugang zu relevanten Informationen und Materialien werden gewährleistet.

Um die Lebensqualität sowohl der Menschen mit Behinderungen als auch ihrer Angehörigen zu gewährleisten, werden diversifizierte Maßnahmen zur Entlastung ausgebaut.

Es muss festgestellt werden, dass qualitativ hochwertige Betreuungs- und Unterbringungsmöglichkeiten angesichts der Bedürfnisse in der Wallonie nach wie vor unzureichend sind. Die Regierung verpflichtet sich, bis zum ersten Halbjahr 2026 eine Analysestudie zum Bedarf durchzuführen, die insbesondere auf der von der AVIQ erstellten einheitlichen Liste, der zunehmenden Entwicklung der Zahl der vorrangigen Fälle und der Entwicklung eines diversifizierten Dienstleistungsangebots beruht, um den Mangel an Plätzen einschließlich einer territorialen Gerechtigkeit zu beheben.

Es wird die Anzahl der zugelassenen Plätze in den verschiedenen Arten von Strukturen (Tagesbetreuung, angepasste und überwachte Strukturen, kleine Strukturen vom Typ solidarischer inklusives Wohnen, AVJ, innovatives Modell, ...) anpassen und die Schaffung neuer subventionierter Plätze ermöglichen. In dem Bestreben, die Durchführbarkeit und Umsetzung der Projekte finanziell abzusichern, wird die Region einen neuen ERIC<sup>h</sup>-Plan in Höhe von 100 Millionen zur Sanierung von Betreuungs- und Unterbringungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen mit dem Schwerpunkt Autismus auflegen.

Für eine zusätzliche Finanzierung dieser Ambitionen könnte die Regierung wallonische Ersparnisse mobilisieren, beispielsweise über eine wallonische Staatsanleihe.

Die Regierung wird der Situation der SAFAE (Dienste, deren Zulassung und Finanzierung von einer ausländischen Behörde abhängen) besondere Aufmerksamkeit widmen, um das

Dienstleistungsangebot und die Beschäftigung in der Wallonie aufrechtzuerhalten. Sie wird auf teilweise subventionierte Dienstleistungen achten.

In Zusammenarbeit mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel) wird die Regierung darauf achten, angemessene und ausreichende Antworten für Menschen mit Doppeldiagnosen bereitzustellen.

In allen Bereichen des Lebens stoßen Menschen mit Behinderungen noch immer auf zu viele Hindernisse. Um diese zu beseitigen, wird die Region auf die administrative Vereinfachung von Schritten und Verfahren achten, indem sie die physische und/oder digitale Zugänglichkeit von Informationen und die Beratung jedes Einzelnen gewährleistet.

Viele Wallonen und Walloninnen haben eine Behinderung und noch mehr sind mindestens einmal in ihrem Leben in ihrer Mobilität eingeschränkt. Um die Selbstständigkeit und eine bessere Eingliederung zu fördern, wird das Ziel der universellen Zugänglichkeit langfristig für die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Lebens gelten. Zu diesem Zweck wird eine Strategie „Barrierefreiheit“ mit klaren Zielen eingesetzt, um die Standards für Barrierefreiheit explizit zu machen und zu vereinfachen. Die Regierung wird eine Vision erstellen, die sich an der „tatsächlich erbrachten Dienstleistung“ für die nächsten 15 Jahre orientiert.

Inklusion bedeutet auch, dass Kinder mit Behinderungen Zugang zur Schule haben. Die Regierung wird den Schultransport von Kindern mit Behinderungen optimieren, indem sie die Transportdauer verkürzt, die Qualität verbessert und Alternativen entwickelt, die für die Menschen finanziell erschwinglich sind.

Weniger als 40 % der Menschen mit Behinderungen haben derzeit einen Arbeitsplatz. Beschäftigung ist auch heute noch einer der besten Hebel für soziale und wirtschaftliche Inklusion. Die Regierung wird die Verfahren für Menschen mit Behinderungen und Arbeitgeber vereinfachen, damit sie besser von den Begleit- und Anpassungsmaßnahmen profitieren und die Berufslaufbahnen reibungsloser verlaufen.

Da die Gesellschaft immer komplexer und die Technologie immer präsenter wird, ist es der Wunsch der Regierung, Menschen mit Behinderungen Arbeit anzubieten, ihnen diese zu erhalten und Arbeitsplätze zu schaffen.

In Absprache mit dem Sektor wird die Regierung die Einführung von internen Lehrlingsausbildungssystemen in Werkstätten für Behinderte (ETA) in Betracht ziehen. Die Bildung von Partnerschaften mit anderen Akteuren, die Experten für berufliches Wissen sind, wird gefördert. Die Regierung wird mit dem ETA-Sektor eine Öffnung für Langzeitkranke und chronisch Kranke erproben. Es wird eine fortlaufende Evaluierung des Systems durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wird eine Erhöhung insbesondere der Betreuung, der Ausbildung und der Diversifizierung der Aktivitäten in Betracht gezogen.

Die Region wird die qualitativen und quantitativen Auswirkungen der ETA-Regelung insbesondere unter Beachtung der Gesetzgebung für staatliche Beihilfen bewerten. In Zusammenarbeit mit der Industrie wird sie finanzielle und rechtliche Regelungen einführen, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleichtern würden, auch für Menschen mit schwereren Behinderungen.

Die Verantwortung der Regierung besteht darin, mit gutem Beispiel voranzugehen. Sie schlägt vor, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen in allen öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen auf 3 % zu erhöhen. Die Erreichung dieses Ziels wird Teil der Bewertung des Managements der Verwaltungen und der EÖI sein. Ihre Nichteinhaltung kann zu

finanziellen Sanktionen für die Abteilung führen. In Absprache mit den Arbeitgebern soll auch darüber nachgedacht werden, wie private Unternehmen dazu gebracht werden können, mögliche Vorurteile in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu überwinden und so zu mehr sozialem Zusammenhalt beizutragen.

Die Regierung verpflichtet sich außerdem, regionale Initiativen zur Unterstützung von „Handiprenariat“-Ansätzen zu verfolgen.

Die Regierung wird sich schließlich auf föderaler Ebene dafür einsetzen, dass erwerbstätige Menschen mit Behinderungen nicht automatisch ihren Anspruch auf Ersatzeinkommen verlieren, was in zu vielen Fällen dazu führt, dass sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben und somit ihre Eingliederung in die Gesellschaft behindert wird (der „Preis der Arbeit“).

## Ältere Menschen können frei über ihr Leben entscheiden

Jeder Bürger, unabhängig von seinem Alter, muss ein würdiges Leben führen können. Die Wallonische Regierung wird daher darauf achten, dass die Umsetzung ihrer Politik zu bedarfsgerechten Lösungen beiträgt. Fast 20 % der Bevölkerung sind älter (d. h. über 67 Jahre alt) und das Föderale Planbüro prognostiziert, dass dieser Anteil bis 2050 auf über 25 % ansteigen wird, was einem von vier Belgiern entspricht.

Die Regierung wird die freie Wahl des Lebens von Senioren garantieren, einschließlich der Achtung ihres Privat- und Familienlebens in allen Lebensbereichen. Es werden Strategien und Programme zur Förderung und zum Schutz ihrer Rechte entwickelt, die sicherstellen, dass Senioren ein erfülltes und respektiertes Leben führen können.

Es werden Schulungsworkshops und Unterstützungssitzungen unterstützt, um die digitalen Kompetenzen von Senioren zu verbessern, wodurch die digitale Isolation verringert und ihre aktive Teilnahme an der Gesellschaft erhöht wird.

Besondere Aufmerksamkeit wird den Senioren, ihrem Wohlbefinden, ihrem guten Leben und ihrem „guten Altern“ gewidmet, sowohl durch Strategien für den Verbleib zu Hause als auch durch Antworten auf die Frage nach qualitativ hochwertigen und zugänglichen (auch finanziell) Unterkünften oder die Förderung von Innovationen mit dem einzigen Ziel, die Lebensqualität von Senioren zu verbessern.

Es ist wichtig, dass Senioren ihre Stimme erheben können und ihre gesellschaftliche Rolle anerkannt wird. Die Regierung wird daher entscheiden, wie ihre Meinung am besten regelmäßig berücksichtigt werden kann. Außerdem verbesserte sie die Förderung und Entwicklung von kommunalen Seniorenbeiräten (CCCA).

Die Regierung wird den eingeleiteten partizipativen Prozess fortsetzen und das Kompetenzzentrum, das empirische und wissenschaftliche Ansätze verbindet und sich seit 2022 für eine hohe Lebensqualität zu Hause weiterentwickelt, dauerhaft sichern. Sie wird sich daher auf die Entwicklung eines wallonischen Silbermarktes konzentrieren, der sich wirklich an den Bedürfnissen der Region orientiert, und einen Rahmen für die Umsetzung und Finanzierung schaffen. Die Regierung wird die Kompetenzen und das Fachwissen bündeln, um die Entwicklung und Implementierung von Dienstleistungen und Technologien für die häusliche Pflege zu begleiten.

Um den älteren Menschen wieder in den Mittelpunkt seiner Lebensentscheidungen zu stellen, wird die Regierung Kooperationen und Synergien zwischen Heimen und stationären Einrichtungen

ermöglichen, um zu einem flexibleren Modell zu gelangen, das besser an die vielfältigen Realitäten angepasst ist.

Die Regierung wird die Bürger begleiten, indem sie eine positive Einstellung zum Altern fördert, und auf die Prävention des Autonomieverlusts einwirken, indem sie Hilfen bereitstellt, die auf die Prioritäten der alternden Menschen ausgerichtet sind.

Die Wallonische Regierung wird die Empfehlungen der 2022 veröffentlichten parlamentarischen Arbeitsgruppe „Gutes Altern“ aktiv aufgreifen und die Frage nach dem Wohnen und dem guten Altern „zu Hause“ beantworten.

Die Wallonische Regierung wird auf der Grundlage der Begleitung durch die Beratungsdienste die Anpassung von Wohnungen durch insbesondere Behindertenwerkstätten fördern und die Möglichkeit einer Null-Prozent-Finanzierung für nicht subventionierte Anpassungen prüfen, wodurch sichergestellt wird, dass Senioren in einer Umgebung leben können, die ihren sich entwickelnden Bedürfnissen entspricht.

In Partnerschaft mit Bildungseinrichtungen, Berufsverbänden und dem Forschungssektor werden spezielle Ausbildungsprogramme entwickelt, um sicherzustellen, dass Baufachleute über die nötigen Fähigkeiten verfügen, um Wohnhäuser an die Bedürfnisse älterer Menschen anzupassen.

Um die Qualität der Betreuung und das Wohlbefinden zu gewährleisten, wird die Regierung flexible und partizipative Mechanismen einbeziehen, um den Alltag der Bewohner und ihrer Familien zu verbessern. Sie wird die Standards für die Betreuung und Unterbringung von Pflegeheimen und Altenheimen (MR-MRS) grundlegend überarbeiten und vereinfachen. Sie wird ebenfalls eine angemessene Aufstockung des Personals und eine flexiblere Anpassung der Profile an die Bedürfnisse ermöglichen, die in diesen Einrichtungen, die weiterhin im Dienste der Senioren stehen, angetroffen werden. In Absprache mit der Branche werden Überlegungen zur Einbeziehung von Haustieren in Aufnahme- und Unterbringungsstätten angestellt. Um der steigenden Nachfrage nach Betreuung und Begleitung für Senioren und dem Bedarf an einer Reihe von Angeboten gerecht zu werden, wird die Wallonische Regierung die demografische Entwicklung berücksichtigen, um die Planung von Plätzen anzupassen und alternative und innovative Einrichtungen angemessen zu integrieren. Es wird eine kollaborative Arbeit zur Suche nach Modellen eingeleitet und es werden damit verbundene Haushaltsvoranschläge erstellt, um unseren Senioren eine optimistischere Zukunft zu ermöglichen.

Die Regierung wird insbesondere darauf achten, dass diese Einrichtungen in städtischen oder ländlichen Zentren angesiedelt werden, um die Einbeziehung der Bewohner in das lokale Leben zu gewährleisten.

Die Verwaltungsführung wird verschlankt und modernisiert, um die Wiederholung identischer Mitteilungen zu vermeiden und mehr Zeit für die Pflege und Betreuung zu schaffen. Zu diesem Zweck werden alle Betreuungsprozesse digitalisiert und die Verfahren durch ein System einer zentralen Anlaufstelle für den Austausch zwischen den Einrichtungen, der AVIQ und den Versicherungsträgern vereinfacht.

Die Regierung wird die Attraktivität der Berufe im Bereich der Dienstleistungen und der Pflege von Senioren und im Rahmen des Lernpfads steigern. Ziel ist es, sinnstiftende Berufe zu wecken, Pflegeberufe aufzuwerten und den Zugang zu ihnen in Pflegeheimen zu erleichtern.

Der derzeitige Personalmangel macht es erforderlich, den Zugang zu Ausbildungen und Berufen im Pflegebereich (*Care* und *Cure*) zu fördern. Die Regierung wird in Zusammenarbeit mit der

Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel den Einsatz von Brückenausbildungen fördern, um Studierende und Berufstätige zu ermutigen, sich in beschäftigungswirksamen Studiengängen zu engagieren.

Die Regierung wird prüfen, wie mit dem Dekret über die Hilfe für Senioren vom 14. Februar 2019 weiter verfahren werden soll.

Die Zusammenarbeit zwischen allen Sektoren (öffentlicher, privater und gemeinnütziger Sektor) wird verstärkt, u. a. durch die Übertragung und vorrangige Neuzuteilung von Pflegeheimplätzen. Diese Zusammenarbeit zielt darauf ab, die Effizienz und den Einsatz der verfügbaren Ressourcen zu maximieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass die angebotenen Dienstleistungen zugänglich bleiben und den spezifischen Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen.

## Gleichstellung, Frauenrechte und Bekämpfung von Diskriminierung

Nichts ist für die Zukunft der nächsten Generationen so entscheidend wie die Erhaltung und Stärkung unserer Demokratie. Sie wird sowohl an der Meinungsfreiheit als auch an der Fähigkeit, eine Gesellschaft zu bilden oder kollektiv zu beraten, gemessen. Sie wird mit einem gemeinsamen Fundament aus universellen Werten ausgeübt, wie der Universalität der Menschenrechte und Freiheiten, der Gleichheit von Frauen und Männern, der Neutralität des Staates, der Religions- und Meinungsfreiheit, der Legitimität der kritischen Debatte und der Gewissensfreiheit. Sie kann nicht auf ein Nebeneinander von freien und isolierten Individuen reduziert werden. Sie beruht auch auf dem gemeinsamen Willen, einen demokratischen und solidarischen Raum zu organisieren, der die Ausübung von Rechten und Pflichten mit sich bringt.

In Absprache mit den anderen Regierungsebenen und dem Institut für die Gleichstellung von Frauen und Männern werden die Regierungen die Diskriminierungsgesetze aktualisieren, sie harmonisieren und die erforderlichen besonderen und konformen Bestimmungen einführen, um einer breiteren Zielgruppe, insbesondere älteren Menschen, LGBTQIA+ usw., einen besseren Schutz zu bieten.

Die Regierungen werden die Initiativen für den Bürgerdienst diversifizieren, indem sie mehr jungen Menschen den Zugang dazu ermöglichen und die Orientierung der jungen Menschen auf diese Aktivitäten fördern.

In unserer Gesellschaft gibt es keinen Platz für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Ablehnung von Muslimen, Aggressionen gegen Menschen aus dem Westen, Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, Herabwürdigung von Frauen, Geschlechterdiskriminierung, Gewalt gegen LGBTQIA+-Personen, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung, Zwangsehen oder arrangierte Ehen etc.

Die Regierungen verpflichten sich, alle Formen der Diskriminierung, einschließlich Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, gezielt und bereichsübergreifend zu bekämpfen, und zwar von der Schule an, dem Ort der Weltoffenheit schlechthin, und während des gesamten Lebens, insbesondere durch die Einführung von Sensibilisierungsmaßnahmen und Instrumenten.

Um Gewalt und Diskriminierung im Sport (Sexismus, Rassismus, Antisemitismus oder LGBTQIA+-Phobien) sowohl in den Umkleidekabinen als auch auf dem Spielfeld zu bekämpfen, werden die Regierungen die mit dem Ethikdekret von 2021 begonnenen Maßnahmen fortsetzen,

insbesondere durch die in den Vereinen und Verbänden eingeführten Referenten und Delegierten, um diesen Zielen gerecht zu werden.

Die Regierungen verpflichten sich, die Präventionspolitik gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen zu verstärken, sowohl in der Partnerschaft als auch im öffentlichen Raum, der entsprechend gestaltet werden muss (Straßenbeleuchtung, Kameras, sichtbare Präsenz der Ordnungskräfte usw.), und Frauen die Freiheit zu garantieren, sich zu bewegen (z. B. Bürgersteige und öffentliche Verkehrsmittel), und ihre Mobilität nicht zu behindern.

Die Regierungen werden außerdem das Bewusstsein für und den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wie physische, sexuelle, psychologische und wirtschaftliche Gewalt verstärken. Konkret verpflichten sie sich, die strukturellen Mittel für den weiteren Ausbau der Dienste zur Betreuung und Versorgung von Gewaltopfern und ihren Familien bereitzustellen und die Partner, die den Rechtsuchenden Hilfe leisten, und insbesondere die auf innerfamiliäre Gewalt spezialisierten Opferhilfedienste angemessen zu stärken. Sie werden darauf achten, ein geografisch ausgewogenes, flächendeckendes Angebot an Dienstleistungen bereitzustellen, das alle Arten von Gewalt berücksichtigt.

Die Regierungen werden der Begleitung von Gewalttätern besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Regierungen werden die Einführung einer integrierten und interdisziplinären Politik fördern, die die Zusammenarbeit einer Vielzahl von institutionellen Akteuren bei der konzertierten Betreuung von Gewaltopfern ermöglicht (Polizei, Jugendhilfedienst (SAJ)/Dienste des gerichtlichen Schutzes (SPJ), Partner der Justizzentren, Justiz usw.).

Um das Risiko einer sekundären Viktimisierung zu verringern, werden die Regierungen dafür sorgen, dass die Opfer und ihre Angehörigen umfassende Informationen über die bestehenden Hilfsdienste und -einrichtungen erhalten und dass diese sichtbar gemacht und verbessert werden, auch am Arbeitsplatz.

Darüber hinaus ist es wichtig, die Aus- und Weiterbildung von Akteurinnen und Akteuren vor Ort (Richterinnen und Richter, Polizistinnen und Polizisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe und der Justizzentren, Gesundheitspersonal, Präventionskräfte, Sicherheitspersonal, Lehrerinnen und Lehrer, Straßenpädagoginnen und -pädagogen usw.) zu den Themen Geschlechtergleichstellung, Gewalt und Kinder, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, fortzusetzen und zu verstärken, aber auch die wissenschaftliche Forschung zu diesem Thema fortzusetzen, um die tieferen Ursachen, die Auswirkungen, die Häufigkeit und die Verurteilungsquoten zu untersuchen und die Nutzung der gesammelten Daten aufzuwerten.

Die Regierungen werden aktiv gegen Genitalverstümmelung vorgehen, indem sie das Bewusstsein für das Problem schärfen und einen besseren Zugang zur vollständigen Kostenerstattung für die medizinische Versorgung und zu Rekonstruktionsmaßnahmen für Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung geworden sind, fordern. Außerdem werden sie die Föderalregierung auffordern, der Strafverfolgung im Falle der Ausstellung von Jungfräulichkeitsbescheinigungen durch Ärzte Vorrang einzuräumen.

In Absprache mit dem Föderalstaat und den Regionen wird die Regierung Maßnahmen zur Information und Sensibilisierung über Verhütung, Vasektomie, sexuell übertragbare Krankheiten und Infektionen unterstützen und die Erschwinglichkeit von Verhütungsmitteln (für Frauen und Männer) erhöhen, um wirklich fundierte Entscheidungen zu ermöglichen und ungewollte Schwangerschaften zu vermeiden.

In ihrem Bestreben, das Prinzip eines „geteilten Familienbewusstseins“ (gerechte Aufteilung der Aufgaben, Verantwortlichkeiten und mentalen Belastung zwischen den Eltern) neben der „berufsbezogenen Gewissenhaftigkeit“ zu verteidigen, wird die Regierung zugunsten des Abbaus von Stereotypen bezüglich der sozialen Rollen handeln.

Die Regierung wird darüber hinaus das Ziel unterstützen, in den öffentlichen Exekutivorganen und in allen Führungsgremien der öffentlichen Hand eine paritätische Besetzung anzustreben.

Die Regierung wird die Valorisierung des Frauensports und der Stellung der Frau im Sportsektor fortsetzen, insbesondere indem sie die Sportverbände dazu anhält, Frauen und Männern die gleichen Auszeichnungen zu verleihen, wenn identische Wettkämpfe stattfinden, und indem sie die Ausstrahlung von Frauen-Spitzensport im öffentlichen Fernsehen und im Lokalfernsehen fördert.

Die Feminisierung von Berufs- und Funktionsbezeichnungen ist zwar ein wichtiger Fortschritt, doch die Schreibweise mit dem Ziel zu verändern, sie inklusiver zu gestalten, ohne dabei grammatikalische oder orthografische Regeln zu berücksichtigen, erschwert den Zugang zu Informationen für die anfälligsten Bürger, insbesondere im Kontakt mit den Behörden, und macht das Erlernen der deutschen Sprache komplexer. Daher wird es den Regierungen ein Hauptanliegen sein, in allen Texten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, eine allgemein verständliche und regelkonforme Sprache zu verwenden.

Gemischte Beschäftigung löst die Stereotypen und Geschlechterrollen auf, die mit bestimmten Berufen oder Tätigkeiten verbunden sind, um die Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz zu fördern. Angesichts dieser Realität beabsichtigt die Regierung:

- die Ausbildung und den Zugang von Frauen/Männern zu traditionell männlichen/weiblichen Sachgebieten zu fördern und zu unterstützen, um den Bedürfnissen des Marktes gerecht zu werden;
- das Unternehmertum von Frauen durch die Unterstützung von Netzwerken von Unternehmerinnen und Kampagnen zur Sensibilisierung für das Unternehmertum sowie für STEAM-Berufe (Sciences, Technology, Engineering, Arts and Mathematics) zu fördern.

Gemäß der eigenen Identität zu leben, ist eine der selbstverständlichsten Freiheiten. Sie ist jedoch eine der jüngsten und fragilsten. Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass es eine Vielzahl von Orientierungen und Identitäten gibt, und Homophobie und Transphobie zu bekämpfen. Dies geschieht durch eine Intensivierung der Sensibilisierungs- und Informationskampagnen bezüglich der sexuellen Orientierung und Identität unter den Bürgern, aber auch durch die Entwicklung des föderalen Aktionsplans gegen Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTQIA+-Personen, der insbesondere die Freiheit und Neutralität gegenüber der sexuellen Identität und Orientierung, die Berücksichtigung aller Formen von Gewalt und die Sensibilisierung der in der Praxis tätigen Fachkräfte für dieses Thema umfasst.

Parallel zu diesen Maßnahmen verpflichtet sich die Regierung:

- LGBTQIA+ Personen als Zielpublikum der „Diversitäts“-Pläne des öffentlichen Dienstes anzuerkennen;
- Die Unterstützung von Vereinsakteuren, die LGBTQIA+ Personen und insbesondere Jugendlichen, die nach einem Coming-out oder Outing von ihren Familien ausgeschlossen werden, Begleitung und Unterstützung bieten, aufrechtzuerhalten;
- Lehrkräfte und Jugendämter für den Umgang mit der Transidentität von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren.

Darüber hinaus wird die Regierung die Diskriminierung von Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern und Alleinerziehenden im Adoptionsverfahren beenden. Derzeit können die biologischen Eltern diese Familien von der Adoption ihres Kindes ausschließen, was gegen die verfassungsmäßige Gleichheit verstößt. Die Adoptionsvermittlungsstellen werden psychomedizinisch-soziale Studien durchführen, um sicherzustellen, dass das Kind kompetenten, verfügbaren und liebevollen Eltern anvertraut wird, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem Familienstand.

Die Föderalregierung wird aufgefordert,:

- Diskriminierung bei Blutspenden abzuschaffen;
- das Recht auf körperliche Unversehrtheit für intersexuelle Minderjährige zu gewährleisten.

## Wohnraum

### Ein stimuliertes Angebot, das den Zugang zu Wohnraum erleichtert

Der Erwerb einer ersten Bleibe ist ein wichtiger Schritt im Leben der Wallonen und Walloninnen, stellt aber oft eine beträchtliche Investition dar. Die Wallonische Regierung macht den Zugang zu Wohneigentum zu einer absoluten Priorität. Sie ist ein wesentlicher Hebel der öffentlichen Politik, um es den Bürgern zu ermöglichen, ihre Lebenspläne zu verwirklichen und ihre Kaufkraft zu erhöhen. Immobilienbesitz bietet Einzelpersonen und Familien wertvolle Stabilität, trägt wesentlich zum Abbau von Ungleichheiten bei und verbessert die Lebensqualität. Angesichts der Herausforderungen, die sich aus den hohen Immobilienpreisen in einigen Regionen oder der Schwierigkeit, einen ausreichenden Betrag per Bankkredit zu finanzieren, ergeben, verpflichtet sich die Wallonische Regierung, den Erwerb einer ersten Wohnung für Wallonen und Walloninnen zu erleichtern. So soll ab dem 01.01.2025 die Senkung der Registrierungsgebühren auf 3 % für den Kauf eines einzigen und Hauptwohnsitzes dazu beitragen, Eigentum leichter zugänglich zu machen und die Bürger bei der Verwirklichung ihres Wunsches nach Wohneigentum zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund des Mangels an qualitativ hochwertigem Wohnraum und steigender Preise, insbesondere in einigen Regionen der Wallonie, muss die öffentliche Politik ebenfalls darauf abzielen, leer stehende Häuser wieder auf den Markt zu bringen und bewohnbar zu machen oder ungenutzte Flächen neu zuzuteilen.

Die Regierung wird ein Monitoring des Zustands des wallonischen Wohnungsbestands, seiner Entwicklung und seiner Nutzung einrichten. Auf dieser Grundlage wird sie Instrumente mobilisieren, darunter die Agence de l'Habitation (siehe unten), um das Angebot an qualitativ hochwertigen Wohnungen zu erhöhen und eine proaktivere Politik zur Bekämpfung gesundheitsschädlicher Wohnungen zu verfolgen.

Sie wird die Umstrukturierung und Neuzuteilung von alten Gebäuden des Kulturerbes, religiösen Gebäuden, Industriegebäuden, sanierungsbedürftigen Gewerbegebieten, Büros in Wohnungen sowie die Schaffung eines separaten Zugangs für Wohnungen über Geschäften in Stadtkernen erleichtern. Dabei wird sie sich auf das Fachwissen von Immobilienbetreibern im Sinne des Wallonischen Gesetzes für nachhaltiges Wohnen (Code wallon de l'Habitation durable / CWHD) stützen.

Die Wallonie wird es Immobilienunternehmen im Sinne des CWHD ermöglichen, bei öffentlichen Verkäufen private Immobilien im Vorkauf zu erwerben, um sie Erstkäufern oder Mietern zu mittleren oder sozialen Tarifen anzubieten. Auch Mietauflösungen können angeboten werden.

Die Regierung wird öffentlich-private Partnerschaften entwickeln, um das Angebot an qualitativ hochwertigem und erschwinglichem Wohnraum zu stärken, insbesondere durch eine Aufteilung des Eigentumsrechts, wobei über das Prinzip der Bauabgaben öffentliche Grundstücke für den privaten und öffentlichen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Grundstücke, die privaten Akteuren zur Verfügung gestellt werden, sollen so durch verschiedene Arten von Wohnraum (privater oder öffentlicher Erwerb, private oder öffentliche Vermietung, Baurecht, Gruppenwohnungen, Leichtbauwohnungen, Wohngemeinschaften, Wohnungsgenossenschaften, Community Land Trust, Immobiliengenossenschaften usw.) und Gemeinschaftseinrichtungen aufgewertet werden.

Die Regierung wird die Entwicklung von BIMBY-Projekten (Build in my backyard) gezielt fördern, wenn es sich um generationsübergreifende und leichte Wohnformen handelt.

Die Wallonie wird auch die Entwicklung von Studentenzimmern mit moderaten Mieten für Studenten in Städten mit hoher Nachfrage unterstützen, insbesondere durch die Übernahme der Verwaltung durch Immobilienunternehmen im Sinne des CWHD.

Die Regierung wird auch eine Regelung für Wohngemeinschaften vorschlagen und dabei das Gleichgewicht zwischen neuen Wohnformen und den Versuchen, die Baugenehmigungspflicht für Studentenzimmer zu umgehen, finden.

## Ein effizienterer Wohnungssektor im Dienste der Nutzer

Die finanzielle Situation des gesamten Wohnungssektors befindet sich an einem Scheideweg. Ohne eine wesentliche Änderung des Modells steht mittelfristig sogar sein Fortbestand auf dem Spiel. Der Wohnungssektor verfügt über viele Stärken und ein gewisses Fachwissen, ist aber zu stark zersplittert. Dies hat zur Folge, dass Personal- und Haushaltsmittel verstreut sind, die territoriale Abdeckung unterschiedlich ist und mehrere Akteure an einem Ort das Gleiche tun und an anderen Orten niemand. Dies führt dazu, dass die Aufgaben der einzelnen Akteure in den Augen der Öffentlichkeit unklar sind. Eine Rationalisierung ist absolut notwendig.

Die Regierung wird alle Akteure in einer einzigen Agentur für Wohnungswesen zusammenführen, um den Service für die Bürger zu verbessern: Wallonische Wohnungsgesellschaft ((Société Wallonne du Logement (SWL)), Wallonische Gesellschaft für Sozialkredit (Société Wallonne du Crédit Social (SWCS)) und Wohnungsfonds für kinderreiche Familien in der Wallonie ((Fonds du Logement des familles nombreuses de Wallonie (FLW)), die Abteilungen des Öffentlichen Dienstes der Wallonie (ÖDW) „Wohnungswesen“, „Energie“ und „Nachhaltiges Bauen“ (in Bezug auf Beihilfen und Prämien für Privatpersonen) und des ÖDW Raumordnung, Wohnungswesen, Erbe und Energie. Es wird sich um eine einheitliche, bereichsübergreifende öffentliche Einrichtung handeln, deren Ziel es ist, eine größere Effizienz zu erreichen, um in Zukunft ein vielfältiges Wohnungsangebot zu unterstützen und Mittel, Ressourcen und Fachwissen zum Nutzen der Bürger zu bündeln.

Alle Dienstleistungen der lokalen Akteure im Wohnungswesen werden in zentralen Anlaufstellen zugänglich sein, um das Angebot zu vereinfachen, indem an einem einzigen Ort, sowohl vor Ort als auch digital, die Dienstleistungen maximiert werden, die mit einer öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft (SLSP), einer Sozialen Immobilienagentur (AIS), einer Vereinigung zur Förderung des Wohnungsbaus (APL), einem Energie-Schalter oder auch einer dezentralisierten

Sozialkreditanstalt verbunden sind. Ziel wird es sein, alle Angebote für Wohnraum oder barrierefreies Wohnen zusammenzuführen, um die Bedürfnisse von potenziellen Mietern, Renovierern oder Käufern von Wohnraum effektiver zu erfüllen.

Auf diese Weise werden „lokale Wohnungszentren“ bestimmt, die für die Bürger klar erkennbar sind und ihre Suche in allen Schichten des Wohnungs- und Energiewesens stark vereinfachen. Die Nähe wird durch eine vollständige Vernetzung in allen Gemeinden gewährleistet.

## Eine Anregung zur Renovierung von Häusern

Angesichts der europäischen und regionalen Klimaziele ist es notwendig, das Tempo der Renovierungsarbeiten in wallonischen Wohnungen zu erhöhen, um deren Qualität sowohl in Bezug auf die Energieeffizienz als auch in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit zu verbessern.

Es wird über die Einführung von Steueranreizen bei Durchführung bestimmter Renovierungsarbeiten nachgedacht, um private Investitionen zu mobilisieren. Die Regierung wird die Finanzierung und Unterstützung von Renovierungen in Richtung Darlehen und Garantien lenken, um diese Politik haushaltsmäßig tragbar zu machen. Drittinvestitionen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die private Investitionen mobilisieren, werden ebenfalls untersucht und gefördert. Die verschiedenen Politikbereiche werden die finanzielle Situation der Haushalte, insbesondere der am stärksten benachteiligten, einbeziehen. Ebenso wird eine Rationalisierung der Beihilferegulungen für Renovierungen durchgeführt, um die Renovierungen in den einzelnen Stadtteilen zu verstärken. Dieser langfristige Mechanismus der dritten Investition ermöglicht es dem Eigentümer, sein Haus zu renovieren und die Energieeffizienz zu verbessern, ohne die Anfangsinvestition vor- oder mitfinanzieren zu müssen. In diesem Rahmen profitiert er von einem Teil der erzeugten Energieeinsparungen, während der andere Teil dazu dient, die Investition des öffentlichen oder privaten Drittinvestors zu vergüten. Besondere Aufmerksamkeit wird älteren Hausbesitzern gewidmet, deren Rückzahlungszeitraum nicht ausreichen würde, um die gesamten Kosten der Arbeiten zu decken.

Die Regierung wird sich auf das Amt für Wohnungswesen und seine lokalen Zentren stützen, um eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, die die Bürger über die verfügbaren Hilfen für die Renovierung ihrer Häuser informiert und ihnen Informationen über die Akteure in diesem Sektor gibt.

Die Regierung wird außerdem für eine drastische Vereinfachung der regionalen Beihilfen sorgen, um die Wallonen und Walloninnen dazu zu bewegen, die Anzahl der jährlichen Renovierungen mindestens zu verdreifachen. Sie wird darauf achten, dass der Zugang zu regionaler Unterstützung für Eigentumswohnungen, Siedlungsgenossenschaften und Mobilheimen erleichtert wird.

Die Wallonie wird Initiativen vom Typ „Reno+“ fördern, die darauf abzielen, die Isolierung und Renovierung auf Straßen-, Stadtteil- oder Gebäudeebene zu verstärken, um Skalierungseffekte zu generieren (und damit die Renovierungskosten zu senken) und die Kohärenz der Projekte an einem Ort zu stärken.

Die Regierung wird die Wärmedämmung von Gebäudehüllen von außen, die mit einem Eingriff in öffentlichen Grund verbunden ist, erleichtern. Es sollen Überlegungen angestellt werden, um derartige Vereinbarungen zwischen privaten Eigentümern zu erleichtern.

Sie wird die lokalen Plattformen innerhalb der lokalen Zentren des Amtes für Wohnungswesen (siehe unten) verallgemeinern, wo die Bürger in ihren Gemeinden informiert und unterstützt werden, um diese Arbeiten zu unternehmen.

Die Regierung wird ihre Unterstützung für die wallonische Ökobaubranche fortsetzen, indem sie Anreize für die Verwendung biobasierter Materialien im Rahmen von Bau- und Renovierungsarbeiten schafft.

Schließlich wird die Wallonie die Kriterien für die Gesamtenergieeffizienz überarbeiten und für eine Harmonisierung der Rechtsvorschriften mit denen der benachbarten Regionen sorgen.

## Ein öffentlicher Wohnungsbau, der seine Rolle als sozialer Fahrstuhl wiedererlangt

Der Bezug einer gemeinnützigen Wohnung ist ein Recht, das eine erhebliche soziale Unterstützung darstellt und den Mietern Pflichten auferlegt. Die Regierung will mit der derzeitigen Politik des „lebenslangen sozialen Wohnungsbaus“ und der Erhaltung der Wohnung durch Mitbewohner, die den Mietvertrag nicht unterschrieben haben, brechen.

Die Regierung will eine stärkere Eigenverantwortung der Mieter einführen: Zahlung der Miete und der Nebenkosten, Instandhaltung der Wohnung, angemessenes Lebensverhalten, Bemühungen um soziale und berufliche Eingliederung usw. Die Eintreibung von Mietforderungen wird verbessert (Schnelligkeit, obligatorischer Tilgungsplan, keine Verlängerung des Mietvertrags auf (un)bestimmte Zeit, Einrichtung einer Datenbank über ausgezogene Mieter mit Mietforderungen unter Einhaltung der DSGVO usw.). Auch die im CWHHD vorgesehene Überprüfung der Voraussetzungen für den vermögensrechtlichen Zugang zu gemeinnützigem Wohnraum sollte verstärkt werden.

Schließlich werden die notwendigen Reformen eingeleitet, um den Leerstand von Mietwohnungen zu verringern, der die Finanzen der Wohnungsbaugesellschaften des öffentlichen Dienstes (SLSP) belastet: Überprüfung der Auswahlkriterien, Nichtberücksichtigung einer Bewerbung während einer bestimmten Frist und nach einer bestimmten ungerechtfertigten Anzahl von Ablehnungen einer Wohnungszuweisung.

In diesem wichtigen Bereich, der dazu beiträgt, das Recht auf eine menschenwürdige Unterkunft zu gewährleisten, wird ein Paradigmenwechsel unerlässlich sein. Das Gesamtsystem der Funktionsweise, der Finanzierung, der sozialen Betreuung und der gesellschaftlichen Reaktion in den Rollen, die der wallonische Gesetzgeber den SLSP zuweist, muss sich weiterentwickeln.

Um den Realitäten vor Ort, der Entwicklung der Mieterpopulation und der finanziellen Situation des Sektors gerecht zu werden, wird die Regierung dem Renovierungsplan für öffentliche Wohnungen Priorität einräumen, um den Bestand zu einer deutlichen Verbesserung der Energieeffizienz zu führen, idealerweise durch die Einführung eines Ziehungsrechts, das von der Effizienz der SLSP bei ihrem Renovierungsprogramm abhängig ist.

Die Regierung wird die Machbarkeit eines neuen Finanzierungsmechanismus prüfen, der die SLSP für ihren Belegungsgrad zur Verantwortung zieht.

Um die Investitionen in den von den SLSP verwalteten gemeinnützigen Wohnungsbestand zu berücksichtigen, wird die Regierung den Erlass reformieren, der die Modalitäten zur Berechnung der Sozialmieten und der Nebenkosten vorschreibt, um die Energieeffizienz besser zu

berücksichtigen (Warmmiete). Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit zwischen Mietern, die von einer energetischen Renovierung profitiert haben, und solchen, die nicht davon profitiert haben.

In diesem Sinne wird auch die Mietobergrenze von 20 % des Haushaltseinkommens neu bewertet, um die Sozialmiete besser an die Kosten für die Schaffung und Erhaltung von Mietwohnraum anzupassen.

Angesichts der hohen Nachfrage möchte die Regierung die Zahl der gemeinnützigen Wohnungen erhöhen. Zu diesem Zweck wird die Regierung private Eigentümer dazu ermutigen, ihr Eigentum über Immobilienbetreiber im Sinne des Wallonischen Gesetzes für nachhaltiges Wohnen zu vermieten.

Sie wird Städte und Gemeinden dazu ermutigen, bei der Erteilung von Städtebaugenehmigungen für große Wohnkomplexe eine „Wohnungsverpflichtung“ einzugehen, d. h. die Bereitstellung einer bestimmten Anzahl von Wohnungen, abhängig von der Größe des Projekts, zum Selbstkostenpreis, an öffentliche und ähnliche Gesellschaften.

Die Regierung wird öffentlich-private Partnerschaften entwickeln, um das Angebot an hochwertigen gemeinnützigen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu stärken.

Um schließlich eine unentbehrliche Vorhersehbarkeit der Finanzierung sowohl für die Akteure des gemeinnützigen Wohnungsbaus als auch für den Bausektor zu gewährleisten, wird die Regierung ein Ziehungsrecht für den Bau (unter Berücksichtigung eines regionalen Entwicklungsplans für den gemeinnützigen Wohnungsbau) und für den schlüsselfertigen Kauf von privaten Akteuren einführen. Die Regierung wird darauf achten, dass der Bestand der Zusammensetzung der Haushalte der Antragsteller für gemeinnützigen Wohnraum entspricht.

Die Regierung wird Immobilienunternehmen im Sinne des CWHD ermutigen und ihre Schritte erleichtern, zusätzliche Wohnungen für mittlere oder ausgeglichene Einkommen zu bauen, und zwar aus eigenen Mitteln, im Rahmen von gemischten Operationen oder für spezifische Projekte in Zonen, in denen es an solchen Wohnungen mangelt.

Angesichts der Tatsache, dass die derzeitige Mietbevölkerung auf wallonischem Niveau über ein Ersatzeinkommen von mehr als 82 % verfügt, was zu einem sozialen Ungleichgewicht führt, wird die Regierung die Bedingungen für die Zuweisung von Sozialwohnungen bewerten und aktualisieren, um besser auf die aktuellen gesellschaftlichen Realitäten und neuen Herausforderungen reagieren zu können.

Die Regierung möchte alles beseitigen, was eine Beschäftigungsfalle darstellen könnte, und wird doppelte Beihilfen für Mieterhaushalte abschaffen.

Öffentlicher Wohnraum soll nicht ohne zeitliche Begrenzung von den Bürgern bewohnt werden. Es liegt in der Natur des Sozialwohnungsbaus, dass er rotieren muss, damit die Wohnungskonfiguration (insbesondere die Anzahl der Zimmer) konstant der Haushaltsgröße entspricht. Eine Wohnung mit überschüssigen Zimmern als Gegenleistung für zusätzliche Mietkosten zu behalten, wird nicht mehr möglich sein, damit auch andere Familien die gleiche Chance erhalten, wie sie ursprünglich den Mietern gewährt wurde. Bei einem Missverhältnis zwischen der Haushaltsgröße und der Anzahl der Zimmer wird die Verlegung innerhalb des Jahres, in dem sie festgestellt wurde, umgesetzt. Der Bezug einer Sozialwohnung soll auch eine Aktivierung für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung ermöglichen. Die Vergabe an Mieter, die der aktiven Bevölkerung angehören, muss systematisch mit einem auf ihre Situation zugeschnittenen Eingliederungs-/Ausbildungspaket einhergehen (Partnerschaft Forem/IFAPME).

In diesem Rahmen wird alle drei Jahre eine Bewertung der sozialen Situation des Mieters vorgenommen. Gegebenenfalls kann der Mieter, dessen sozio-professionelle Betreuung während der gesamten Mietdauer gewährleistet ist, auf andere Wohnmöglichkeiten verwiesen werden: Wohnungen, die von Immobilienbetreibern im Sinne des CWHD verwaltet werden, privater Mietsektor, Sozialkredit oder Erwerb eines Erbbaurechts/einer Erbpacht (Aufteilung des Eigentumsrechts). ] Die Regierung wird auch die Möglichkeit für Sozialmieter fördern, ihre Wohnungen gemeinnützig zu erwerben. Personen, die wegen Gefährdung der Staatssicherheit verurteilt wurden, haben keinen Anspruch mehr auf Unterstützung, weshalb ihnen der Zugang zu öffentlichen Wohnungen verwehrt wird.

Andererseits können Personen, die zwar arbeiten, aber nur ein geringes Einkommen haben, theoretisch Anspruch auf eine gemeinnützige Wohnung haben. Die Regierung wird darauf achten, dass ein Teil des öffentlichen Wohnungsbestands in der Wallonie für Arbeitnehmer mit begrenztem Einkommen reserviert wird. Dadurch wird auch die soziale Mischung gefördert.

Die Regierung wird die verschiedenen bestehenden Mietzuschussregelungen evaluieren und optimieren: die Mietvertragsbruchbeihilfe, die Umzugs- und Mietzuschussbeihilfe und die Wohnungswartebeihilfe.

## Ein Recht auf hochwertigen Wohnraum

Um gegen leerstehende und gesundheitsschädliche Wohnungen anzugehen, wird die Regierung die Neuzuteilung von Wohnungen über Geschäften fördern, indem sie die Interventionen der kommunalen Grundstücksregie und der Immobilienunternehmen modernisiert. Außerdem wird sie die Befugnisse der Gemeinden stärken, damit sie effektiver bei der Prävention und Sanierung von verlassenen Gebäuden vorgehen können.

Die Regierung wird darauf achten, die übermäßige Aufteilung von Wohnraum zu kontrollieren und die Immobilienspekulation zu bekämpfen, indem sie die Rückkehr von leerstehenden Immobilien auf den Markt fördert. Es wird eine Taskforce eingerichtet, die gegen Mietwucherer, fiktive Anschriften, Wohnungsnot und schlechte Wohnverhältnisse vorgehen soll.

Es wird ein neuer Rahmen für menschenwürdigen Wohnraum festgelegt, der durch die Überarbeitung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 30. August 2007 moderne Standards für Komfort und Energieeffizienz einbezieht.

Um die Renovierung gesundheitsschädlicher Wohnungen zu fördern, wird die Regierung steuerliche Anreize schaffen und die administrativen und regulatorischen Schritte vereinfachen. Sie wird auch innovative Eigentumsmodelle wie die generationsübergreifende Wohnungseigentümergeinschaft und die Genossenschaftswohnung fördern, um mehr Menschen den Zugang zu qualitativ hochwertigem Wohnraum zu ermöglichen. Schließlich wird sie für mehr Transparenz über den Zustand der Wohnungen auf dem Markt sorgen und mit dem Privatsektor zusammenarbeiten, um gesundheitsschädliche Wohnungen zu identifizieren und zu renovieren, indem es zusätzliche Ressourcen und Fachwissen bereitstellt.

## Solidarisches und inklusives Wohnen

Die Umsetzung des Rechts auf Wohnen für Obdachlose wird verbessert, wobei der Wiedereingliederung dieser Personen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Zu diesem Zweck wird die Regierung die Präventionsmaßnahmen gegen Obdachlosigkeit durch eine multidisziplinäre Betreuung (soziale, medizinische und psychologische Unterstützung) von Obdachlosen verstärken.

Die Regierung wird die Inklusion von Obdachlosen fördern, wobei Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Sie wird die Housing-First-Programme verstetigen und verstärken (insbesondere in den Zonen, die derzeit nicht abgedeckt sind). Bei der Betreuungsarbeit werden Synergien zwischen den verschiedenen Akteuren im Wohnungswesen gefördert. Darüber hinaus wird die Regierung die Zahl der Übergangs-, Not- und Alternativunterkünfte (insbesondere Mobilheime) erhöhen, um obdachlose Menschen anderweitig unterzubringen. Es wird darüber nachgedacht, leerstehende Gebäude und Grundstücke, die öffentlichen Einrichtungen gehören, vorübergehend zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung wird das wallonische Dekret vom 28. April 2016 zur Schaffung von Nachtunterkünften auf wallonischem Gebiet überarbeiten, um eine breitere territoriale Solidarität zu gewährleisten und um einen Sanktionsmechanismus gegenüber den betroffenen Gebieten vorzusehen, die sich weigern, sich an dieser solidarischen Anstrengung zu beteiligen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Berücksichtigung der psychischen Gesundheit der Menschen und der Achtung von LGBTQIA+-Personen gewidmet, die sich auf der Straße oder in Notunterkünften wiederfinden. Darüber hinaus wird auch die Berücksichtigung von Haustieren nicht vergessen.

Die Regierung wird die Entwicklung von Projekten für den Bau oder die Renovierung von zugänglichen, anpassungsfähigen, entwicklungsfähigen und geeigneten Wohnungen für Menschen mit Behinderungen fördern.

Die Regierung wird die Einführung alternativer Wohnmodelle erleichtern, um auf die aufeinanderfolgenden Krisen im Wohnungs-, Energie- und Gesundheitssektor zu reagieren. Zu diesem Zweck wird sie einen klaren gesetzlichen Rahmen für Wohngemeinschaften, generationenübergreifendes Wohnen und gemeinschaftliches Wohnen (Definition, Bedingungen, Finanzierung usw.) festlegen, um insbesondere die gemeinsame Anmietung einer Wohnung durch mehrere Alleinerziehende zu erleichtern.

## Klima

Die Wallonie wird sich weiterhin entschlossen für die Umsetzung des Europäischen Grünen Pakts einsetzen. In diesem Rahmen setzt sich die Regierung voll und ganz für das Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 und ein Zwischenziel von -55 % Treibhausgasemissionen bis 2030 ein. In Zusammenarbeit mit der Föderalen Behörde und den anderen belgischen Stellen wird die Regierung die Mittel bereitstellen, um diese Ziele zu erreichen.

Die Regierung wird sich an der Verbesserung der innerbelgischen Klimagovernance beteiligen und den Nationalen Energie- und Klimaplan effizienter gestalten. Sie wird darauf achten, seine Interessen zu verteidigen und aktiv die Verhandlungen und den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen (*Burden Sharing*) verfolgen, um die Ziele und Mittel (insbesondere Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandelssystem) gerecht zwischen den verschiedenen föderierten Entitäten und der Föderalen Behörde aufzuteilen.

Sie wird zusammen mit den anderen Rechtsträgern die Einführung eines institutionellen Freigabeverfahrens vorschlagen, falls eine der Entitäten blockiert ist, um zum Abschluss des *Burden Sharing* zu gelangen.

Auf europäischer Ebene wird sich die Regierung dafür einsetzen, dass die Institutionen die Regelungen in dieser Legislaturperiode stabilisieren und die beschlossenen Regelungen umsetzen, während sie gleichzeitig neue und zukünftige ehrgeizige Übergangsregelungen

vorbereiten. In einigen Fällen wird sie dafür plädieren, dass die EU den Spielraum für technologische Entscheidungen öffnet, solange diese in Richtung Nachhaltigkeit tendieren und kohlenstoffarm sind, und dass sie die europäischen Interessen im Falle von Wettbewerbsdefiziten oder unlauterem Wettbewerb durch Handelspartner energisch verteidigt.

Die Regierung wird in Zusammenarbeit mit der Föderalen Behörde eine umfassende Objektivierung der Klimapolitik auf belgischer Ebene einführen. Zu diesem Zweck wird die Sammlung und Verarbeitung von Klimadaten und -indikatoren verstärkt und konzentriert.

Die Regierung wird den Luft-Klima-Energie-Plan 2030 überarbeiten und dabei die Maßnahmen mit den nachweislich bedeutendsten Auswirkungen einbeziehen und priorisieren. Alle Maßnahmen, die die Grundlage der Klimapolitik bilden, müssen auf der Grundlage ihrer Kosten, ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen, ihrer geopolitischen Sensibilität, ihrer sozialen Akzeptanz, ihrer technischen Glaubwürdigkeit und ihrer Nachhaltigkeit gewissenhaft objektiviert werden. Sie werden budgetiert und beinhalten einen geschätzten Zeitplan für die Umsetzung. So werden die sektoriellen Maßnahmen und Ziele überarbeitet, um die Festlegung eines Pfades zu ermöglichen und gleichzeitig Flexibilität bei der Umsetzung zuzulassen. Es wird ein Prozess der regelmäßigen öffentlichen Berichterstattung über die Maßnahmen eingeführt.

Die Tätigkeit des Hohen Strategischen Rates wird nicht verlängert, während der Ausschuss der Klimaexperten gestärkt wird.

Die Regierung wird die Instrumente zur Unterstützung der Dekarbonisierung ausbauen und darauf achten, lokale Akteure und Gemeinden in ihre Klimapolitik einzubeziehen, um die einzusetzenden Instrumente unter Berücksichtigung der territorialen Gegebenheiten zu priorisieren.

Wenn große technische oder administrative Hindernisse auftreten, wird die Regierung die Verfahren vereinfachen und gemeinsam mit den betroffenen Sektoren investieren, um glaubwürdige Lösungen zu finden.

Die Regierung wird ein Förderkataster für fossile Brennstoffe erstellen, in dem die verschiedenen Sektoren erfasst werden, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind und für deren Nutzung Unterstützung erhalten, wobei europäische und internationale Methoden zugrunde gelegt werden. Auf der Grundlage dieses Katasters wird ein Aktionsplan beschlossen, der darauf abzielt, die identifizierten Sektoren bei ihrem Übergang zur Dekarbonisierung zu begleiten. Dieser Aktionsplan wird auch einen Zeitplan für Maßnahmen aufzeigen, die einen schrittweisen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ermöglichen sollen, vorausgesetzt, es gibt technisch realistische und nachhaltigere Alternativen, die zu einem angemessenen Preis erhältlich sind und keine Aktivitäten oder Arbeitsplätze gefährden.

Die Regierung wird eine regionale Strategie zur Anpassung an den Klimawandel und zur Abmilderung seiner Auswirkungen festlegen, die auf dem Fachwissen der Akteure vor Ort, der lokalen Behörden und der Fachleute aus den von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Sektoren beruht.

Die Regierung wird zusammen mit allen zuständigen Verwaltungsebenen Überlegungen zur umfangreichen Kostenübernahme im Falle von Schäden, die durch intensive und häufige Wetterereignisse verursacht werden, einleiten.

Die Regierung wird die Umsetzung der Schlussfolgerungen der Hochwasser-Untersuchungskommission von 2021 fortsetzen.

Die Regierung wird die internationale Klimafinanzierung aufrechterhalten. In Verbindung mit den anderen belgischen Entitäten wird sie Ihre internationalen Verpflichtungen einhalten.

## Energie

### Unterstützung für den Abschluss eines neuen Energiepakts

Die Regierung wird sich für den Abschluss eines neuen, interföderalen Energiepakts einsetzen. Dieser wird alle kohlenstoffarmen Lösungen beinhalten, auf die Stärken Belgiens und der Wallonie setzen, die Versorgungssicherheit und die Aufrechterhaltung erschwinglicher Energiepreise gewährleisten.

Die Regierung wird darauf achten, Stabilität und Berechenbarkeit ihrer Energiepolitik zu gewährleisten, damit die betroffenen Akteure langfristige Maßnahmen ergreifen und ihre Investitionen bestmöglich absichern können. Sie wird sich auf allen Verwaltungsebenen für dieses Ziel einsetzen.

Ein ständiges Forum, das öffentliche und private Energieakteure zusammenbringt, wird eingerichtet, um die Bemühungen um Abstimmung und Koordination in Energiefragen fortzusetzen und zu vertiefen.

### Leistungsfähige und moderne Verteilungsnetze

Die Regierung wird einen einzigen Verteilernetzbetreiber einrichten, der für die gesamte Wallonie zuständig ist. Besondere Aufmerksamkeit wird insbesondere der Leistungsfähigkeit der Struktur gewidmet, indem der Service für alle Kunden verbessert und harmonisiert wird, einschließlich des Tarifs, und indem Leistungsindikatoren und strenge Fristen eingeführt werden.

Die Regierung wird in Absprache mit den Interessenträgern eine Managementstrategie für die Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserstoff- und CO<sub>2</sub>-Netze und -Sektoren erstellen und so zum Ziel der CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2050 beitragen.

Die Regierung wird die Netzbetreiber beauftragen, digitale Zwillinge (Digital Twins) zu erstellen, um eine Kartografie zu veröffentlichen, die den Zustand der Netze darlegt und so die Entscheidungsfindung des Marktes (Ausbau von Ladestationen, Installation neuer erneuerbarer Produktionseinheiten usw.) erhellt.

Im Rahmen der Elektrifizierung der Anwendungen wird die Regierung auf die Modernisierung der Stromnetze achten und gemeinsam mit den Akteuren des Sektors eine Analyse aller technischen, normativen, regulatorischen und tariflichen Lösungen und Modalitäten vornehmen, um in kürzester Zeit das optimale Kosten-Nutzen-Verhältnis der Infrastruktur zu erreichen.

Um Investitionen, insbesondere in Netzwerke, zu beschleunigen, werden die Verwaltungsverfahren überprüft und vereinfacht, wobei mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt berücksichtigt werden.

Die Einführung kommunizierender Zähler wird beschleunigt, mit dem Ziel, die vollständige Einführung bei Privatkunden spätestens bis zum Jahr 2029 zu erreichen.

Darüber hinaus wird in Zusammenarbeit mit der Föderalen Behörde ein Audit der physischen und informationstechnischen Sicherheit der kritischen Energieinfrastrukturen durchgeführt, um diese kontinuierlich zu verbessern.

Die Regierung wird eine Bestandsaufnahme aller Strukturen mit direkter oder indirekter Beteiligung des öffentlichen Sektors durchführen, die im nicht-regulierten Energiesektor tätig sind.

Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme wird sie alle Initiativen von regionalem Interesse in einem Unternehmen aggregieren, das in den nicht-regulierten Segmenten des Energiesektors tätig ist. Dieses Unternehmen mit öffentlicher Mehrheitsbeteiligung wird die Aufgabe haben, in zukunftsorientierte energiebezogene Sektoren zu investieren, die die industrielle Neuausrichtung der Wallonie ermöglichen, die Kosten für den wallonischen Verbraucher begrenzen und den Energiepakt umsetzen, um die Energieautonomie Belgiens zu stärken.

Die Aktionärsstruktur wird neu organisiert, um die Rollen und Aufgaben der einzelnen Entitäten zu klären und starke Instrumente zu schaffen, die in der Lage sind, am Energiewandel in der Wallonie teilzunehmen.

Die Strukturen, die für die regulierten und nicht-regulierten Aktivitäten zuständig sind, werden getrennt sein, um die Maßnahmen der einzelnen Akteure zu verdeutlichen und ihre Kontrolle zu erleichtern. Mögliche Interaktionen zwischen Strukturen müssen die Entstehung von Synergien zwischen regulierten und nicht-regulierten Aktivitäten ermöglichen und gleichzeitig eine transparente Kostentrennung und -zuweisung gewährleisten, die der Modernisierung der Netze Vorrang einräumt und mit der Regulierungsbehörde abgestimmt wird.

Die Aktionärsstruktur wird so umgestaltet, dass sie den Anforderungen und Risiken des fortgeführten Geschäfts entspricht. Im Rahmen nicht-regulierter Aktivitäten ist die Beteiligung des Privatsektors natürlich erlaubt und wird sogar gefördert.

Die Regierung wird ihre Maßnahmen zur Vereinfachung und Zentralisierung der technischen und finanziellen Begleitmaßnahmen für die Dekarbonisierung von Unternehmen und Projekten aller Größen fortsetzen.

Angesichts der strategischen Bedeutung der Reindustrialisierung der Wallonie und insbesondere der Schaffung von Arbeitsplätzen im Hennegau wird die Hennegau-Schleife vorbehaltlich aller laufenden Verfahren verwirklicht. Die Regierung wird für einen konstruktiven Dialog zwischen allen Beteiligten sorgen, der sich mit möglichen technischen und wirtschaftlichen Lösungen befasst. Sie wird auch darauf achten, dass die gewählten Technologien den Herausforderungen für die Industrie, die öffentliche Gesundheit und die Umweltauswirkungen bestmöglich gerecht werden. Das Projekt muss die internationalen Regeln und Empfehlungen sowie die des Obersten Gesundheitsrats beachten, insbesondere in Bezug auf elektromagnetische Belastungen.

## Eine Energierechnung unter Kontrolle

Die Kosten der Energiewende sind für die Regierung von zentraler Bedeutung. Sie wird darauf achten, dass die Kosten für Unternehmen, gemeinnützige Organisationen und Privathaushalte erschwinglich bleiben.

In Absprache mit den Interessengruppen und der wallonischen Energieregulierungsbehörde (CWaPE) werden die Modalitäten einer Ausweitung des föderalen Energiestandards in Bezug auf die regionalen Komponenten der Rechnung analysiert und wenn möglich umgesetzt. Die Wettbewerbsfähigkeit der wallonischen Unternehmen im Energiebereich muss unter Berücksichtigung der Nachbarländer und der direkten Konkurrenten verbessert werden.

In ähnlicher Weise müssen die verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut bewertet und mit dem Ziel zusammengeführt werden, effizienter zu sein und die Haushalte besser zu unterstützen. Die Regierung hat den Willen, das ÖSHZ zu einem zentralen Akteur im Kampf gegen Armut, einschließlich der Energiearmut, zu machen. Die verschiedenen bestehenden Regelungen und insbesondere diejenige, die eine Anrufung des Friedensgerichts vorschreibt, werden evaluiert und reformiert, um sie zu vereinfachen und wesentlich effizienter zu gestalten.

## Entwicklung erneuerbarer Wirtschaftszweige

In Absprache mit den betroffenen Akteuren, den lokalen Behörden und den Bürgern soll eine zentralisierte, entwicklungsfähige Verwaltung von regionalem Interesse eine harmonische Entwicklung der erneuerbaren Energieträger in unserem Land ermöglichen.

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien stützte sich zunächst auf staatliche Beihilfen wie die grünen Zertifikate. Daher müssen die über solche Mechanismen erworbenen Rechte vollstreckt werden. Allerdings haben die erneuerbaren Energien heute einen Reifegrad erreicht, der sie aus eigener Kraft rentabel macht, weshalb die Regierung die Aufnahme neuer Begünstigter in das System der grünen Zertifikate, die einen Mitnahmeeffekt erzeugen, bis spätestens 2028 einstellen wird. Im Rahmen der Objektivierung der Energiepolitik wird eine detaillierte Analyse der verschiedenen Wege zur Erzeugung erneuerbarer und kohlenstofffreier Energie durchgeführt. Auf dieser Grundlage wird die Regierung ein kalibriertes und hierarchisch gegliedertes Programm zur Unterstützung der Wirtschaftszweige festlegen. Es werden neue Fördermechanismen für erneuerbare Energien eingeführt, wie z. B. Differenzkontrakte (*Contract for Difference*) oder Energieabnahmeverträge (*Power Purchase Agreement*).

Der Rahmen für die Entwicklung der Windenergie wird überarbeitet, um die Ziele der EU-Gesetzgebung zu erreichen. Die Regierung wird darauf achten, die Verwaltungsverfahren abzusichern und gleichzeitig die Interessenabwägung mit den naturräumlichen Interessen, den Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Gesundheit und die Achtung des Lebensraums der Bürger zu gewährleisten. Eine Überarbeitung des Dekrets zur Festlegung von Beschleunigungszonen für erneuerbare Energien wird durchgeführt, wobei insbesondere das Ziel verfolgt wird, Windkraftanlagen in Wald- und Naturgebieten und Photovoltaik in landwirtschaftlichen Parzellen von diesem Vorzugsmechanismus auszuschließen.

Für neu entstehende erneuerbare Energieträger (Biogas, erneuerbare Wärme, Wasserstoff, kohlenstoffneutrale Kraftstoffe, CO<sub>2</sub> ...) können Fördermechanismen eingeführt oder überarbeitet werden, um eine optimale Verwertung zu erreichen.

Die Entwicklung dieser Wertschöpfungsketten sowie der Photovoltaik wird bewertet, wobei darauf geachtet wird, dass die Zweckentfremdung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen von ihrer eigentlichen Funktion streng kontrolliert wird. Für den Einsatz dieser Wertschöpfungsketten werden beispielsweise denaturierte Flächen, die für die forst- und landwirtschaftliche Produktion ungeeignet sind, entlang von Straßen- und Schienenverkehrsachsen oder auch verschmutzte Zonen bevorzugt.

Die Regierung wird im Rahmen ihrer Zuständigkeiten mit der Föderalen Behörde zusammenarbeiten, um die Ansiedlung eines neuen Nuklearsektors zu ermöglichen, vorzugsweise an bestehenden Nuklearstandorten oder in deren Erweiterung.

Flexibilität wird für die Regierung eine Priorität bei der Integration erneuerbarer Kapazitäten, der Stabilisierung der Netze und als Quelle für die Optimierung des Energieverbrauchs sein.

Die normativen, regulatorischen, tariflichen und administrativen Rahmenbedingungen für die gemeinsame Nutzung von Energie (Energiegemeinschaften usw.) werden vereinfacht und ergänzt, damit das volle Potenzial der verschiedenen Modelle der gemeinsamen Nutzung ausgeschöpft werden kann. Das Potenzial von Unternehmen, Vereinen und Behörden wird in diesem neuen Rahmen voll ausgeschöpft. Der Rechtsrahmen für den Peer-to-Peer-Handel wird so bald wie möglich beschlossen.

In Absprache mit allen Beteiligten wird die Regierung Maßnahmen ergreifen, um Fälle von Überspannung (Abkopplung von Wechselrichtern) und Unterspannung zu verhindern. Dies wird sich sowohl auf Maßnahmen zur Begrenzung von Stromabschaltungen (verstärkte und entwicklungsfähige Kartografie) als auch auf vorrangige Investitionen oder Anreize für die Einführung lokaler Flexibilitäts- und Speicherlösungen beziehen. Im Falle eines nachgewiesenen und objektivierten Schadens wird die Regierung dafür sorgen, dass eine proportionale Entschädigung vorgesehen wird.

Die Regierung wird in Absprache mit den betroffenen Sektoren auch Flexibilitätslösungen im industriellen Maßstab erforschen. In voller Zusammenarbeit mit den VNB und den betroffenen Berufszweigen wird sie Lösungen zur Verbrauchsoptimierung (Hausautomatisierung usw.) für KMU, Vereine und Haushalte fördern.

Der Aufbau von Ladestationen wird unter voller Einbeziehung des Privatsektors beschleunigt, um unter anderem die Flexibilität zu fördern und die Elektromobilität zu steigern.

## Neue Träger der Dekarbonisierung

Die Infrastrukturen für den Transport und die Verteilung von Wasserstoff und CO<sub>2</sub> werden so ausgebaut, dass die wallonische Industrie- und Wirtschaftsstruktur dekarbonisiert werden kann.

Die Regierung wird ihre Bemühungen bezüglich der Entwicklung des Wasserstoffträgers entsprechend dem Bedarf der Wallonie und der angrenzenden Länder fortsetzen. Sie wird eine Bestandsaufnahme der Projekte vornehmen und ein Monitoring einrichten, um eventuell aufgetretene Hemmnisse zu identifizieren und zu beseitigen, wenn die Branche ein zukünftiges Potenzial bestätigt, einschließlich der Schaffung eines Netzwerks und einer strategischen Vermaschung unseres Territoriums. Keine Form von Wasserstoff wird ausgeschlossen, solange sie kohlenstoffarm ist.

## Eine lösungsorientierte Renovierung der Bausubstanz

In Absprache mit den Interessenvertretern wird die wallonische Strategie zur langfristigen energetischen Gebäudesanierung aktualisiert und die Ziele werden angepasst, um den europäischen Verpflichtungen zu entsprechen.

Die Renovierung von Wohn-, Industrie-, Dienstleistungs- und öffentlichen Gebäuden ist Teil der Bemühungen der Wallonie, bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu werden. Das Ziel der Regierung ist es, die Geschwindigkeit der Gebäuderenovierung zu erhöhen und die Instrumente zu maximieren, die eine deutliche Senkung der Treibhausgasemissionen aller Arten von Gebäuden ermöglichen.

Die GEE-Zertifizierung wird im Hinblick auf die Homogenisierung zwischen den föderierten Entitäten und die Kohärenz mit den Zielen der Dekarbonisierung überarbeitet. Diese Überarbeitung muss eine optimierte Berücksichtigung von Energiequellen wie erneuerbarer Wärme (Geothermie und Abwärme) ermöglichen.

Die Regierung schließt keine Lösung aus, die die Integration von grünen Molekülen ermöglicht, die mit bestehenden Anlagen kompatibel sind und eine sofortige Reduzierung der Emissionen dieser Anlagen ermöglichen

Wie im Kapitel zum Thema Wohnen ausgeführt, wird die Regierung die Strukturen, die für die Betreuung zuständig sind, sowie die Unterstützung der Renovierung straffen und vereinfachen. Sie wird besonders auf die Ausbildung von Fachkräften im Bauwesen achten und dafür sorgen, dass die in diesem Sektor benötigten qualifizierten Arbeitskräfte ausgebildet werden.

Die Regierung wird das Tempo der Renovierungen beschleunigen, insbesondere durch die Renovierung von Straßen, Stadtvierteln oder Gebäuden. Der Schwerpunkt wird auf der energetischen Sanierung von Gebäuden mit den schlechtesten Isolationswerten liegen.

Es wird über die Einführung von Steueranreizen bei Durchführung bestimmter Renovierungsarbeiten nachgedacht, um private Investitionen zu mobilisieren. Die Regierung wird die Finanzierung und Unterstützung von Renovierungen in Richtung Darlehen und Garantien lenken, um diese Politik haushaltsmäßig tragbar zu machen. Drittinvestitionen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten, die private Investitionen mobilisieren, werden ebenfalls untersucht und gefördert. Die verschiedenen Politikbereiche werden die finanzielle Situation der Haushalte, insbesondere der am stärksten benachteiligten, einbeziehen. Ebenso wird eine Rationalisierung der Beihilferegulungen für Renovierungen durchgeführt, um die Renovierungen in den einzelnen Stadtteilen zu verstärken. Dies wird auch im Kapitel über das Wohnen ausgeführt.

In der Bau-, Renovierungs- und Isolierungspolitik wird die Verwendung von Materialien aus dem ökologischen Bausektor, von biobasierten, recycelten und wiederverwendeten Materialien gefördert.

Der öffentliche Sektor muss sich bei der energetischen Sanierung seiner Gebäudebestände vorbildlich zeigen. Die Regierung wird das Kataster der öffentlichen Gebäude vervollständigen und ein Renovierungsprogramm bis 2040 festlegen. Die verschiedenen Unterstützungen für staatliche und lokale Behörden werden vereinfacht und verallgemeinert, um eine Verzettelung der Initiativen zu verhindern.

## Mobilität

Im Einklang mit der Vision FAST 2030 bestehen die Ziele der Regierung darin, eine effiziente, flüssige, zugängliche, sichere, zuverlässige, gemeinsam genutzte, kohlenstofffreie, umweltfreundliche, gesundheitsfördernde und inklusive Mobilität zu erreichen.

Um dies zu erreichen, wird die Regierung alles daran setzen, angepasste, attraktive und von der aktuellen und zukünftigen Nachfrage geleitete Lösungen zu entwickeln. Sie wird eine effiziente Intermodalität gewährleisten und gleichzeitig den Bürgern die freie Wahl des Verkehrsmittels ermöglichen, das für sie je nach Situation, Gebiet und Bedarf am besten geeignet ist.

### Effiziente öffentliche Verkehrsmittel

Pünktlichkeit, Frequenz, Verkehrsanbindung und Fahrgastzahlen mit einer durchschnittlichen Kundenzufriedenheit im Jahr 2023 von 54 % bis 67 % sind alles Hebel, auf die die Regierung und der Wallonische Verkehrsbetrieb (OTW) ihre Anstrengungen konzentrieren werden.

Um effiziente und glaubwürdige Mobilitätsalternativen anzubieten, verpflichtet sich die Regierung, das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln und deren Qualität zu verbessern, insbesondere in Richtung der Beschäftigungszentren (Zonen, große Industriebetriebe,

Stadtzentren, Flughäfen) sowie abends und am Wochenende. Diese Stärkung erfolgt auf der Grundlage eines überarbeiteten Netzes, das insbesondere die Verkehrsnachfrage berücksichtigt, und mit einer Art von Angeboten, die an die Fahrgastzahlen und die Gegebenheiten des ländlichen Raums angepasst sind.

Innerhalb des OTW wird die Ausgabenoptimierung weiterentwickelt, ohne dass dies auf Kosten des Dienstes geht. Operative Exzellenz wird als ein wichtiges Ziel des Geschäftsplans hervorgehoben. Es wird darum gehen, die Managementinstrumente des OTW zu stärken und zu modernisieren, um ihm ein besseres Management seiner Vermögenswerte (Verfügbarkeit von Fahrzeugen, Lagerbeständen usw.) und seiner Operationen zu ermöglichen und so eine bessere Rechtfertigung für die Verwendung öffentlicher Gelder zu haben. Die Investitionen werden mit einem Höchstmaß an Pragmatismus getätigt.

Die Regierung wird die Prioritäten für Infrastrukturinvestitionen in den öffentlichen Nahverkehr festlegen, um das Verhältnis von Nutzen und Kosten für die Allgemeinheit zu maximieren. Große Infrastrukturprojekte, deren Bauarbeiten bereits weitgehend begonnen haben, werden fertiggestellt. Angesichts der Kostenexplosion auf der Baustelle der Lütticher Straßenbahn wird die Regierung, was die Verlängerungen nach Herstal und Seraing betrifft, den zulässigen rechtlichen und budgetären Rahmen für die Fortsetzung der Baustelle festlegen.

Die Bemühungen des Unternehmens um die Elektrifizierung der Flotte und die Energieeffizienz werden unter strikter Einhaltung der Europäischen Regulierung fortgesetzt.

In ländlichen Gebieten muss der öffentliche Nahverkehr den Bedürfnissen besser gerecht werden und sich stärker an die Gegebenheiten anpassen, und zwar durch regelmäßige Linien, Expresslinien und Transport auf Anfrage.

Um die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu steigern, wird die Regierung gemeinsam mit dem OTW versuchen, das Kundenerlebnis während der gesamten Fahrt zu verbessern und dies mit einer Tarifintegration und -vereinfachung zu verknüpfen. Zu diesem Zweck wird sie gegebenenfalls mit privaten Mobilitätsanbietern sowie anderen angrenzenden Regionen und Ländern zusammenarbeiten. Die Preispolitik wird anreizorientiert, effektiv und effizient und auf bestimmte Arten von Nutzern zugeschnitten sein.

Um das Leben der Bürger zu vereinfachen, werden die Vernetzung und die Qualität der Verbindungen zwischen den Betreibern des öffentlichen Verkehrs (OTW, SNCB/NMBS...) verbessert. Eine Zusammenarbeit zur Entwicklung kombinierter Produkte und anderer Lösungen wie einer einzigen Plattform für den Kauf eines Fahrscheins wird unabhängig vom Betreiber in Betracht gezogen. Reisende können ihre multimodale Reise durch einen einzigen Kauf und eine einzige Zahlung erwerben.

Die Regierung wird sich an einer Open-Data-Politik beteiligen und Initiativen fördern, die darauf abzielen, korrekte, zuverlässige, intermodale und Echtzeitinformationen vor und während der Reise zu liefern.

Das Angebot an Schultransporten wird optimiert, um die Qualität des Dienstes speziell für Kinder aus Sonderschulen zu verbessern, in guter Zusammenarbeit mit der Föderation Wallonie-Brüssel und den Schulträgern.

Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln für Menschen mit Behinderungen (Rollmaterial, Bahnsteige...) wird verbessert. Besondere Aufmerksamkeit wird auch Personen mit geringerer digitaler Kompetenz gewidmet.

Die Regierung wird sich vorrangig darum bemühen, die Kontinuität des öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, um die Zuverlässigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel zu verbessern, und wird den Ursachen des Mangels in bestimmten Funktionen, wie Fahrer, Begleiter und Mechaniker, besondere Aufmerksamkeit schenken.

Schließlich wird die Verkehrssicherheit durch die Bekämpfung von Unhöflichkeit und Betrug innerhalb der Verkehrsnetze erhöht. Die Regierung wird insbesondere in Absprache mit den föderalen Behörden handeln, um die Sicherheit der Nutzer und des Personals sowohl in den Bahnhöfen, Stationen als auch in den Fahrzeugen zu gewährleisten. Hierzu werden Maßnahmen ergriffen, wie z. B. die Erhöhung der Anzahl der Kameras oder die verstärkte Präsenz von Sicherheitsbeamten. Außerdem sollen härtere Strafen für Straftaten im Verkehr, wie z. B. Überfälle, eingeführt werden. Wir werden für nächtliche Busfahrten die Möglichkeit einführen, dass die Busse auf Wunsch mit Zustimmung des Fahrers anhalten können.

## Intelligente Multimodalität zum Nutzen aller Nutzerinnen und Nutzer

Multimodale Plattformen und Umsteigeknoten werden ausgebaut, ebenso wie Entlastungsparkplätze, die über die ganze Wallonie verteilt sind, an Kreuzungen wichtiger Verkehrsachsen, an Stadteingängen oder Autobahnausfahrten. Die Regierung wird auch die Fertigstellung des Regionalbahnnetzes (RER) und die Modernisierung der Achse 3 Brüssel-Luxemburg zu einer Priorität machen, da diese wichtige Herausforderungen für die Multimodalität darstellen. Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Entwicklung multimodaler Lösungen für die beiden wallonischen Flughäfen gewidmet.

Darüber hinaus wird die Regierung für sichere und verbesserte Fuß- und Radwege zu Bahnhöfen, Mobipolen, Mobipunkten und Bushaltestellen sorgen und sichere Fahrradständer und Stadtmobiliar in deren Nähe aufstellen.

Die lokalen Mobilitätszentralen werden ihre Aufgabe der Entwicklung der Intermodalität und der Betreuung, insbesondere von Personen mit geringen digitalen Kompetenzen, wahrnehmen.

Die Regierung beabsichtigt, gemeinsam mit den Gemeinden und anderen Regionen Fahrgemeinschaftsnetzwerke (RECO) rund um die großen Städte, darunter Brüssel, zu entwickeln. Sie wird zunächst Pilotprojekte durchführen. Diese Netze werden um Stationen und Streifen für Fahrgemeinschaften herum organisiert, die derzeit von öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis gemeinsam genutzt werden und die von Fahrzeugen mit mehreren Personen befahren werden können. Unternehmen in einem Beschäftigungscluster werden außerdem ermutigt, sich im Rahmen ihrer Mobilitätspläne zu koordinieren.

Die Region wird Car- und Bikesharing fördern, indem sie insbesondere die Einführung dieser Dienste durch private Investoren erleichtert, auch in ländlichen Gebieten und Stadtrandgebieten.

## Ein Rahmen für die Mobilität der Zukunft

Die Wallonie wird die Entwicklung selbstfahrender Autos im Rahmen ihrer Zuständigkeiten anregen, insbesondere in Bezug auf die Zulassung und die Verwaltung des Straßen- und Digitalnetzes.

Außerdem werden in Zusammenarbeit mit dem Föderalstaat und den anderen Regionen die Mobilitätsdaten, einschließlich der Verkehrspläne und des Verkehrsangebots, digitalisiert.

In Bezug auf den bezahlten Personentransport wird die Regierung in Zusammenarbeit mit dem Taxisektor auf eine Gesetzgebung ähnlich der in Flandern hinarbeiten: einheitliche wallonische Lizenz, Verfügbarkeit von Lizenzen, angemessene Preisgestaltung, Unterstützung bei der Ökologisierung des Parks usw.

Die Region wird auch die Bedingungen für den Zugang zum Beruf und zum Markt für Unternehmen des kollektiven Personenverkehrs (Busse) und des Güterverkehrs lockern.

Schließlich wird sie prüfen, ob es im Rahmen der EU-Vorschriften und ohne Beeinträchtigung der Sicherheit sinnvoll ist, die Fristen für die technische Kontrolle bestimmter Fahrzeuge zu verlängern (Krankenwagen, Taxis, Schulfahrzeuge, Mietwagen mit Fahrer usw.).

## Sichere aktive Modi für eine nachhaltige und gesunde Mobilität

Aktive Modi werden gefördert, insbesondere durch die Verbesserung und Schaffung hochwertiger, sicherer und inklusiver Infrastrukturen und zugehöriger Einrichtungen (Fahrradstationen, Zebrastreifen, Bänke usw.) in Absprache mit den lokalen Akteuren und unter Anhörung der Nutzer.

Über einen Investitionsplan wird die Regierung das strukturierende Radwegenetz in Absprache mit den Gemeinden, Regionen und Nachbarländern in den Grenzgebieten fertigstellen und auch die Entwicklung des kommunalen Netzes durch eine Rationalisierung der bestehenden Finanzierungsinstrumente fördern. Der Schwerpunkt liegt auf Abschnitten mit hohem Radfahrpotenzial, fehlenden Kettengliedern, sicheren Abstellplätzen, gefährlichen Stellen auf Regionalstraßen und den Netzwerken RAVeL, EuroVelo und RTE-T. Die Regierung wird auch die technischen Anforderungen an diese Infrastrukturen unter Berücksichtigung der kommunalen Realität überarbeiten.

Die Infrastrukturen für Fußgänger, zu der auch die Sanierung öffentlicher Wege gehört, wird durch verschiedene Anreize und Maßnahmen erweitert, modernisiert und vernetzt.

In diesem Sinne wird die Regierung die Gemeinden dazu anhalten, die Gehwege zu verbreitern und anzupassen, um den Bedürfnissen von Fußgängern, Familien und Menschen mit Behinderungen gerecht zu werden. Bei allen neuen Entwicklungen muss die Zugänglichkeit von Gehwegen und öffentlichen Räumen systematisch durchgesetzt werden.

## Qualitativ hochwertige und sichere Straßeninfrastrukturen

Auf der Grundlage einer Bewertung des Plans „Mobilität und Infrastrukturen für alle“ wird die Regierung eine Strategie für Investitionen in das Straßennetz entwickeln. Diese wird angepasst, priorisiert und langfristig geplant. Diese Strategie wird auch mit den kommunalen Mobilitätsplänen (PCM) koordiniert.

Der Zustand der Straßen wird kontinuierlich überwacht. Darüber hinaus wird die Möglichkeit zur Erweiterung des Netzes an geeigneten Stellen konkretisiert, wie z. B. die RN54, die bis 2030 tatsächlich realisiert werden soll, oder die Umgehung von Lessines.

Der Bestand an wallonischen Kunstbauten besteht aus 5661 Aktiva. 29 % des nicht-strukturierenden Netzwerks und 47 % des strukturierenden Netzwerks weisen Anzeichen einer beschleunigten Verschlechterung auf. Die Regierung wird eine klare Planung für die Sicherung, Sanierung und Instandhaltung des wallonischen Kunstbaubestands entwickeln.

Schließlich werden auf dem gesamten regionalen Netz in Absprache mit den Gemeinden und den anderen Regionen die Baustellen den Verkehrsteilnehmern so früh wie möglich angekündigt. Die

Ausführungszeiten werden verkürzt, indem die Unternehmen genügend Personal auf den Baustellen einsetzen oder sogar in mehreren Schichten arbeiten müssen, um die Dauer der Einsätze zu verkürzen. Diese Verkürzung der Fristen darf nicht zu einer Verringerung der Qualität der geleisteten Arbeit führen.

## Eine Verdichtung des Netzes von Ladestationen

Ohne Privatpersonen und Unternehmen zu benachteiligen und im Sinne der Technologieneutralität wird die Dekarbonisierung der Mobilität weiter vorangetrieben, insbesondere durch die Elektrifizierung und Hybridisierung von leichten und schweren Fahrzeugen.

Die Regierung verpflichtet sich, diesen Übergang zu begleiten und wird in Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden dafür sorgen, dass der gesetzliche, städtebauliche und finanzielle Rahmen erleichtert wird, um die Entwicklung eines Netzes von Schnell- und Halbschnellladestationen zu fördern.

Die Regierung wird so schnell wie möglich alle verfügbaren Instrumente aktivieren, um mithilfe privater Betreiber ein flächendeckendes Netz von Schnellladestationen zu schaffen. Auf der Grundlage des Feedbacks ähnlicher Erfahrungen (Flandern, Brüssel, Niederlande) wird die Regierung Ladepunkte an Orten einrichten lassen, an denen eine Nachfrage besteht und der Anschluss technisch möglich ist.

Entlang der Hauptverkehrsstraßen und Autobahnen werden so schnell wie möglich Supercharger eingesetzt, um auf langen Fahrten ein schnelles und effizientes Aufladen zu ermöglichen. Neben anderen Maßnahmen werden die Konzessionsmärkte der Terminals von den Konzessionsmärkten der Kraftstoffe getrennt.

Darüber hinaus wird die Regierung darauf achten, die Nachrüstungskette zu entwickeln und dieser Praxis einen klaren gesetzlichen Rahmen zu geben, indem sie die Möglichkeit der serienmäßigen Zulassung von nachgerüsteten Fahrzeugen prüft und das Retrofitting von öffentlichen Fahrzeugflotten plant.

## Straßenverkehrssicherheit „Vision Zero“ bis 2050

Die Regierung wird durch verschiedene Maßnahmen eine sichere und effiziente gemeinsame Nutzung der Straße anstreben, um ehrgeizige Ziele im Bereich der Straßenverkehrssicherheit zu verfolgen und so die Zahl der Todesfälle und Verletzungen auf den wallonischen Straßen zu senken. Sie verschreibt sich der „Vision Null“ im Jahr 2050 und wird den Schwerpunkt auf eine nachhaltige Veränderung des Verhaltens auf unseren Straßen legen.

Die Regierung wird eine konsequente Politik des Geschwindigkeitsmanagements verfolgen. Sie wird die Installation von dynamischen Geschwindigkeitsbegrenzungen fördern, die an die klimatischen Bedingungen, Zeiten und Umstände des Verkehrs angepasst sind. Diese wirken sich positiv auf die Straßenverkehrssicherheit (Einhaltung der Beschränkungen, die von den Verkehrsteilnehmern als glaubwürdiger eingestuft werden) und den Verkehrsfluss aus.

Die Regierung wird in Absprache mit den Staatsanwaltschaften, den Polizeibezirken und den lokalen Behörden eine gezielte Einführung von Geschwindigkeitskontrollen unterstützen, die von einem Sicherheitsziel geleitet werden. Das Dekret über Verwaltungsanktionen im Bereich der Straßenverkehrssicherheit wird umgesetzt.

Die Regierung wird ein besonderes Augenmerk auf die Sicherung von Straßenübergängen und die örtlich begrenzte Einrichtung beruhigter Zonen in Ballungsräumen in Absprache mit den Anwohnern legen. Sie wird sich insbesondere für die Sicherung und Sichtbarkeit der Umgebung von Schulen, Parks und Kindertagesstätten einsetzen.

Die Regierung wird die Straßenverkehrssicherheitserziehung mithilfe eines pädagogischen Kontinuums verstärken. Sie wird in Zusammenarbeit mit der Wallonischen Agentur für Straßenverkehrssicherheit (AWSR) in den Bereichen Prävention und Sensibilisierung tätig sein, speziell im Hinblick auf die drei Hauptunfallursachen (Fahren unter Einfluss von Drogen/Alkohol, Geschwindigkeit und Ablenkung).

Sie wird sich bei den föderalen Behörden für das Tragen von Helmen für Radfahrer und Rollerfahrer einsetzen.

Die Regierung wird die Problematik des Analphabetismus und anderer sozialer Barrieren bei der Ausbildung und dem Zugang zum Führerschein berücksichtigen. Sie wird den freien Ausbildungsweg beibehalten, angepasste Theorieunterrichtseinheiten vorsehen und den Zugang zur Führerscheinausbildung (B, C oder D) für Personen in der sozioprofessionellen Eingliederung erleichtern.

Schließlich wird die Regierung Smart-Mobility-Lösungen einsetzen, um den Straßenverkehr flüssiger und sicherer zu machen.

## Wasserwege und Güterverkehr im Dienste des Übergangs und der wirtschaftlichen Entwicklung

Es wird ein moderneres, effektiveres und effizienteres Management der vier wallonischen Binnenhäfen eingeführt, um den Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Klima und Mobilität am effektivsten zu begegnen.

Die Qualität des Wasserstraßennetzes wird verbessert, indem es an die Bedürfnisse des Güterverkehrs und an internationale Standards angepasst wird: Anpassung des Maßstabs der angrenzenden Leie (Vb) und der wallonischen Oberen Schelde (Va), Wiedereröffnung des Kanals Condé-Pommeroeul für Klasse Va, Beibehaltung einer ausreichenden Tiefe der Maas ab Namur und Modernisierung der Schleusen.

Die Regierung wird verschiedene Hebel in Bewegung setzen, um den Arbeitskräftemangel in der Binnenschifffahrt zu beheben.

Intermodale Zentren für Fracht und Logistik werden gefördert, insbesondere am Containerterminal in Athus.

In Absprache mit den Gemeinden und dem Sektor wird die Regierung darauf abzielen, die Lieferzeiten für Geschäfte zu harmonisieren und zu prüfen, ob sie ausgeweitet werden sollten.

Schließlich wird die Regierung gemeinsam mit den wichtigsten Akteuren des Sektors eine echte Strategie zur Intermodalität im Güterlogistikbereich mit einer europäischen Vision entwickeln.

# Die Entwicklung eines agilen, attraktiven und resilienten Territoriums

Die Regierung fördert eine attraktive und nachhaltige Raumentwicklung, die die aktuellen und zukünftigen Bedürfnisse der Gesellschaft einbezieht und in der Lage ist, sich an den fortschreitenden Klimawandel anzupassen. Der Schwerpunkt liegt auf der Lebensqualität in Städten und Dörfern, einschließlich des sozialen Zusammenhalts, der Erhaltung von landwirtschaftlichen Flächen und Grünflächen sowie der biologischen Vielfalt.

Bei Städtebau- oder Umweltgenehmigungsverfahren wird zu Recht viel Wert auf die Möglichkeit der Bürger gelegt, sich bei öffentlichen Anhörungen zu äußern oder sogar die Verfahren bei Einsprüchen anzufechten. Es muss jedoch festgestellt werden, dass es regelmäßig zu Ungleichgewichten zwischen der Suche nach dem allgemeinen Interesse an bestimmten Projekten und der Verteidigung von Sonderinteressen bestimmter Bürger kommt. Um eine positive Dynamik zwischen Bürgerbeteiligung und Investitionssicherheit aufrechtzuerhalten, wird die Regierung daher darauf achten, die Kriterien zu stärken, die ein Interesse an der Sache belegen, und sogar den Umfang, der für eine Anfechtung in Frage kommt.

Dazu wird sie für die Umsetzung der Reformen des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (GRE) und des Raumentwicklungsschemas (RES) sorgen, wobei sie eine Begleitung einsetzt und ihre Bewertung insbesondere durch die von der vorigen Regierung mobilisierte Expertengruppe vornehmen lässt. In diesem Rahmen und bis zum Inkrafttreten der Angaben des RES für die wallonischen Gemeinden im August 2030 wird die Regierung die Übergangsmodalitäten sowie bestimmte Begriffe und Mechanismen präzisieren, gegebenenfalls unter Einbeziehung der Erfahrungswerte und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Gebiete, einschließlich des ländlichen Raums. Die Umsetzung der Leitlinien für Gewerbeansiedlungen wird ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens von der Regierung genau überwacht und sofort und kontinuierlich bewertet. Es werden die erforderlichen Korrekturmaßnahmen ergriffen. Zu diesem Zweck wird die Regierung von der Errichtung und Erweiterung von Einkaufszentren am Rande der Innenstädte abraten.

Um den Umwelt- und Klimaherausforderungen gerecht zu werden, wird die Regierung ihre ehrgeizige Politik zur Bekämpfung der Denaturierung der Böden und der Zersiedelung fortsetzen und verstärken. Diese Politik wird bis zum Jahr 2040 unter Berücksichtigung der Klima-, Umwelt-, sozialen und wirtschaftlichen Ziele unseres Territoriums bewertet.

Hierzu wird die Regierung:

- einen Plan für die schrittweise Überarbeitung von Zonen, die für die Urbanisierung vorgesehen sind oder nicht, ausarbeiten. Um die Notwendigkeit eines Mechanismus zur Kompensation für Eigentümer, gegebenenfalls in Form eines Fonds, zu ermitteln, wird sie eine rechtliche und wirtschaftliche Studie über die möglichen Auswirkungen des RES auf die Grundstücks- und Wohnungspreise in der Zentralität und außerhalb der Zentralität durchführen.
- lokale Behörden unterstützen, insbesondere ländlicher und/oder kleiner Gemeinden, bei der operativen und haushaltsmäßigen Umsetzung ihres Kommunalen Entwicklungsschemas (KES) sowie bei ihren erweiterten Befugnissen in Bezug auf die Ansiedlung von Gewerbe. Die Regierung wird daran arbeiten, die Verfahrensregeln für Städte und Gemeinden, die kürzlich ein KES verabschiedet haben, zu lockern;
- einen Referenzrahmen für die Regenerierung von Gebäuden entwickeln, um deren Wiederverwendung und Renovierung zu beschleunigen, und für die Verdichtung von

Zonen, die für die Urbanisierung geeignet oder bereits urbanisiert sind, unter Berücksichtigung der bebauten und unbebauten Umgebung, der Landschaft und der Nachbarschaft (Erhöhung des Flächennutzungsgrads, Verstärkung von Gemeinschaftseigentum und der vertikalen Bebauung, Schaffung von Wohnungen in den Etagen von Wirtschafts- und Geschäftsaktivitäten, ...);

- auf der Grundlage des Monitorings, das die Entwicklung der Zersiedelung, der Denaturierung und der Verfügbarkeit von Land beschreibt, im Hinblick auf die Ziele und Hinweise des RES und der nachfolgenden KES bis 2035 Korrekturmaßnahmen für Bauland über 50 Ar (planerische Kompensationen für versiegelte Flächen und andere Maßnahmen wie Umweltkompensationen) in Betracht ziehen, die es gegebenenfalls ermöglichen, die Denaturierung schrittweise zu neutralisieren;
- die Entstehung neuer Grünflächen und die Begrünung öffentlicher Flächen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten sowie von städtebaulichen Projekten fördern, insbesondere um den Herausforderungen von Hitzeinseln zu begegnen, gegebenenfalls auf private Initiative;
- spezifische Maßnahmen entwickeln, die dem ländlichen Raum und seinen besonderen Bedürfnissen gewidmet sind, um die Neuausrichtung insbesondere der gemeindenahen Dienstleistungen zu fördern;
- die Empfehlungen der Untersuchungskommission „Überschwemmungen“ umzusetzen, insbesondere die Empfehlungen zum nachhaltigen Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete. Gegebenenfalls werden neue multidisziplinäre Strategiepläne entwickelt, die die verschiedenen Wassereinzugsgebiete abdecken, wobei den aufgrund des Hochwasserrisikos und des Urbanisierungsgrades empfindlichsten Einzugsgebieten Vorrang eingeräumt wird;
- das ministerielle Rundschreiben vom 23. Dezember 2021 über die Bebaubarkeit in Überschwemmungsgebieten aktualisieren und die Zweckmäßigkeit beurteilen, bestimmte Elemente des Rundschreibens oder der Referenzsysteme verbindlich vorzuschreiben;
- die Durchführung der Vorabinformationsveranstaltung (RIP) bei Großprojekten im Stadium des Vorentwurfs (Bedarfsanalyse und Bewertung von Alternativen) vorziehen. Die Regierung wird die Auswirkungen dieser Projekte auf die Gesundheit, die biologische Vielfalt, die Landschaft und die Qualität des Lebensumfelds äußerst aufmerksam verfolgen.
- die Kommunikation und die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen der Bekämpfung der Denaturierung und der Zersiedelung zu verstärken, damit diese die im Bereich der Raumplanung verfolgte Politik besser unterstützen können.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, das Gebiet der Wallonie zu reindustrialisieren und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen, immer unter Beachtung einer sparsamen und optimierten Nutzung des Bodens. Die Regierung muss sich als Regulierer und Vermittler positionieren, um eine Investitionsstrategie für belgische und ausländische Unternehmen, einschließlich KMU und Kleinstunternehmen, zu entwickeln. Die Erreichung dieser Ziele wird insbesondere durch diese verschiedenen Maßnahmen erfolgen:

- auf der Grundlage der von der Ständigen Konferenz für Raumentwicklung (CPDT) durchgeführten Analyse eine Arbeitsgruppe aus öffentlichen und privaten Akteuren einsetzen, die den Auftrag erhält, einen Pfad 2050 für die optimierte Bereitstellung von Grundstücken für wirtschaftliche, industrielle und handwerkliche Zwecke festzulegen, der es ermöglicht, schrittweise mit dem Pfad des Endes der Nettodenaturierung übereinzustimmen;
- eine regionale Strategie für die Entwicklung von Gewerbeparks erarbeiten und dafür sorgen, dass die Mehrjahresplanungen der betreffenden Betreiber mit dieser Strategie

übereinstimmen. In diesem Rahmen wird sie die Empfehlungen aus dem Bericht des Rechnungshofs „Audit der Wirtschaftsparks“ umsetzen. Die Methode zur regelmäßigen Bewertung des Bedarfs an Gewerbegebieten wird angepasst;

- über eine Verfügbarkeit von erschlossenem Land verfügen, das sich in der Nähe von Verkehrsknotenpunkten befindet und schnell mobilisiert werden kann. Zu diesem Zweck will die Regierung die Verfügbarkeit von Grundstücken erhöhen, indem sie vorrangig an der Aufwertung strategischer Brachflächen durch öffentlich-private Partnerschaften arbeitet, aber auch einen Plan zur Aktivierung neuer Gewerbe Parks umsetzt und die Ausstattung von Gewerbe Parks verstärkt, wobei landwirtschaftliche Flächen erhalten bleiben sollen. Das Ziel für die Legislaturperiode ist es, 1500 Hektar bereitzustellen, um die Reindustrialisierung und die Schaffung von Industriearbeitsplätzen in unserem Land zu fördern. Eine „Task Force Brachland“ wird eingerichtet, um die notwendigen Maßnahmen zu ermitteln, die zu ergreifen sind, die zu beseitigenden Hindernisse und die zu mobilisierenden Finanzmittel, um diesen Einsatz zu beschleunigen, sowie ein Ziel für den Einsatz auf bereits urbanisierten Flächen zu setzen;
- den Schutz der Besonderheiten der Gewerbegebiete, insbesondere der Industriegebiete, gewährleisten, um sie vorwiegend auf die Ansiedlung von wirtschaftlichen und industriellen Aktivitäten auszurichten, die diese besondere Umgebung benötigen;
- die verbleibenden Flächen innerhalb von Gewerbegebieten optimieren, um ergänzende Aktivitäten oder andere kompatible Funktionen zu fördern;
- den Mechanismus zur *nachträglichen* Kontrolle von Grundstücksverkäufen, deren Erschließung von der Wallonie subventioniert wurde, in Gewerbe Parks bewerten und überarbeiten;
- Unterstützung der Umwidmung von Neubaugebieten und Brachflächen, ggf. durch öffentlich-private Partnerschaften, durch Vereinheitlichung der verschiedenen bestehenden Kataster, um eine Liste „gebrauchsfertiger“ Standorte zu erstellen, und durch deren Betätigung. Strategische Brachflächen - die insbesondere aufgrund ihres multimodalen Charakters identifiziert wurden - werden ausschließlich für wirtschaftliche Zwecke genutzt. Kleinere Brachflächen in städtischen und ländlichen Zentren, in denen eine Reindustrialisierung nicht möglich ist, werden für gemischte Immobilienprojekte (Wohnungen, Büros, Geschäfte und Dienstleistungen) oder gegebenenfalls bei hohen technischen und/oder finanziellen Einschränkungen (z. B. aufgrund von Umweltverschmutzung) für Grünflächen genutzt. Die Regierung wird die betroffenen lokalen Behörden zu der geplanten Umstellung konsultieren.

Parallel dazu wird die Regierung auch der wallonischen Stadtpolitik besondere Aufmerksamkeit schenken, indem sie die Erneuerung von Stadtvierteln anstrebt und die Mittel auf Stadtentwicklungsprojekte konzentriert, die auf eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Umgestaltung abzielen. Der Finanzierungsmechanismus für die Stadtentwicklung wird überarbeitet, wobei ein Ziehungsrecht bevorzugt wird, das eventuell je nach Größe und Typologie der Gemeinden kalibriert wird, und die funktionale Mischung (Wohnen, Handel, Dienstleistungen, ...) der Projekte im Hinblick auf die im RES oder in einem Kommunalen Entwicklungsschema (KES) vorgesehene räumliche Optimierung berücksichtigt wird. In diesem Zusammenhang sollten wirtschaftliche und kommerzielle Aktivitäten, die mit dem Wohnen in den Stadtkernen vereinbar sind, gelenkt werden. Die Regierung wird eine Bestandsaufnahme der Gewerbebrachen durchführen, um sie möglicherweise für andere Zwecke zu mobilisieren, insbesondere um das Phänomen leerer Geschäftszellen in städtischen und ländlichen Zentren zu bekämpfen. Um diese Maßnahmen und die eingeführte Strategie zu koordinieren, wird die Regierung dafür sorgen, dass finanzielle und operative Mittel bereitgestellt werden, um die Entwicklung von Geschäften, insbesondere von Nahversorgungsgeschäften, in den Stadt- und Dorfkernen zu fördern.

In Bezug auf die Stadtplanung wird die Wallonie insbesondere:

- sicherstellen, dass die Planungsgebühren verhältnismäßig sind und den Zugang zu Wohnraum nicht erschweren und einen Ruling-Mechanismus für diese in Erwägung ziehen, um eine bessere Vorhersehbarkeit zu ermöglichen;
- den Inhalt von Themen verbessern, die bereits im Regionalen Städteplanungsleitfaden (RSPL) behandelt werden, darunter die Zugänglichkeit von Straßen, Gehwegen und öffentlichen Räumen für Personen mit eingeschränkter Mobilität und/oder besonderen Bedürfnissen, Beschilderungen (insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die biologische Vielfalt) usw., und andere Aspekte entwickeln, die insbesondere mit der Qualität öffentlicher Räume, ihrer Durchlässigkeit, der Begrünung öffentlicher Räume und Projekte, der Verwendung biobasierter oder wiederverwendeter Materialien, dem obligatorischen Vorhandensein von Außenflächen für Wohnungen (Balkon, Terrasse usw.), der Einrichtung einer Regenwasserzisterne und der Integration von gemeinschaftlich genutzten oder gemeinschaftlichen Einrichtungen und Anlagen zusammenhängen;
- die Auswirkungen des ministeriellen Rundschreibens zu touristischen Unterkünften bewerten und ggf. notwendige Korrekturmaßnahmen ergreifen.

Um die Umsetzung dieser verschiedenen Ziele zu erreichen, muss die Wallonie auch eine administrative Vereinfachung betreiben und ständig auf die Praktikabilität der Normen achten. Diese wird insbesondere erreicht durch:

- die effektive Entmaterialisierung von Städtebaugenehmigungen, um den Verwaltungsprozess flüssiger zu gestalten, indem sowohl den Antragstellern, den beratenden Instanzen, den Bürgern als auch den zuständigen Behörden mehr Komfort geboten wird, und um die Bürgerbeteiligung zu erhöhen und die Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Die Regierung wird Schritt für Schritt vorgehen und darauf achten, dass sie die verschiedenen Akteure bei diesem digitalen Übergang begleitet und dabei die Belastungen für die lokalen Behörden und die digitale Kluft berücksichtigt. Die Möglichkeit, einen Antrag in Papierform einzureichen, wird für Bürger beibehalten und für professionelle Akteure abgeschafft, aber die Akten werden nach einer erneuten Eingabe elektronisch bearbeitet. Dank der papierlosen Abwicklung kann sich der Antragsteller jederzeit über den Stand seines Antrags und den Entscheidungsprozess informieren;
- eine feinere Digitalisierung von Raumplanungsinstrumenten, die einen ebenso legalen Wert wie die Papierversion erhalten wird;
- eine Hilfe bei der Vervollständigung von Genehmigungsanträgen oder sogar eine Vereinfachung, vor allem für Projekte, die nicht zwingend einen Architekten benötigen. Die Wallonische Regierung beabsichtigt, die wallonische Verwaltung als Vermittler auszubauen, der sich auf die Begleitung der Antragsteller konzentriert. Die Regierung wird die Einführung eines Ruling-Mechanismus in Erwägung ziehen, um Investitionen zu sichern und Verfahren zu beschleunigen;
- es wird eine Verwaltungsrechtsprechung für die Anwendung von Stadt- und Raumplanungsvorschriften entwickelt, um durch einheitliche Auslegungen der Rechtsvorschriften Gleichbehandlung, Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit von Verwaltungsentscheidungen zu gewährleisten.

Unbeschadet der allgemeinen Stabilität des Rechtsrahmens werden dennoch einige punktuelle Überarbeitungen geprüft und gegebenenfalls durchgeführt, um die wallonischen Ambitionen in Bezug auf verwandte Herausforderungen wie Umwelt, Klima und Biodiversität zu stärken. Diese Überarbeitungen könnten auch darauf abzielen, die Antragsformulare für die Genehmigung einschließlich der Anhänge und der Anzahl der einzureichenden Exemplare zu vereinfachen und die Tabelle der genehmigungsfreien Handlungen und Arbeiten oder der Arbeiten mit begrenzten Auswirkungen zu verdeutlichen.

## Umwelt

Die Regierung wird ihre Umweltpolitik auf drei Säulen ausrichten: Objektivierung der wissenschaftlichen Daten unter Beachtung des Vorsorgeprinzips, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Akteure und Wiederherstellung des Vertrauens.

Die Regierung wird insbesondere die Beschaffung wissenschaftlicher Daten verstärken, die es ermöglichen, die Auswirkungen auf die Lebensumwelt und die öffentliche Gesundheit zu bewerten und konkrete Maßnahmen unter Einbeziehung des Vorsorgeprinzips festzulegen. Sie wird bei diesen Maßnahmen auf größtmögliche Transparenz achten.

### Ein verstärkter Kampf gegen PFAS und neu auftretende Schadstoffe

Um das Risiko einer Exposition gegenüber PFAS zu verhindern, wird die Regierung vorrangig eine Kartografie potenziell verschmutzter Standorte vornehmen und eine Strategie für deren Verwaltung aufstellen und umsetzen. Diese Informationen werden öffentlich zugänglich sein. Die Regierung wird die Biomonitorings in den Zonen, in denen Umweltverschmutzung festgestellt wurde, fortsetzen und vom Generalsekretär des ÖDW einen detaillierten Bericht über die Prozesse des Informationsaustauschs und der Entscheidungsfindung zwischen Verwaltung, Kabinetten und externen Dritten vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse anfordern.

Die Regierung wird rasch einen gesetzlichen Rahmen schaffen, der Normen und Grenzwerte für die Wachsamkeit in Bezug auf PFAS in Böden und Wasser, insbesondere in Leitungswasser, festlegt, und zwar in Verbindung mit der Entwicklung der europäischen Regulierungen und der nationalen und internationalen Empfehlungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Um die Gesamtexposition der Bevölkerung zu verringern, wird sich die Regierung mit dem Föderalstaat abstimmen und sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines hohen Regulierungsniveaus bezüglich des PFAS-Gehalts von Produkten, die auf dem belgischen Markt angeboten werden, einsetzen. Die Regierung wird die Suche nach Alternativen zur Verwendung von PFAS fördern.

Es wird eine Strategie für das Krisenmanagement bei der Feststellung von Umweltverschmutzungen entwickelt, die in Verbindung mit föderalen und europäischen Institutionen Umweltuntersuchungen umfasst, um die Hauptquellen der Schadstoffbelastung sowohl für die Ökosysteme als auch für die Bevölkerung sowie geeignete Maßnahmen zu ermitteln.

Der Prozess der Kommunikation mit der betroffenen Bevölkerung, den lokalen Behörden und den Interessenvertretern wird überprüft, um eine schnelle und transparente Information zu gewährleisten.

Die Regierung wird eine Strategie für den Umgang mit Mikroschadstoffen und endokrinen Disruptoren umsetzen. Die Regierung wird eine spezielle Aufgabe einführen, um komplexe Verschmutzungen (PFAS usw.) zu verhindern und zu bewältigen.

Die Wallonie wird die Abstimmung mit den anderen staatlichen Ebenen fortsetzen, um einen Entschädigungsfonds für Bürger, die Opfer von PFAS-Verschmutzung sind, auf der Grundlage des Verursacherprinzips einzurichten. Bis zur Einrichtung dieses Fonds wird die Region dafür sorgen, dass eine Vorfinanzierung der empfohlenen medizinischen Untersuchungen für Personen, deren PFAS-Wert im Blut über dem hohen Schwellenwert liegt, sichergestellt wird, wenn diese nicht vom LIKIV finanziert werden.

## Moderne Umweltgenehmigungen

Die Regierung beabsichtigt, die Gesetzgebung zur Umweltgenehmigung zu reformieren, um insbesondere die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (ZNE) besser zu erfassen. Sie wird die Entmaterialisierung fortsetzen, um die Datenverarbeitung flüssiger zu gestalten und die Folgeprozesse sowohl für Unternehmen als auch für Behörden zu vereinfachen. Der Fluss der Anträge auf Verlängerung von Genehmigungen, das neue Verfahren zur Aktualisierung der Betriebsbedingungen und die von der Verwaltung benötigten Mittel werden einer detaillierten Analyse unterzogen. Die Regierung wird die Genehmigungen lesbarer und allgemein verständlicher machen.

Darüber hinaus wird ein beschleunigtes Verfahren für Wirtschaftssektoren eingeführt, die als vorrangig eingestuft werden, wobei gleichzeitig ein hohes Maß an Aufmerksamkeit für die Herausforderungen in den Bereichen Klima, Umwelt und Biodiversität gewährleistet wird. Bei strategischen Industrieprojekten kann der Antragsteller auf der Grundlage einer Absichtserklärung ein ausdrückliches und abgestimmtes Verfahren der vorherigen Stellungnahme beantragen.

Jede Überarbeitung der Standards für Tätigkeitsbereiche, die aus Sicht der Umwelt und der Gesundheitsfürsorge ein Risiko darstellen, wird in Absprache mit den Interessengruppen sichergestellt. Die Regierung wird darauf achten, dass diese Überprüfungen evolutionär sind und so weit wie möglich in eine europäische Dynamik eingebunden werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Bei diesen Überprüfungen wird außerdem das Vorsorgeprinzip im Verhältnis zu den festgestellten Risiken angewandt.

## Böden, die das Naturkapital erhöhen

Die Regierung wird das Wissen über den Zustand der Böden auch mit den Forschungsorganen der Forst- und Landwirtschaft zusammenführen, um einen regelmäßig aktualisierten Überblick und objektive Daten über den Zustand der Böden zu erhalten.

Die Verfeinerung der Daten über den biologischen Zustand des Bodens, den Humusgehalt, den Kohlenstoffgehalt und die verschiedenen Verschmutzungen wird es ermöglichen, gezielte sektorische Politiken zur Verbesserung der Bodenpraktiken und des Bodenmanagements aufzubauen.

Die Regierung wird Zonen einrichten, für die vorausgehend Umweltstudien ausgearbeitet wurden und die regelmäßig neu bewertet werden, um spätere individuelle Verfahren für die wirtschaftliche Ansiedlung zu erleichtern. Vorrangig sind Gebiete betroffen, die saniert wurden oder deren Umweltzustand bereits bekannt ist. Die SPAQuE wird damit beauftragt, das für die Festlegung dieser Gebiete erforderliche Fachwissen bereitzustellen.

Die Regierung wird die Entgiftung von Böden und die Sanierung von Brachflächen beschleunigen, indem sie die Verfahren zur Neuzuteilung von Standorten (Genehmigungsanträge etc.) vereinfacht.

Sie wird auch dafür sorgen, dass die Einrichtung von Auffangstätten für ausgehobenen Boden erleichtert wird, und die Vorschriften bewerten, um ihre Effizienz zu verbessern und die finanzielle und administrative Belastung für die Beteiligten zu verringern.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der EU-Verordnung wird eine Bewertung des Bodendekrets im Hinblick auf Elemente der öffentlichen Gesundheit und der Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume vorgenommen werden.

## Verbesserung der Luftqualität

Die Regierung wird das Gesetz zur Bekämpfung der Luftverschmutzung modernisieren und dabei die europäischen Verpflichtungen berücksichtigen.

Die Regierung wird eine Politik zur Verbesserung der Luftqualität, insbesondere in städtischen Ballungszentren, mit anderen Instrumenten als den in der letzten Legislaturperiode aufgegebenen Niedrig-Emissions-Zonen betreiben.

Um die öffentliche Gesundheit ihrer Bürger zu schützen, wird die Regierung die Gesetzgebung zur Qualität der Innenraumluft verbessern, insbesondere im Rahmen ihrer Strategie zur Renovierung von Gebäuden. Ebenso soll die Bevölkerung für die Verschmutzung in Innenräumen sensibilisiert werden.

## Ein Kampf gegen Licht- und Lärmbelästigung

Die Regierung wird ihre Bemühungen zur Optimierung der öffentlichen Beleuchtung (intelligente Beleuchtung usw.) fortsetzen und dabei die Bedürfnisse in Bezug auf die öffentliche Sicherheit, die Energieeffizienz und die Bekämpfung der Lichtverschmutzung gegeneinander abwägen, um insbesondere den Herausforderungen der Biodiversität gerecht zu werden.

Die Regierung wird ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Lärmbelästigung fortsetzen. Sie wird die Lärmgesetzgebung modernisieren und rationalisieren.

Die Regierung wird Standards für den Schutz vor elektromagnetischen Belastungen festlegen, wobei internationale Empfehlungen und die Empfehlungen des Obersten Gesundheitsrats zu beachten sind.

## Eine moderne und leistungsfähige Wasserwirtschaft

Die Regierung wird die Wasserpreise durch einen jährlich berichteten Fünfjahrespfad überwachen, um die Wasserpreise unter Kontrolle zu halten. Außer im Falle außergewöhnlicher Umstände wird die Indexierung des Preises auf die Inflation beschränkt.

Die Regierung wird die Regierungsführung bewerten und gemeinsam mit den Akteuren des Sektors deutliche Verbesserungen vorschlagen. Sie wird an der Umsetzung von Synergien arbeiten (Einstellung, Ausbildung, Forschungszentrum usw.). Sie wird auch die aktiven Interkommunalen rationalisieren, indem sie ihre Rolle und ihr Gebiet definiert.

Die Regierung wird in Absprache mit den Gemeinden und den zugelassenen Abwasserentsorgern analysieren, ob es sinnvoll ist, die ÖGWB mit dem Eigentum und der Verwaltung der Kanalisation zu betrauen.

In Absprache mit den ÖSHZ und den betroffenen Akteuren wird die Regierung weiterhin gegen die Wasserarmut vorgehen, indem sie die vorhandenen Instrumente optimiert.

Die Regierung wird ihre Kenntnisse über den Zustand der Wasserkörper und die Auswirkungen, denen sie durch den Klimawandel ausgesetzt sind, verbessern. Die Regierung wird eine proaktive

und koordinierte Wassermanagementpolitik entwickeln, um die Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere Überschwemmungen und Dürreperioden, zu bekämpfen.

Die Regierung wird die Wasserbewirtschaftungspläne im Hinblick auf die Erstellung der vierten Version bewerten und dabei feststellen, welche Verbesserungen notwendig sind, um mit der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu stehen.

Im Bereich der Wassergewinnung und -verteilung werden die Arbeiten des Regionalen Schemas über die Wasserressourcen (RSWR) fortgesetzt, um die Versorgung zu diversifizieren (Auslaugung, dezentrale Netze, Wiederverwendung usw.) und die Leistungsfähigkeit und den Verbund der Verteilungsnetze weiter zu verbessern.

Um die Wasserqualität in den Häusern zu gewährleisten, wird die Regierung den Austausch von Bleirohren im Netz beschleunigen. Die Regierung wird den Certibeau im Hinblick auf die Einführung eines einheitlichen Passes für Wohnungen evaluieren.

Die Regierung wird dafür sorgen, dass die Verfügbarkeit von Wasser im Rahmen der wirtschaftlichen Attraktivität des Gebiets für Investitionen hervorgehoben wird.

## Optimierte Bewirtschaftung von Abfällen

Die Regierung wird den wallonischen Abfall-Ressourcen-Plan bewerten und aktualisieren. Die Regierung wird eine Bestandsaufnahme vornehmen und die Strategie der Kreislaufwirtschaft umsetzen, um bis 2050 eine maximale Zirkularität zu erreichen.

Die Regierung wird darauf achten, die Kostenwahrheit für Abfall zu reformieren, um die Bemühungen der Bürger und Wirtschaftsakteure um Abfallreduzierung und -trennung in Absprache mit den Gemeindebehörden besser zu belohnen.

Die Governance des Sektors wird um die Zentren der Kreislaufwirtschaft herum neu organisiert, indem ihre Effizienz, ihre Verwaltungskosten und ihr Geschäftsmodell bewertet werden. Die Rolle der Organisationen für Rücknahmepflicht wird klarer definiert. Die Mechanismen zur Rechenschaftspflicht der Produzenten werden robuster gestaltet, um Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu gewährleisten.

Die Regierung wird sich auch bei der Föderalen Behörde dafür einsetzen, dass die Produktstandards nach den Grundsätzen der umweltgerechten Gestaltung, der Langlebigkeit und der Reparierbarkeit von Produkten harmonisiert werden, indem die Steuer- und Regulierungspolitik aufeinander abgestimmt wird. Sie wird sich auf europäischer Ebene für die Festlegung generischer Kriterien einsetzen, die eine Harmonisierung der Definitionen von Abfall und den Ressourcen, die er darstellt, ermöglichen.

Die Regierung wird dafür sorgen, dass die regulatorischen und administrativen Hemmnisse für die Akteure im Bereich Reparatur, Wiederverwendung und Neuverwendung beseitigt werden. Es werden Ausbildungsmöglichkeiten für qualifizierte Berufe geschaffen, die von diesen Unternehmen und Vereinen benötigt werden.

Die EU-Verordnung setzt ehrgeizige Ziele für die Behandlung von Verpackungen bis zum Jahr 2030. Die Regierung steht voll und ganz hinter diesen Zielen. Die Regierung wird eine Bewertung der Umwelt- und Gesundheitsbilanz des Systems der wiederverwendbaren Becher und der Alternativen zu Einwegplastikverpackungen durchführen.

Die Regierung wird auch die Sozial- und Umweltklauseln im öffentlichen Beschaffungswesen verbessern. Sie wird darauf achten, dass die Kriterien der Lansink-Skala, die die verschiedenen Abfallbehandlungen hierarchisch ordnet, in die Leistungsbeschreibungen für alle Verwaltungsebenen aufgenommen werden. Biobasierte, nachhaltige und lokale Produkte werden gefördert.

## Bekämpfung der Umweltkriminalität

Die Regierung beabsichtigt, Littering auszurotten. Um dem entgegenzuwirken, wird sie sowohl an der Prävention als auch an der Repression arbeiten und dabei das Verursacherprinzip einbeziehen.

Die Regierung wird die Vorschriften verbessern, um sie effektiver zu machen, insbesondere im Hinblick auf den Straf- und Bußgeldkatalog. Sie wird die zentrale Datei zur Umweltkriminalität einrichten und dafür sorgen, dass alle relevanten Akteure vor Ort Zugang zu dieser Datei haben. Die Verschmutzung an der Quelle wird besser kontrolliert.

Die Regierung wird eine energische Präventionspolitik einführen.

Sie wird dafür sorgen, dass die Umwelterziehung von frühester Kindheit an gefördert wird, und zwar durch verstärkte Synergien mit der Föderation Wallonie-Brüssel. Zuschüsse für Umwelt- und Bildungsverbände werden auf der Grundlage mehrjähriger Ziele vergeben, um einer Gesamtstrategie mit den betroffenen Sektoren gerecht zu werden.

## Ein Kampf gegen jede Art von Verschwendung

Die Regierung wird die Anstrengungen verstärken, um bis 2030 eine 50%ige Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu erreichen. Die bereits ergriffenen Maßnahmen bei den Endverbrauchern und im HORECA-Sektor werden fortgesetzt. Die Regierung wird auch die Vision über die Optimierung der Agrar- und Nahrungsmittelkette mit den relevanten Akteuren erweitern. Sie wird auch Initiativen unterstützen, damit noch verzehrbare Lebensmittel nicht mehr weggeworfen oder vernichtet werden.

Die Regierung wird an der Objektivierung der Daten über die Vernichtung neuer Nichtnahrungsmittel arbeiten und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, um Spenden und Wiederverwendung zu fördern und diese Ressourcenverschwendung zu begrenzen.

Allgemeiner gesagt: Die Regierung wird darauf achten, das Bewusstsein für Verhaltensweisen zu schärfen, die der Gesundheit, der Umwelt oder dem sozialen Zusammenhalt schaden. In Absprache mit der Föderalen Behörde werden offensichtliche Missbräuche der Verbraucherschutzrechte geahndet und die Instrumente zur Bekämpfung unerwünschter Werbung ausgebaut.

## Landwirtschaft

Landwirtschaft und Ernährung sind eng miteinander verbunden. Die Regierung beabsichtigt daher, eine einzige Agrar- und Lebensmittelpolitik als Grundlage für die ländliche Wirtschaft, die Gesundheit und unsere Ernährungssouveränität zu tragen. Die Regierung möchte die Familienlandwirtschaft fördern, in deren Mittelpunkt Arbeiter stehen, die auf der Grundlage des Know-hows der wallonischen Terroirs Produkte von höchster Qualität herstellen.

Die Welt der Landwirtschaft steht am Schnittpunkt großer Herausforderungen: Klimawandel, Urbanisierung der Welt oder auch ihre Alterspyramide. Die Regierung ist der Ansicht, dass die

Landwirte und die Akteure der Lebensmittelkette am besten in der Lage sind, diese Herausforderungen im Rahmen einer nachhaltigen Landwirtschaft zu bewältigen.

## Faire Rentabilität und Einkommen für unsere Landwirte

In völliger Abstimmung mit dem Sektor möchte die Regierung ihn dabei unterstützen, Absatzmärkte mit hoher Wertschöpfung zu finden, seine Kosten zu senken, eine gerechte Entlohnung zu gewährleisten und ihm die Instrumente an die Hand zu geben, mit denen er Preiskrisen, Umweltherausforderungen und den Klimawandel bewältigen kann.

Ein faires und gerechtes Einkommen wird durch eine rentable Wirtschaftstätigkeit auf den Bauernhöfen erreicht werden. Die Regierung wird dafür sorgen, dass das Image der wallonischen Landwirtschaft und ihre Produkte entsprechend ihrer Qualität gefördert und aufgewertet werden können. Die Förderung wallonischer Produkte wird in einer integrierten Lebensmittel- und Landwirtschaftsstrategie verstärkt. Parallel dazu wird die Regierung weiterhin in das Verbraucherobservatorium investieren, damit die wallonischen Produzenten die Verbrauchernachfrage viel besser einschätzen können. Für unsere Produzenten bedeutet ein besseres Wissen über die Entwicklung des Konsums der Wallonen und Europäer, dass sie neue Absatzmärkte identifizieren, ihre Produkte besser aufwerten und letztendlich eine höhere Rentabilität erzielen können. Die APAQ-W wird als zentrale Stelle für die Verwaltung der öffentlichen Politik bestätigt, die der Landwirtschaft und der Ernährung gewidmet ist (Förderung, Sensibilisierung und Entwicklung). Sie wird aus organischer und funktionaler Sicht die Personal- und Haushaltsressourcen steuern, die diesen Prioritäten gewidmet sind. In diesem Zusammenhang wird die Agentur ihre Rolle als Beobachterin (Verbraucherbeobachtungsstelle) und Marktanimatorin (insbesondere über digitale Plattformen, auf denen Erzeuger und Endverbraucher oder gewerbliche Verbraucher zusammenkommen) ausüben und ausbauen. Sie wird auch aufgefordert werden, ihre Arbeit zur Förderung der Interaktion zwischen den Akteuren in den Wertschöpfungsketten (Landwirte, HORECA, Gemeinden, Verarbeiter und Einzelhandel) fortzusetzen.

Die Regierung wird den Sektor auch dabei unterstützen, sich um starke wirtschaftliche Bezugspunkte herum zu strukturieren (Bio-Label, differenzierte Qualität, k.U., g.U., g.g.A., Marken, ...) und wird die AWEX beantragen, um unser Nahrungsmittelerbe und unsere Region auf internationaler Ebene aufzuwerten.

Die Regierung wird sich in allen relevanten Gremien für eine starke Gemeinsame Agrarpolitik mit einem verstärkten Budget einsetzen, die einen wirtschaftlich gesunden Agrarsektor garantiert, unsere Ernährungssouveränität stärkt und es ermöglicht, sehr hohe Gesundheits- und Umweltstandards zu erreichen.

Ab 2025 wird sich die Regierung im Rahmen der neuen GAP dafür einsetzen, dass diese so einfach wie möglich gestaltet wird, um den Verwaltungsaufwand und die unnötig komplizierten Normen für die Landwirte zu begrenzen. Sie wird dafür plädieren, dass diese neue GAP der wirtschaftlichen Logik der Ernährungssouveränität und der Nachhaltigkeit folgt und insbesondere die Arbeitseinheiten im Umfang der gezahlten Beihilfen berücksichtigt. Die wallonischen Strategiepläne werden so verfasst, dass sie die agronomische Realität respektieren und das Gleichgewicht zwischen Landwirtschaft und Biodiversität fördern. In diesem Zusammenhang wird die Regierung so weit wie möglich die durch Daten geregelte Landwirtschaft zugunsten von agronomischen Konzepten beenden, um mehr Vorhersehbarkeit zu gewährleisten und gleichzeitig die meteorologischen Unwägbarkeiten zu berücksichtigen. Die Regierung wird sich für die Weiterentwicklung der EU-Regelungen einsetzen, um in Hinblick auf die Landwirtschaft zu einem gesunden Menschenverstand zurückzukehren.

Die Regierung wird jede Initiative unterstützen, die es ermöglicht, die Preise im Falle einer Volatilität der Agrarmärkte zu stützen, auch auf wallonischer Ebene. Die Regierung wird an den anderen Posten arbeiten, die das Einkommen der Landwirte schmälern, indem sie insbesondere die von den EU-Gesetzen nicht geforderten Auflagen bewertet und Praktiken unterstützt, die das Einkommen in den Betrieben verbessern (erneuerbare Energien, neue Anbautechniken, Optimierung des Einsatzes von Betriebsmitteln und Pflanzenschutzmitteln, Aufwertung der Produktion usw.).

Die Regierung setzt sich dafür ein, dass die GAP-Programmierungen stabilen, vorhersehbaren Regelungsmustern folgen, die sich an der wirtschaftlichen Realität der Landwirte orientieren. Die Regierung möchte, dass in der GAP Flexibilität möglich ist, damit zeitweilig angespannte Märkte deutlich gestützt werden können.

Die Regierung wird an einer Reform des Status des aktiven Landwirts arbeiten, um die Unterstützung auf die Akteure der Familienlandwirtschaft auszurichten und um den Generationswechsel zu fördern. Die Regierung setzt sich für die Beibehaltung der Kofinanzierung der zweiten Säule ein.

Einschränkungen, die durch andere Gesetze als die GAP-Verordnung auferlegt werden, müssen über glaubwürdige Alternativen, eine Begleitung und einen gerechten und dauerhaften Ausgleich nach einer Bewertung der sozioökonomischen Auswirkungen umgesetzt werden können.

Der Agrarsektor ist von strategischer Bedeutung. Deshalb plädiert die Regierung für die landwirtschaftliche Ausnahme, die bedeutet, dass wir den internationalen Handel akzeptieren, aber unfaire Praktiken ablehnen, die unsere Ernährungssouveränität verzerren, indem wir Produkte akzeptieren, die unsere Gesundheits-, Pflanzenschutz- und Umweltstandards nicht einhalten. Aus diesem Grund wird die Regierung verlangen, dass Spiegelklauseln in Freihandelsabkommen aufgenommen werden, weshalb sich die Regierung verpflichtet, dem MERCOSUR in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen. Unsere hochwertigen Agrarprodukte und Lebensmittel werden weiterhin auf den Auslandsmärkten beworben, indem sie von unserer Exportagentur unterstützt werden.

Die Regierung wird die ihr unterstellten Behörden reorganisieren, um sie zu modernisieren, Landwirtschaft und Ernährung zusammenzufassen, gegebenenfalls auf die Beibehaltung ihrer Zulassung achten und den Service für die Nutzer erheblich verbessern. Sie wird alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um ihren europäischen Verpflichtungen nachzukommen, sie zu Instrumenten zur Unterstützung der Sektoren zu machen, die über echte Kenntnisse vor Ort verfügen, und ein Prinzip des Vertrauens a priori gegenüber den Akteuren vor Ort anzuwenden. Abgesehen von Ausnahmesituationen dürfen Standards und Kontrollen nicht über die europäischen Anforderungen hinausgehen und das Recht auf Fehler muss verinnerlicht und durchgesetzt werden.

Für Behördengänge wird die Regierung eine persönliche Betreuung mit einer einzigen Kontaktstelle einrichten.

## **Eine Landwirtschaft, die die Gesundheit bewahrt**

Die Regierung steht voll und ganz hinter der von der europäischen und föderalen Politik eingeführten Gesundheits- und Pflanzenschutzpolitik, die darauf abzielt, alle gesundheits- und umweltschädlichen Produkte systematisch abzuschaffen, sowie hinter den Zielen, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) und Antibiotika zu reduzieren. Sie möchte eine nachhaltige

Lebensmittelproduktion anstreben, die die höchsten Gesundheits- und Umweltstandards garantiert.

Um dies zu erreichen, stützt sie ihr Handeln auf die *Science-based*-Methode, indem sie ihr Handeln in das *One-Health*-Konzept einbettet und bei nachgewiesenen Gesundheits- und Umweltrisiken das Vorsorgeprinzip einbezieht. Sie wird weiterhin politische Anreize schaffen, um die Praktiken ständig zu verbessern.

Die Regierung wird sich auf den zuständigen Regierungsebenen für eine dynamische Politik in Bezug auf nachhaltigere Alternativen einsetzen und dabei auf eine schnellere Markteinführung von weniger gefährlichen Produkten und krankheits- und schädlingsresistenten Pflanzen drängen. Die Regierung wird die Forschung zu Alternativen und Praktiken, die den Einsatz von PSM einschränken, erheblich ausweiten. Sie wird Präzisionswerkzeuge fördern, mit denen Schädlinge erkannt und verhindert werden können.

Die Regierung wird die Rückkehr von Krankheiten, die durch Wildtiere übertragen werden, sehr aufmerksam verfolgen. Sie wird Maßnahmen ergreifen, um die Afrikanische Schweinepest zu verhindern und gegebenenfalls einzudämmen.

## Eine auf Junglandwirte zugeschnittene Bodenpolitik

Die Regierung wird Maßnahmen ergreifen, die die Übertragung von Bauernhöfen und den Fortbestand des Berufs ermöglichen. Sie wird die Niederlassungsbeihilfen ausweiten und die Begleitmaßnahmen für neue Übernehmer verstärken. Sie wird prüfen, wie die Kontaktaufnahme für Betriebsübernahmen insbesondere über eine einzige Kontaktstelle innerhalb der Außendirektionen der Verwaltung sowohl für Übernehmer als auch für Überlasser verbessert werden kann.

Sie wird auch innovative und professionelle Bewirtschaftungsformen fördern, die sich in den Rahmen der Familienlandwirtschaft einfügen, wie z. B. die gemeinsame Nutzung von Geräten, Zusammenschlüsse aktiver Landwirte, Genossenschaften und Erzeugergemeinschaften oder die Bereitstellung von hochqualifiziertem Fachwissen innerhalb der Landwirte. Es werden administrative Erleichterungen vorgenommen und Anreize erforscht.

Die Regierung wird Maßnahmen, einschließlich steuerlicher Maßnahmen, bezüglich der Grundstückspreise für aktive Landwirte ergreifen, um jede Form der Spekulation zu bekämpfen. Die Arbeit der Beobachtungsstelle für Grundstücke wird beibehalten und gegebenenfalls sogar ausgeweitet, um einen umfassenden Überblick über den Markt zu erhalten.

Die Regierung wird sich mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um ihr Optionsrecht zu aktivieren, und sie wird auch die Möglichkeit untersuchen, ein System der finanziellen Unterstützung zugunsten der jungen und neuen Übernehmer vorzusehen. Sie wird die Entwicklung von erneuerbaren Energien in landwirtschaftlichen Gebieten (Agrovoltaik, Biogas usw.) streng einrahmen. Sie wird jeden Mechanismus (Vorkaufsrecht, innovative Form des Eigentumsrechts usw.) prüfen, der den Schutz von Land mit Ernährungsfunktion ermöglicht.

Sie wird die Reform des Pachtvertrags bewerten und in Absprache mit anderen Regierungsebenen Anreize für die Parteien schaffen, damit sie sich an diese Gesetzgebung halten. Außerdem wird sie die Gesetzgebung bei den beteiligten Akteuren besser bekannt machen. Die Regierung wird auch den Austausch von ländlichen Gütern, insbesondere auf gütlichem Wege, erleichtern.

## Eine Unterstützung für kurze Wege, lokale Wertschöpfungsketten und Bio-Landwirtschaft

Die Regierung wird weiterhin die Entstehung von Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen und Direktverkauf fördern. Sie wird die Strukturierung der lokalen Sektoren und Wertschöpfungsketten fördern, damit diese wettbewerbsfähig sind.

In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen wird die Regierung die Unterstützung für kurze Transportwege bewerten, um den Bedürfnissen der Gebiete gerecht zu werden und die Rentabilität des Sektors zu fördern. Sie wird die Entstehung von Lösungen dort fördern, wo nachweislich Bedarf besteht (z. B. in Schlachthöfen). Sie wird sich auch bei der EU dafür einsetzen, dass sie ihre Positionen zu staatlichen Beihilfen und deren Vereinbarkeit mit der Förderung lokaler Produkte klarstellt. Die Regierung wird dafür sorgen, dass die Agrar- und Lebensmittelpolitik kohärent ist, auch in Bezug auf wirtschaftliche Unterstützung und Investitionen.

Sie wird die Aufgaben und die Rolle der öffentlichen Strukturen klären, indem sie sie in einer kohärenten Agrar- und Ernährungspolitik rationalisiert. Sie wird auch darauf achten, in ihren eigenen Gemeinschaften konsequent zu sein, indem sie Bieter und öffentliche Auftraggeber dafür sensibilisiert, dass es sinnvoll ist, sich an starken und professionellen kurzen Transportwegen zu beteiligen. Der Zugang zu unseren Qualitätsprodukten wird in unseren Schulen besonders hervorgehoben.

Die Regierung wird den Bioplan unabhängig bewerten und kann ihn gegebenenfalls anpassen. In jedem Fall wird sie den Biosektor mit einer nachfrage-, angebots- und innovationsorientierten Strategie weiterhin nachdrücklich unterstützen.

Die Nachfrage nach Produkten aus ökologischem Landbau stagniert, da der Verbrauch in den meisten Produktionsbereichen zu gering ist. Die Regierung möchte die Förderung und Marktforschung fortsetzen, um die Kenntnisse über die Bedürfnisse des Marktes zu verfeinern und *letztlich* den Konsum wallonischer Bio-Produkte zu steigern. In diesem Zusammenhang wird die Regierung die Verwendung von Bio- und/oder lokalen Produkten in öffentlich finanzierten Kantinen fördern. Ebenso wird die Regierung einen bedeutenden Anteil der Unterstützung für Bio-Bauern in der GAP beibehalten und in Forschung und Innovation investieren, um die Branche leistungsfähiger zu machen

## Ein Anreiz für Weiterbildung, Forschung und Innovation in der Landwirtschaft

Unsicherheiten, Veränderungen in der Branche und ein niedriges Einkommen führen bei einigen Bäuerinnen und Bauern zu einer Notlage. Um sie zu unterstützen, wird die Regierung darauf achten, dass Dienste wie Agricall und der Vertretungsdienst erhalten bleiben, und mit ihnen nach möglichen Verbesserungsansätzen suchen.

Der Agrarsektor ist einem ständigen Wandel unterworfen, was eine Begleitung dieser Veränderungen erfordert. Eine Weiterentwicklung des Managements ist unerlässlich und muss über eine stärkere Koordination und Integration der Expertenakteure erfolgen.

Die Unterstützung der Privatinitiative und der Autonomie der Landwirte bei der Auswahl ihrer Berater wird durch die Einführung von zugelassenen landwirtschaftlichen Beratern erleichtert. So wird die Regierung für die Professionalisierung und Unabhängigkeit des Sektors sorgen, insbesondere für den Beruf des land- und forstwirtschaftlichen Beraters.

Gemeinsam mit der Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel wird die Regierung die Generalstände der landwirtschaftlichen Bildung und Ausbildung einrichten, um die neuen Herausforderungen der Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts besser zu erfassen. Die Regierung wird dafür sorgen, dass das Angebot der Bildungsakteure, die in der Berufsbildung in der Landwirtschaft tätig sind, optimiert wird.

Die Regierung wird darauf achten, dass das Bild und die Realität der wallonischen Landwirtschaft in Schulen, Bildungsmedien und in der breiten Öffentlichkeit korrekt vermittelt werden. Schließlich wird die Regierung in Zusammenarbeit mit den Akteuren des ländlichen Raums darauf achten, die Bewohner ländlicher Gebiete dafür zu sensibilisieren, wie das Zusammenleben in diesen Räumen, in denen die Landwirte einen wichtigen Platz einnehmen, gestaltet werden kann.

Die Regierung ist davon überzeugt, dass die Lösung der großen Herausforderungen durch angewandte Forschung, Pragmatismus und Vertrauen in die Akteure vor Ort erfolgen wird. Die Regierung möchte all diese Initiativen in einem globalen Programm zusammenfassen, das den Privatsektor, Landwirte, öffentliche und halböffentliche Forschungszentren, Verbände und alle anderen Initiativen einbezieht, die sich an ein definiertes wissenschaftliches Anforderungsniveau halten, um eine nachhaltigere Landwirtschaft anzustreben.

Zu diesem Zweck wird die Regierung alle wallonischen Forschungsinstrumente um eine einzige Strategie herum optimieren und koordinieren, und zwar in einer flexiblen und reaktiven Gesamtheit, wie z. B. die Einrichtung von gemischten Forschungseinheiten. Die Regierung wird die Infrastruktur der Agrarforschung modernisieren und die Labore in einem einzigen Forschungszentrum zusammenführen.

Diese Strategie wird ein Referenzsystem schaffen, das in der Praxis angewendet werden kann, um Versuche mit allen wallonischen Bodentypen, allen Landwirtschaftsmodellen und allen wallonischen Produktionssektoren zu vervielfachen. Alle Aspekte der Nachhaltigkeit (sozial, wirtschaftlich, ökologisch) werden in dieses Referenzsystem einbezogen und auf Betriebsebene analysiert. Es werden Anreizmechanismen untersucht, um die finanziellen Verluste für diese Akteure vor Ort zu begrenzen.

In diesem Rahmen wird eine angepasste Kommunikation über die Forschungsprojekte sowohl für den Sektor als auch für die breite Öffentlichkeit vorgesehen, insbesondere über Profile, die zwischen Wissenschaftlern und Landwirten vermitteln, um die bewährten Praktiken möglichst vielen Menschen näher zu bringen.

Schließlich wird die Regierung private Akteure in die Strategie einbeziehen, die daran interessiert sind, sich an dieser Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft zu beteiligen.

## Eine Landwirtschaft, die den Übergang mitgestaltet und die Biodiversität schützt

Die Regierung wird alle Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und Praktiken unterstützen, die der Verbesserung von Ökosystemen förderlich sind und den Rückgang der Artenvielfalt aufhalten.

Die Regierung wird einen Mechanismus für landwirtschaftliche Katastrophenfälle beibehalten und alle Möglichkeiten zur Entschädigung von witterungsbedingten Ertragseinbußen prüfen.

Die Regierung möchte die Energiepolitik von der Landwirtschaft aus klären und neu ausrichten, um eine gesunde Grundlage für die Entwicklung zu schaffen.

Die Regierung wird auch besonders auf neue Gesetze achten, die sich mit der Kohlenstoffbindung und der Reduzierung von Kohlenstoffemissionen aus dem Agrarsektor befassen.

Gleichzeitig beabsichtigt die Regierung, die Biomethanisierungsbranche auf Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe zu entwickeln. Die Entwicklung von Photovoltaikanlagen, wenn nötig mit Flexibilisierungsinstrumenten, wird auf großen künstlichen Flächen (Parkplätze, Dächer von landwirtschaftlichen Infrastrukturen usw.) angeregt.

Die Regierung möchte auch neue Formen der Verwertung von Biomasse aus land- und forstwirtschaftlichen Flächen erforschen und dabei sowohl die Ziele der Erhöhung der Biodiversität als auch der Verbesserung des Bodenzustands verfolgen. So sind im Forschungsprogramm wirtschaftliche Wertschöpfungsketten für Hecken, erosionshemmende Grasstreifen, Brachland oder auch Biomasse an Straßenrändern Wege zur Verwertung von Biomasse, die weiterverfolgt werden.

In Absprache mit dem Berufsstand wird die Regierung dafür sorgen, dass eine Vernetzung der Tierärzte in ländlichen Gebieten mit einem ländlichen Bereitschaftsdienstsystem vorgesehen wird. Sie wird bereits ergriffene Initiativen wie das Berufsobservatorium in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Ebenen unterstützen, um die Realität vor Ort zu berücksichtigen und junge Tierärzte anzuziehen und zu bewegen, sich dauerhaft niederzulassen.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem Sektor wird die Regierung den Bienenzuchtplan fortsetzen und prüfen, wie der Sektor besser strukturiert werden kann, um die Ausbildung der Mitglieder zu verbessern, die Forschung auszubauen und die Praktiken vor Ort zu verbessern, insbesondere die Bekämpfung invasiver Arten.

Die Regierung wird darauf achten, die Aquakultur zu unterstützen, indem sie die Beihilfen fortsetzt, die die Übertragung von Betrieben ermöglichen, und indem sie die Hemmnisse für die Entwicklung von Betrieben vereinfacht.

## Natur, Jagd, Fischerei und Biodiversität

Durch ihre Natur- und Forstpolitik wird die Regierung versuchen, die Koexistenz und die Synergien zwischen menschlichen Aktivitäten und Naturräumen zu verbessern, mit besonderem Augenmerk auf die Biodiversität.

Um ihre Entscheidungen auf eine solide wissenschaftliche Grundlage zu stellen, wird die Regierung Indikatoren entwickeln und verstärken, die es ermöglichen, den Zustand unserer natürlichen Ökosysteme möglichst genau zu überwachen. Die wissenschaftliche Kartografie des ökologischen Netzwerks wird abgeschlossen. Sie wird indikativ, entwicklungsfähig und öffentlich sein und als Entscheidungshilfe für andere Zuständigkeiten der Regierung (Energie, Landwirtschaft usw.) dienen.

Das Ziel der Regierung ist es, das grün-blaue Netz in vom Menschen stark veränderten Umgebungen weiter auszubreiten, indem diese Dimensionen in die Realität dieser Bereiche (Landwirtschaft, Städte, Wälder usw.) integriert werden. Dies wird gelingen, indem man die Akteure vor Ort begleitet und ihnen die richtigen Anreize für ihre Anstrengungen bietet, um eine tugendhaftere Bewirtschaftung der produktiven Ökosysteme anzustreben. Die Stärkung der Indikatoren wird es ermöglichen, die Entwicklung der Ökosysteme und der damit verbundenen

Biodiversität zu bewerten und Praktiken zu stärken, die eine höhere biologische Aktivität fördern und mit den lokalen Aktivitäten vereinbar sind.

Die Regierung wird die im Gesetz zur Wiederherstellung der Natur vorgesehenen Bestimmungen umsetzen und dabei die notwendige europäische Nahrungsmittelautonomie und die gerechte Entlohnung der Landwirte berücksichtigen. Bis 2026 muss die Regierung einen regionalen Restaurationsplan aufstellen und dabei die Besonderheiten unseres Landes berücksichtigen. Der Plan wird einen Pfad bis 2050 vorsehen, um alle Lebensräume mit schlechtem Erhaltungszustand schrittweise wiederherzustellen. In diesem Rahmen wird die Regierung eine Konzertierung mit allen Beteiligten organisieren, um die Maßnahme in Partnerschaft mit den Akteuren vor Ort umzusetzen.

Die Regierung wird das Ziel weiterverfolgen, den Anteil des wallonischen Territoriums mit starkem Schutzstatus bis 2030 von 1 % auf 5 % zu erhöhen.

Die Regierung wird die Strategie Biodiversität 360° evaluieren. Sie wird auch das wallonische Dekret über das Naturschutzgesetz reformieren und aktualisieren, um es an die europäischen Verpflichtungen anzupassen.

Die Regierung wird das Ziel verfolgen, bewohnte Gebiete stärker zu begrünen. In diesem Rahmen wird die Regierung darauf abzielen, eine Verteilung der grünen Infrastruktur über die gesamte Wallonie zu erreichen.

Eine Vereinfachung aller Verwaltungsorgane der Naturparks in der Wallonie wird umgesetzt. Die Regierung wird die Einrichtung von Nationalparks fortsetzen und dafür sorgen, dass ein Modell entwickelt wird, das finanzielle Autonomie ermöglicht.

Die Regierung wird die Maßnahmen zugunsten der „gewöhnlichen Natur“ fortsetzen und verstärken: differenzierte Bewirtschaftung öffentlicher Flächen und privater Gärten, Begrünung von Städten, Gebäuden, Gewerbegebieten usw. In diesem Rahmen wird die Regierung darauf achten, Unternehmen, Bürger, Behörden und den gemeinnützigen Sektor in die Überlegungen zur Biodiversität einzubeziehen, und Wege für Synergien zwischen Natur und menschlichen Aktivitäten aufzeigen (z. B. differenzierte und damit kostengünstigere Bewirtschaftung von Grundstücken).

Die Wallonische Regierung wird ihre Bemühungen in Bezug auf Kommunikation, Sensibilisierung, Popularisierung und Bildung in Bezug auf den Schutz der Biodiversität fortsetzen.

Die Regierung wird den regionalen Aktionsplan für Bestäuber im Rahmen der nationalen Strategie für Bestäuber 2021-2030 so schnell wie möglich umsetzen.

Sie wird den „Wolfsplan“ bewerten und eine mit den betroffenen Akteuren abgestimmte Strategie entwickeln, um möglichen Schädigungen vorzubeugen. Die Regierung wird auch die Rückkehr von Arten, die bei uns ausgestorben sind, und ihre Auswirkungen auf das Biotop untersuchen.

Gemeinsam mit den Behörden und den betroffenen Akteuren wird die Regierung die Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung invasiver Arten (Tiere und Pflanzen) verstärken, um viel früher und reaktiver handeln zu können.

Die Regierung wird die Verwaltung der Revalidierungszentren für Wildtiere verbessern und auf eine gerechte Verteilung in der Wallonie achten.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Wallonie wieder aufzuforsten, um sowohl zur Biodiversität als auch zur Entwicklung der Agroforstwirtschaft und zur Bindung von CO<sub>2</sub> beizutragen.

Die Regierung wird sich zum Ziel setzen, die Ziele des Forstgesetzes insbesondere dadurch zu gewährleisten, dass sie das Gleichgewicht der verschiedenen Funktionen des Waldes sicherstellt, Maßnahmen zur Sicherung des Gleichgewichts zwischen Laub- und Nadelbäumen ergreift und Maßnahmen zur Anpassung des Waldes an den Klimawandel fortsetzt.

Dies wird insbesondere durch die Festlegung einer echten Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung der Holzbranche in Partnerschaft mit Unternehmen und Eigentümern geschehen, um die Wertschöpfung der forstwirtschaftlichen Produktion zu erhöhen und diesen Sektor zu entwickeln.

Die Regierung wird eine Forststrategie einführen, um den Übergang zu einer nachhaltigeren Forstwirtschaft unter Berücksichtigung des multifunktionalen Ansatzes der Wälder zu gewährleisten. Sie wird die Modalitäten der Waldzertifizierung (PEFC oder FSC) bewerten.

In Partnerschaft mit den Eigentümern wird die Regierung Maßnahmen einführen, die der Biodiversität und den Ökosystemen, nützlichen Praktiken zur Anpassung an den Klimawandel usw. förderlich sind.

Die Regierung wird den ökologischen Wert der alten Wälder objektivieren und die Relevanz eines *Ad-hoc*-Schutzstatus analysieren.

Die Stärkung der forstlichen Forschung muss sich insbesondere auf die Auswirkungen des Klimawandels und die bewährten Anpassungspraktiken konzentrieren, die je nach Boden und Biotop anzuwenden sind. Sie wird die Versorgungskette für Forstsamen strukturieren, indem sie beispielsweise öffentlich-private Partnerschaften entwickelt.

Die Regierung wird darauf achten, dass für die Waldmassive an den Regionalgrenzen einheitliche Regelungen und Bewirtschaftungsmethoden gelten.

Die Entwicklung von stadtnahen Wäldern und lokalen Forstprojekten in Partnerschaft mit den betroffenen Akteuren muss fortgesetzt werden.

Die Regierung wird die Zugänglichkeit für Jugendbewegungen im Wald verbessern.

Die Regierung wird die Arbeitsweise der Abteilung Natur und Forstwesen (ANF) modernisieren und die Unterscheidung zwischen ihren Beratungs-, Verwaltungs- und Kontrollaufgaben für die Nutzer transparenter machen.

Die Regierung wird Maßnahmen zur Förderung der Sicherheit bei der Jagd, der Ausbildung von zukünftigen Jägern und der ständigen Weiterbildung von Jägern im Hinblick auf die Sicherheit und darüber hinaus den Tierschutz bei der Jagd unterstützen. Sie wird auch die Informationsmaßnahmen für Jagdzeiten verbessern. „*Chasse-on-Web*“ wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die Regierung wird die Maßnahmen zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensräume in den Ebenen in Absprache mit dem Umwelt-, Landwirtschafts- und Jagdsektor fortsetzen. Um die Schäden an der landwirtschaftlichen Produktion einzudämmen, werden Maßnahmen zur Eindämmung der Wildschweinpopulationen ergriffen und jährlich in Absprache mit den Jagdräten

und der ANF angepasst. In Absprache mit den Jagdräten wird eine regelmäßige Bewertung der angestrebten Wilddichte von Hirschen vorgeschlagen, die sich an den Entwicklungen der Biotope und des Verbreitungsgebiets orientiert, um ein Gleichgewicht zwischen Fauna und Flora zu gewährleisten.

Die Regierung wird die Möglichkeit prüfen, einen Jagdfonds einzurichten, von dem ein Teil in Absprache mit dem Sektor für Sicherheits- und Aufklärungsmaßnahmen zur Wiederherstellung von Lebensräumen verwendet werden kann. Für die Jagdräte wird eine Vereinfachung der Verfahren geprüft.

In Absprache mit den Jagdräten werden die Jägerschaft und die ANF voll in den Kampf gegen invasive Arten einbezogen. Auch Anträge auf Vernichtung von Arten, die die biologische Vielfalt oder Kulturen schädigen, werden vereinfacht und müssen innerhalb einer bestimmten Frist bearbeitet werden. Die Vereinfachung dieser Entscheidungen wird hinsichtlich der Gesamtentwicklung der Tierwelt und der Biodiversität überwacht.

Die Regierung wird die Aufwertung und Förderung von Wildfleisch aus der Wallonie, z. B. im Horeca-Sektor, anregen.

Die Regierung wird die Aufgaben der Anti-Wilderer-Einheit klären.

Die Regierung wird die Freizeitfischerei weiterhin fördern und den Sektor bei seiner Strukturierung unterstützen, insbesondere bei der Sensibilisierung und Erziehung zu verantwortungsvollem Angeln. Sie wird mit dem Sektor zusammenarbeiten, um die Bedrohungen für die Fisch- und Meeresumwelt zu bekämpfen, insbesondere durch die Einführung von Bewirtschaftungsplänen.

## Ländlicher Raum

Die Regierung wird darauf achten, die ländliche Dimension in alle ihre verschiedenen Politikbereiche (Wirtschaft, Steuern, Gesundheit, Mobilität usw.) zu integrieren. In Zusammenarbeit mit der Föderalregierung, der Föderation Wallonie-Brüssel und den lokalen Behörden wird sich die Regierung für einen gerechten Zugang zu öffentlichen und bürgernahen Dienstleistungen (Bahnhöfe, Post, Geldautomaten, Gesundheit, Telekommunikation usw.) einsetzen, indem sie praktische Lösungen einführt und auf bereits bestehenden und funktionierenden Strukturen aufbaut.

Die Herausforderungen der Mobilität in ländlichen Gebieten werden berücksichtigt, sei es bei der Besteuerung oder beim öffentlichen Verkehr. Die Regierung wird besonders auf das Angebot an Gesundheitsversorgung und den Zugang zu Betreuungseinrichtungen in bestimmten Teilen des Landes achten, insbesondere in jenen, die unter einem Mangel an Angeboten leiden. Sie wird diese Aufmerksamkeit sowohl wallonischen Angelegenheiten als auch anderen institutionellen Ebenen schenken.

Die Regierung wird die kommunalen Programme zur ländlichen Entwicklung stärken und vereinfachen, um ihre Umsetzung zu beschleunigen und den Service und die Relevanz der Projekte zu erhöhen.

Die Regierung wird gemeinsam mit den betroffenen Akteuren eine Vereinfachung der Strukturen und eine Klärung der Rollen und Mittel einleiten, die allen im ländlichen Raum tätigen Einheiten gewidmet sind (Natur- und Nationalparks, Tourismusorganisationen, lokale Aktionsgruppen usw.).

Die Entwicklung des ländlichen Raums ist Teil der wirtschaftlichen Entwicklung aller unserer Gebiete. Die Regierung wird dafür sorgen, dass einfache, stabile und harmonisierte Regelungen herausgegeben werden, um die ländliche Wirtschaft zu fördern. Sie wird auch darauf achten, dass Infrastrukturinvestitionen vorgesehen werden, die Intermodalität und Interaktion mit den Wirtschaftszentren ermöglichen. Der Zugang zu digitalen Technologien, eine flüssige, multimodale Mobilität und zugängliche Energie sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums.

## Städte und Gemeinden im Zentrum des wallonischen Projekts

Die Städte und Gemeinden der Wallonie erfüllen eine wesentliche Aufgabe der Bürgernähe und der Zugänglichkeit für unsere gesamte Bevölkerung. Ihre Dienste sind die erste Anlaufstelle für Bürger, insbesondere für jüngere Menschen, in ihrer Beziehung zum Staat. Auch die wallonischen Städte und Gemeinden gehören weiterhin zu den ersten Investoren in unserem Land.

Deshalb verdienen die lokalen Behörden Aufmerksamkeit, Beachtung und Respekt. Die lokalen Behörden führen Maßnahmen durch, die auf die Effizienz ihrer Strukturen abzielen, und ihr Hauptanliegen ist die Verbesserung und der Ausbau der Dienstleistungen für Bürger, Unternehmen und den gemeinnützigen Sektor.

### Effiziente Institutionen, die den heutigen Erwartungen entsprechen

Um die verschiedenen lokalen Statuten, mit Ausnahme der Funktionen der gesetzlichen Dienstgrade, zu beenden, werden künftige Einstellungen mit unbefristeten Verträgen erfolgen. Die bestehenden Unterschiede in der Behandlung zwischen der statutarischen und der vertraglichen Regelung werden mit dem Ziel beseitigt, die Gleichbehandlung aller Mitarbeiter des lokalen öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, insbesondere bei Beförderungen, aber auch *a contrario* bei der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Durch die Förderung der Mobilität zwischen lokalen Behörden und föderierten Entitäten, der Weiterbildung, der Aufwertung der erworbenen Kompetenzen und der Möglichkeit, in Mangelberufen von den Diplombedingungen abzuweichen, wird die Regierung den lokalen öffentlichen Dienst attraktiver machen.

Rechte und Pflichten müssen in gleicher Weise wie im Privatsektor gelten, um Talente anzuziehen und zu halten. Es ist entscheidend, dass der Vertrag für die lokalen Behörden in Bezug auf Leistung, Flexibilität und Motivation der Mitarbeiter von Vorteil ist. Durch die Harmonisierung dieser Aspekte wird die Regierung ein ausgewogenes und attraktives Arbeitsumfeld für alle Beteiligten schaffen. In diesem Zusammenhang wird die Regierung die lokalen Behörden dazu ermutigen, eine echte zweite Säule der Altersversorgung für Vertragsbedienstete aufzubauen.

Die Effizienz der lokalen Behörden beruht auf einer optimierten Anzahl von Strukturen, die in ihren Aufgaben und Maßnahmen besser verständlich sind.

Die Regierung ist der Herausforderung verpflichtet, die die Provinzen darstellen, um verschiedenen überkommunalen Anliegen, insbesondere für ländliche Gemeinden, angemessen zu begegnen, und beabsichtigt, vorzuschlagen, diese überkommunale Rolle der Provinzen durch die vorgeschlagenen Entwicklungen zu stärken.

So werden die überkommunalen Entitäten, die kürzlich von der Region für die territoriale Animation anerkannt wurden, künftig darin aufgenommen, um Redundanzen zu vermeiden. Die Aufgaben der Provinzen werden analysiert, um einige von ihnen auf die am besten geeigneten

Verwaltungsebenen zu verlagern, wobei die Arbeitsplätze erhalten bleiben und Ad-hoc-Finanzpakete bereitgestellt werden. Die verbleibenden überkommunalen Aufgaben werden von einer Versammlung der Bürgermeister und gemäß den Verwaltungsmodalitäten der Polizeizonenräte verwaltet. Die im Wallonischen Parlament vertretene politische Gruppierung, die keinen Bürgermeister hat, der Mitglied dieser Versammlung ist, kann einen Beobachter mit beratender Stimme in das Parlament entsenden.

Für diese tägliche Verwaltung wird ein Vorstand aus einem Vorsitzenden und zwei stellvertretenden Vorsitzenden aus dieser Versammlung gebildet, in dem beide Geschlechter vertreten sind. Die Steuern der Provinz werden von der Region übernommen, die durch Dotationen die Betriebsmittel bereitstellt, die für die Institution und die Regierungsebenen, die von den übertragenen Kompetenzen profitieren, nützlich sind.

Jeder Provinzrat, der aus den Wahlen im Oktober 2024 hervorgeht, wird beauftragt, der Regierung bis zur Hälfte der Legislaturperiode seinen Plan zur Aufteilung der Zuständigkeiten auf die anderen Verwaltungsebenen und der bei ihm verbleibenden Zuständigkeiten im Lichte seiner eigenen territorialen und institutionellen Gegebenheiten vorzuschlagen. Das Ganze wird dann dem Wallonischen Parlament zur Zustimmung von zwei Dritteln vorgeschlagen, damit es ab 2030 seine Wirkung entfalten kann. Im Jahr 2030 wird es daher keine Provinzwahlen mehr geben. Das künftige Gesicht der Provinzen wird Gegenstand einer regionalen Volksbefragung sein.

Die Regierung wird die Zahl der interkommunalen und anderen überkommunalen Strukturen reduzieren, deren Umfang und Zweck sich strikt an die primären Aufgaben der Gemeinden im öffentlichen Interesse halten. Sie wird freiwillige Gemeindefusionen begleiten und unterstützen. Unter Beibehaltung, Stärkung und Wahrung der derzeitigen sozialen Betreuung wird sie die ÖSHZ unterhalb einer bestimmten Einwohnerzahl in die kommunalen Einrichtungen integrieren. Einige Zwischenschritte werden diese Annäherungen begleiten (Reform der gesetzlichen Grade, gemeinsame Direktoren...).

Städte und Gemeinden benötigen moderne Mittel, gewählte Vertreter und engagierte Bürger. Hierzu wird die Regierung:

- die Gemeinden bei der Verwaltung von Daten (Open Data), den Herausforderungen der Digitalisierung und ihrem Zugang zu schwächeren Bevölkerungsgruppen, der Beseitigung von Funklöchern, der Entwicklung von Cybersicherheit, der Einführung einer Strategie für E-Government und Civic Tech unterstützen;
- Kommunalpolitiker (wie übrigens alle Bürger) vor Hassreden, Drohungen und Falschinformationen schützen, die unter anderem in sozialen Netzwerken kursieren. Die Regierung wird sich somit bei der föderalen Behörde dafür einsetzen, dass diese Straftaten korrigiert werden;
- das gesellschaftliche Engagement junger Menschen fördern und die Möglichkeiten für ihre Beteiligung an der öffentlichen Politik stärken, insbesondere im Bereich der Sozialpolitik und der nachhaltigen Entwicklung durch den Bürgerdienst, den Solidarischen Sommer, die Kinder- und Jugendgemeinderäte sowie die Beiräte für Senioren und Menschen mit Behinderungen. Der Bürgerdienst wird es mehr jungen Menschen ermöglichen, sich für die Gemeinschaft einzusetzen und gleichzeitig eine bereichernde und lehrreiche Bürgererfahrung zu machen;
- generationsübergreifende Initiativen stärken, insbesondere in den Bereichen Soziales und Wohnen. Dies muss zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Bürgern und ihren Vertretern beitragen.

Die Verwaltungsaufsicht, die für die Gewährleistung einer guten Regierungsführung und der Effizienz lokaler Entitäten von entscheidender Bedeutung ist, wird reformiert, um die Effizienz der

lokalen Behörden zu erhöhen. Die Regierung wird eine gründliche Überprüfung durchführen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern und gleichzeitig die Mindestanforderungen an die Kontrolle bei der Verwendung öffentlicher Mittel, Transparenz und Rechenschaftspflicht aufrechtzuerhalten.

Die Ausübung der Vormundschaft muss sachbezogener sein und auf dem Vertrauensprinzip beruhen. Dokumente, die für diese Übung nicht erforderlich sind, werden nicht mehr verlangt. Ecomptes, ein kostenloses regionales Tool, wird allgemein eingeführt. Die Aufsicht wird sich zu einer stärkeren Unterstützung der lokalen Behörden entwickeln, sei es bei der Aufstellung von Budgets, der Rechnungslegung, bei öffentlichen Aufträgen oder der Verwaltung der Humanressourcen. Sie wird einen Prüfungsdienst für lokale Behörden durchführen, der in Absprache mit den Generaldirektoren, Finanzdirektoren und regionalen Einnehmern bewertet wird. In diesem Rahmen ist die Validierung der Konten der Gemeinden nicht mehr relevant. Außerdem wird in diesem Bestreben um eine bessere Governance in Fällen, in denen der Finanzdirektor oder der Regionaleinnehmer der Gemeinde und dem ÖSHZ gemeinsam sind, die regionale Aufsicht über die Konten und Budgets der ÖSHZ wieder eingeführt.

## Für eine strenge, gesunde und nachhaltige Verwaltung der lokalen Finanzen

Die kommunalen Einnahmen aus Zuweisungen, Ausgleichszahlungen und Subventionen der Wallonischen Region belaufen sich auf 3 Milliarden € und machen 40 % der gesamten ordentlichen Einnahmen aus. 60 % stammen aus dem Gemeindefonds, dessen Kriterien sich seit 2008 nicht mehr geändert haben. Dennoch strangulieren die Ausgaben für Rentenbeiträge, die Zuweisungen für Rettungszonen und Polizeizonen sowie die wachsende Belastung durch Einkommen aus sozialer Integration die lokalen Finanzen immer mehr.

Die Regierung ist sich der notwendigen Budgetübertragungen an die Gemeinden und der Notwendigkeit, diese so weit wie möglich zu vereinfachen, durchaus bewusst und:

- schafft die Verteilung von Finanztransfers nach dem Gießkannenprinzip und die zahlreichen ministeriellen Initiativen ohne Kohärenz und ohne Blick für die lokalen Bedürfnisse ab, indem alle wallonischen Budgets, die den Gemeinden gewidmet sind, in einem „Außerordentlichen Gemeindefonds“ zusammengefasst werden. Vereinfachung, Verringerung des Verwaltungsaufwands, Objektivität, Vorhersehbarkeit, Vorherbestimmung von Investitionen, Effizienz der Ausgaben, Begrenzung von Mitnahmeeffekten, Vertrauen, Autonomie werden die Schlüsselbegriffe dieser Reform sein. In diesem Fonds wird den Großstädten Aufmerksamkeit gewidmet, ohne die ländlichen Gegebenheiten zu vernachlässigen.
- integriert den Sonderfonds für Sozialhilfe in den Gemeindefonds, wobei die restlichen Beträge der Sozialhilfe gewidmet werden;
- überarbeitet die Kriterien für die Vergabe des Gemeindefonds und teilt den Fonds in zwei Teile auf, um den Besonderheiten des ländlichen Raums und der Großstädte Rechnung zu tragen (die zusätzliche Zuweisung für Großstädte wird in den Fonds integriert); schlägt als Ausgleich für diese Unterstützungsmaßnahmen den lokalen Behörden vor, eine Steuerpolitik zu verfolgen, die Anreize schafft, da sie ansonsten nicht den vollen Betrag des außerordentlichen Gemeindefonds erhalten können. Die Kommunalbehörden müssen darauf achten, dass sie eine kohärente und vernünftige Politik betreiben, damit die von den Steuerzahlern verlangten finanziellen Anstrengungen den Charakter einer angemessenen Beteiligung am Leben der Region behalten;
- führt eine größere Rechenschaftspflicht der Großstädte auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt und zur strikteren Einhaltung der in ihren Bewirtschaftungsplänen festgelegten Bedingungen ein;

- bemüht sich nach Kräften, die Zahlung der Tranche 2024 des Sauerstoffplans und der folgenden Tranchen sicherzustellen;
- führt eine dringende Prüfung der Mechanismen zur strukturellen Lösung der Probleme bei der Beitragsverantwortung für die Renten der örtlichen Bediensteten durch, auch in Zusammenarbeit mit der Föderation. In diesem Zusammenhang müssen die Großstädte in die Verantwortung genommen und von der Region unterstützt werden;
- stabilisiert die Übertragung der Provinzzuweisungen an die Notstandsgebiete rechtlich und legt einen Haushaltspfad fest, um die vollständige Übernahme der Finanzierung der Notstandsgebiete abzuschließen, wodurch die Städte und Gemeinden so weit wie möglich entlastet werden;
- überarbeitet die allgemeine Verordnung über das kommunale Rechnungswesen grundlegend, um sie effizienter zu gestalten und die den Gemeinden zur Verfügung stehenden Instrumente zur Stärkung der internen Kontrolle zu erweitern.
- verfasst einen wallonischen Steuerkodex, der insbesondere auf die lokalen Behörden anwendbar ist, und prüft, ob die Region die Eintreibung und Erhebung bestimmter lokaler Steuern übernehmen sollte. Die Eintreibung von steuerlichen und nicht-steuerlichen Forderungen wird ebenfalls reformiert, um die für die Gemeinden geltenden Verfahren zu vereinfachen.

Die Regierung wird die Verwaltung von Kultstätten modernisieren. In Absprache mit den Kultvertretern wird ihre Tätigkeit auf Folgendes ausgerichtet sein:

- Planung und Rationalisierung der Anzahl von Kultstätten, insbesondere durch die Zusammenlegung von Kirchenfabriken;
- Die Zusammensetzung, Organisation und Verwaltung der örtlichen Einrichtungen sowie die Aufsicht und die Rolle des zugelassenen Vertretungsorgans;
- Die Finanzierung der lokalen Einrichtungen und die Unterbringung des Kultministers;
- Die offene und gemischte Nutzung von Einrichtungen sowie die Neuzuweisung von Gebäuden für eine andere Funktion;
- Die Bewahrung der patrimonialem Dimension und der architektonischen Qualitäten dieser religiösen Gebäude.

Die Wallonische Regierung wird die Stimme der Gemeinden gegenüber der föderalen Behörde vertreten, indem sie:

- eine föderale Finanzierung der Notstandsgebiete in Höhe von 50 % der Gesamtmittel sowie einer Indexierung dieser Mittel fordern;
- eine Überarbeitung des KUL-Standards für die Finanzierung von Polizeibezirken fordern;
- eine Wiederaufnahme der Finanzierung des Einkommens zur sozialen Eingliederung beantragen;
- Interventionen und Reformen in Bezug auf die Renten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf lokaler Ebene fordern

Um die Kommunalpolitiker bei ihrer Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, und vor jeder Reform, wird die Regierung:

- das „Strategische Querschnittsprogramm“ bewerten und verbessern;
- das Governance-Dekret bewerten, um seine Umsetzung zu verbessern, unbeschadet der darin enthaltenen Regeln für gute Governance und Ethik;
- in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für die Koordinierung von Risiken und die Weitergabe von Fachwissen (CORTEX) eine Strategie zur Bewältigung von Krisensituationen für lokale Mandatsträger und betroffene Akteure (Behörden, Polizei und Rettungsdienste ...) festlegen, insbesondere in Anwendung der Empfehlungen der Hochwasserkommission.

## Sportanlagen

Die Ausübung einer regelmäßigen oder gelegentlichen, individuellen oder kollektiven sportlichen Aktivität trägt zweifellos dazu bei, die Gesundheit zu verbessern, den Sinn für Anstrengung zu entwickeln und wesentliche Werte zu teilen (Fairplay, Ethik und gegenseitige Unterstützung).

Die Regierung ist sich der Schwierigkeiten bewusst, denen die Akteure aufgrund der Zersplitterung des Sports auf verschiedene Einheiten begegnen, und beabsichtigt, die Landschaft zugunsten einer effizienteren Organisation zu vereinfachen. Außerdem soll der Spitzensport nicht mehr gegen den Sport für jedermann ausgespielt werden, was auch für die Sportinfrastruktur und deren Planung gilt. Schließlich bekräftigt Sie ihre Entschlossenheit angesichts der Herausforderungen, die sich aus dem Mangel an Infrastrukturen und der Notwendigkeit ergeben, Projekte zu konzipieren, die für alle zugänglich sind und in denen die Werte des Sports im Vordergrund stehen.

Die Regierung strebt eine Überprüfung der institutionellen und administrativen Struktur des frankophonen Sports an, da eine erfolgreiche Sportpolitik eine enge Verbindung zwischen der Planung der Infrastruktur und den sportlichen Ambitionen des Sektors erfordert.

Ein gemeinsamer Minister für die Zuständigkeit für Sportinfrastrukturen in der Wallonie und die Zuständigkeit für Sport in der Föderation Wallonie-Brüssel sowie ein neues Protokoll für eine effizientere und integrierte Zusammenarbeit zwischen den für den Sport zuständigen Verwaltungen werden dieses Ziel in der laufenden Legislaturperiode sicherstellen, bis die innerfranzösischen institutionellen Reformen konkrete Formen annehmen.

Die Regierung hat sich zum langfristigen Ziel gesetzt, die Zuständigkeit für den Sport innerhalb einer einzigen Entität, nämlich der Föderation Wallonie-Brüssel, erneut zu zentralisieren.

## Projekte, die den Bedürfnissen entsprechen

Das Handeln der Verwaltung wird sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, nämlich die Begleitung von Projekten unter Einhaltung der für das Departement für Sportinfrastrukturen aufgestellten Richtlinien und unter optimaler Nutzung der verfügbaren Mittel. So werden die Projektträger unter Berücksichtigung ihrer eigenen Bedürfnisse und der verfügbaren Haushaltsmittel unterstützt. Die Regierung wird das Dekret vom 3. Dezember 2020 evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

## Investitionen für den Spitzensport

Die Projekte des multidisziplinären Hochleistungssportzentrums in der Wallonie werden unter Einhaltung der getroffenen Entscheidungen umgesetzt. Besondere Aufmerksamkeit wird darüber hinaus den Infrastrukturen gewidmet, die bei der Konsultation der Akteure des Spitzensports als vorrangig identifiziert wurden.

Das Projekt „Wallonie, Ambitions OR“ wird fortgesetzt, um das wallonische Gebiet mit den notwendigen Infrastrukturen für die Ausbildung junger Athleten zu ergänzen und Sportbotschafter zu unterstützen, die zur Ausstrahlung der Wallonie beitragen.

## Zugängliche Sporteinrichtungen

Die Regierung wird die Entstehung von Infrastrukturen unterstützen, die als fehlend in der Region angesehen werden, und insbesondere bei Schwimmbädern die Umsetzung gemeindeübergreifender Projekte fördern.

Sie wird die Situation der Kunstrasenplätze aufmerksam beobachten und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Verbänden die Zulassung neuer Materialien fördern.

Die Wallonie wird Anreize für die gemeinsame Nutzung von Schulsportanlagen mit Sportvereinen und -verbänden und umgekehrt fördern.

Die Regierung wird bei den anderen Entitäten die Einführung eines Tax Shelter zugunsten von Sportinfrastrukturen unterstützen.

Die öffentlichen Behörden müssen die Ethik und die Förderung der Fair-Play-Werte auf und außerhalb des Sportplatzes unterstützen und fördern. Die Regierung wird die Einhaltung der Ethik-Charta als Voraussetzung für die Zulässigkeit von Subventionen bekräftigen und die Unterstützung der Ligue Handisport Francophone für ihre Aktionen und Ratschläge zur Gewährleistung der Zugänglichkeit von Sportinfrastrukturen verstetigen.

## Unterstützung für die Entstehung neuer Schwimminfrastrukturen

Die Regierung wird darauf achten, dass die territoriale Vernetzung vervollständigt wird. Sie wird die spezifische Dekretmaßnahme fortführen, die insbesondere den Subventionssatz für kommunale (für Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern) und überkommunale Schwimmbäder auf 80 % anhebt, und die Entstehung neuer Projekte fördern, die den Haushaltszwängen dieser Art von Infrastruktur gerecht werden.

Sie wird die Förderfähigkeit von Lernpools bestätigen und öffentlich-private Partnerschaften sowie gemeindeübergreifende Projekte erleichtern, indem sie die Projektträger bei ihren Vorhaben unterstützt.

## Tierschutz

Tiere sind ebenso wie Menschen Wesen mit Empfindungen. Als solche ist unsere Gesellschaft verpflichtet, alles zu tun, um diese Sensibilität zu schützen und zu respektieren. Die Interaktionen zwischen Menschen und Tieren sind zahlreich und folgen unterschiedlichen Logiken: Lebensgefährten, Produktion und Zucht, Wildtiermanagement, Forschung... Die Vielfalt dieser Interaktionen in unserer Gesellschaft und die damit verbundenen Herausforderungen erfordern einen globalen Ansatz und bereichsübergreifende Aktionen.

Sie wird in unserer Gesellschaft den Schutz und das Wohlergehen aller Tiere als fühlende Wesen sicherstellen.

Um tierschutzgerechtere Praktiken zu gewährleisten, wird die Regierung:

- das Wohlergehen von Haus- und Heimtieren gewährleisten;
- den Schutz der Tiere in den Betrieben sicherstellen;
- den Schutz von Tieren in anderen Interaktionskontexten gewährleisten.

Insbesondere beabsichtigt die Regierung, die effektive Umsetzung und Operationalität des Rechtsrahmens weiter voranzutreiben.

Sie wird durch Pädagogik und Aufklärung präventive Maßnahmen entwickeln.

In Absprache mit den betroffenen Sektoren beabsichtigt die Regierung, die Umsetzung des wallonischen Tierschutzgesetzes fortzuführen, um eine Optimierung und Betreuung des Vereinssektors zu gewährleisten und die Annahme von Positivlisten fortzusetzen. In dieser

Hinsicht wird sie die Verwaltungsverfahren für Wallonen und Walloninnen deutlich erleichtern, indem sie die Haltungsgenehmigung wieder auf ihre ursprüngliche Funktion zurückführt, die in erster Linie darin besteht, Tierquälerei zu bekämpfen.

Sie wird darauf achten, Synergien zwischen den verschiedenen Kontrolldiensten zu entwickeln, um sie effektiver zu machen. Sie wird die finanzielle Verantwortung von Besitzern, die sich der Misshandlung schuldig machen oder ihre Tiere aussetzen, verstärken.

Die Regierung wird die Labore weiterhin unterstützen, damit sie sich durch praktikable Alternativen für die Forschungswelt *in Richtung einer Reduzierung des Einsatzes von Versuchstieren entwickeln*.

Darüber hinaus wird sich die Regierung bei der föderalen Behörde dafür einsetzen, dass der Tierschutz zu einem Thema innerhalb des Nationalen Sicherheitsplans wird, indem insbesondere die Bekämpfung des illegalen Handels mit Tieren - einschließlich Haustierarten - und von Tierquälerei in diesen Plan aufgenommen werden.

## Öffentlicher Dienst

Die Ambitionen der Regierung in Bezug auf Regierungsführung, Verwaltungsvereinfachung, Digitalisierung und Lesbarkeit führen dazu, dass eine Reform des öffentlichen Dienstes gewünscht wird.

Mehr denn je muss sich diese in Richtung mehr Agilität, Effizienz und Innovation im Dienste der Nutzer entwickeln.

Diese Entwicklung wird unter Berücksichtigung des Wohlergehens der Arbeitnehmer und der Aufrechterhaltung eines konstruktiven und respektvollen sozialen Dialogs zwischen der Behörde und den Gewerkschaften erfolgen.

## Eine harmonische politisch-administrative Beziehung und eine gestärkte Verwaltung

Die funktionalen Verantwortlichkeiten der Minister gegenüber den Regierungsabteilungen und öffentlichen Einrichtungen und umgekehrt werden gestärkt und neu fokussiert.

Die Rolle des öffentlichen Dienstes als hohe Verwaltung im Dienste des Staates wird unterstützt, indem die direkte Arbeit der Minister mit ihren Verwaltungen bevorzugt und die Größe der Kabinette schrittweise verringert wird.

Die politisch-administrative Beziehung wird durch einen Vertrauens- und Leistungsvertrag formalisiert. Dieser beinhaltet einerseits klare, enge und realistische Ziele und andererseits Modalitäten der Zusammenarbeit, die mehr Autonomie sowie einen regelmäßigen und effizienten Dialog ermöglichen, um Störungen zu vermeiden.

Dieser Vertrag wird jährlich hinsichtlich der Erreichung der Ziele bewertet. Er wird der Verwaltung mehr Handlungsspielraum und mehr Verantwortung überlassen. Diese Verantwortung wird sich insbesondere auf das dynamische Personalmanagement beziehen, das die hohen Beamten im Rahmen eines zuvor von der Regierung festgelegten Budgetrahmens umsetzen müssen.

Die Regierungsstellen und öffentlichen Einrichtungen werden sich als treibende Kraft für Vorschläge positionieren. Um die Wirksamkeit der Politik und die Querschnittsfunktion zu

gewährleisten und gleichzeitig eine Verschwendung von Mitteln zu vermeiden, wird die Struktur der Verwaltung durch die Stärkung von bereichsübergreifenden Unterstützungsdiensten optimiert.

Ganze und kohärente Strukturen werden bevorzugt, anstatt auf verschiedene Entitäten aufgeteilt zu werden.

Die leitenden Beamten werden beauftragt, alle Dienstleistungen für die Bürger und alle Aufgaben der einzelnen Abteilungen und Direktionen zu analysieren, um sie zu priorisieren und ggf. mit möglichen Neuzuweisungen von Mitarbeitern festzulegen. Wie der Generalsekretär der Föderation Wallonie-Brüssel wird auch der Generalsekretär des ÖDW eine hierarchische Autorität über die anderen Mitglieder des Direktionsausschusses des ÖDW haben.

Es wird ein Kataster der Personalressourcen der Regierungsstellen und der öffentlichen Einrichtungen erstellt, um die Personalkosten der Verwaltung kontinuierlich überwachen zu können.

## Eine moderne, effiziente, harmonisierte und attraktive Verwaltung

Trotz mehrfacher Änderungen ist das wallonische Gesetzbuch für den öffentlichen Dienst im Laufe der Zeit zu einem Rahmen geworden, der sich im Hinblick auf die Entwicklungen in der Arbeitswelt und die Bestrebungen der neuen Generationen als wenig agil zeigt. Als ungerecht empfundene Situationen, insbesondere zwischen Kollegen innerhalb eines Büros, führen zu unnötigen Spannungen, Entmutigung, der Unfähigkeit, Verdienste zu würdigen oder auch Talente anzuwerben und zu halten. Nach dem Vorbild Flanderns, das sich demselben Schema zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes verschrieben hat, werden künftige Einstellungen in Form von unbefristeten Verträgen erfolgen, um die gesetzliche Regelung im öffentlichen Dienst mit Ausnahme von Behördenfunktionen schrittweise abzuschaffen. Die derzeit im Dienst befindlichen statutarischen Mitarbeiter behalten ihre Ernennung und ihre erworbenen Renten- und Gehaltsansprüche. Für sie gelten die neuen Regeln für die Organisation und Arbeitsweise.

Es wird ein neuer Rechtsrahmen geschaffen, der die derzeitigen Texte ändert und vereinfacht. Er wird für alle Mitarbeiter die gleichen Bedingungen schaffen (einschließlich Karriereentwicklung, Disziplinarmaßnahmen, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Mobilität und Urlaubsregelungen einschließlich Krankheitsurlaub) und gilt für die Zukunft.

Dieser Rechtsrahmen wird darauf abzielen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, die Mitarbeiter zu binden und zu motivieren, indem er gemischte Laufbahnen im öffentlichen und privaten Sektor fördert, das Dienstalter und die im Privatsektor erworbene Erfahrung aufwertet, die Anforderungen an die Abschlüsse flexibilisiert, Talente identifiziert und finanziell aufwertet und Mangelberufe unterstützt. Besondere Aufmerksamkeit wird den untersten Skalen gewidmet. Fachwissen wird auch bei der Karriereentwicklung eine zentrale Rolle spielen. Die Möglichkeiten der internen und externen Mobilität werden für alle Mitarbeiter ausgebaut. Um eine Äquivalenz mit dem Rentensystem für statutarische Mitglieder anzustreben, wird die Regierung eine zweite Säule für das Vertragsmitglied einführen.

Darüber hinaus werden die Verpflichtungsverfahren vereinfacht, damit sie schneller abgeschlossen werden können, wobei Transparenz, Objektivität und Unparteilichkeit gewährleistet sind.

Probezeiten werden generell eingeführt (Einstellung, Mobilität, Beförderung), um sicherzustellen, dass die Profile für die Stellen geeignet sind, und um den Mitarbeiter in seiner neuen Funktion zu begleiten.

Es ist eine Eintauchphase in der Branche vorgesehen, in der der/die angehende Mitarbeiter/in arbeiten soll.

Die Beurteilungsmechanismen werden überarbeitet, um sie angemessener und agiler zu gestalten und die Führungskräfte des öffentlichen Dienstes in die Lage zu versetzen, Leistungsfragen auf die am besten geeignete Art und Weise zu verstehen. Die Mitarbeiter werden systematischen, regelmäßigen Beurteilungsgesprächen unterzogen, die zu jedem geeigneten Zeitpunkt eingeleitet werden können, ohne auf feste Fristen warten zu müssen. Die Mitarbeiter, die nicht ordnungsgemäß arbeiten, sich als ungeeignet für ihre Stelle erweisen oder nicht das erforderliche Leistungsniveau erbringen, werden vorrangig umorientiert oder, falls dies nicht möglich ist, wird das Arbeitsverhältnis beendet.

Die berufliche Entwicklung, das Coaching und die Ausbildung von Mitarbeitern werden gefördert. Ein Schwerpunkt wird auf dem mittleren Management liegen, dessen Unterstützung durch Schulungen, Interventionen und Coachings verstärkt wird. Sie werden mit angemessenen Managementinstrumenten ausgestattet und für Menschenführung sensibilisiert.

Die Aufgaben und Mittel der Hochschule für öffentliche Verwaltung werden neu bewertet, wobei darauf geachtet wird, dass die angebotenen Ausbildungen tatsächlich verfügbar sind und direkt mit den Anforderungen der Berufe in Zusammenhang stehen, die von den betreffenden Mitarbeitern ausgeübt werden.

Ein praktikabler und lohnender Karriereabschluss, insbesondere durch Mentoring und Anpassungen, wird unterstützt.

Die Regierung wird der Politik des Wohlbefindens am Arbeitsplatz besondere Aufmerksamkeit widmen, um die Anwesenheitsquote positiv zu beeinflussen. Darüber hinaus wird die Arbeitszeitkontrolle an neue Arbeitsmuster angepasst und die Urlaubsregelungen werden neu bewertet.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Rechtsrahmens werden die derzeitigen Bestimmungen geändert, um die noch bestehenden Unterschiede zwischen der statutarischen und der vertraglichen Regelung zu beseitigen. Insbesondere wird die Laufbahn von Vertragsbediensteten durch den Zugang zu allen Funktionen verbessert.

## Ein Management, das Verantwortung übernimmt

Die Verfahren zur Ernennung von hohen Beamten (Rang A1 bis A3) werden überarbeitet, um den Zugang zu diesen Stellen für Bewerber außerhalb des öffentlichen Dienstes weiter zu öffnen.

Die Anforderung, das Zertifikat für Öffentliche Verwaltung der Verwaltungshochschule zu besitzen, dessen Notwendigkeit nicht nachgewiesen wurde, wird aufgegeben, unbeschadet der Mitglieder des derzeitigen Pools. Die Relevanz des Vergleichs der Titel und Verdienste der Bewerber wird durch eine Anhörung erhöht.

Damit die Verwaltung schnell einsatzbereit ist, wird die Regierung dafür sorgen, dass sie so schnell wie möglich mit den höchsten Beamten besetzt wird. Stellen, die zu Beginn der Amtszeit besetzt werden müssen, werden auf der Grundlage der aktuellen Bestimmungen vergeben.

Das Verfahren zur Bewertung von Führungspositionen wird ebenfalls überarbeitet, um dynamischer und regelmäßiger zu sein und schneller aus eigener Initiative eingeleitet werden zu können, wenn Schwierigkeiten festgestellt werden. Die erste Bewertung findet innerhalb von sechs Monaten nach der Ernennung des Bevollmächtigten statt. Wie bei den Beamten können Bevollmächtigte mit Mängeln aussortiert werden.

Schließlich werden hohe Beamte durch klare Zielvorgaben, regelmäßige Bewertungen, verstärkte Schulungen im Bereich des öffentlichen Managements und die Hebelwirkung von Delegationen stärker für den Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel verantwortlich gemacht. Die Regierung muss daher nicht mehr mit Stellenausschreibungen für die Dienstgrade A4, A5, B1, C1 und D1 befasst werden.

## Ein neutraler, inklusiver und vorbildlicher öffentlicher Dienst

Die Verantwortung der Regierung besteht darin, mit gutem Beispiel voranzugehen. Sie schlägt vor, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen in allen öffentlichen Verwaltungen und öVE auf 3 % zu erhöhen. Die Erreichung dieses Ziels wird Teil der Bewertung des Managements der Verwaltungen und der öVE sein. Ihre Nichteinhaltung kann zu finanziellen Sanktionen für die Abteilung führen.

Das Recht jeder Person, zur Effizienz der Verwaltung beizutragen, indem sie den Behörden Vorschläge zum Verwaltungshandeln unterbreitet, wird bestätigt und die Behörden werden verpflichtet, innerhalb einer angemessenen Frist zu antworten und die Kontaktdaten einer Kontaktperson mitzuteilen.

Die Zugänglichkeit von Regierungsstellen und öffentlichen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen wird verbessert.

Die Verwaltung wird auch in Bezug auf ihre gesellschaftliche Verantwortung zu einer Vorbildfunktion tendieren. In diesem Zusammenhang wird ein besonderes Augenmerk auf den Klimawandel gelegt, dessen Motor sie sein muss, sowie auf die Politik der verantwortungsvollen öffentlichen Beschaffung (soziale, ethische, ökologische und zirkuläre Klauseln), die dauerhaft verankert werden soll.

Das strategische Immobilienmanagement wird ausgebaut, insbesondere durch Investitionen in die Isolierung von Gebäuden, die rationelle Energienutzung, die Anpassung an neue Arbeitsweisen und die Sicherstellung einer guten Raumnutzung. Es wird darauf geachtet, dass in diesem Bereich Rationalisierungsbemühungen unternommen werden.

## Internationale Beziehungen

### Eine ehrgeizige und einflussreiche EU-Politik

Die Wallonie und die Föderation Wallonie-Brüssel werden die Partnerschaften mit den nahe gelegenen Regionen aufrechterhalten und verstärken, insbesondere im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Verbindung mit den europäischen Programmen, und dabei darauf achten, dass die auf regionaler und gemeinschaftlicher Ebene festgelegten strategischen Ziele umgesetzt werden. Die Sichtbarkeit der Wallonie und der französischsprachigen Belgier im Ausland muss verstärkt werden.

Im Jahr 2025 wird die Wallonie den Vorsitz der „Großregion“ übernehmen, die die Wallonische Region, die Französische und die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz in Deutschland, die Region Grand Est in Frankreich und das Großherzogtum Luxemburg umfasst. Bei dieser Gelegenheit wird sie ihren Austausch mit den Partnerländern und Wirtschaftsakteuren verstärken, um die Entfaltung der Aktivitäten unserer Unternehmen und den sozialen und ökologischen Wohlstand in der Region zu fördern. Sie wird ihre Bemühungen mit der Union des Classes Moyennes (Mittelstandsunion) abstimmen, die auch den Vorsitz des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Großregion **übernehmen wird**.

Auf europäischer Ebene werden die Regierungen eine ehrgeizige Vision einer stärker integrierten und effizienteren, aber auch gerechteren und schützenderen Europäischen Union (EU) vertreten. Die EU ist eine entscheidende Ebene, um sicherzustellen, dass wir in der Lage sind, auf industrielle, klimatische, energiepolitische oder technologische Herausforderungen zu reagieren. Die Regierungen werden darauf achten, aus den Ergebnissen des belgischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union Kapital zu schlagen, um die Präsenz der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel auf europäischer Ebene zu stärken und die Verknüpfung der wallonischen und gemeinschaftlichen Politik mit der europäischen Politik zu konsolidieren, insbesondere durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren, die Mobilisierung der notwendigen und vorrangigen Humanressourcen auf der Ebene der Generaldelegation von Wallonie-Brüssel International (WBI) bei der EU und die dauerhafte Präsenz von Europakorrespondenten in allen Ministerkabinetten. Die Wallonie und die Föderation Wallonie-Brüssel werden auch die Überarbeitung des Kooperationsabkommens zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen über die Vertretung des Königreichs Belgien im EU-Ministerrat unterstützen.

Die Regierungen beabsichtigen außerdem, die Positionierung der Wallonie, der Föderation Wallonie-Brüssel und ihrer Akteure im Rahmen europäischer Finanzierungsprogramme, Projekte, Netzwerke, Allianzen und Partnerschaften zu stärken, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und sonstige betroffene Einrichtungen.

Im Rahmen der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen wird sich die Regierung für ein ehrgeiziges und realistisches Beitragsniveau der Mitgliedstaaten und ein Gesamtbudget einsetzen, wobei sie die haushaltspolitischen Zwänge und Herausforderungen berücksichtigt.

Auf der Erweiterungsebene sehen die Regierungen den Beitrittsprozess als ein entscheidendes geostrategisches Instrument zur Sicherung von dauerhaftem Frieden, Stabilität und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Es ist jedoch von grundlegender Bedeutung, dafür zu sorgen, dass die Erweiterung die EU stärkt und nicht schwächt. Gleichzeitig fördern die Regierungen die Annahme von Reformen in den Bereichen Politik, Haushalt und Staatsführung, die das interne Funktionieren der EU gewährleisten.

Die Regierungen werden sich auch für eine ehrgeizige europäische Politik der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung einsetzen. So hat die Wallonie im Bereich der Industrie das Ziel, die EU mit einer resilienten und wettbewerbsfähigen wirtschaftlichen Grundlage auszustatten, die in einem starken und fairen Binnenmarkt verankert ist, wobei insbesondere die Fortschritte des Industriepans des Green Deal und der Europäischen Industriestrategie fortgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus bevorzugen die Regierungen auch einen vereinfachten europäischen Rahmen für staatliche Beihilfen, der zielgerichtet, vorhersehbar, strukturell und verhältnismäßig bleiben und

gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen im In- und Ausland unter besonderer Berücksichtigung der KMU gewährleisten muss.

Die Regierungen betonen außerdem die Notwendigkeit, klare, kohärente und intelligente europäische Regelungsrahmen zu verabschieden, die ineffiziente Verwaltungslasten reduzieren und Unternehmen stärken und gleichzeitig die Mobilisierung von Instrumenten wie *Better Regulation* verbessern.

Zweitens plädieren die Regierungen in Bezug auf Forschung und Innovation für eine Stärkung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und die Gewährleistung eines ehrgeizigen und stabilen Budgets für das nächste EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, wobei sie auf den Einsatz von Initiativen drängen, die eine bessere Verwertung der Forschungsergebnisse ermöglichen. Darüber hinaus sollte der Sicherung des Zugangs zu wichtigen Rohstoffen und innovativen Technologien besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Auf kommerzieller Ebene sollte die Marke „Wallonie“ an Innovation und das Know-how der Unternehmen erinnern. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene müssen wir sicherstellen, dass wir uns bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, bei denen wir einen komparativen Vorteil haben und die von strategischer Bedeutung sind, auszeichnen und dies bekannt machen.

Was schließlich den Bereich Freihandel und internationale Verträge betrifft, so betrachten die Regierungen Handelsabkommen als wichtiges Instrument zur Förderung der offenen strategischen Autonomie und der Wettbewerbsfähigkeit der Wallonie, wobei gleichzeitig die Diversifizierung der Lieferketten erleichtert, strategische Abhängigkeiten verringert und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Wirtschaftsakteure gewährleistet werden. Zu diesem Zweck wollen sie weiterhin ausgewogene und faire Handelsabkommen aushandeln, unterzeichnen und ratifizieren, die es ermöglichen, Zollschränken und Handelshemmnisse ohne Auswirkungen auf die schwächsten Sektoren zu senken. Größte Aufmerksamkeit wird der Aufnahme von Spiegelklauseln innerhalb von Freihandelsabkommen gewidmet, insbesondere in Verbindung mit dem Agrarsektor.

Die Regierungen verpflichten sich zu einer besseren Verzahnung der für die Verwaltung und Überwachung der EU-Fonds zuständigen Stellen mit dem Ziel, ein Höchstmaß an Kohärenz und Größenvorteilen zu gewährleisten.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch der Neuorganisation der Agentur Europäischer Sozialfonds im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Kooperationsabkommens vom 02. September 1998 zwischen den Regierungen der Wallonischen Region, der Föderation Wallonie-Brüssel und der COCOF gewidmet.

Mögliche Verknüpfungen zwischen den Investitionen der Kohäsionspolitik einerseits und der Umsetzung von Reformen andererseits werden bevorzugt. Ebenso wird die Aufrechterhaltung der Kohäsionspolitik über eine geteilte Verwaltung und eine Governance auf mehreren Ebenen (standortbezogener territorialer Ansatz) mit einem Budget, das den verschiedenen Herausforderungen, denen sich die Kohäsionspolitik weiterhin in allen Regionen Europas stellt, gerecht wird, eine Priorität sein, die von der Region und der Gemeinschaft getragen werden muss, da man sowohl Projekte umsetzen möchte, die auf die Erreichung konkreter Ziele ausgerichtet sind, als auch die Besonderheiten berücksichtigen möchte, die mit der Art der Investitionen und der Zielgruppen verbunden sind. Besondere Aufmerksamkeit sollte dem territorialen Zusammenhalt sowie einer ehrgeizigen Städtepolitik gewidmet werden.

## Verstärkte Synergien zwischen den Akteuren, um die Wallonie im Ausland besser zur Geltung zu bringen

Wallonie-Brüssel International (WBI) ist die einzige Organisation im Dienst der internationalen Beziehungen der Föderation Wallonie-Brüssel, der Wallonie und der Französischen Gemeinschaftskommission der Region Brüssel-Hauptstadt. WBI muss sich weiterhin als einziger Ankerpunkt und Gesamtanbieter der internationalen Politik dieser drei Entitäten in seinen Zuständigkeiten entwickeln, indem sie eine moderne, leistungsfähige und referenzielle Verwaltung im Bereich der Ausstrahlung und Repräsentation der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel darstellt.

In diesem Rahmen sollten Synergien verstärkt und die Verbindung zu anderen Verwaltungen, zwischen WBI und AWEX, aber auch zu APEFE, den Ministerien (ÖDW, MFWB, COCOF), Auslandsnetzwerken, Agenturen und Einheiten der öffentlichen Verwaltung, die zum Perimeter der Föderation Wallonie-Brüssel und der Wallonie gehören, in Bezug auf ihre internationale Positionierung geklärt werden. Darüber hinaus beabsichtigen die Regierungen, die Strukturierung und Koordination der Beitragsketten auf der Ebene der zuständigen öffentlichen Akteure zu verbessern, insbesondere um die Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Schließlich muss im Hinblick auf Lesbarkeit und Effizienz das Angebot der Strukturen, die derzeit über Aufgaben verfügen, die die Wallonie in strategischen Sektoren positionieren oder Verbindungen zur europäischen Ebene aufweisen, bewertet und überarbeitet werden. Insbesondere werden in diesem Rahmen die WallmeetEU anvertrauten Aufgaben neu ausgerichtet und der National Contact Point Wallonie wird innerhalb der Verwaltung internalisiert.

Darüber hinaus wird WBI die Ausarbeitung der notwendigen Gesetzestexte fortsetzen, die darauf abzielen, alle verschiedenen Beihilfen von WBI durch Dekretgrundlagen und Ausführungserlasse im Sinne von Transparenz und guter Governance zu umrahmen. In diesem Zusammenhang wird WBI dafür sorgen, dass nach jedem abgelaufenen Jahr ein Subventionsregister erstellt wird.

Was die internationale Politik der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel betrifft, so sind sie offene Entitäten und werden sich vollständig in einen partnerschaftlichen Ansatz und eine multilaterale Vision integrieren. Durch die Kombination von Wirtschafts-, Kultur- und Sportdiplomatie, Bildungszusammenarbeit, Innovation und nachhaltiger Entwicklung streben die Regierungen danach, ihre Interessen zu fördern, sich aktiv an globalen Netzwerken zu beteiligen und die Beziehungen zu den Partnerländern zu stärken.

In diesem Sinne werden die Regierungen ihre Kompetenzen in internationalen Angelegenheiten, in der Entwicklungszusammenarbeit und im Außenhandel voll ausschöpfen. In Synergie mit der Außenhandelsagentur werden die Maßnahmen und die Sichtbarkeit der Wallonie/Föderation Wallonie-Brüssel auch anlässlich von wirtschaftlichen und fürstlichen oder königlichen Missionen verstärkt. Insbesondere um die positiven Auswirkungen für die WR/Föderation Wallonie-Brüssel zu verstärken und die Möglichkeiten, die diese Missionen und Staatsbesuche bieten, zu kapitalisieren.

Auf geografischer Ebene werden die Regierungen darauf achten, die Anzahl der Partnerländer auf bilateraler Ebene und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren und zu priorisieren, und zwar im Einklang mit den Auslandsnetzwerken, die das Rückgrat unserer internationalen Beziehungen bilden und auf die sich die Mittel konzentrieren müssen. In diesen Ländern werden die Mittel auf eine begrenzte Anzahl von Schwerpunktprogrammen und -projekten konzentriert.

Auf sektorieller Ebene werden die Regierungen darauf achten, die Unterstützung für die Akteure in den verschiedenen Sektoren zu kartografieren und anzupassen und dabei eine wissenschaftliche und akademische Diplomatie (Netz der wissenschaftlichen und akademischen Berater) sowie eine Diplomatie für Kultur und Kulturerbe (Netz der Beauftragten für Kultur- und Erbeentwicklung) und Sport zu stärken.

Schließlich werden die Regierungen auf globaler multilateraler Ebene (außerhalb der Europäischen Union) darauf achten, die Vision und die Interessen der Wallonie und der Föderation Wallonie-Brüssel in multilateralen Organisationen zu entwickeln und zu fördern. Darüber hinaus werden die Regierungen darauf achten, eine begrenzte Anzahl internationaler Partnerorganisationen zu priorisieren und auszuwählen, deren Mandat den von den Regierungen festgelegten vorrangigen und strategischen Zielen entspricht.

Die Regierungen legen im ersten Jahr der Amtszeit ein Memorandum zur internationalen Politik vor, in dem die Prioritäten der Regierungen für ihr internationales Handeln und die zu mobilisierenden Hebel dargelegt werden.